



**AUFSTIEG UND FALL DES  
OSTEUROPÄISCHEN  
STAATSSOZIALISMUS:  
URSACHEN UND WIRKUNGEN**

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL  
LEIPZIGER JAHRBÜCHER

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2004

Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus:  
Ursachen und Wirkungen  
III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen,  
Leipzig, 19.9.–20.9.2003

Band 6

---

**OSTEUROPA IN TRADITION  
UND WANDEL  
LEIPZIGER JAHRBÜCHER**

**AUFSTIEG UND FALL DES  
OSTEUROPÄISCHEN  
STAATSSOZIALISMUS:  
URSACHEN UND WIRKUNGEN**

**III. Rosa-Luxemburg-Konferenz der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen,  
Leipzig 19.9.–20.9.2003**

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 2004

# OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL LEIPZIGER JAHRBÜCHER

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.  
herausgegeben von  
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Band 6

ISBN 3-89819-190-7

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 2004  
Harkortstr. 10  
D-04107 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner  
Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

Editorial .....	7
I Aufsätze und Studien .....	15
Helmut Bock: Die Russische Revolution: Epochenzäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte .....	17
Sonja Striegnitz: Ein sozialrevolutionäres Gegenkonzept zum sowjetischen Sozialismus. Wiktor M. Tschernows Buch »Konstruktiver Sozialismus« .....	63
Uwe-Jens Heuer: Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur? Aktuelle Implikationen .....	77
Horst Schützler: Sie über sich. Ansichten in Rußland über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR .....	105
Ernstgert Kalbe: Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell .....	121
Wolfgang Geier: Macht und Geist im Staatssozialismus .....	165
Eckart Mehls: Zu einigen spezifischen Aspekten des Verhältnisses der polnischen Intelligenz zur »Macht« in der Volksrepublik Polen .....	191
Michael Brie: Der sowjetische Staatspartei- sozialismus im Lichte der Marxschen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation« .....	197

II	Berichte und Dokumentationen .....	235
	Helga Watzin-Heerdegen: Die Wahlen in Rußland 2003/2004 .....	237
	Ernstgert Kalbe: Einführung in das Dokument »Entwurf des Statuts des Informationsbüros Kommunistischer Parteien« und weitere Dokumente .....	261
	Dokumente (übersetzt von Olaf Kirchner) .....	265
	»Zwecks materieller Unterstützung ausländischer Linksparteien ...«. Dokumentation über die Einrichtung und Tätigkeit eines internationalen Fonds (Nachdruck aus »Istočnik«, übersetzt von Sonja Striegnitz) .....	275
III	Kritik und Information .....	285
	Wolfgang Grabowski: Rußland, die EU und der Kaukasus (Konferenzbeitrag in Maikop, 1./2. November 2003, übersetzt von Helga Watzin-Heerdegen) .....	287
	Wolfgang Grabowski: Zur russischen Asienpolitik (Konferenzbeitrag in Irkutsk, 20. Dezember 2003) .....	293
	Ernstgert Kalbe: Abgründe: Die Autobiographie Alexander Jakowlews .....	303
	Ernstgert Kalbe: Gleichschaltung unter Stalin. Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa .....	313
	Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen .....	325
	Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen .....	331
	Zu den Autoren dieses Bandes .....	335

## Editorial

Der Band 6(2004) von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« ist primär ein thematischer Band, den Ergebnissen der *III. Rosa-Luxemburg-Konferenz* der gleichnamigen Stiftung in Sachsen gewidmet, die am 19./20. September 2003 in Leipzig zur hochaktuellen Problematik »*Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus. Ursachen und Wirkungen*« stattfand.

Das Anliegen der Konferenz bestand darin, einen Beitrag zur Analyse der Ursachen sowohl für die *Entstehung* als auch für den *Untergang* des osteuropäischen Staatssozialismus zu leisten, weil beides — Sieg und Niederlage — objektive wie subjektive Hintergründe hatte, denen man mit Erklärungen im zeitgeistigen Mainstream von entweder »Betriebsunfall«, »blanquistischer Putsch« und »Irrweg« der Geschichte oder mit der »unvermeidlichen Implosion« eines »totalitären Regimes« und mit »historischem Verrat« angeblicher Reformer nicht beikommt.

Der legitime Versuch einer gesellschaftlichen Alternative — sowohl 1917 wie 1945 — zum imperialistischen System, das im Gefolge des Ersten wie Zweiten Weltkrieges in einer tiefen Kriegs- und Gesellschaftskrise steckte, war historisch begründet und wurde durch die tiefen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft verursacht. Die Stalinistische Deformation und die schließliche Implosion des staatssozialistischen Systems, das 1917 in vergeblicher Erwartung der Weltrevolution auf die historische Bühne trat, wurzeln in der sozial-ökonomischen Rückständigkeit Rußlands wie der meisten nach 1945 entstandenen osteuropäischen Volksdemokratien und in ererbten absolutistisch-etatistischen Traditionen der politischen Systeme Osteuropas.

Der Versuch, mittels diktatorischer Herrschaftsstrukturen und etatistischer Kommandowirtschaft den Sprung aus wesentlich vorbürgerlichen in nachbürgerliche Gesellschaftsverhältnisse zu wagen, vielfach als »etatistisch-sozialistische Modernisierung« bezeichnet, mußte scheitern. Der Untergang des sogenannten *Realsozialismus* ist vor allem durch systemimmanente Defizite — vorwiegend Demokratie- und Produktivitätsdefizite — verursacht, aber auch der Systemkonfrontation mit einer technisch fortgeschrittenen Produktionsweise des Kapitalismus geschul-

det, was zu einer unrealistischen Wettbewerbsstrategie des *Einholens und Überholens* des eigentlich zu überwindenden Systems führte, und zwar mit vorrangig kriegskommunistischen Mitteln und Methoden.

Die vergleichend angelegte Konferenz zu »*Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus*« hat bewußt auf die Einbeziehung der DDR-Entwicklung verzichtet, weil deren Problematik in mehrfacher Hinsicht — positiv wie negativ — einen Sonderfall darstellt: wegen der langwährenden Hoheit der Siegermächte in vier Besatzungszonen bzw. der Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, die autonomer Entwicklung enge Grenzen setzte; wegen des gegenüber Osteuropa vergleichsweise höheren sozial-ökonomischen Ausgangsniveaus in Ostdeutschland; nicht zuletzt auch wegen der deutsch-deutschen Zwei-Staaten-Spezifik und ihrer internationalen Implikationen.

Die Konferenz hat sich darum bemüht, die Entwicklung des Staatssozialismus aus seinen jeweiligen historischen Bedingungen heraus zu analysieren, keine *Geschichtsvergessenheit* zuzulassen, die diesen Gesellschaftsversuch nur aus dem Blickfeld seines Scheiterns betrachtet. Die Annahme der Geschichte des osteuropäischen Staatssozialismus als politisches Erbe — positiv wie negativ — ist Voraussetzung für die Aneignung historischer Lehren wie auch für die Ausarbeitung eines theoretisch wie praktisch alternativen Gesellschaftskonzepts des *demokratischen Sozialismus*.

Von den historischen Wurzeln kann man sich nicht verabschieden, man darf sie weder verteufeln noch glorifizieren, man muß sie kritisch annehmen. Inwieweit das den Vortragenden auf der Konferenz gelungen ist, muß der Leser beurteilen.

Da bereits in Vorbereitung der III. Rosa-Luxemburg-Konferenz ein *Reader* mit Thesen zum Thema vorgelegt wurde, haben die Referenten die Möglichkeit genutzt, ihre Beiträge inhaltlich zu überarbeiten und zu erweitern.

Der Teil I des Bandes (Referate und Beiträge) umfaßt das breitgefächerte Spektrum der Konferenzbeiträge.

*Helmut Bock* stellt die *Russische Revolution* als Einheit von demokratischer Februar- und sozialistischer Oktoberrevolution vor und versucht eine Antwort auf die Frage, ob sie eine *Epochenzäsur*, einen *Umweg* oder *Irrweg* der Geschichte verkörpert. Gemessen an den beiden Kardinalfragen der russischen Revolution, der Kriegs- und der Agrarfrage, an deren Lösung vier bürgerliche Ministerkabinette zerbrachen, attestiert Bock den Bolschewiki, daß allein sie entscheidungsfähig waren.

Die Spaltung zwischen gemäßigten Demokraten und revolutionären Bolschewiki vollzog sich an der Haltung zur »konstituierenden Versammlung«; während die sozialrevolutionär-menschewistische Mehrheit einen bürgerlich-demokratischen Verfassungsrahmen anstreben wollte, verfocht die bolschewistische Minderheit mit der »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« die soziale Vertiefung der Revolution, was den Übergang zu Konfrontation, Bürgerkrieg und Terror auslöste. *Bock* bietet quasi eine historisch-konkrete Handreichung zur Beantwortung der Frage nach dem Platz der Oktoberrevolution an, die den Inhalt des »kurzen 20. Jahrhunderts« (Hobsbawm) weithin prägte.

Den Problemen der russischen Revolution ist der Beitrag von *Sonja Striegnitz* zugeordnet, der am Beispiel von Wiktor Tschernows Buch »Konstruktivnyj socializm« ein sozialrevolutionäres Gegenkonzept zum sowjetischen Sozialismus vorstellt, was darin gipfelt, sozialistische Umgestaltungen in der Tradition der Narodniki mit dem *Fundament*, mit der *Landwirtschaft* zu beginnen.

*Uwe-Jens Heuer* geht in seinem Referat *Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur* davon aus, daß der »große Ausbruch« von 1917 in dem Zusammenbruch der Moralsysteme im Weltkrieg von 1914/1918 begründet ist. Für die Bolschewiki seien in der Revolution und im alsbaldigen Bürgerkrieg die Klasseninteressen vorrangig gegenüber der Demokratie gewesen, zumal deren Sieg ohne Unterstützung der proletarischen Weltrevolution unmöglich war. Da sich der kriegskomunistische Weg 1920/1921 erschöpfte und der »naturgesetzliche Gesamtprozeß« des Kapitalismus noch nicht beendet war, ging es mit der NÖP um ein umfassendes Programm von Änderungen, das die Ökonomie wie eine Demokratisierung der Politik erfassen mußte. Jedoch kam Ende der zwanziger Jahre eine Gegenrichtung zum Zuge, die auf eine ursprüngliche Kapitalakkumulation setzte und den Partei- und Staatsapparat zur »Antriebskraft« eines umfassenden Entwicklungsprogramms machte, das im geforderten Tempo nicht ohne Repressalien und Terror zu leisten war. Obwohl der Stalinsche Weg nicht unvermeidlich war, ließ die isolierte Revolution in dem für den Sozialismus unreifen Lande einen »demokratischen Sozialismus« nicht zu. *Heuer* schlußfolgert, daß das System des Stalinismus ein sozialistisches System war, das auf nichtkapitalistischem Eigentum beruhte und politisch eine Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur verkörperte.

Im Anschluß an diese Problematik berichtet *Horst Schützler* über russische *Ansichten über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den*

*Zerfall der UdSSR*, die das gesamte Spektrum heutiger politischer Auseinandersetzungen um die »unvermeidliche Implosion« eines »totalitären Systems« über die »imperialistische Einmischung« bis hin zum »offenen Verrat« der Reformen reflektiert.

*Ernstgert Kalbe* zeichnet in seinem Referat über *Volksdemokratie zwischen Alternative und Sowjetmodell* die erneute und legitime Chance eines Ausbruchs aus dem imperialistischen System auf dem Wege volksdemokratischer Revolutionen nach, die auf der Befreierrolle der Sowjetarmee, dem Konsens der Antihitlerkoalition zur Überwindung des Faschismus wie auf der Basis antifaschistischer Widerstandsbewegungen beruhte. Die an günstige internationale Bedingungen gebundenen, insofern autochthonen volksdemokratischen Umwälzungen eröffneten die Orientierung der inneren revolutionär-demokratischen Kräfte auf nationale und demokratische Wege zum Sozialismus. Es wird gezeigt, daß diese Möglichkeit erst mit dem Übergang zum »Kalten Krieg« Ende der vierziger Jahre scheiterte, d. h. mit der damit verbundenen Systemkonfrontation und dem nunmehr praktizierten Überstülpen des Sowjetsystems auf die volksdemokratischen Länder. Die Sowjetführung vollzog einen außenpolitischen Paradigmenwechsel von der Schaffung eines Sicherheitsgürtels befreundeter Staaten in Osteuropa hin zur Blockbildung und Disziplinierung der Volksdemokratien, die die Aushöhlung nationaler Bündnisfronten und eine restriktive Innenpolitik nach sich zog. Der Beitrag fußt auf neuen Quellenpublikationen und umgeht auch die selbstkritische Bewertung eigener früherer Arbeiten zum Thema nicht.

*Wolfgang Geier* beschäftigt sich in seinem Referat mit dem *Verhältnis von Macht und Geist* im Staatssozialismus, wobei er die Verkehrung des von Marx und Engels gedachten Verhältnisses von Masse, Klasse, Partei und Führung einerseits sowie Staat und Gesellschaft andererseits durch die Bolschewiki in ihr direktes Gegenteil als »fundamentales Dilemma und Paradoxon« beschreibt, dessen Wirkungen sowohl den Aufstieg wie den Zusammenbruch dieses Sozialismus bestimmten. Eine Minderheit der sozialistischen Bewegung Rußlands habe sich selbst zur Mehrheit mit ausschließlichem Herrschaftsanspruch ernannt, die mit der von ihr reklamierten Weltanschauung über eine »self-fulfilling prophecy« verfügte und eine »historisch-teleologische Mission« beanspruchte.

Die Eigenheiten antagonistischer und antinomischer Verhältnisse zwischen den Trägern der Macht und den Inhabern des Geistes im Staatssozialismus, die kein ausschließliches Kennzeichen dieser Ordnung seien, bestünden darin, daß erstere die letzteren zeitweise völlig in ihren Dienst

stellten, während letztere, die Träger des Geistes, lange glaubten, gerade darin bestünde ihre geschichtliche Berufung. Diese »Mission« erwies sich als illusionäre Vision, weil die geschichts- und gesellschaftsmethodische Kompetenz des Marxismus durch den machtlegitimistischen Pragmatismus Lenins und ideologisch-politische Devastierungen Stalins theoretisch entleert wurde. Daraus resultierte ein Gegensatz zwischen »Nomenklatura« und »Intelligencija«, die sich dieser erst verpflichtet und dann entfremdet sah.

Diesem Problemkreis zugehörig ist der Beitrag von *Eckart Mehls*, der spezifische Aspekte des kritischen *Verhältnisses von polnischer Intelligenz und Macht* beleuchtet, das sich in allen Krisensituationen des Landes zuspitzte und das Legitimationspotential der »Volksmacht« erschöpfte.

Das abschließende Referat von *Michael Brie* über den sowjetischen »Staatsparteiisozialismus« geht nicht nur der Frage nach, ob dieses System eine »Stufe der Befreiung« oder eine »weltgeschichtliche Sackgasse« war, sondern wirft die weitergehende Frage nach möglichen Alternativen gegen eine »kapitaldominierte Welt« heute auf. Vor allem deshalb greift er in die aktuelle Diskussion um die *Marxsche Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«* ein. Brie antwortet, daß der sowjetische Staatsparteiisozialismus unterging, »weil er gegenüber den kapitaldominierten Gesellschaften der USA, Westeuropas und Japans [...] unter formationstheoretischem Gesichtspunkt keine höhere Stufe der Verbindung von Freiheit und Solidarität darstellte«. Folgerichtig geht er im Referat *erstens* dem auffälligen Verzicht auf die Formulierung formationstheoretischer Fortschrittskriterien in der marxistischen Forschung nach, beschreibt *zweitens* neue Fragen an die Marxsche Formationsauffassung und deren Fortschrittskriterien, legt *drittens* den Maßstab der marxistischen Formationstheorie an den sowjetischen Staatsparteiisozialismus an, um dessen Zurückbleiben hinter den Fortschrittskriterien zu zeigen, und verdeutlicht *viertens* das Fehlen einer theoretischen und praktischen Neubegründung sozialistischer Politik. *Brie* folgert, daß »Fortschritt von Gesellschaften« nach Marx »auf der höheren Fähigkeit zur gesellschaftlichen Reichtumsproduktion« beruhe, was »abhängig von den Eigentums- und Machtverhältnissen sowie von Vergesellschaftungsformen« sei, die »individuelle in gesellschaftliche und gesellschaftliche in individuelle Entwicklung« verwandle. Demgegenüber habe der Staatsparteiisozialismus die »Zentralisation aller Typen von Verfügungsgewalt« bewirkt und die »hierarchische Verteilung

von Macht« zum »dominierenden Prinzip sozialer Differenzierung« gemacht, wodurch im Verhältnis zu Macht und Eigentum drei Akteursgruppen konstituiert wurden: die herrschende Elite, die Dienstklasse und das Volk ohne autonome Organisationsressourcen.

Die damit angestoßene theoretische Diskussion steht gewiß erst an ihren Anfängen.

In den nachfolgenden Teilen unseres Bandes werden Beiträge und Quellen veröffentlicht, die entweder direkt zum Umfeld der Konferenzthematik gehören oder sich mit Aspekten und Konsequenzen beschäftigen, die sich für Osteuropa in einer global-kapitalistisch dominierten Welt von heute ergeben.

Teil II des Bandes (Berichte und Dokumentationen) bietet zuerst einen analytischen Bericht von *Helga Watzin-Heerdegen* über die »russischen Duma- und Präsidentenwahlen« von 2003/2004 und deren aktuelle Konsequenzen an, der deutlich macht, daß in die politischen Strukturen der russischen Gesellschaft neue Bewegung zugunsten des Kreml-Lagers gekommen ist, während für die Linkskräfte Spaltungsgefahr und Bedeutungsverlust eingetreten sind. Ein Ende des Wandels in den politischen Konstellationen scheint noch nicht abzusehen.

Außerdem werden hier zwei Dokumente vorgestellt und kommentiert, die direkten Bezug zum Generalthema des Bandes haben und dem deutschen Leser weithin unbekannt sind.

*Erstmals* wird der *Entwurf des Statuts des Kominformbüros* — knapp eingeleitet von *Ernstgert Kalbe* — zur Kenntnis gebracht, woraus hervorgeht, daß das Kominformbüro dem Wesen der Sache nach eine internationale Partei war, die der Disziplinierung der osteuropäischen kommunistischen Parteien auf der Linie der KPdSU diene sowie alle Mitgliedsparteien auf einen gemeinsamen Kurs der Blockkonfrontation im »Kalten Krieg« einschwor. *Zweitens* wird — übersetzt von *Sonja Striegnitz* — ein in der russischen Zeitschrift »Istotschnik« veröffentlichtes Dokument zur finanziellen »Unterstützung ausländischer Linksparteien« durch einen internationalen Hilfsfonds vorgelegt, der seit 1950 bis 1989 von den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder gespeist wurde.

Im Teil III des Bandes (Kritik und Information) werden schließlich zwei Diskussionsbeiträge von *Wolfgang Grabowski* auf letzten Konferenzen 2003 in Maikop und Irkutsk zur russischen *Kaukasus- und Asienpolitik* veröffentlicht, die die Brisanz russischer Außenpolitik in einer globalen Welt, eben nicht nur in Europa, vor Augen führen.

Außerdem werden zwei Rezensionen von *Ernstgert Kalbe* über die Autobiographie von *Alexander Jakowlew*: »Abgründe meines Jahrhunderts« sowie über die »Gleichschaltung« von Parteien »unter Stalin«, besorgt von *Stefan Kreuzberger* und *Manfred Görtemaker*, unterbreitet.

Wir danken Dr. Olaf Kirchner für die — wie immer — sachkundige Redaktion und Gestaltung des Layouts vorliegender Druckfassung.

Die Herausgeber



## **Aufsätze und Studien**



HELMUT BOCK

## Die Russische Revolution: Epochenäsur, Umweg oder Irrweg der Geschichte?

Wer die Epoche beurteilt, in der der bisherige Sozialismus mit seiner Staatlichkeit, seinen Sozialstrukturen und Lebensweisen »real existierte«, sollte mit einem Satz beginnen, der den Text des Alten Testaments abwandelt: *Am Anfang war* — der Krieg! Zeitgenossen, die ihn durchlebten, wußten nicht, daß er nach zwei Jahrzehnten schon als der »Erste« von sogar zwei »Weltkriegen« bezeichnet wurde. Bis dahin aber war er die grausamste Verheerung, die Menschen seit Menschengedenken einander antaten: Millionenfaches Töten und Sterben unter dem Wechselgeschrei allseits behaupteter »Vaterlandsverteidigung«. Nie gekannte Metzereien mittels industriell gefertigter Kriegswerkzeuge und Maschinenwaffen. Überdies neueste Vernichtungsgewalten von schlimmer Vorbedeutung: Giftgas, Panzerwagen, Luftkampf, U-Bootkrieg. Der angelernte Sinn menschlichen Lebens und Schaffens war in den Widersinn endloser Verrohung und Zerstörung pervertiert.

Wen mag es verwundern, wenn damalige Kriegsgegner und Alternativdenker von einer ganz anderen »Sackgasse« der Geschichte sprachen, als es heutige Kritiker des gescheiterten Sozialismus tun? Sie gewahrten staatlich sanktionierte Massenverbrechen, den Ruin aller Kultur — wohin niemand anderes als Regierungen und Staaten verschiedener Nationen und Wachstumsgrade des Kapitalismus die Menschheit gezerzt hatten. Dann aber plötzlich: das Fanal der russischen Februarrevolution! Wir lesen von der Genußtuung der verfolgten Kriegsdienstverweigerer, den aufflammenden Hoffnungen der Geschundenen und Enttäuschten aller Fronten. »Ex oriente lux«, schrieb (um nur ein einziges Beispiel zu nennen) ein junger Offizier an der deutschen Westfront.<sup>1</sup>

---

1 Siehe Carl Zuckmayer: Als wär's ein Stück von mir. Horen der Freundschaft. Frankfurt am Main 1969. S. 209. – Siehe auch Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen. Hrsg. von Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Kessler, Gert Schäfer. Hamburg 1997 (im weiteren Der Widerschein der Russischen Revolution ...). S. 169ff. und 206ff.

Mir ist aufgetragen, die Russische Revolution gemäß einer dreifachen Fragestellung zu thematisieren: »Epochenzäsur«, »Umweg« oder gar »Irrweg« der Geschichte? Es sind Formulierungen, die dahin drängen könnten, die Revolution nur nach den viel späteren Folgen zu beurteilen: dem Zusammenbruch des staatsmonopolistischen Sozialismus mit seinen mißglückten Absichten und mißratenen Strukturen. Ich will mich den Fragen nicht entziehen. Jedoch bin ich der Überzeugung, daß Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus ihren zeitgenössischen Verhältnissen zu begreifen — folglich nicht anders als durch historisch konkrete Reproduktion ins kritische Gedächtnis zu rufen sind. Im Fall der Russischen Revolution von 1917 ist demnach zu sagen, was ihre widerstreitenden Akteure unter den Zwängen der damaligen Konflikte und Bedingungen tun wollten und tun *konnten*: Was sie erhofften, erreichten — aber auch *verfehlten*.<sup>2</sup>

## 1. BÜRGERLICHE REVOLUTION UND REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE

Am 23. Februar (8. März) 1917<sup>3</sup> eskalierten ein Streik der Rüstungsarbeiter des Putilow-Werkes und ein Hungermarsch der Frauen in Petrograd zu regierungsfeindlichen Demonstrationen: »Brot!« — »Nieder mit der Selbstherrschaft!« — »Schluß mit dem Krieg!« Nach sechs Tagen standen rund 127.000 Soldaten, meist Bauern im Waffenrock, an der

- 
- 2 Ich wiederhole meine schon früher formulierte Erklärung zur historisch konkreten Methode. Siehe Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen — 85 Jahre danach (Thesen). In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Berlin 2002/III. S. 4ff. — Die nun folgende erweiterte Fassung meines Leipziger Referats ist einigen Darstellungen besonders verpflichtet, z. B. Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus (1932). Frankfurt am Main 1966. — Dietrich Geyer: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968. — Wolfgang Ruge: Stalinismus — eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte. Berlin 1991. — Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995. — Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998 (im weiteren Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991 ...).
  - 3 Das jeweils erstgenannte Datum folgt dem damals in Rußland gültigen Julianischen Kalender bis zur Umstellung am 1. (14.) Februar 1918 auf die Gregorianische Zeitrechnung.

Seite der rebellischen Demonstranten. Das hauptstädtische Militär, sogar Generalstäbler der Fronttruppen entzogen sich der Befehlsgewalt des Zaren — und eben das machte den Volkswiderstand zum erfolgreichen Februarumsturz. Nach der Abdankung Nikolaus II. und dem Thronverzicht seines Bruders konstituierte sich eine bürgerlich-liberale Regierung, die aber nur provisorisch war. Das Volk hatte für diesen Machtwechsel auf Petrograds Straßenpflaster mit 433 Toten und 1.136 Verwundeten gezahlt.<sup>4</sup> Der Aufstand, der in anderen Regionen Rußlands und zumal an der Front einen nachhaltigen Widerhall fand, entsprang brisanten Konfliktstoffen von sozialer, mentaler und politischer Art.

Auf die Frage, wer denn eigentlich diese »Februarrevolution gemacht« habe, antwortete der »Volkssozialist« W. A. Mjakotin im Frühjahr 1917: Zweifel an der bedeutenden Rolle des Proletariats könne es nicht geben, es habe die Erhebung begonnen, wie schon 1905; aber es habe »diesen Kampf nicht allein geführt«. Erst als sich die Bauernschaft und die revolutionäre Intelligenz anschlossen, »erzitterte die Zarenmacht«. Im »letzten Moment« hätten dann auch »bürgerliche Schichten einen bescheidenen Anteil« genommen. Diese sozial breit gefächerte Umsturz- bewegung sei demzufolge keine proletarische Revolution. Sie sei allerdings auch keine »rein bürgerliche« Revolution, »weil unsere Bourgeoisie« — allzu fest mit der Zarenmacht verbunden — »nicht fähig ist, sie zu vollbringen«. Gewiß habe die »russische werktätige Masse« selbst nicht die Reife, eine »völlig neue soziale Ordnung« zu errichten. Doch sie werde, so prognostizierte der Zeitzeuge, sich auch weiterhin keinesfalls mit der »Zuschauerrolle« begnügen.<sup>5</sup> Diese Erklärungen konkretisieren den abstrakten Begriff der »bürgerlich-demokratischen Revolution«. Sie machen deutlich, daß die Februarrevolution als ein Resultat spontaner Massenbewegungen zu verstehen ist, deren soziale und politische Sprengkraft mit dem Sturz der altstaatlich-autoritären Zarenmacht keineswegs erschöpft war.

---

4 Siehe Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991 ... S. 72.

5 Siehe W. A. Mjakotin: Die Revolution und die nächsten Aufgaben (russ.). Moskau 1917. Zitiert nach Sonja Striegnitz: Im Revolutionsgeschehen 1917. Sozialrevolutionäre — Wiedergeburt und Positionsbestimmung. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Hrsg. von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz, Berlin 1997 (im weiteren Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse ...). S. 97.

Die kapital- und grundbesitzende Bourgeoisie, deren Repräsentanten in der IV. Duma gesessen und nun das Staatsruder ergriffen hatten, schien (nach allen Erfahrungen der Geschichte) dennoch berufen, über Rußlands Schicksal zu entscheiden. In der Tat erließ das Ministerkabinett der Provisorischen Regierung liberale Gesetze: vor allem die Koalitions-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Die Amnestie für politisch Verfolgte öffnete die Gefängnistore, ermöglichte die Heimkehr aus Verbannung und Emigration. Die Todesstrafe wurde abgeschafft, und mit der Aufhebung ständischer, ethnisch-nationaler und religiöser Vorrechte stiegen reale Chancen für Menschen- und Bürgerrechte, Selbstbestimmung der Nationen, Religionsfreiheit und Judenemanzipation.

Aber es war weniger die Verweigerung liberaler Gesetze, die das Volk auf die Straße getrieben hatte. Der aktuelle Urgrund des Massenelends und der Massenempörung war alles in allem: der Krieg! Von größter Schwere war daher die Tatsache, daß im Programm der Provisorischen Regierung, die sich mit Menschewiken und Sozialrevolutionären des Petrograder Sowjets (zumeist Anhängern der »Vaterlandsverteidigung«) abstimmte, der Krieg mit Stillschweigen übergangen wurde.<sup>6</sup> Die neuen Minister, die in der Befehlshoheit bleibenden Armeeführer, das traditionelle Offizierskorps und das an der Rüstung profitierende Unternehmertum gedachten das Völkermorden bis zum »Sieg-Frieden« fortzusetzen. Es blieb den Arbeitern des Baltischen Werkes und weiteren Volksversammlungen überlassen, das sofortige Kriegsende mit entschiedener Losung zu verlangen: »Frieden — ohne Annexionen und Kontributionen!« Der Vorgang durchschlug den Gordischen Knoten, an dem die Staatsregierungen auf beiden Seiten der Weltkriegsfronten noch unentwegt knüpften. Die Losung war 1915 von einem Häuflein konsequenter Sozialisten und Internationalisten auf der Zimmerwalder Konferenz in frustrierender Einsamkeit vertreten worden. Jetzt endlich entstieg sie aufgeklärten Arbeiterhirnen, zündete sie auch in einer Unzahl gepreßter, zum Schlachtentod kommandierter Bauernsoldaten.

Rußlands Situation war seit der Petrograder Erhebung im höchsten Grade verworren und widersprüchlich. Die Institutionen des überkommenen Staatsapparates waren allenthalben in Frage gestellt. Der Sieg des Volkes hatte ein Vakuum für Aktivitäten geschaffen, die in anderen krieg-

---

6 Siehe J. O. Martow über die Kriegsfrage in der Revolution (1926). In: Ebenda. S. 179ff.

führenden Ländern unerlaubt waren. Arbeiter, Soldaten, Bauern, Landarme, nicht zuletzt Intellektuelle drängten in den lokalen Lebensräumen und militärischen Standorten zur Selbstorganisation ihrer Interessen: der Bildung von zahllosen Vereinen, Komitees und zumal (in der Tradition von 1905) von Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Es waren Vereinigungen, die eine vielfältige Basisdemokratie verkörpernten — nach Geist und Form keinesfalls nur Anhängsel des besitzbürgerlichen Liberalismus.<sup>7</sup> Vielmehr vergleichbar mit den für konsequente »Volkssouveränität« wirkenden Strömungen der revolutionären Demokratie in allen früheren Revolutionen seit 1789. Da wir selbst einen plötzlichen Aufbruch vieler Vereinigungen im »ostdeutschen Herbst« von 1989 erlebt haben, dürfte sich unsere historische Phantasie die basisdemokratische Springflut von 1917 vorstellen können.

Allerdings überkreuzten und vervielfachten sich die Interessen und die Streitsachen Rußlands in zwei grundverschiedenen Zivilisationsräumen: der relativ entwickelten, aber kleinen europäisch-städtischen Sphäre und der weithin überwiegenden traditionell-dörflichen Rückständigkeit westlich und noch mehr östlich des Urals. Hier wie dort wurden unabdingliche Forderungen gestellt und radikale Tatsachen geschaffen. Sie widerspiegeln die Konfliktlogik der begonnenen Revolution weit über das Frühjahr 1917 hinaus und sind in fünf Hauptproblemen zu erfassen.

*Erstens:* der Krieg. »Schluß mit dem Krieg!« war der akute Masseneruf. Angesichts militärischer Niederlagen und materieller Verelendung entfachte er den Oppositionsgeist in der ganzen Gesellschaft, schürte er das Mißtrauen gegen die Provisorische Regierung und die Bereitschaft zu weiteren Demonstrationen. Insbesondere bewirkte er die Gründung der Soldatensowjets, die vom Petrograder Sowjet erzwungene Erhebung des entrechteten Soldaten zum Staatsbürger und freilich auch die gewaltige Welle der Befehlsverweigerungen, des Widerstands gegen Offiziere, der Fahnenfluchten. — *Zweitens:* die Agrarfrage. Die Schichten der Bauernschaft waren die eigentliche soziale Basis, ihre Gehorsamsverweige-

---

7 P. W. Wolobujew und W. P. Buldakow beurteilen die Februarrevolution und ihre Folgen unter psychosozialen Aspekten: »Entgegen den Vorstellungen der Ereignis-historiographie erweist sich *nicht der ›bolschewistische‹ Oktober*, sondern *der ›demokratische‹ Februar* als der *kritische Punkt* im Jahre 1917. Für die im paternalistischen Denken verhafteten Massen war die Tatsache des Sturzes der Macht von außerordentlicher Bedeutung und viel wichtiger als ihre Übernahme [...].« In: Ebenda. S. 52 (hervorgehoben von mir – H. B.).

rungen seit Pugatschow aber auch das Menetekel des alten Systems gewesen. Jetzt stand die tatsächliche Rebellion unter der entschiedenen Forderung »Der Boden den Bauern!« Nächst dem Antikriegsruf war dies die verbreitetste Losung, zumal sie von der zahlreichsten, etwa 80 Prozent betragenden Bevölkerungsmasse erhoben wurde. Sie verlangte die Enteignung des großen Grundbesitzes und zumeist die Übergabe des Bodens an die überkommenen Dorfgemeinden zwecks Nutzung durch bäuerliche Produzenten — sogar schon praktiziert: durch Inbesitznahme zaristischer Ländereien, Überfälle auf adlige und bürgerliche Gutsbesitzer zwecks Konfiskation von Land, Gebäuden, Vieh, Saatgut, Gerätschaften. Der Hunger in den Städten und selbst an der Front verschärfte die Agrarfrage zu einem der beiden entscheidenden Probleme der ganzen Gesellschaft. — *Drittens*: die Arbeiterfrage. Mit nur vier Prozent war das industriell produzierende, aber besitzlose Proletariat ein sehr geringer Teil der Gesamtbevölkerung. Es rekrutierte sich in kleineren und mittleren Betrieben aus gebildeten Facharbeitern, war in einigen Fabriken der Großindustrie in erheblicher Anzahl konzentriert (Putilow-Werke ca. 30.000 Arbeiter) und die allein zu politisch-sozialer Organisation und Gemeinschaftsaktion befähigte Klasse. Diese »Beginner« oder gar Schrittmacher des Februarumsturzes stritten nun mit Hilfe ihrer neuen Fabrikkomitees und den Gewerkschaften für achtstündigen Arbeitstag, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in Großindustrie, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Kleinproduktion und Bergwerken. — *Viertens*: die nationale Frage. Die Landtage und die weiteren Nationalvertretungen Finnlands, des Baltikums, der Ukraine, des Kaukasus, der Regionen des asiatischen Ostens beanspruchten kulturelle Autonomie. In Finnland und der Ukraine radikalisierten sich diese Forderungen bis zur nationalen Selbstbestimmung und staatlichen Sezession. — *Fünftens*: Staatsform und Machtfrage. Die Provisorische Regierung in Petrograd begriff sich noch immer als die Zentralgewalt des überkommenen Staatsterritoriums. Sie wahrte einstweilen den Fortbestand des von den Russen dominierten Nationalitätenverbands, die großrussische Einheit, war aber nicht in der Lage, das Riesenreich zu bewältigen. Staatsziel der Liberalen war anfangs die konstitutionelle Monarchie. Unter dem Druck revolutionär-demokratischer Parteien und Sowjets richtete sich das Bemühen ziemlich rasch aber auf die bürgerlich-parlamentarische Republik. Die amtlichen Verlautbarungen hierzu und überhaupt zu allen allgemeinen Problemen besagten: Noch seien die Gesetzesbeschlüsse einer »Konstituierenden Versammlung« abzuwarten, die den Verfassungsstaat begründen müsse.

Jedoch die Wahlen zu dieser Konstituante wurden wegen der Unruhe des Landes fortwährend hinausgeschoben.

Die genannten Konflikte kennzeichnen eine bürgerlich-demokratische Revolution in Kriegszeiten und in einem Vielvölkerstaat mit bislang autoritativ geleiteten Institutionen und noch immer nicht aufgehobenen halbfeudalen Privilegien, Eigentumsrechten, Strukturen. Es ist denkbar, daß ihre Lösung durch eine kräftig entwickelte und wendige Bourgeoisie möglich gewesen wäre. Tatsächlich aber stand die russische Bourgeoisie auf einer niederen Entwicklungsstufe. Sie hatte sich von der Protektion durch den zaristischen Staat nicht abgenabelt; Unternehmer von industriellen und agrarischen Großbetrieben wirtschafteten oft mit staatskapitalistischem Eigentum des gestürzten Regimes.<sup>8</sup> Es gab überdies eine schwerwiegende Differenz zwischen den epochal verschiedenen, dennoch vergleichbaren Revolutionen von 1789 und 1917. In Frankreich hatte die Konstituierende Nationalversammlung bereits bei Revolutionsbeginn existiert; sie antwortete auf den Bastillesturm und die Bauernrevolten binnen weniger Wochen mit der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte und befriedigte damit fürs erste den spontanen Willen der Massen. In Rußland dagegen mußten die unruhigen Volksbewegungen zehn Monate lang auf eine Konstituierende Versammlung warten. Die insgesamt siebenmal wechselnden Ministerkabinette des Jahres 1917 balancierten über dem Kraftfeld widersprüchlicher Interessengruppen — ohne grundgesetzliche, also verfassungsmäßige Beschlüsse herbeizuführen. »Konstituierende Versammlung« hieß die Fata Morgana, die sämtlichen Teilnehmern dieser Revolution vorschwebte, dem Erreichen aber andauernd entzogen wurde.

Das Kabinett der Februar-Regierung konnte sich auf eine ihr gemäßige bürgerliche Vereinigung stützen: die Konstitutionell-Demokratische Partei (»Kadetten« genannt) mit rund 60.000 Mitgliedern, zumeist in den Städten. Diese wurde zusehends von der weit größeren Bewegung der Sowjets überflügelt, die ein Zentrum der bislang wildwuchernden Massenbewegungen formierten. Vier Wochen nach dem Sturz des Zaren versammelten sich 470 Abgeordnete von 185 Sowjets der Städte, der Armee und der baltischen Flotte auf einer mehrtägigen Konferenz, die sich als

---

8 Über die Allmacht des Staates siehe Wadim Meshujew: Rußlands Geschichte ist die Geschichte des russischen Staates. In: Michael Brie/Ewald Böhlke (Hrsg.): Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 21 ff.

»Gesamtrussische Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten« konstituierte. Unter dem Einfluß von Sozialrevolutionären, Menschewiken und Bolschewiken wurden Beschlüsse zu den meisten Kardinalfragen gefaßt. Entscheidend war das Selbstverständnis dieser Vertreter der apostrophierten »revolutionären Demokratie« hinsichtlich ihrer Stellung zur bürgerlichen Regierung. Sie anerkannten diese in der augenblicklichen Entwicklung der Revolution, beanspruchten aber für sich selbst die Aufgabe, die provisorische Staatsführung »politisch zu kontrollieren« und zu revolutionären Konsequenzen zu treiben. Die Regierung und ihre örtlichen Organe müßten einen »energischen Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte« führen, Maßnahmen zur »vollständigen Demokratisierung des gesamten russischen Lebens« treffen und einen »allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker« herbeiführen. Doch werde man der Regierung »eine entschiedene Abfuhr erteilen«, wenn sie versuche, sich der »Kontrolle durch die Demokratie zu entziehen« oder von der »Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen abzuweichen«.<sup>9</sup>

Konkret und zugleich problematisch war die Entschließung über den Krieg.<sup>10</sup> Die Deputierten riefen die Völker der Verbündeten und der gegen Rußland kämpfenden Länder auf, von ihren Regierungen den Verzicht auf Eroberungen und Kontributionen zu erzwingen. Das Ziel sei ein Frieden gemäß der Prinzipien: »Brüderschaft und Gleichheit freier Völker«. Solange dies jedoch nicht erreicht, also der Krieg fort dauern werde, müsse das »revolutionäre Rußland gegen jegliche Schläge von außen« verteidigt, also das Volk »für die Festigung von Front und Hinterland« mobilisiert werden. Man hegte die Befürchtung, ein russischer Sonderfrieden mit den Mittelmächten werde den deutschen Militarismus begünstigen und ihn zur akuten Gefahr für ganz Europa machen. Die »Vaterlandsverteidiger« setzten auf diese Weise ihre bisherige Kriegsteilnahme fort, deklarierten diese aber nunmehr als »revolutionär«.

Der Krieg beeinflusste ebenfalls die Entschließung zur Arbeiterfrage. Man bekannte sich zwar zur »Notwendigkeit des unmittelbaren Kampfes

---

9 Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Provisorische Regierung (1. April 1917). In: Ebenda. S. 224f.

10 Siehe Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über den Krieg (30. März 1917). In: Ebenda. S. 221ff.

zwischen Arbeit und Kapital«, wollte ihn aber »abstimmen« mit den Aufgaben »der noch nicht vollendeten Revolution« und der Landesverteidigung. Das lief auf eine situationsbedingte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern hinaus, wobei allerdings die Regierung ein Gesetz zur Einführung des achtstündigen Arbeitstages ohne Lohnneinbuße erlassen sollte.

Die Beschlüsse zur Agrar- und Bauernfrage trugen deutlich die Handschrift der Sozialrevolutionäre, der größten aller Parteien und traditioneller Interessenvertreter des werktätigen Landvolkes.<sup>11</sup> Sie verlangten die Abschaffung der halbfeudalen Stände, damit die rechtlosen Bauern endlich zur politischen und bürgerlichen »Gleichheit« gelangten. Die vom Adel beherrschten lokalen Vertretungskörper (»Semstvos«) sollten von Selbstverwaltungen abgelöst werden, deren demokratische Organe auf einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit direkter und geheimer Abstimmung beruhten. Im Mittelpunkt der Agrarfrage stand das Problem des Grundeigentums. Möglichst sofort sollte die Regierung die Ländereien der Zarendynastie, der Kirche und der Klöster konfiszieren. Alle weiteren Gesetzesbeschlüsse hingegen wurden der künftigen Konstituante überantwortet — jedoch mit der nachdrücklichen Forderung, eine »entschädigungslose Enteignung des gesamten privatbesitzlichen Bodens zum Zwecke der Übergabe an des werktätige Volk« zu beschließen.

Die Deputierten wählten ein Exekutivkomitee (ZEK) mit Sitz in Petrograd, eine permanent arbeitende Institution für alle Arbeiter- und Soldatensowjets, in der Sozialrevolutionäre und Menschewiken die überwiegende Mehrheit stellten, hingegen die Zahl und der Einfluß der Bolschewiken gering waren. Die genannten Beschlüsse und die vernetzte Organisationsform dieser Sowjets verhiessen die Absicht, alle Kräfte der revolutionären Demokratie zu sammeln und die bürgerliche Revolution bis zur Gründung einer Republik mit Parlament, demokratischen Wahlen und Souveränitätsrechten des Volkes voranzutreiben. Spätestens jetzt gewahrten die Zeitgenossen, daß zwischen der bürgerlichen Regierung und den Sowjets ein Dualismus bestand, der mit dem Begriff »Doppelherrschaft« reflektiert wurde.

---

11 Siehe Entschließung der Gesamtrussischen Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Agrar- und Bauernfrage (3. April 1917). In: Ebenda. S. 228ff.

## 2. STREIT UM LENINS »APRIL-THESEN«

Am 3. (16.) April 1917, dem Schlußtag der Gesamtrussischen Beratung, kehrte W. I. Lenin aus dem Schweizer Exil zurück. Bei seiner Ankunft hatte er ein ausgearbeitetes Konzept in der Tasche, und er referierte dieses am folgenden Tag — ganz ohne konkrete Analyse in Rußland selbst — vor teils verwunderten, teils widerständischen Bolschewiken und Menschewiken.

Es war eine radikale Alternative zum Krieg, die diese »April-thesen« konstituierte.<sup>12</sup> Lenin bezeichnete den Charakter der Provisorischen Regierung als »kapitalistisch«, ihre äußere Politik als »räuberisch« und »imperialistisch«. Deshalb sei »revolutionäre Vaterlandsverteidigung« eine Phrase und abzulehnen. Der Kritiker beanspruchte für sein Konzept nichts Geringeres als den Standpunkt des »klassenbewußten Proletariats«, und er nannte Bedingungen, unter denen allein die Landesverteidigung zu rechtfertigen, als »revolutionär« zu bezeichnen sei: »a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.« Den Krieg mit einem wahrhaft demokratischen Frieden zu beenden, sei ohne den »Sturz des Kapitals« ganz unmöglich.

Wer von den Zuhörern glaubte, hier werde von einer proletarischen Revolution in späterer Zeit gesprochen, wofür die gesellschaftlichen Verhältnisse Rußlands erst noch reifen müßten, wurde sogleich eines anderen belehrt. Der Redner verwarf die Strategie, die in den Vortagen von den Deputierten der Arbeiter- und Soldatensowjets beschlossen worden war. Anstatt die Provisorische Regierung nur kontrollieren und in der bürgerlichen Revolution für möglichst viel Demokratie des Volkes streiten zu wollen, müsse die »gegenwärtige Lage« richtiger begriffen werden: Die bürgerliche Revolution sei zu Ende, so daß jetzt ein »Übergang von der *ersten* Etappe« zur »*zweiten* Etappe der Revolution« erfolgen müsse. Die kapitalistische Regierung sei zu bekämpfen. Die Bolschewiken, obwohl noch in der Minderheit, müßten die Massen darüber aufklären, daß »die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung« seien.

---

12 Siehe W. I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 24. S. 3ff.

Nach dem historischen Vorbild der Pariser Kommune (1871) skizzierte Lenin einen republikanischen Volksstaat, der »von unten bis oben« errichtet, vom Wirken der »Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten« gekennzeichnet sei. Polizei, Armee, Beamtenschaft sollten beseitigt, die stehenden Armeen durch die allgemeine Volksbewaffnung ersetzt werden. Künftige Beamte (besoldet mit dem Lohn eines Facharbeiters) müßten »wählbar und jederzeit absetzbar« sein. Indem Lenin das Proletariat als die führende Klasse der Revolution konzipierte, übertrug er dem Sowjet der Arbeiterdeputierten die zukünftige Kontrolle des Bankwesens, vor allem aber die »Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse«. Zwecks Lösung der Agrarfrage forderte auch er die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien. Doch er entschied das noch offene Problem der Vergabe des Bodens mit der Forderung: »Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande«.

Während die lokalen Basisorganisationen der Menschewiken und selbst der Bolschewiken mehrheitlich (54 von 73) eine Wiedervereinigung der beiden Fraktionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) verlangten, negierte Lenin auch diese Bestrebungen. Sein Programm lautete: statt Vereinigung der Bolschewiken mit dem menschewistischen und außerrussischen Sozialdemokratismus — Gründung einer eigenständigen »Kommunistischen Partei«, statt Anerkennung der Provisorischen Regierung — Stärkung der Sowjets, statt Konstituierung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik — Bildung eines »Kommunistaates«.

Die »April-Thesen« waren ein Fehdehandschuh, den Lenin gegen die »Vaterlandsverteidiger« der Zweiten Internationale, den »*Block aller* kleinbürgerlichen opportunistischen Elemente« schleuderte. Er benutzte die Meinungsverschiedenheit über die Art der Beendigung des Krieges, um die Einheit der revolutionären Demokratie zu sprengen und die eigene Partei zur Avantgarde der sozialen Revolution zu machen. Indem er die proletarische Revolution an Stelle der bürgerlichen Revolution auf die historische Tagesordnung setzte, warf er alle bisherigen Strategien über den Haufen.

Lenins Revolutionskonzept wurde von der überwiegenden Mehrheit der versammelten Menschewiken und Bolschewiken abgelehnt. Weil man schon seit der Jahrhundertwende die These des Anarchismus bekämpfte, wonach der moderne Kapitalismus in Rußland keineswegs ausreifen müßte, um den Sprung zum Sozialismus zu wagen, erntete er nun selbst den Vorwurf »anarchistischer Demagogie«. Wohl alle Kritiker be-

riefen sich auf marxistische Überlieferung. Angesichts der ökonomisch-sozialen Rückständigkeit des ganzen Landes könnte von einem Übergang zur »zweiten Etappe« der Revolution keine Rede sein. Dabei erinnerten sie an Friedrich Engels, der am Beispiel Thomas Müntzers die Tragik eines vorzeitigen sozialen Revolutionärs veranschaulicht hatte — woraus zu folgern sei: »Der sicherste Weg in den Untergang ist, die Macht verfrüht zu erobern«. <sup>13</sup> Der entschiedenste Vorwurf lautete: »Von diesem Podium aus ist die Fahne des Bürgerkrieges in der revolutionären Demokratie aufgepflanzt worden.« <sup>14</sup>

Die Debatte wurde in der sozialdemokratischen Presse fortgesetzt. Die Zeitung »Jedinstwo«, Organ der Menschewiken, berichtete am nächsten Tag über Lenins Ansprache polemisch, weil er »nicht einmal« die Frage gestellt habe, »ob die Bedingungen für die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft reif seien«. <sup>15</sup> Nachdem die »April-Thesen« in der »Prawda« publiziert worden waren, sprach der Redaktionsleiter L. B. Kamenjew von einer »persönlichen Meinung des Genossen Lenin«. Er erklärte das darin entworfene »Schema« für unannehmbar: »insoweit es davon ausgeht, daß die bürgerlich-demokratische Revolution *abgeschlossen* sei, und insoweit es auf die sofortige Umwandlung dieser Revolution in eine sozialistische berechnet ist«. <sup>16</sup> Dieser Altbolschewik widersetzte sich Lenin mit dessen selbst formulierten Überzeugungen aus der Vorkriegszeit. <sup>17</sup> Dabei warnte er vor der Gefahr, daß die »revolu-

---

13 Aus einer Information über die Beratung von Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands über die Vereinigung beider Flügel und über die Stellungnahme zu den Aprilthesen W. I. Lenins (»Edinstwo«, 4. April 1917). In: Die Russische Revolution 1917. Wegweise oder Sackgasse ... S. 233ff. – Zur Einschätzung Thomas Müntzers siehe Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 7. S. 400.

14 Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse ... S. 235.

15 Ebenda.

16 L. B. Kamenjew über die Position der »Prawda«-Redaktion zu den Aprilthesen von W. I. Lenin (8. April 1917). In: Ebenda. S. 237f.

17 Zur Zeit der Revolution von 1905 schrieb Lenin folgende Sätze: »Der Marxismus hat unwiderruflich mit den Phantasien der Volkstümler und der Anarchisten gebrochen, als ob beispielsweise Rußland die kapitalistische Entwicklung vermeiden, dem Kapitalismus ausweichen oder ihn überspringen und einen anderen Weg einschlagen könne als den Weg des Klassenkampfes auf dem Boden und im Rahmen eben dieses Kapitalismus. [...] Aus diesen Leitsätzen folgt, daß es ein *reaktionärer* Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In solchen Ländern wie Rußland leidet die Arbeiterklasse nicht so sehr unter dem Kapitalismus als vielmehr unter der ungenügenden

tionäre Sozialdemokratie«, die doch eine Partei der proletarischen Massen sein müsse, zur isolierten »Gruppe kommunistischer Propagandisten« verkomme.

G. W. Plechanow, angesehener Parteigründer der SDAPR, aber auch Anhänger der »Vaterlandsverteidigung« und persönlich von Lenin angegriffen, wandte sich am 9. (22.) April gegen den Verfasser der »jetzt berühmt gewordenen Thesen«. <sup>18</sup> Dieser urteile »außerhalb der Bedingungen von Ort und Zeit«, operiere »ausschließlich mit seinen abstrakten Formeln«. Plechanow schrieb mit Rückgriff auf Marx, auf dessen Vorwort »Zur Kritik der politischen Ökonomie«: »Wenn der Kapitalismus in einem bestimmten Land noch nicht jene höchste Stufe erreicht hat, auf der er zu Fesseln für die Entwicklung seiner Produktivkräfte wird, so ist es sinnlos, die Arbeiter in Stadt und Land sowie den ärmsten Teil der Bauernschaft dazu aufzurufen, ihn zu stürzen.« Das aber werde von Lenin ignoriert. Indem dieser schon jetzt mit »allen Interessen des Kapitals brechen« wolle, beabsichtige er in der unreifen Gegenwart die sozialistische Revolution. Lenins »Bruch« bestünde dagegen in etwas ganz anderem: »Tatsächlich bricht er völlig mit allen auf der Theorie von Marx beruhenden Voraussetzungen einer sozialistischen Politik [...]«

Überflüssig zu sagen, daß die gesamte Debatte ein Streit unter marxistisch gebildeten Sozialisten war. In der ungemein schwierigen Situation des ganzen Landes und seiner kriegerischen Verwicklungen wußte niemand eine sichere und zudem unblutige Konfliktlösung. Wollte man Lenin zugute halten, wie sehr das Morden an allen Kriegsfrenten eine Herausforderung war, um frühere Revolutionskonzepte zu ändern und eine sofortige Alternative zum allseits imperialistischen Kapitalismus zu verlangen — so gilt doch das geistig-moralische Verantwortungsgefühl vor den Schicksalsfragen des eigenen Volkes und der Menschheit auch für alle anderen Sozialisten. Deren Kritik an den »April-Thesen« ist jedoch von Lenin selbst und den ihm nachfolgenden Leninisten und Stalinisten als Opportunismus, Gesinnungslumperei, verräterische Handreichung für

---

Entwicklung des Kapitalismus.« (W. I. Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 9. S. 36f.).

18 G. W. Plechanow: Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind (»Jedinstwo« vom 9.–12. April 1917). In: Plechanow: 1917 — zwischen Revolution und Demokratie. Eine Auswahl von Artikeln und Reden aus den Jahren 1917 und 1918. Hrsg. von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa. Berlin 2001. S. 23ff.

die Bourgeoisie verteufelt worden. Sie hat erst durch das Scheitern der Sowjetunion ihren Sinn als geschichtliche Mahnung zurückgewonnen. Deshalb sei an dieser Stelle an jenen Arbeitersoldaten erinnert, der in der Versammlung am 4. (17.) April 1917 die schwerwiegende Voraussage machte: »Wenn man den Weg Lenins beschreitet, werden wir nicht nur den Sozialismus, sondern auch die bürgerlichen Freiheiten zugrunde richten.«<sup>19</sup>

### 3. DIE REVOLUTION IST IN GEFAHR!

Wer nicht retrospektiven Sympathien für die Zarenmacht zuneigt, kann sich schwerlich der damaligen Sorge entziehen, daß die Revolution im Sommer und Herbst 1917 gefährdet war. Vor allem der Krieg bewirkte die Zerreißen, an denen sämtliche Ministerkabinette zerbrachen. Schon die Note des Außenministers und Vorsitzenden der Kadettenpartei, P. N. Miljukow, der sich erkühnte, den Regierungen der Entente das »Bestreben des ganzen Volkes« zu versichern, »den Weltkrieg bis zum endgültigen Sieg« führen zu wollen,<sup>20</sup> bewirkte Petrograder Protestdemonstrationen am 21./22. April (3./4. Mai). Resultat war ein Sturz der rein bürgerlichen Februar-Regierung, an deren Stelle ein Koalitionskabinett mit Teilnahme führender Sozialrevolutionäre und Menschewiken trat. Mit ihren Absichten, nun als Minister den Fortgang der bürgerlichen Revolution, aber auch die Landesverteidigung unterstützen zu wollen, steuerten sie schon nach zwei Monaten in eine erneute Regierungskrise.

Es war die russische Großoffensive mit mehr als 60.000 Gefallenen und dem Verlust fast ganz Galiziens, die im Juli die größten Antikriegsdemonstrationen verursachte. Sie wurden von den Bolschewiken unterstützt, jedoch von der Regierung mit Waffengewalt niedergeschlagen. Ein neues Kabinett unter Leitung des Sozialrevolutionärs und bisherigen Kriegsministers A. F. Kerenski deklarierte sich vollmundig als »Regierung zur Rettung der Revolution« und richtete seine Machtmittel gezielt gegen die »Anarchie des Volkes«. Es verhängte den Belagerungszustand

---

19 Information über die Beratung. (»Jedinstwo« vom 4. April 1917). In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse ... S. 236.

20 Siehe Note der Provisorischen Regierung an die Regierungen der Verbündeten Rußlands (»Miljukow-Note« vom 18. April 1917). In: Ebenda. S. 243ff.

über die Hauptstadt, ermächtigte die Militärbefehlshaber zur Bildung von Kriegsgerichten und zur Wiedereinführung standrechtlicher Todesstrafen. Der Bolschewismus wurde verfolgt, Lenin als Spion in deutschen Diensten verleumdet und ins finnische Exil vertrieben.

Jedoch die verlustreiche Sommeroffensive und die Unterdrückung der Demonstrationen erzeugten den mentalen Wendepunkt, der eine Übereinkunft zwischen Regierung und Volk, Heeresführung und Soldaten unmöglich machte. »Alle Macht den Sowjets!« hieß die Parole, mit der sich die Massen mehr und mehr sammelten — bis zum Herbst in Petrograd, Moskau, weiteren Städten und der Armee unter den wachsenden Einfluß der kriegs- und regierungsfeindlichen Bolschewiken geratend.

Indes ernteten die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiken, die im Petrograder Exekutivkomitee der Arbeiter- und Soldatensovjets weiterhin vorgaben, die revolutionäre Demokratie zu verkörpern, radikale Proteste — vor allem von Frontsoldaten. Dieses bezeugt der Auszug eines Schreibens, das mit der Unterschrift »Von allen Soldaten aus den Schützengräben« gezeichnet war: »[...] Nehmen Sie das zur Kenntnis: alle Soldaten werden die Front verlassen und nach Hause gehen. Also brauchen Sie auch keine Disziplinarmaßnahmen für uns festzulegen, denn dies wird nichts helfen. [...] Irgend so ein Usurpator Kerenski ist aufgetaucht und will den Krieg bis zum siegreichen Ende fortsetzen, aber für wessen Interessen [...]. Wo ist hier Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit? [...] Gebt uns Frieden, ganz egal, was für einen, denn wir haben es schon satt, hier zu sitzen und für Euch zugrunde zu gehen. [...] Wenn es keinen geben wird, machen wir uns auf, die einen nach Hause, die anderen nach Petrograd und schlachten die Bourgeoisie ab. Und bedenken Sie, niemand von Ihnen wird verschont werden. Ihre Pflicht ist es, Frieden herzustellen, dann werden wir in Rußland für ein geordnetes Leben sorgen.«<sup>21</sup> Der volkstümliche Text offenbart einen Zeitgeist, dem das Recht auf Leben und Frieden durchaus wichtiger war als rationale Erwägungen über Charakter und Wege der Revolution. Auf die Regierung wirkte die Drohung wenig. Der »Volksozialist« A. S. Sarudny, der vom Amt des Justizministers zurücktrat, gestand Mitte September öffentlich ein: Kerenskis wechselnde Regierungskabi-

---

21 Brief von Frontsoldaten an das ZEK der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten (12. September 1917). In: Ebenda. S. 352f.

nette hatten bislang weder etwas für Friedensverhandlungen noch für die Bildung der Konstituierenden Versammlung getan.<sup>22</sup>

Ein riesiger Unruheherd entbrannte in den ländlichen Regionen. Dort hatte sich die Provisorische Regierung seit Anbeginn in ein Dilemma verstrickt: Wollte sie das Getreideaufkommen für Stadtbevölkerungen und Armee sichern, so mußte sie die Bauern gewinnen und die Enteignung des größeren Grundbesitzes zügig auf den Weg bringen; indem sie jedoch die Forderungen nach »Sozialisierung des Landes« unterließ und neue Agrargesetze auf die Konstituierende Versammlung der Zukunft verschob, provozierte sie die gärende Ungeduld in den Dorfgemeinden. Übergriffe, Gewaltakte, Rebellionen richteten sich gegen Gutsbesitzer und örtliche Staatsbürokratie. Die Behörden registrierten »Pogrombewegungen« in 24 europäischen Gouvernements, außerdem in unruhigen Landgebieten der Städte Moskau, Kasan, Charkow, Saratow, Perm und Omsk.<sup>23</sup> Kavallerietruppen wurden gegen die Bevölkerungen eingesetzt, woraufhin bewaffnete Aufstände ausbrachen. Russische Historiker berichten von einer »gigantischen, unkontrollierbaren Eruption sozialer Stimmungen«, die im Frühjahr als Konfliktherd begonnen hatten, doch bis zum Herbst 1917 zur »sozialen Explosion« umschlugen.<sup>24</sup> Die Regierung hatte ihren moralischen Kredit auf dem Lande verspielt.

Auch in den Städten verschärften sich die sozialen Spannungen. Hatte im Frühjahr die Beratung der Arbeiter- und Soldatensowjets noch beschlossen, die Beziehungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft mit den Erfordernissen der bürgerlichen Revolution und der Landesverteidigung »abzustimmen«, so erwies sich im Alltag von Krieg und Wirtschaft ganz anderes. Im Sommer und Herbst standen Industrie und Handel vor dem Zusammenbruch. Mangelnde Zulieferung von Gütern, Kohle, Elektroenergie drückte die Produktion der erzeugenden Industrie um 30,5 Prozent im Vergleich zu 1914. Die Versorgung der Bevölkerung Petrograds mit Brot und Mehl, die im März noch 81 Pro-

---

22 Aus einem Bericht der »Iswestija« über die Rede des ehemaligen Justizministers A. S. Sarudny auf der Demokratischen Beratung (15. September 1917). In: Ebenda. S. 355ff.

23 Siehe Schreiben von Innenminister A. M. Nikitin an Kriegsminister A. J. Werchowski über den Einsatz von Kavallerieschwadronen in den Gouvernements von Zentralrußland, des Wolgagebietes und der Ukraine zur Niederhaltung der Bauernbewegung (19. Oktober 1917). In: Ebenda. S. 381f.

24 Siehe W. L. Telizyn: Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte. In: Ebenda. S. 89 und 93.

zent des Bedarfs deckte, sank im Spätsommer auf 50 Prozent. Brotkarten wurden wertlos. Während die Arbeiterlöhne auf eine 2,5fache Erhöhung des Festpreises fixiert blieben, stiegen die Marktpreise seit Jahresanfang auf das 34fache. Auf Wirtschaftskrise und Inflation reagierten die Arbeiter mit Streiks, deren Teilnehmer sich landesweit vermehrten: von 35.000 im April auf 1,2 Millionen im Oktober.<sup>25</sup> Unternehmer antworteten mit Aussperrung und Stilllegung der Produktion. Die Unternehmensstatistik der Hauptstadt registrierte in der Zeit von Juli bis August 1917 eine Schließung von 366 Betrieben mit 90.000 Beschäftigten.<sup>26</sup> Im Beschluß der Textilarbeitergewerkschaften lautete der Text: »Die Entwicklung der Revolution spitzt die Klassenwidersprüche immer mehr zu und verstärkt den Kampf zwischen Arbeit und Kapital. In diesem Kampf treten als hauptsächliche und unversöhnliche Gegner die Klasse der Industriellen einerseits und die Klasse des Proletariats andererseits in Erscheinung.«<sup>27</sup> Ein Bericht der Petrograder Fabrikkomitees konkretisierte diese Situation und lehnte gütliche Vereinbarungen mit den Unternehmern ab: »Die bewußte Desorganisation der Produktion durch die Kapitalisten durch Sabotage, Aussperrungen und die Schließung von Betrieben verschärft mit jedem Tag die Arbeitslosigkeit. [...] Angesichts der derzeitigen Teuerung und der allgemeinen Lebensmittelkrise bedroht die Arbeitslosigkeit große Massen der Arbeiterklasse mit Hunger, Degenerierung und unbeschreiblichem Elend [...].«<sup>28</sup>

Gewerkschaften und Fabrikkomitees der Metall- und Textilproduktion, der beiden größten Industriezweige Rußlands, forderten gesetzliche Arbeiterkontrolle in den Betrieben zwecks Regulierung der Produktion, Lenkung der Arbeitskräfte, Verhinderung von Sabotage, Veruntreuungen und Betriebsschließungen. Ihr Anspruch gipfelte in einer Forderung, die über die bürgerlichen Grenzen der Revolution entschieden hinausgriff: »Um erfolgreich gegen die Arbeitslosigkeit und Zerrüttung kämpfen zu können, muß der Krieg beendet werden und die Staatsmacht an die Ver-

25 Siehe Manfred Hildermeier: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991* ... S. 91f.

26 Siehe *Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse* ... S. 315. Anm. 281.

27 Aus der Entschließung der I. Gesamtrussischen Beratung der Textilarbeitergewerkschaften über den wirtschaftlichen Kampf (23.–28. September 1917). In: Ebenda. S. 362.

28 Aus der Entschließung der II. Konferenz der Fabrik- und Werkkomitees von Petrograd und Umgebung über die Einführung der Arbeiterkontrolle als Maßnahme im Kampf gegen Aussperrungen, Sabotage und Arbeitslosigkeit (7.–12. August 1917). In: Ebenda. S. 315.

treter des Bündnisses der revolutionären Klassen, d. h. des Proletariats und der Bauernschaft, übergehen.«<sup>29</sup> Wir bemerken Lenins geistige Nachwirkungen. Vor allem in der Hauptstadt radikalisierten sich Massenstimmungen und bolschewistische Aktivitäten. »Vom Massenprotest der einfachen Arbeiter getragen, erreichte die bolschewistische Formel der ›Arbeiterkontrolle über die Produktion und Distribution‹ im September eine nie dagewesene Popularität. Die Weichen waren für die ironische Pointe gestellt, daß der Geburtshelfer des Februarregimes auch sein Totengräber werden könnte.«<sup>30</sup> Ein Geheimschreiben meldete der Provisorischen Regierung die Existenz einer Roten Garde, die begonnen habe, Arbeiterkader gegen »konterrevolutionäre Aktionen« zu bewaffnen und auszubilden.<sup>31</sup>

Eine Staatsberatung von zweieinhalbtausend Parteien- und Landesvertretern, die vorsichtshalber aus der Hauptstadt nach Moskau verlegt wurde, erschöpfte sich Mitte August in rhetorischen Unverbindlichkeiten. Kurz danach beurteilte das Zentralkomitee der »Kadetten«, Partei der Februar-Regierung, die allgemeine Situation. Das Resultat zeugte für die seit Revolutionsbeginn entstandene politische Lage: Rußland sei für ein bürgerliches Ministerkabinett unregierbar geworden, so daß eine weitere Teilnahme der »Kadetten« nicht sinnvoll erscheine. Aber auch die »Mittelgruppe des Sozialismus«, womit Menschewiken und Sozialrevolutionäre gemeint waren, habe »ausgespielt«. Jetzt stehe dem Land nur noch die Unvermeidlichkeit eines »chirurgischen Eingriffs« bevor: entweder eine zu wünschende Militärdiktatur oder die Machtergreifung des Bolschewismus.<sup>32</sup>

Geradezu pünktlich putschte General L. G. Kornilow fünf Tage später, am 25. August (7. September) 1917. Der Oberbefehlshaber der Armee hatte bereits auf der Moskauer Staatsberatung »einen erbarmungslosen Kampf gegen die Anarchie« angedroht, mußte nun aber binnen weniger Tage seine Niederlage und Absetzung quittieren: Er scheiterte am Wider-

---

29 Ebenda. S. 314.

30 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991 ... S. 93.

31 Aus einem Geheimschreiben des Innenministeriums an den Oberkommandierenden des Militärbezirks Petrograd Oberst G. P. Polkownikow über Maßnahmen gegen den Aufbau der Roten Garde (3. Oktober 1917). In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse ... S. 365f.

32 Aus dem Protokoll einer Sitzung des Zentralkomitees der Kadettenpartei über die politische Lage im Lande im Zusammenhang mit der Staatsberatung in Moskau (20. August 1917). In: Ebenda. S. 329ff.

stand der Soldatenräte, dem Unwillen der Armee und zog den Ministerpräsidenten in den begründeten Verdacht der Komplizenschaft. Die »Kadetten« verließen nun tatsächlich die Regierung. Kerenski rettete sich in ein erneutes Notkabinett, erklärte Rußland eilends zur Republik und verlautbarte drakonische Absichten: die Demokratie »vom gewalttätigen Pöbel« reinigen, den »befreiten Staatsbürger dem aufbegehrenden Sklaven« entgegenstellen und »mit eiserner Hand die Macht des Gesetzes« errichten zu wollen.<sup>33</sup> Solcherart Sprache erinnerte förmlich an die Pariser Regierung von 1848, die ihre Macht ebenfalls proletarischen Februarrevolutionären verdankt, aber im Juni desselben Jahres die besitzenden Klassen zur blutigen Unterwerfung der Arbeiter aufgerufen hatte. Führende Sozialrevolutionäre und Menschewiken beschloßen abzuwarten, sich nicht provozieren zu lassen, wobei sich ihre Parteien in mehrere Strömungen differenzierten. Nur die von allen verteufelten, also gefürchteten Bolschewiken berieten über eine Lösung der Krise: »Der einzige Ausweg besteht darin, die Macht aus Vertretern des russischen Proletariats und der Bauernschaft zu bilden.«<sup>34</sup> Es mußte als eine Ermutigung wirken, daß bei den neuen Wahlen zum Petrograder Stadtsowjet die Bolschewiken die Mehrheit gewannen und damit auch die Funktion des Vorsitzenden für L. D. Trotzki.

V. M. Tschernow, der Kopf der Sozialrevolutionäre, schrieb in einer Mischung von Verzweiflung und Häme über die Situation und die Absichten der Bolschewiken: »Am kompliziertesten wird für sie die Sache, weil sie, wenn sie an der Macht sind, alles das machen müssen, was sie als Opposition mit dem Bannfluch belegten. [...] Sie haben die ganze Zeit auf die Zersetzung der Armee hingearbeitet — sie werden eine starke Armee brauchen können. Sie haben die ganze Zeit die Ansprüche der Arbeiter hochgeschraubt — sie werden, konfrontiert mit der Gefahr, daß Finanzen und Industrie zusammenbrechen, die Forderungen der Arbeiter zurückschrauben müssen. Sie haben die geringfügigste Repression angeprangert — aber sie werden ohne Repressionen nicht auskommen.«

---

33 Siehe V. M. Tschernow über Koalitionen mit den Kadetten, bolschewistische Machtvorstellungen und über die Perspektiven der 3. Koalitions-Regierung (Aus »Seiten eines politischen Tagebuches« vom 25. September 1917). In: Ebenda. S. 358ff.

34 EntschlieÙung der erweiterten Sitzung des ZK der SDAPR(B) über die Macht (31. August 1917). In: Ebenda. S. 342f.

Die Bolschewiken würden in eine Katastrophe geraten, die sich zur Katastrophe ganz Rußlands auswachsen könnte.<sup>35</sup>

Zieht man die Quersumme aller Stimmungen und Konflikte im riesigen Reich, so kann behauptet werden, daß die Russische Revolution den regierenden Liberalen, Sozialrevolutionären und Menschewiken aus dem Ruder lief. Sie drohte, in blutigen Aufständen, anarchischen Revolten, konterrevolutionärem Putsch und Terror zu verkommen. Bei alledem standen die Feindarmeen der Deutschen und der Österreicher tief im Land. Riga war ohne Gegenwehr gefallen. Die deutschen Truppen rückten über das Baltikum in Richtung Petrograd vor.

#### 4. MACHTERGREIFUNG DER BOLSCHEWIKEN

In der gefährdeten Revolution erwies sich allein jene Partei als handlungsfähig, die sich als der »bewußte Vortrupp« des Proletariats auffaßte: die Bolschewiken unter der enorm gewachsenen Führungskraft des wieder anwesenden Lenin. Wohl stimmten die ZK-Mitglieder L. B. Kamenjew und G. J. Sinowjew gegen die geheimen Beschlüsse zum bewaffneten Aufstand; sie begründeten ihre Ablehnung durch ein Warnschreiben an die Partei.<sup>36</sup> Doch die proletarische Rote Garde verhielt sich beschlußgemäß. Mit Unterstützung revolutionärer Soldaten besetzte sie in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 das Petrograder Winterpalais, den Aufenthalt des Regierungskabinetts — genau zu dem Zeitpunkt, da sich die Deputierten des II. Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter und Soldaten im Gebäude des Smolny versammelt hatten.

Dieser Aufstand eröffnete eine neue Entwicklungsphase der Russischen Revolution.<sup>37</sup> Er war ein Akt radikaler Überrumpelung, bei dem

---

35 Siehe V. M. Tschernow über Koalitionen mit den Kadetten, bolschewistische Machtvorstellungen und über die Perspektiven der 3. Koalitions-Regierung (25. September 1917). In: Ebenda. S. 361.

36 Aus der Erklärung von G. J. Sinowjew und L. B. Kamenjew zur Orientierung des ZK der bolschewistischen Partei auf den bewaffneten Aufstand (11. Oktober 1917). In: Ebenda. S. 369ff.

37 Mit Recht betont R. A. Medwedew den Gesamtzusammenhang der Russischen Revolution: »Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zwecken, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen

die Leninsche Taktik galt, dem Kongreß den Sturz der Regierung Kerenski als ein unverrückbares Faktum vorzusetzen und angesichts des neuen Machtvakuum grundlegende Beschlüsse abzuverlangen. Dem diene auch schleunige Agitation. Noch war das Winterpalais nicht genommen, da behauptete das Revolutionäre Militärkomitee unter der Leitung Trotzki, den Regierungssturz bereits vollzogen zu haben. Zeitung und Flugblatt nannten den »Bürgern Rußlands« vier sofortige Maßnahmen: Angebot eines demokratischen Friedens, Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer, Arbeiterkontrolle über die Produktion und Bildung einer neuen Regierung im Namen der Sowjets.

Doch wenig später, der Aufstand war noch immer im Gange, beschloß der Petrograder Stadtsowjet unter dem Gewicht Lenins das eigentliche Ziel des Umsturzes: Die Sowjetregierung werde sich allein auf das »städtische Proletariat« und die »ganze Masse der armen Bauernschaft« stützen. Sie werde »unbeirrt zum Sozialismus schreiten«, dem »einzigsten Mittel, das Land von den unsagbaren Leiden und Schrecken des Krieges zu erlösen«. <sup>38</sup> Das war die Strategie, die Lenin in seinen »April-Thesen« verfochten hatte. Doch er wußte sich genötigt, der traditionell marxistischen Überzeugung Rechnung zu tragen, wonach eine sozialistische Revolution nur von den fortgeschrittensten Ländern des Kapitalismus ausgehen konnte. Daher versprach er für das augenblickliche Wagnis in Petrograd die Solidarität der Arbeiter Europas: Sie seien zur Empörung bereit. Die sozialistische »Weltrevolution« werde bald kommen.

Während des Aufstands und der Beratung des Stadtsowjets schmorte der Gesamtrussische Sowjetkongreß. Seine Delegierten entstammten 402 Arbeiter- und Soldatenräten, wobei die Bolschewiken eine Mehrzahl bildeten. Die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiken forderten jetzt eine »friedliche Lösung der Krise« und Verhandlungen für eine »demokratische Einheitsregierung« aller sozialistischen Parteien. Sie scheiterten aber am tumultuarischen Widerstand der bolschewistischen Mehrheit. Als dann das Winterpalais tatsächlich besetzt, die meisten Minister verhaftet waren, räumten die Abgewiesenen und ihr Gefolge (nach

---

sie heute als *zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses*, der das Jahr 1917 bestimmte.« (R. A. Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki. In: Ebenda. S. 35. Hervorgehoben von mir – H. B.).

38 Resolution. Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. 25. Oktober (8. November) 1917. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 230.

verschiedenen Angaben 51 bis 76 Abgeordnete) die Stühle mit demonstrativem Protest: »Eine militärische Verschwörung ist hinter dem Rücken des Kongresses organisiert worden.«<sup>39</sup> Trotzki begleitete sie mit Hohn aus dem Saal: Volksmassen bedürften keiner Rechtfertigung: »Was geschehen ist, ist ein Aufstand und keine Verschwörung. Wir haben die revolutionäre Energie der Petersburger Arbeiter und Soldaten gestählt. [...] Ihr seid klägliche Einzelgänger, ihr seid Bankrotteure, eure Rolle ist ausgespielt, und jetzt schert euch dorthin, wo euer Platz von nun an ist: in den Müllkorb der Geschichte.«<sup>40</sup> Wer im Kongreßsaal verblieb und die nachfolgenden Beschlüsse durch sein Einverständnis besiegelte, zählte zu 625 anwesenden Deputierten: 390 Bolschewiken, 179 Linke Sozialrevolutionäre sowie kleinere Gruppen der Vereinigten Internationalisten und der Ukrainischen Sozialrevolutionäre.

Am Abend dieses 26. Oktobers (8. Novembers) 1917 schlug Lenins historische Stunde. »Die Frage des Friedens ist die aktuellste, die alle bewegende Frage der Gegenwart.«<sup>41</sup> Mit diesem Satz begann er die Verlesung des »Dekrets über den Frieden«. Der Vorschlag an die kriegführenden Völker und ihre bürgerlichen Regierungen, sofort Verhandlungen für einen »gerechten, demokratischen Frieden« aufzunehmen, war eine Botschaft, die in der Geschichte der Staatenkriege nicht ihresgleichen hat. Kriterium der verlangten »Gerechtigkeit« und »Demokratie« sollte wirklich ein »Frieden ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen« sein. Das Dekret enthielt eine völkerrechtliche Begriffserklärung der »Annexion«, wie sie noch heute taugen möchte. Die traditionelle Geheimdiplomatie, die geheimen Abmachungen der Entente-mächte, überdies alle bisherigen »Annexionen der Großrussen« wurden sofort und bedingungslos als ungültig erklärt. Für alle Nationen und Völker — gleich, ob »in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern« —

---

39 S. D. Mstislawski über den II. Sowjetkongreß (25. Oktober 1917). In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse ... S. 392ff. – Über den Kongreß siehe auch John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Berlin 1957. – N. N. Suchanow: 1917. Tagebuch der russischen Revolution. Ausgew., übertragen und hrsg. von N. Ehlert. München 1967.

40 N. N. Suchanow: 1917: Tagebuch der russischen Revolution. Ausgew., übertragen und hrsg. von N. Ehlert. München 1967. S. 669f.

41 W. I. Lenin: Rede über den Frieden. 26. Oktober (8. November) 1917. – Dekret über den Frieden. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 23ff.

wurde das Recht der nationalen Selbstbestimmung gefordert. Der Schluß des Dekrets richtete sich an bevorzugte Adressaten: die »bewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Krieg beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands«. In der Gewißheit, daß sie die russischen Oktoberrevolutionäre nicht im Stich lassen würden, sprach das Dekret nun öffentlich die Erwartung der »Weltrevolution« aus. In seinen Erläuterungen, die nicht im Dekrettext enthalten sind, warnte Lenin vor dem Versuch der internationalen Bourgeoisie, »die Arbeiter- und Bauernrevolution in Blut zu ersticken«. <sup>42</sup> Jedoch die Geschichte werde unaufhaltsam voranschreiten. Der Charakter der soeben »beginnenden neuen Weltepoche« werde nicht anders als durch »Frieden und Sozialismus« bestimmt.

Der Sowjetkongreß bestätigte auch ein »Dekret über den Grund und Boden«, das im Kern schon seit Jahren von den Sozialrevolutionären vertreten wurde. <sup>43</sup> Lenins einleitende Bemerkungen waren auf einen einzigen und für ihn entscheidenden Punkt fixiert: »die gewaltigen Massen der armen Bauern«. Sie für die Revolution und die Sowjetregierung zu gewinnen, war die Konsequenz der »April-Thesen«. Gerade sie zu beruhigen und zufrieden zu stellen, nannte er Ziel und Zweck des Dekrets, dessen erster Artikel die gravierende Aussage machte: »Das Eigentum der Gutsbesitzer am Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.« Die Beschlagnahme galt auch für die Ländereien der Zarenfamilie, der Klöster und Kirchen. Der konfiszierte Besitz sollte einstweilen von bäuerlichen Bodenkomitees und den Kreissowjets der Bauerndeputierten eingezogen und verwaltet werden — und zwar so lange, bis Rußlands Konstituierende Versammlung endgültige Gesetze verabschiedete. Das knapp formulierte Dekret, das weitere Fragen des Besitzes und seiner Verteilung gar nicht berührte, schloß im fünften Artikel ziemlich überraschend mit der Bestimmung: »Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Konfiskation.« Diese Feststellung ließ erahnen, daß das Gesetz als Initialzündung weiterer umwälzender Beschlüsse gedacht war. Es ergab sich die äußerst spannende, sogar beunruhigende Frage: Wenn das Eigentum der bislang herrschenden Klasse konfisziert, die arme Bauernschaft aber nachdrücklich von der Konfiskation ausgenommen wurde — was würde dann mit

---

42 Ebenda. S. 243.

43 Siehe Dekret über den Grund und Boden. In: Ebenda. S. 249.

dem noch nicht erwähnten Eigentum und Landbesitz der Großbauern, Mittelbauern und Kleinbauern geschehen?

Die Antwort erfolgte in einem »Bäuerlichen Wählerauftrag«, der dem Text des Dekrets hinzugefügt wurde.<sup>44</sup> Darin legten Linke Sozialrevolutionäre und Bolschewiken — mit Vorbehalt künftiger Beschlüsse der Konstituante — ihre Auffassung von der »gerechtesten Lösung« der Agrarfrage dar. Das »Privateigentum am Grund und Boden« sei »für immer« und »entschädigungslos« aufzuheben, der gesamte Boden zum »Gemeineigentum des Volkes« zu machen. Bodenschätze, Waldungen, Gewässer von Bedeutung müßten der »ausschließlichen Nutzung des Staates«, die von geringerem Wert der Nutzung örtlicher Selbstverwaltungen übertragen werden. Das »Recht der Bodennutzung« für Ackerbau und Viehwirtschaft sei allen Staatsbürgern, »die den Boden selbst, mit Hilfe ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen«, für die Dauer ihrer Arbeitsfähigkeit zu erteilen, danach aber sei der Boden wieder einzuziehen. Die Massenlosung »Der Boden den Bauern!« sollte sich folglich nicht als Privateigentum, sondern nur als Verfügungsrecht des einzelbäuerlichen Produzenten oder der Genossenschaftler realisieren. Lohnarbeit wurde verboten. Dieser »Wählerauftrag« stieß das Tor der Eigentumsverhältnisse, das durch die Enteignung der halbfeudalen Herrschaftseliten schon nicht mehr verschlossen war, mit Entschiedenheit für eine gesamtgesellschaftliche Umwälzung auf. »Volkseigentum« sollte hinfort der oberste Rechtstitel sein. Nach allen schlimmen Erfahrungen der Geschichte sollte die Macht des Eigentümers über den Besitzlosen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft werden. Doch im späteren »real existierenden Sozialismus« wurde zum Wesensmerkmal, daß de jure deklariertes »Volkseigentum« de facto den Entscheidungen und der Verfügungsgewalt von Partei- und Staatsorganen unterlag, in denen eine neue bürokratische Kaste zur Herrschaft gelangte.<sup>45</sup>

---

44 Siehe Bäuerlicher Wählerauftrag zur Bodenfrage. In: Ebenda. S. 249ff.

45 Siehe Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie? (1936). Zürich 1937. – Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems (1957). München 1958. – Helmut Bock: Partei — Staat — bürokratische Kaste. Zu einigen strukturellen Aspekten bezüglich des staatsmonopolistischen Sozialismus in der DDR. Hrsg. vom Brandenburger Verein für politische Bildung »Rosa Luxemburg« e. V. Potsdam 1992 (Bern 1993).

Trotz des Vorbehalts zugunsten künftiger Beschlüsse der Konstituante erklärte Lenin den »Wählerauftrag« zum »provisorischen Gesetz«: Es sollte »nach Möglichkeit sofort« verwirklicht werden. Der Text des Dekrets und des ihm anhängenden Wählerauftrags orientierte auf massenhafte, also kleinbäuerliche Agrarbetriebe und auf Genossenschaften. Den Groß- und Mittelbauern hingegen war eine Enteignung definitiv angedroht. In der noch andauernden Revolution konnte geschehen, daß auch ihr Bodenbesitz dem Zugriff der »gewaltigen Massen der armen Bauern« preisgegeben würde.

Die Bolschewiken wußten, daß die übergroße Mehrheit der Landbevölkerung nicht ihnen, sondern den Sozialrevolutionären folgte. Dieser Umstand veranlaßte Lenin zu einer abschließenden Erklärung, die durchaus gemäßigt klang: »[...] Wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir [...] sagen: Sei's drum. [...] Wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen volle Freiheit gewähren. [...] Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten.«<sup>46</sup> Das war keine Achtungsbezeigung für gesetzliche Institutionen, also für demokratische Wahlen und künftige Parlamentsbeschlüsse. Wir sind zu der Annahme berechtigt, daß der Redner im Augenblick nur beruhigen wollte, jedoch den kommenden Klassenkampf zwischen Dorfarmut und besitzenden Bauern mit Sicherheit kalkulierte.

Das dritte Dekret des Sowjetkongresses enthielt den »Beschuß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung«, ebenfalls deklariert als ein Provisorium »zur Verwaltung des Landes bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung«, aber betitelt als »Rat der Volkskommissare«.<sup>47</sup> Die Wahl Lenins in die Funktion des Vorsitzenden (nach traditionellen Begriffen — des Ministerpräsidenten) anerkannte das intellektuelle Übergewicht und die Durchsetzungskraft des Führers der Bolschewiken. Unter dem Aspekt der Rolle von Persönlichkeiten in der Geschichte kann behauptet werden, daß ohne ihn der Oktoberaufstand wahrschein-

---

46 W. I. Lenin: Rede über die Bodenfrage. 26. Oktober (8. November) 1917. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 252f.

47 Beschluß über die Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung. In: Ebenda. S. 254f.

lich gar nicht erfolgt wäre. Dabei war Lenin und noch weiteren Protagonisten das politische Wagnis der Machtergreifung durchaus bewußt. Trotzki sagte auf der Kongreßtribüne freiheraus, »[...] daß wir wohl wissen, daß, wenn auch weiterhin in Europa die imperialistische Bourgeoisie herrschen wird, das revolutionäre Rußland sich allein nicht zu halten vermag.« Es gebe nur die Alternative: »Entweder die russische Revolution wird eine revolutionäre Bewegung in Europa auslösen, oder die reaktionären Mächte Europas werden das revolutionäre Rußland zerstören.«<sup>48</sup>

## 5. FORTSETZUNG DER BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN REVOLUTION. KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG

Wie konnte der erneute Regierungssturz in Weite und Ferne ganz Rußlands, abseits von den dahinjagenden Ereignissen der Hauptstadt, verstanden werden? Es mochte sich die Frage stellen, ob jetzt die konsequente Fortsetzung und Vollendung der im Februar begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution wirklich erfolgte — und in historischer Analogie: ob die Bolschewiken nichts anderes als die Rolle der französischen Jakobiner von 1793 wiederholten.

Tatsächlich geschah der Machtwechsel nicht unter sozialistischen, sondern demokratischen Losungen — und tatsächlich erfüllte die neue, sich selbst noch als »provisorisch« bezeichnende Regierung des Rates der Volkskommissare bis zum Jahresende 1917 einige der ungelösten Aufgaben der Februarrevolution. Sie beschloß eilends die Durchführung der Wahlen zur Konstituante und akzeptierte, daß die Kandidatenlisten bereits unter der alten Regierung aufgestellt worden waren. Sie mühte sich um allgemeine, aber von den Regierungen der Entente boykottierte Friedensverhandlungen, schloß einen Waffenstillstand mit Deutschland und seinen Verbündeten. Der Rat verordnete außerdem die Abschaffung der aus der Feudalzeit überkommenen Ständestrukturen, die Trennung der Kirche von Staat und Schule, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages und des Selbstbestimmungsrechtes der unter russischer Herrschaft stehenden Nationen. Nur die Absichtserklärungen über die Arbeiterkontrolle der Produktion und die Nationalisierung der Banken,

---

48 John Reed: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Berlin 1957. S. 201.

des Bodens, der Bodenschätze schlossen künftige Maßnahmen, die zur sozialistischen Revolution führten, nicht aus.

Weil Lenins Regierung aber aus links-revolutionärer Aktion erwachsen war, sah sie sich konfrontiert mit der Ablehnung aller anderen Parteien und einem Boykott der übernommenen Beamtenschaft. Sie erklärte die Partei der »Kadetten« zu »Volksfeinden« und gründete die Geheimpolizei »Tscheka« zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage. Sie selbst aber war nur die Regierung einer einzigen Partei, und gerade als solche geriet sie am 2./3. (15./16.) November in eine innere Krise. Veranlassung gab eine Forderung von Gewerkschaften und einer Gruppe von Alt-Bolschewiken, darunter Kamenjew und Sinowjew, die nun selbst eine »sozialistische Einheitsregierung« mit Vertretern von Menschewiken und Sozialrevolutionären verlangten. Weil Lenin und seine unbedingten Anhänger sich weigerten, protestierten elf Volkskommissare, von denen sieben ihr Amt niederlegten: »Eine rein bolschewistische Regierung [...] kann sich nur mittels politischen Terrors an der Macht halten. Das wird zur Bildung eines Regimes ohne Verantwortung führen.«<sup>49</sup> Diese Bolschewiken beharrten noch immer auf der Überzeugung: die Russische Revolution habe einen bürgerlich-demokratischen Charakter und sei nur durch ein Bündnis demokratisch-sozialistischer Parteien zu vollenden. Doch Lenin erhob die gewagte Anschuldigung: Sie sabotierten »die eben geborene Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft«.<sup>50</sup> Indem er mit der Gefahr der Parteispaltung drohte, zwang er seine Opponenten zum Nachgeben.

Der Vorgang war paradigmatisch für Charakter und Führungsstil. Der Führer der Partei und des Rates dominierte und polarisierte: für oder gegen ihn. Er nutzte die schwere Krise, um die alleinige Herrschaft der Bolschewiken zu sichern — und so sollte es bleiben. Sieht man ab von vielen noch kommenden Sachzwängen, so ebnet gerade Lenins Selbstgewißheit und Härte den Weg zum Einparteiensstaat und in letzter Konsequenz zur Verhinderung innerparteilicher Demokratie. Sein augenblicklicher Umgang mit der »Opposition« warf einen Schatten voraus: auf das Fraktionsverbot von 1921 und spätere Folgen in der stalinistischen Partei. Der Eklat bewirkte nach etlichen Wochen eine kurzzeitige Koalitionsre-

---

49 James Bunyan/Harold H. Fisher: *The Bolshevik Revolution 1917–1918. Documents and Materials*. Stanford 1961. S. 91f.

50 Resolution des ZK der SDAPR (B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK. 2. (15.) November 1917. In: W. I. Lenin: *Werke*. Bd. 26. S. 271ff.

gierung mit Linken Sozialrevolutionären, die allerdings bald aus dem Kabinett wieder ausschieden.

Der Rat der Volkskommissare stand auch unter dem Massendruck von Soldaten, Bauern, Landarmen, Arbeitern und bürgerlichen Nationalisten. Nicht wenige sprachen von »Sozialisierung«, wohl gar von »Sozialismus«, ohne die Konsequenzen zu kennen oder zu wollen. Die Widersprüche, die der sozialrevolutionäre Parteiführer Tschernow erwartet hatte, offenbarten sich. Während die Regierung an die Notwendigkeit denken mußte, daß sich das erneuernde Rußland gegen innere und äußere Konterrevolution mit Revolutionstruppen zu verteidigen habe, strömten ungeheure Massen von Bauernsoldaten in ihre Dörfer zurück, um bei der Verteilung konfiszierter Ländereien anwesend zu sein. Dort beharrten die grundbesitzenden Bauern auf ihrem Landeigentum, wollten aber auch die Armen endlich zu persönlichem Bodenbesitz gelangen. — Während die Regierung die Arbeiterkontrolle über die Produktion fürs erste nur als eine wache, zugleich Betriebswirtschaft erlernende Aufsicht über das bürgerliche Management konzipiert hatte, begannen die Arbeiterkomitees nach dem Beispiel des Bodendekrets auch mit der Enteignung des industriellen und gewerblichen Unternehmertums. — Während die Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen durchaus vertrat, waren die Politiker, die in Finnland und der Ukraine die Trennung von Rußland, in anderen Regionen zumindest die national-kulturelle Autonomie beanspruchten, in der Regel keine Anhänger des Bolschewismus. Das alles mußte zum zentralen Konflikt und zu prinzipiellen Entscheidungen führen.

In der bisherigen Revolution hatten die Losungen der bürgerlich-demokratischen »Freiheiten« und der sozialen »Gleichheit« polarisierend gewirkt. Das Ereignis, das demokratische Sozialisten und radikal-sozialistische Klassenkämpfer vollends spaltete, vollzog sich am 5./6. (18./19.) Januar 1918: dem Geburts- und zugleich Sterbedatum der längst angekündigten und oft beschworenen Konstituierenden Versammlung. Diese war von 46,5 Millionen (etwa 60% der Stimmberechtigten Rußlands) gewählt worden. Wie Lenin vorausgesehen hatte, bildeten die Abgeordneten der Sozialrevolutionären Partei die stärkste Fraktion (370 von 601). Die Bolschewiken, die kaum ein Drittel der Abgeordnetenplätze (175) einnahmen, wollten jetzt aber die soziale Revolution auf die Tagesordnung setzen. Im Kontrast zur bürgerlich-individualistischen Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 schlugen sie den Text

einer sozial-kollektivistischen »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes« zur Diskussion und Annahme vor.

Das Dokument<sup>51</sup> verlangte die Konstituierung des neuen Staates als föderative Sowjetrepublik und den sofortigen Beginn der sozialistischen Revolution: Abschaffung des »Privateigentums an Grund und Boden«, »Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates«, Verstaatlichung der Banken, Einführung der »allgemeinen Arbeitspflicht« und »Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern«. Nach Annahme dieses Grundgesetzes sollte die Konstituante ihre Aufgaben als erledigt betrachten und ihre Selbstauflösung beschließen. Weil aber die Majorität der Versammlung mit Berufung auf Landeswahlen, parlamentarische Vollmachten und Gesetzgebungskraft widerstrebte, brach der unversöhnliche Gegensatz offen hervor. Was man im Streit um Lenins »April-Thesen« antizipiert hatte: Jetzt war die historische Stunde, in der wirklich »die Fahne des Bürgerkrieges innerhalb der revolutionären Demokratie aufgepflanzt« wurde. N. I. Bucharin, Sprecher der bolschewistischen Fraktion, attackierte alle Absichten zum »Aufbau einer hunds miserablen bürgerlich-demokratischen Republik«.<sup>52</sup> Im Namen der sozialistischen »Weltrevolution« erklärte er den »Kampf auf Leben und Tod«. Doch weil Bolschewiken und Linke Sozialrevolutionäre in einer aussichtslosen Minderheit waren, verließen sie drohend das Parlament. Sofort reagierte die im Hintergrund lauernde Revolutionsregierung. Sie hatte bereits am Vortag eine Sympathiekundgebung zugunsten der Konstituante mit tödlichem Waffengebrauch unterdrücken lassen und befahl nun auch die Auflösung. Sie ließ die Parlamentarier auf die Straße setzen.

Wie vor dem Oktoberaufstand und auch in der späteren Krise des Rates der Volkskommissare bestanden selbst unter den Bolschewiken noch Meinungsverschiedenheiten. Kamenjew und Sinowjew wünschten eine parlamentarisch-demokratische Republik mit gleichzeitiger Existenz der Konstituante und der Sowjets. Indes hatte Lenin als prinzipieller Verweiner des Parlamentarismus seit Wochen auf den radikalen Bruch hin-

---

51 Siehe Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 422ff.

52 Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung. 5./6. (18./19.) Januar 1918. In: Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse ... S. 407ff.

gearbeitet und eine Mehrheit seiner Genossen gegen die Konstituante formiert. Die gewagte Kraftprobe war ein untrügliches Zeichen, daß die bürgerlich-demokratische Revolution endigen, die sozialistische Revolution beginnen sollte.

Lenins Kommentar lautete: »[...] Der Krieg und die durch ihn verursachten unerhörten Leiden der erschöpften Völker haben den Boden für das Aufflammen der sozialen Revolution bereitet.« Er fügte in rigoroser Entschlossenheit hinzu: »Kein Zweifel, im Entwicklungsprozeß der Revolution, der durch die Kraft der Sowjets ausgelöst worden ist, werden alle möglichen Fehler und Mißgriffe vorkommen — aber es ist für niemanden ein Geheimnis, daß jede revolutionäre Bewegung stets unvermeidlich von vorübergehenden Erscheinungen des Chaos, der Zerrüttung und Unordnung begleitet ist. [...] Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst, die revolutionäre Sowjetrepublik aber wird triumphieren, koste es, was es wolle.«<sup>53</sup>

## 6. BOLSCHEWISTISCHE DIKTATUR UND »HEILIGER« BÜRGERKRIEG

Der todkranke Plechanow, Lenins sozialdemokratischer Widerpart, warnte die Petrograder Arbeiter nach dem Oktoberumsturz im »Offenen Brief« vor der Errichtung der proletarischen Diktatur. Die Arbeiterklasse, nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung, müsse bedenken, daß die Bauern, die schlechthin überwiegende Volksmehrheit, zwar das Land der Gutsbesitzer benötigten, ihre Interessen aber »nicht auf den Sozialismus, sondern auf den Kapitalismus gerichtet« seien. Sie würden daher »beim Aufbau der sozialistischen Produktionsweise ein sehr unzuverlässiger Bündnispartner« sein. Die historische Mahnung lautete: »Wenn das russische Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.«<sup>54</sup>

---

53 W. I. Lenin: Rede über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung in der Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. 6. (19.) Januar 1918. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 437ff.

54 G. W. Plechanow: Offener Brief an die Petrograder Arbeiter (»Jedinstwo« vom 28. Oktober 1917). In: Plechanow: 1917 — zwischen Revolution und Demokratie. Eine

Die Warnung wurde von Lenin und seinen Mitstreitern ignoriert. Eine Woche nach Auflösung der Konstituante verabschiedete der Dritte Gesamtrussische Sowjetkongreß die »Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes«. Es war ein Vorgang taktischer Organisation und kühler Berechnung: Der Beschluß erfolgte am 12. (25.) Januar 1918 nur mit den Stimmen der Arbeiter- und Soldatendeputierten, unter denen die Bolschewiken eine Mehrheit bildeten. Erst einen Tag später kamen die Deputierten der Bauernsowjets hinzu, denen die Akzeptanz des beschlossenen Staatsgrundgesetzes zugemutet wurde.

In seiner Ansprache zur Kongreßeröffnung am 11. (24.) Januar erklärte Lenin, daß nun die »sozialistische« Sowjetrepublik existiere, deren Staatsform die »Diktatur des Proletariats« sei. Folglich habe die »Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus« begonnen. Von einer bürgerlich-demokratischen Revolution könne nicht mehr die Rede sein: Denn im »gegenwärtigen Rußland« vollziehe sich ein prinzipieller Kampf gegen die Ausbeuter, rücke der »Bürgerkrieg in den Vordergrund«. <sup>55</sup> Wohl hätten Marx und Engels im 19. Jahrhundert geschrieben, daß die »Weltrevolution« von den Franzosen angefangen, den Deutschen vollendet würde. Doch es sei anders gekommen: »Uns [...] ist die ehrenvolle Rolle des Vortrupps der internationalen sozialistischen Revolution zugefallen, und wir sehen jetzt klar, wie die Entwicklung der Revolution weit voranschreiten wird. Der Russe hat begonnen, der Deutsche, der Franzose, der Engländer werden vollenden, und der Sozialismus wird siegen.« <sup>56</sup> Am Schlußtag feierte Lenin nun auch diesen Kongreß als den Beginn der »neuen Epoche der Weltgeschichte«. Begriff und Beschwörung der »Weltrevolution« dominierten seine sämtlichen Ansprachen.

Krieg und Agrarfrage blieben weiterhin die beiden zentralen Probleme der Revolution. Rußlands Ausscheiden aus dem Weltkrieg erforderte den ungeheuren Gebietsverlust, den die Oberste Heeresleitung der Deutschen in Brest-Litowsk diktierte. Es war das Bestreben der »revolutionären Vaterlandsverteidiger« gewesen, im Bündnis der Entente auszuharren und einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten zu vermeiden. Indem Lenin dieses abgelehnt, sich für den Machtwechsel und die schleunige

---

Auswahl von Artikeln und Reden aus den Jahren 1917 und 1918. Hrsg. von Wladislaw Hedeler und Ruth Stoljarowa. Berlin 2001. S. 150ff.

55 W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare (11./24. Januar 1918). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 459ff.

56 Ebenda. S. 472.

Kriegsbeendigung eingesetzt hatte, mußte man nun die Folgen tragen. Logisch, daß er jetzt seine ganze Autorität ins Gewicht warf,<sup>57</sup> um den in ihrem patriotischen, zudem antiimperialistischen Empfinden tief verletzten Bolschewiken, mehr noch den Linken Sozialrevolutionären eine Billigung des deutschen Raubfriedens abzuverlangen. Sowjetrußland mußte jeden, auch noch so schlechten Frieden annehmen. Es galt Zeit und Kraft zu gewinnen, die Wirtschaft und die Rote Armee aufzubauen, während man auf die deutsche Revolution hoffte.

Die Truppen des Eroberers rückten aus den annektierten Territorien in die Ukraine vor und schnitten das russische Zentrum von seiner Kornkammer, außerdem von den Kohle- und Erdölzentren des Südens ab. Zur selben Zeit machten die westlichen Ententemächte eine harsche Kehrtwende gegen den »Verräter« Rußland. Sie annullierten ihre Hilfslieferungen, schickten Agenten und dann sogar Interventionskorps ins Land. Abgesehen von den Landungen im Hohen Norden und in Fernost, putschten sie ein bewaffnetes Freikorps kriegsgefangener Tschechen und Slowaken in Sibirien auf, das im Juni 1918 bis an die Wolga vorstieß und sich mit einer russischen Gegenregierung auf der Basis der gescheiterten Konstituante vereinigte. Die Sowjetführung reagierte mit der Verordnung »Über die zwangsweise Aushebung für die Arbeiter- und Bauernarmee«. Sie brachte bis zum Herbst rund 800.000 Mann unter Waffen, beseitigte aber sogleich die Soldatensowjets, die im Vorjahr das demokratische Element der Armee gewesen waren.

In der Umzingelung durch Interventen und innere Konterrevolution wagten die bald wieder allein regierenden Bolschewiken das Experiment, mittels Dekreten den sofortigen »Übergang zum Sozialismus« zu gewinnen. Doch selbst der Vordenker der Partei war nicht genügend vorbereitet. Lenins Studien vom Vorabend der Machtergreifung bewährten sich in der Praxis des Regierens nicht. »Staat und Revolution«, worin insbesondere der »Kommunestaat« reflektiert wurde, blieb zwar ein Zeugnis historisch-theoretischer Marx-Rezeption, enthielt aber keine präzisen Handlungsgebote für die Wirtschaftspolitik. Nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der »Expropriation der Expropriateure« schienen »Rechnungsführung und Kontrolle« die hinlänglichen, auf die Ökonomie bezogenen Aufgaben sozialistischer Administration zu

---

57 Siehe W. I. Lenin: Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens. 7. (20.) Januar 1918. In: Ebenda. Bd. 26. S. 442ff.

sein.<sup>58</sup> Der aktuellen Lage gemäßer war die Broschüre »Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll«. Darin war der definitivische Satz enthalten: »Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt* wird und dadurch *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein.«<sup>59</sup> Es ist anzunehmen, daß der Verfasser im Herbst 1917 die proletarische Produktionskontrolle wohl als einen Schritt zum Sozialismus ansah, aber noch keine sofortige Enteignung loyaler Kapitalisten wollte.

Über derart strategische Erwägungen prellten Komitees der Fabriken und Werke, außerdem lokale Arbeitersowjets in radikaler Weise hinaus. Der Vorgang ist in offiziöser Darstellung von sowjetrussischen Zeitgenossen beurteilt worden: »Sobald die politische Macht des Bürgertums [...] weggefegt war, äußerte sich der Klassenwille des Proletariats, durch Zwangsmittel nicht mehr zurückgehalten, in einer chaotischen Verjagung der Unternehmer und Besitzergreifung der Betriebe. Die Folge war notwendigerweise die Auflösung der alten wirtschaftlichen Beziehungen und nicht selten auch die Stilllegung der Betriebe. Die Arbeiterverwaltung, insbesondere die elementar auf enger Basis eingesetzte, von Arbeitern des einzelnen Betriebes, erwies sich häufig als unfähig, die Betriebe zu leiten, da die Fähigkeit dazu erst in der Praxis erworben werden mußte. Die Arbeit der Sowjetmacht auf dem Gebiete der Volkswirtschaft bestand zum größten Teil darin, in die elementare Bewegung der proletarischen und bäuerlichen Massen Planmäßigkeit und Organisiertheit zu tragen.«<sup>60</sup>

Es waren also die Arbeiter, die die Enteignung der Unternehmer praktizierten und dabei die eigene Regierung unter Druck setzten. Aber auch im Kreis der Volkskommissare stießen Lenins »staatskapitalistische« Gedankenspiele, die eine Kooperation zwischen sozialistischem Staat und

---

58 Siehe W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: Ebenda. Bd. 25. S. 487f. – Schon hier vertrat Lenin eine etatistische Sicht auf den Sozialismus, die im Widerspruch zur marxistischen Überlieferung der basisdemokratischen Pariser Kommune stand: »Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das ganze Volk umfassenden Staats-syndikats« [...] Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.« (Ebenda. S. 488).

59 W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Ebenda. Bd. 25. S. 369.

60 Jurij Larin/Lev N. Kritzman: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau in Sowjetrußland 1917 bis 1920. Zitiert nach Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus (1932). Frankfurt am Main 1966. S. 147.

privater Industrie bevorzugten, auf Widerstand. Dennoch sollte die spontane Arbeiteraktion beendet, die Selbsthilfe der betrieblichen Belegschaften diszipliniert werden. Eine Lösung schien in der Errichtung von Volkswirtschaftsräten zu liegen, die einzelne Betriebe zusammenfaßten und Industriezweige beaufsichtigten. Die jetzt erfolgende Einführung des administrativen Zentralismus und der betrieblichen Einzelleitung stand unmißverständlich im Gegensatz zur Spontaneität und Kollektivverwaltung der Arbeiter. Je näher jedoch die regionalen und lokalen Volkswirtschaftsräte zur Arbeiterschaft standen, desto mehr drängten auch sie auf eine Fortsetzung der antikapitalistischen Offensive. So drückten sie schließlich neue Gesetze zur Nationalisierung durch: »Mit der Verstaatlichung der gesamten Großindustrie per Dekret vom 28. Juni 1918 siegte der revolutionäre Impuls über pragmatische Mäßigung.«<sup>61</sup> Auch mittlere Betriebe gerieten unter die Regie zentraler Verwaltungen, die eine Planwirtschaft versuchen und zugleich den Markt streng kontrollieren wollten.

Den Warenverkehr mit Hilfe verstaatlichter Industrie unter Kontrolle zu bringen, galt als marxistischer Denkansatz. Fixierte Preise für Industriegüter und Nahrungsmittel sollten den Austausch zwischen Stadt und Land regeln. Um es in »kriegskommunistischer« Simplifikation auszudrücken: Was die Arbeiter produzierten und in die Dörfer lieferten, sollte durch wertentsprechende Naturalien entgolten werden. Der damit verbundene Anspruch auf behördliche Aufsicht über Produktion und Distribution tendierte zur Abschaffung des freien Marktes. Nach der Einführung des Staatsmonopols für Getreide wurden dann auch Verbrauchsgüter und Rohstoffe zum Gegenstand staatlicher Monopolisierung deklariert.

Was auf den ersten Blick als Logik eines antikapitalistischen Aufbaus der Wirtschaft erscheint, waren aber auch notgeborene Maßnahmen unter dem Verhängnis einer entsetzlichen Versorgungslage. Fehlende Lebensmittel, Rohstoffe, Energiequellen bedingten schon im ersten Halbjahr 1918 eine erneute Stilllegung größerer Betriebe: in Petrograd 265 von 799, also 30 Prozent. Überdies wurde der Versorgungsplan der Nahrungsmittel für Petrograd und Moskau im April nur mit 6,1, im Mai mit 5,7 Prozent erfüllt.<sup>62</sup> In der Hauptstadt verteilte man Anfang Mai die letzten Reste von Kartoffelmehl und Zwieback. Arbeiter der Industriebe-

---

61 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991 ... S. 145.

62 Siehe Illustrierte Geschichte der Großen Sozialistischen Revolution. 3. verb. Aufl. Berlin 1977. S. 351.

zirke erhielten wochenlang kein Brot. Weil viele von ihnen noch einer Generation angehörten, die von der Landwirtschaft in die Industrie gewechselt war, setzte nun eine zurückflutende Stadtflucht ein: 1,5 Millionen Arbeiter verließen mit ihren Familien die Städte Petrograd und Moskau. Die Arbeitskräfte der gesamten sowjetrussischen Industrie verringerten sich um die Hälfte. Am 9. Mai 1917 erging an die Gouvernementsowjets, die Ernährungs Komitees, die Leitungen des Verkehrswesens ein alarmierendes Telegramm, das von Lenin und A. D. Zjurupa, dem Volkskommissar für Ernährung, unterzeichnet war: »Petrograd in beispiellos katastrophaler Lage. Kein Brot [...] Die rote Hauptstadt am Rande des Hungertodes. Die Konterrevolution erhebt ihr Haupt, lenkt die Unzufriedenheit der hungernden Massen gegen die Sowjetmacht.«<sup>63</sup> Sieht man ab von der Landesverteidigung, so wurde der Kampf um Getreide zum Kampf um den Erhalt des revolutionären Regimes.

Unter der Losung »Der Boden den Bauern!« waren die halbfeudale Aristokratie und die lokale Vormacht der Gutsbesitzer hinweggefegt worden. Doch in den Dorfgemeinden war der soziale Gegensatz zwischen grundbesitzenden Bauern und Landarmen nicht beseitigt, und dieser verschärfte sich mit der Rückkehr von Millionen bedürftiger, aber auch selbstbewußter und an Waffengewalt gewöhnter Soldaten. Die Großbauern, die in den ländlichen Sowjets das Sagen hatten, pochten auf ihren Besitzstand. Sie leisteten Widerstand gegen das staatliche Getreidemonopol und die Abschaffung der kapitalistischen Marktbeziehungen, indem sie sich dem staatlichen Handel und den Anweisungen der Behörden durch Hortung von Lebensmitteln entzogen. Da rief die Regierung zum »Kreuzzug« auf. Bewaffnete Arbeiterabteilungen zogen in die Dörfer und beschlagnahmten Getreide, fanden aber auch Gegenwehr, so daß ihre Verluste bis zum Jahresende rund 20.000 Mann betrug.<sup>64</sup> Gewalt und Gegengewalt schraubten sich hoch.

Um den proletarischen Klassenkampf bis in die Landgemeinden zu tragen, ergingen im Juni 1918 revolutionäre Gesetze, kraft derer 122.664 »Komitees der Dorfarmut« im europäischen Teil Rußlands zum Kampf gegen die Großbauern mobilisiert wurden.<sup>65</sup> Lenin nannte dies »unseren Krieg gegen die Kulaken«: Er schürte ihn als einen »heiligen Krieg«, womit man in eine »Periode neuer Verheerungen«, eine »der schwersten

---

63 Zitiert nach ebenda. S. 351.

64 Siehe ebenda. S. 367.

65 Siehe ebenda. S. 356, 362 und 365f.

Perioden der Revolution« eintrete.<sup>66</sup> Es war eine Politik, die nicht unwidersprochen blieb. Intellektuelle protestierten gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe. Maxim Gorki kritisierte längst schon die Bolschewiken, weil sie die anarchischen und destruktiven Kräfte des Landvolkes entfesselten: »Das ist ein russischer Aufstand ohne Sozialisten im eigentlichen Sinne und ohne sozialistische Geisteshaltung.«<sup>67</sup> Einsprüche von Kamenew und Bucharin, die selbst in der Regierung ihre Bedenken gegen den »Roten Terror« vorbrachten, wurden von Lenin und Trotzki als »Spießbergerede« und mit öffentlicher Warnung vor »unzuverlässigen Intellektuellen« abgewiesen.<sup>68</sup>

Die erste Welle der gewaltsamen »Entkulakisierung« entriß den Großbauern 50 Millionen Hektar Land von 80 Millionen. Sie stärkte die Mittelbauern, soweit sich diese mit der neuen Macht arrangierten. Vor allem entstanden viele Kleinbauernstellen — jedoch keine sozialistischen Wirtschaftsbetriebe. Die kleinbäuerliche Produktionsweise bedingte, daß die Ernte erheblich unter die Erträge der Weltkriegsjahre sank. Lenin selbst urteilte drei Jahre später nicht ohne Selbstkritik: »Wir nahmen an, [...] daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.«<sup>69</sup> Die Strategie scheiterte. Sie führte zu Verelendung und Tod unzähliger Menschen.

## 7. PYRRHUSSIEG DER LENINISTEN

Im dreijährigen Bürgerkrieg und Verteidigungskrieg gegen die Interventionstruppen kapitalistischer Staaten behauptete sich das von den Bolschewiken geführte Rußland. Damit trat ein Staat neuen Typs in die Weltgeschichte. Er übersprang die in der bisherigen Geschichte erfah-

---

66 Siehe W. I. Lenin: Referat über den Kampf gegen die Hungersnot. 4. Juni 1918. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 434 und 437.

67 Maxim Gorki in »Nowaja Shisn« vom 7. Dezember 1917. Zitiert nach Michael Wegner: Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution. In: Widerschein der Russischen Revolution ... S. 87.

68 Siehe W. I. Lenin: Bericht über die gegenwärtige Lage. 27. Juni 1918. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 476. – W. I. Lenin: Rede auf einer Kundgebung. 28. Juni 1918. In: Ebenda. S. 493.

69 Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. In: Ebenda. Bd. 33. S. 38.

renen, auf Feudalismus und Absolutismus folgenden bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftssysteme, und war weder ein bonapartistisches Kaisertum, noch eine liberal-konstitutionelle Monarchie, noch eine bürgerlich-parlamentarische Republik. Sein politisches Selbstverständnis, ein Staat der werktätigen und bislang ausgebeuteten Klassen zu sein, berief sich auf die »Große Sozialistische Oktoberrevolution«, die »Herrschaft der Sowjets«, das Proletariat und darüber hinaus das arbeitende Volk als der sozialen Basis. So erschien er auch Werktätigen anderer Länder und Völker als eine Hoffnung, den Sozialismus künftig verwirklichen, die Abschaffung der Kriege und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen erreichen zu können.

Doch als schwere Hypothek erwies sich der Irrtum Lenins, der mit Berufung auf »wissenschaftliche Voraussicht« behauptet hatte, daß »die sozialistische Revolution in Europa kommen« müsse, sich daher »alle unsere Hoffnungen auf den *endgültigen Sieg* des Sozialismus« gründen könnten.<sup>70</sup> In den Kriegsverliererstaaten Deutschland und Österreich-Ungarn stürzten die kaiserlichen Regimes, scheiterten aber alle Bemühungen für eine proletarische Revolution. Bei den bürgerlichen Siegermächten Frankreich, Großbritannien, den USA fand nicht einmal ein revolutionärer Versuch statt. Die »Weltrevolution« ließ auf sich warten. Rußland blieb isoliert in der Umzingelung von kapitalistischen Staaten. Die unbequemen Warnungen der Bolschewiken Kamenjew und Sinowjew, des Menschewiken Plechanow und vieler anderer Sozialisten hatten sich als berechtigt erwiesen.

Über den Bürgerkrieg und den Kampf gegen die Interventen schwanken die Urteile zwischen tatsächlichem Heroismus und dem von Isaak Babel hinterlassenen Zeugnis einer »erlebten Hölle und endlosen Totenmesse«.<sup>71</sup> Gewiß war die Konterrevolution der alten Generale, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, war auch der bewaffnete Widerstand der als »Kulaken« verteufelten Bauern, war zudem noch die Aggression der ausländischen Truppen nicht mit Friedenssprüchen zu bannen. Das war eine Zwangslage, die die Bolschewiken mit den früheren bürgerlichen Revolutionen der Niederländer, Engländer, US-Amerikaner und Franzosen teilten. Jedoch in den erneuten und schweren Kämpfen, in denen

---

70 Siehe W. I. Lenin: Thesen über den sofortigen Abschluß eines annexionistischen Separatfriedens. 7. (20.) Januar 1918. In: Ebenda. Bd. 26. S. 443f.

71 Isaak Babel: Die Reiterarmee. Mit Dokumenten und Aufsätzen im Anhang. Leipzig 1968.

sich die Verheerungen des Weltkrieges verlängerten, geschahen Verletzungen der human-sozialistischen Befreiungsethik: Übergriffe der Verteidiger gegen die eigenen Bevölkerungen. Allzu oft regierte bewaffneter Zwang statt politischer Überzeugung, wurden Zurückhaltung und Abneigung durch martialische Niederwerfung geahndet. In Lenins eigenen Reden, Briefen, Telegrammen steigerte sich der terroristische Ruf nach Erschießungen, Massenhinrichtungen, Konzentrationslagern.

Millionen der Landbevölkerung, auf deren Rücken sich die konträren Militärgewalten austobten, waren eigentlich keine Regimefeinde. Weil aber Armee und Städte, die Zentren der Revolution, im Würgering der Konterrevolution buchstäblich zu verhungern drohten, dekretierte die bolschewistische Führung nicht bloß den »Kriegskommunismus«, der die soziale »Gleichheit« im Zustand des Elends justifizierte. Jetzt erst recht zogen Bewaffnete in die Dörfer, requirierten Getreide, Lebensmittel, Vieh, sogar Saatgut und brachen Proteste mit Gewalt. Von »kommunistischen« Tauschbeziehungen, bei denen Naturalien mit Industrieprodukten entgolten wurden, konnte durchaus nicht die Rede sein. Indem die Bolschewiken die unvermeidbare Praxis der Jakobiner von 1793 adaptierten, erzeugten sie unter den Losungen des revolutionären Terrors selbst die »Vendée«, in der sich die bewußte Konterrevolution durch 245 Bauernrevolten potenzierte. Von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, von Polen bis Ostsibirien wurde gebrandschatzt, getötet, verhungert, an Seuchen krepirt. Man schätzt die Toten auf zehn Millionen. Allein infolge der Hungersnot, die 1921 in Gebieten der Wolga herrschte, sollen annähernd fünf Millionen Menschen gestorben sein.

Die Schrecken des Bürgerkrieges, seit dem Streit um die »April-Thesen« oft genug warnend beschworen, waren also gekommen. Wenn die Avantgarde Lenins mit allen ihren »Berufsrevolutionären«, die sich zu Militärs und Staatsfunktionären mauserten, auch nicht einseitig Schuld trug — sie hatte das Risiko gewagt und alle Mahnungen in den Wind geschlagen. Einmal im Mahlstrom dieses Krieges, vermochte sie ihre eroberte Macht ohne Zwang und Terror nicht zu behaupten.

Auf die Waagschale der bolschewistischen Revolution drückten aber noch weitere Gewichte: politisch-genetische Erblasten, die die Geschichte des »real existierenden Sozialismus« bis zu seinem Ende beschwerten. Abgesehen von modernen Guerillakriegen (Kuba, Algerien, Vietnam), sind Kriege von Staaten ohne Konzentration der militärischen Kommandogewalten und ohne Zentralisation des Staatsapparats schwerlich zu gewinnen. Was in Lenins Parteikonzept weit früher schon an Zentralismus und

Disziplinierung der Mitglieder, diktatorischem Machtwillen und revolutionärem Terror angelegt war, realisierte sich in den Notsituationen des Regimes — und gebar ein durchaus negatives Kriegsergebnis: die Liquidation der basisdemokratischen Vereine und Komitees des Volkes, die tatsächliche und hinfert bleibende Abschaffung der demokratischen Errungenschaften der »Februarrevolution«. Nicht genug, daß die bürgerlichen Parteien verfolgt, daß staatliche Gewaltenteilung, Pressefreiheit, freie Wahlen und Parlamentarismus verworfen wurden. Die Verbotspraktiken gegen Sozialrevolutionäre, Volkssozialisten, Internationalisten, Linke Sozialrevolutionäre und die immerwährende Anfeindung der Menschewiken verfestigten das Einparteienregime, verhinderten jede demokratische Eigenständigkeit und Kritik. Ein Beispiel ist die Staatssicherheitspolizei. Die »Tscheka«, die von 37.000 Geheimpolizisten im Januar 1919 auf 137.000 im Spätsommer 1921 anwuchs, vernichtete nach sachkundigen Schätzungen etwa 280.000 Menschenleben, teils durch Hinrichtungen, teils durch Niederschlagung von Widerstandsgruppen.<sup>72</sup>

Einen Höhepunkt setzte die Bekämpfung des Kronstädter Aufstands, den die Matrosen der baltischen Flotte, die Getreuen des Roten Oktobers, diesmal nicht unter der Losung »Alle Macht den Sowjets!«, sondern »Sowjets ohne Kommunisten!« wagten. Der Vorgang war ein Menetekel, das die andauernde Behauptung der politischen und sozialen »Emanzipation aller Werktätigen« in Frage stellte. Wohl endete in diesem Frühjahr 1921 der Bürger- und Verteidigungskrieg mit dem Sieg über die Interventen. Doch der Preis, den das Regime vom eigenen Volk verlangte, bestand in der politischen Entmündigung der lokalen und regionalen Sowjets, der Arbeiter- und Bauernkomitees, der Gewerkschaften, sogar dem Fraktionsverbot in den eigenen Reihen der Partei. Was jetzt existierte war kein »Kommunestaat«, wie ihn die »April-Thesen« verheißen hatten: »von unten bis oben« demokratisch gegliedert, mit rechenschaftspflichtigen Volksvertretern, direkt »wählbar und jederzeit absetzbar«. Es war die Diktatur der Elite einer Kampfpartei, die sich auf die notgedrungene Akzeptanz von Arbeitern und armen Bauern stützte. Zwar gebrauchte der Staatstitel »Sowjet-Republik« den Namen der ursprünglichen Basisdemokratie, die im Frühjahr 1917 als »Revolution von unten« den Volkswillen gegen Zarismus und bürgerliche Regierung verkörpert hatte. Doch die basisdemokratischen Vereinigungen und Institutionen waren

---

72 Siehe Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991 ... S. 151.

dem Regime der Bolschewiken gleichgeschaltet, wenn nicht zerschlagen worden.<sup>73</sup>

Es sei abschließend an die soziale Charakterisierung des Februarumsturzes erinnert, die Mjakotin im Frühjahr 1917 gegeben hatte. Was war im Verlauf der Russischen Revolution aus den damaligen Klassen und Schichten geworden? — Die zaristische Aristokratie und die Gutsbesitzerkaste waren aus Staat und Gesellschaft so gut wie verschwunden. Die an Zahl geringe Bourgeoisie floh entweder ins Ausland oder sie verbarg sich unter Preisgabe ihres Klassencharakters als Angestellte und Spezialisten in den neuen politisch-sozialen Strukturen. Signifikant für die Übernahme von Fachpersonal des zaristischen Staatsapparates sind 48.000 Offiziere und 250.000 Unteroffiziere, die dank patriotischer Appelle und materieller Anreize von 1918 bis 1920 in Kommandofunktionen der Roten Armee wirkten. — Das von Mjakotin nicht erwähnte Kleinbürgertum der Handwerker, Händler und sonstigen Gewerbetreibenden überdauerte in Familienbetrieben und den zählbeigen Geschäften des Schwarzhandels. »Als buchstäblich lebensrettend erwies sich der emsige Fleiß unzähliger ›Sackträger‹, die alles, was an Essbarem entbehrlich schien, in die Ballungszentren trugen und gegen Industriewaren oder Wertgegenstände tauschten. Man hat geschätzt, daß dieser illegale Markt 65 bis 70 Prozent der Nahrungsmittel bereitstellte. Mit gutem Grund hat die Staatsmacht nie ernsthaft versucht, ihn zu zerschlagen [...].«<sup>74</sup>

Die Intelligenz, soweit sie sich anfangs für die Erneuerung Rußlands begeisterte, war seit Oktoberumsturz und Bürgerkrieg von Skrupeln geplagt, so daß viele, die sich nicht anpassen mochten, ebenfalls in die bürgerlichen Länder des Westens emigrierten. Ein Beispiel ist Gorki, der die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht erkennen konnte und die Alleinmacht der Bolschewiken ablehnte: Was sie wagten, sei ein »grausames wissenschaftliches Experiment am lebenden Körper Rußlands«, wobei das noch unreife Proletariat für den Versuch der

---

73 Hinlänglich bekannt ist die frühe und zutreffende Kritik von Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919. Berlin 1974. S. 362ff. — Ein ebenfalls engagiert-kritischer Zeitzeuge war Arthur Rosenberg (siehe Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus (1932). Frankfurt am Main 1966. S. 155ff.).

74 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991 ... S. 148.

»Weltrevolution« mißbraucht werde.<sup>75</sup> — Allein die Arbeiterklasse hatte aber die Losungen und die Verheißung des Sozialismus in sich aufgenommen. Sie war in spontanen Enteignungsaktionen gegen industrielle Unternehmer losgebrochen, hatte in den Stoßbrigaden der Roten Armee gekämpft und geblutet, war aber am Ende durch Waffengewalt und Hunger total dezimiert. Lenin urteilte 1921: »Soweit die kapitalistische Großindustrie zerstört ist, soweit die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.« Kurz: die Arbeiterschaft habe »aufgehört«, »als Proletariat zu existieren«.<sup>76</sup>

So bleiben noch die Millionenmassen der Landbevölkerung. Die Agrarfrage hatte sich neben dem Krieg tatsächlich als das Hauptproblem der Revolution erwiesen. Da der Gutsbesitz abgeschafft, die Großbauernschaft rigoros eingeschränkt wurde, blieben die Gewinner des Jahres 1918: die auf Familienbasis wirtschaftenden Mittel- und Kleinbauern. Dagegen hatten sich Kollektivwirtschaften und Mustergüter, die ursprünglich geplant waren, nicht durchsetzen können. Statt strategischer Agrarpolitik im Sinne des Sozialismus, getragen von genossenschaftlich produzierenden Bauern, hatten die Bolschewiken den egalitären »Kriegskommunismus« und den »Roten Terror« zwecks Sicherung eines elenden Existenzminimums praktiziert. Es war ein Verfahren, daß den Namen der Gesellschaftspolitik nicht verdiente und nach dem Sieg über die Interventionstruppen unmöglich fortgesetzt werden konnte. Vor dem Hintergrund des ausgebluteten Landes und der noch flammenden Bauernaufstände dekretierten die Bolschewiken auf Vorschlag Lenins im Frühjahr 1921 eine »Neue Ökonomische Politik« (NÖP). Sie betitelten die dadurch geprägten ökonomisch-sozialen Verhältnisse nicht mehr als »Sozialismus«, sondern sehr einschränkend als »Staatskapitalismus«. Das war der Begriff, mit dem der Vordenker im September 1917 eine Kooperation zwischen kontrollierender Staatsmacht und privater Produktionsweise »zum Nutzen des Volkes« bezeichnet hatte.

War dies ein Rückschritt hinter die hochfliegenden Pläne des »kommunistischen« Aufbaues von 1917/18, so blieb auch die »Weltrevoluti-

---

75 Siehe Maxim Gorki: Unzeitgemäße Gedanken. Zitiert nach Michael Wegner: Maxim Gorki versus Wladimir Lenin. Ein zeitgenössischer Kritiker der Russischen Revolution. In: Der Widerschein der Russischen Revolution ... S. 86.

76 W. I. Lenin: Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 46.

on« unerfüllt. Ich habe das mit der Revolution zusammenhängende außenpolitische Projekt der Kommunistischen Internationale (KI) aussparen müssen.<sup>77</sup> Jedoch bleibt zu erinnern, daß Lenins Partei in den Wochen der Einführung der NÖP noch einmal einen Versuch zur »Weltrevolution« machte: Unter dem Druck der KI wurden im März 1921 proletarische Unruhen in Mitteldeutschland angezettelt, die gänzlich mißlingen und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands schwer schädigten.<sup>78</sup>

Am Ende dieser gedrängten Darlegung der Tragödie der Russischen Revolution sind mindestens zwei räsonierende Feststellungen zu treffen. *Erstens* sollte die Erfahrung unvergessen bleiben, daß seit 1914 ein Weltkrieg kapitalistischer Staaten die latente Krise Rußlands vertiefte, die Revolution veranlaßte, und daß diese Staaten den erbittertesten Widerstand gegen Sowjetrußland leisteten: zuerst das Kaiserreich Deutschland, dann die Ententemächte England, Frankreich und die USA, schließlich auch Japan, das neukonstituierte Polen und weitere Staaten. Sie übertrugen die mörderische Gewaltlogik des Weltkrieges auf ihre Aggressionen gegen den historischen Versuch eines Staates, der eine antikapitalistische Alternative sein wollte.

*Zweitens* aber erstand und siegte im damaligen Rußland kein Sozialismus. Was mit dem bürgerlich-demokratischen Februarumsturz von 1917 begonnen hatte, endete genau vier Jahre später mit der »Neuen Ökonomischen Politik«, dem von den Bolschewiken reglementierten »Staatskapitalismus«. Dieses Resultat der Russischen Revolution rechtfertigt nicht den andauernd apostrophierten, aber fälschlichen Titel der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«. Das Verhältnis zwischen der ideologischen Begriffsbildung und der weit komplizierteren Realität der Geschichte muß im Geschichtsdenken der Sozialisten kritisch geprüft und präzisiert werden.

Selbst Lenin, der Kopf und höchst problematische Antreiber der Revolution, besann sich seit dem Beginn der NÖP auf eigene Fehlleistungen. Er suchte die revolutionären Übertreibungen zu rechtfertigen und schrieb 1921 an seinen Mitarbeiter W. W. Adoratski: »Könnten Sie mir

---

77 Siehe Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus (1932). Frankfurt am Main 1966. S. 161ff.

78 Siehe Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus. Berlin 1921. – Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 1: Die Weimarer Republik. Berlin 1999. S. 36ff.

behilflich sein, [...] den Artikel (oder die Stelle aus einer Broschüre? Oder den Brief?) von Engels [zu finden], in dem er, gestützt auf die Erfahrungen von 1648 und 1789, davon spricht, daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, *über das hinauszuweichen, was sie bewältigen kann*, um weniger bedeutende Umgestaltungen zu festigen?«<sup>79</sup> Es war, wie er jetzt wiederholt interpretierte,<sup>80</sup> die bürgerlich-demokratische Revolution gewesen, die von den Bolschewiken zu einem gewissen Ende gebracht wurde — allerdings ohne Herstellung der freiheitlichen Verfassungsrechte, ohne die Institutionen bürgerlich-revolutionärer Demokratie. Was hingegen die bolschewistische Partei und den Staat betraf, die sich in ihrer Rhetorik andauernd als die »Macht des Proletariats« titulierte, so bescheinigte ihnen der vom Tod schon gezeichnete Führer in seiner letzten harschen Kritik, daß sie ein Herd des Bürokratismus, aber »nicht sozialistisch« seien.<sup>81</sup>

## 8. SCHLUSS: DREI FRAGEN — DREI ANTWORTEN

*Frage 1:* Die Russische Revolution: eine »Epochenzäsur« der Geschichte? — Ja. So richtig uns heute erscheint, die Jahre um 1990 als das Ende einer bipolaren Welt zu begreifen, die durch Gleichzeitigkeit und Systemkampf von Staaten des Kapitalismus und des »real existierenden Sozialismus« gekennzeichnet war, so ist auch nach deren geschichtlichem Anfang zu fragen. Aus den Vernichtungen des Ersten Weltkrieges erhob sich die Revolution von 1917 als große Volksbewegung gegen den Krieg. Sie brachte mit der bolschewistischen Sowjetunion erstmals eine jahrzehntelang lebende Alternative zum bis dahin allein herrschenden Weltsystem des Kapitalismus hervor. Der weit ältere Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit gewann dadurch eine Polarität von staatspolitischen und auch gesellschaftlichen Gestaltungen. Indem diese Auseinandersetzung die Gesamtheit der Staatenwelt mehr oder weniger beeinflusste, können die Jahrzehnte von 1917 bis 1991 als eine besondere Epoche der Weltgeschichte verstanden werden.

---

79 W. I. Lenin an W. W. Adoratski, 20. September 1921. In: W. I. Lenin: Briefe. Bd. VIII. Berlin 1973. S. 215.

80 Siehe W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 2, 31 ff. und 93 f.

81 Siehe W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 474 ff.

*Frage 2: Die Russische Revolution: ein »Umweg« der Geschichte? — Nein und Ja. Solange eine demokratisch verfaßte Gemeinschaft werktätiger, von Ausbeutung befreiter Menschen und Völker nicht existiert, war sie kein »Umweg« zum Sozialismus. Sie war »Umweg« zu etwas anderem. Um dies zu erklären, seien die Texte zitiert, die Lenin von Adoratski suchen ließ. Am Ende des 19. Jahrhunderts überblickte Friedrich Engels die bürgerlichen Revolutionen von 1640, 1789 und 1848, weil er in diesen die Rolle der jeweiligen »Linken« begreifen wollte. Er zog daraus die Erkenntnis: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinausgeführt wurde [...]. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.«<sup>82</sup> Nehmen wir diese Überlegung als zutreffend an, so ist damit die Funktion bezeichnet, die in den jeweiligen Revolutionen von den »Linken«, den Antipoden des besitzbürgerlichen Liberalismus, in den Revolutionen erfüllt wurde. Sie erwies sich als notwendig — aber tragisch zugleich. So hat Engels an anderer Stelle hinzugefügt: »Die Errungenschaften des *ersten* Sieges wurden erst sichergestellt durch den *zweiten* Sieg der *radikaleren Partei*; war dies und damit das augenblicklich Nötige erreicht, *so verschwanden die Radikalen und ihre Erfolge wieder vom Schauplatz.*«<sup>83</sup>*

Heute, nachdem die Sowjetunion und der Sozialismus von »bolschewistischem Typus« in Ostmitteleuropa und Asien gescheitert sind, bleibt zu fragen, ob die von Engels beschriebene, von Lenin erst spät erinnerte Erfahrung im übertragenen Sinne nicht auch für das 20. Jahrhundert gilt. Gewiß waren die »klassischen« bürgerlichen Revolutionen des Typus von 1789 seit langem nicht wiederholbar. Seit der Insurrektion des Pariser Proletariats im Juni 1848 und zumal der Pariser Kommune von 1871 wurden die Revolutionen durch Bedürfnis und Kampf der arbeitenden Klassen über die Interessen der Bourgeoisie hinausgetrieben: tendierend zu sozialistischen Lösungen. Doch zuletzt siegten und profitierten jeweils die Fraktionen und Schichten der Bourgeoisie, die den gegebenen Zeitverhältnissen entsprachen; sie allein festigten ihre politische und öko-

---

82 Friedrich Engels: Einleitung [zur englischen Ausgabe (1892) der »Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 22. S. 301 (hervorgehoben von mir – H. B.).

83 Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« (1895)]. In: Ebenda. S. 514 (hervorgehoben von mir – H. B.).

nomische Macht. Man könnte daraus einen historischen Analogieschluß ziehen.

Am Beginn des Ersten Weltkrieges war Rußland noch ein halbfeudales, autokratisch beherrschtes Land — heute wächst dort ein Kapitalismus in spezifisch russischen Entwicklungs- und Erscheinungsformen. Was ist geschehen? Die bürgerlich-demokratische Februarrevolution von 1917 eröffnete eine Umwälzung des Staats und der Gesellschaft, die aber erst durch den Oktoberaufstand und das Regime der Bolschewiken irreversibel wurde. Dabei trieb die Partei Lenins, die unter noch anderen sozialistisch gesinnten Zeitgenossen die »äußerste Linke« war, die Revolution über ihre bürgerlich-demokratischen Anfänge hinaus, indem sie sich selbst und die folgende Entwicklung als »sozialistisch« oder gar »kommunistisch« auffaßte. Sie entfachte das Fanal einer sozialen Revolution, das sehr viel später in weiteren Völkern gleichfalls zum Versuch einer sozialistischen Gesellschaft zündete. Jedoch in der Krise und dem Verfall der Sowjetunion rückte zuletzt eine »Bourgeoisie« an die Macht, die ausgerechnet aus den staatsmonopolistischen Strukturen des vermeintlichen Sozialismus hervorkam, insbesondere aus der Nomenklatura der alten Staatspartei und des Komsomol.<sup>84</sup>

Gemessen an derart aktuellen Tatsachen ist zu sagen: Durch ursprüngliche Akkumulation des Kapitals, rigide Industrialisierung und Agrarrevolution hat die von Lenin inaugurierte, dann aber von J. W. Stalin vorangepeitschte Entwicklung den bolschewistischen Typus des staatsmonopolistischen Sozialismus hervorgebracht.<sup>85</sup> Dieser schuf soziale, technologische, infrastrukturelle und zivilisatorisch-kulturelle Voraussetzungen, worüber die heutige, durchaus schillernde Bourgeoisie in Rußland und seinen ehemals zugehörigen Ländern verfügt. Für jeden, der den »Roten Oktober« als seine politische Geburtsstunde begriff, muß ein solches Ergebnis enttäuschend sein. Dennoch scheint jetzt die Einsicht veranlaßt: Trotz aller Mühen und Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung und Kriege — setzt man den Terminus »Revolution« nicht für zeitweilige und regionale Versuche, sondern universal, d. h. streng welt-historisch, so bezeichnet er in der gesamten Geschichte der Neuzeit und

---

84 Siehe Helmut Steiner: Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Rußland. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät. Bd. 41. Berlin (2000)6. S. 5ff.

85 Siehe Ernstgert Kalbe: Nochmals zur Modernisierungsproblematik. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Heft 5: Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen — Grenzen — Irrwege. Leipzig 1998. S. 7ff.

bis zum heutigen Tag ausschließlich *bürgerliche*, den *Kapitalismus begünstigende Endresultate*. Die Russische Revolution von 1917 stand demzufolge am Beginn eines historischen »Umweges«, der letzten Endes zum Kapitalismus geführt hat.<sup>86</sup>

*Frage 3:* Die Russische Revolution: ein »Irrweg« der Geschichte? — Nein. Eine solche Fragestellung ignoriert historisch konkrete Verhältnisse und Menschen, die nur reagierend, also zeitbedingt denken und handeln können, folglich als objektive Gegebenheit zu betrachten sind. Die gestellte Frage hingegen scheint eine Art Weltenlenker zu konstruieren, von dem anzunehmen wäre, daß er dem Werdegang der Menschheit einen Sinn und ein Ziel eingibt, so daß richtige und »falsche« Wege, Magistralen und »Irrwege« der Geschichte erkennbar seien. Das Konstrukt beruht auf rein subjektiven Interessen, Bestrebungen, Zielsetzungen, die auf die Geschichte projiziert werden. Das gilt auch für Idealvorstellungen und Musterbilder einer Entwicklung, von der vorausgesetzt wird, daß sie mit Notwendigkeit, also »gesetzmäßig« zu Sozialismus und Kommunismus führen müsse. Wohl ist die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens auf Handlung und Widerhandlung der Menschen angewiesen, damit sich Geschichte vollzieht. Diese durchläuft viele Wege, die alle ihren Anfang und auch ihr Ende haben. Das objektive Geschehen aber, das wir Geschichte nennen und durch historisch konkretes Erinnern zu reproduzieren versuchen, kennt »Irrwege« nicht.

Was uns selbst in gegebenen Zeit- und Weltverhältnissen möglich bleibt, ist ein Denken und Handeln, das aus der Kritik des Bestehenden erwächst. Immer noch leben Menschen und Völker nicht in einer sozial gerechten Arbeits- und Lebenswelt — und immer noch existiert die Verheerung von Kriegen. Deshalb sollte die Russische Revolution in unserer Erinnerung fortleben: als Gleichnis und Mahnung eines verzweifelt problematischen Versuches zur sozialen Befreiung von Ausbeutung und Krieg.

---

86 Ernstgert Kalbe erklärt unser Problem wie folgt: »Bei genauerer Betrachtung der ›re-alsozialistischen Modernisierung‹ des 20. Jahrhunderts in Osteuropa wird offenkundig, daß damit eine quasi ›nachholende Lösung‹ von ursprünglichen Aufgaben und Inhalten der bürgerlich-kapitalistischen Umwälzung auf revolutionärem oder evolutionärem Wege betrieben wurde, jedoch unter anderen Herrschafts- wie Eigentumsverhältnissen und mit einem etatistischen Instrumentarium von oben: Sowjetsystem und Parteidiktatur, Staatseigentum und bürokratischer Dirigismus.« (Ebenda. S. 12).

SONJA STRIEGNITZ

## **Ein sozialrevolutionäres Gegenkonzept zum sowjetischen Sozialismus. Viktor M. Tschernows Buch »Konstruktiver Sozialismus« (1925)**

Sozialrevolutionäres Ideengut gehört zum Erbe der internationalen sozialistischen Bewegung. Entstanden durch Modernisierung des russischen Narodnitschestwo des 19. Jahrhunderts, in Auseinandersetzung mit dem Marxismus sowie mit der praktischen Umsetzung der sich auf ihn gründenden bolschewistischen Programmatik, hatte es indes den Makel einer dem Sowjetsystem feindlichen Ideologie und fand — wenn überhaupt — aus dieser Sicht wissenschaftliche Beachtung. Erst nach dem Niedergang des »realsozialistischen« Systems wurden in Rußland literarische und archivalische Hinterlassenschaften der bedeutendsten politischen Vertreterin dieser Denkrichtung, der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands (PSR), für die historische Forschung allmählich in breiterem Umfang zugänglich gemacht, von Nutzungsverbieten bzw. Reglementierungen befreit. Mittlerweile liegen erstmals nach 1917 nicht nur die Dokumente dieser Partei in mehreren umfänglichen Bänden vor,<sup>1</sup> sondern auch Schriften einiger ihrer führenden Köpfe. Hier ist namentlich auf das Buch »Konstruktivnyj socializm« von Viktor Michajlowitsch Tschernow, dem bedeutendsten Theoretiker der PSR und Autor ihres Programms, zu verweisen.<sup>2</sup>

V. M. Tschernow (1873–1952) schrieb das Buch als politischer Emigrant, als Gegner und Kritiker des Bolschewismus und der Sowjetmacht. Nach dem Sturz der Monarchie zwischen Mai bis August 1917 in provisorischen Koalitionsregierungen Landwirtschaftsminister, war er im Januar 1918 der bekannteste Abgeordnete der Rechten Sozialrevolutionäre

---

1 Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy. 1900–1922 gg. V trech tomach. Bd. 1: 1900–1907. Moskau 1996. – Bd. 2: Ijun' 1907 g. – fevral' 1917 g. Moskau 2001. – Bd. 3. Teil 1: Fevral' – oktjabr' 1917 g. Moskau 2000. – Bd. 3. Teil 2: Oktjabr' 1917 g. – 1925 g. Moskau 2000.

2 V. M. Černov: Konstruktivnyj socializm. Moskau 1997.

in der Konstituierenden Versammlung, wurde mit überwältigender Stimmenmehrheit zu deren Vorsitzenden gewählt und mußte die Auseinandersetzung dieser parlamentarischen Institution durch die Sowjetbehörden erleben.

Nach einem Wechselbad von Verbot und Duldung der PSR durch die Sowjetorgane in Abhängigkeit vom Verlauf des Bürgerkrieges reagierte Tschernow wie auch andere Parteiführer auf die bedingungslose Wiederzulassung der Partei (nach deren Verzicht auf den fortgesetzten bewaffneten Kampf gegen die Sowjets im Frühjahr 1919) höchst vorsichtig und kritisch. Nicht ohne Grund, wie die schon bald folgende Verhaftung bekannter Sozialrevolutionäre, einschließlich von Tschernows Frau, zeigen sollte.

Tschernow lebte nach seinen antibolschewistischen Aktivitäten an der Wolga (Komutsch) seit dem Frühjahr 1919 illegal in Moskau. Das letzte Mal hat er öffentlich für Aufsehen gesorgt, als er auf einer Kundgebung der Moskauer Gewerkschaft der Druckereiarbeiter mit einer englischen Arbeiterdelegation das Wort ergriff, den »Parteiabsolutismus« der Bolschewiki geißelte und am Ende seiner Rede seine Identität preisgab.<sup>3</sup>

Anfang 1920 verließ Tschernow Sowjetrußland. Einem Beschluß des ZK seiner Partei folgend, sollte (und wollte!) er vom Ausland her den Kampf gegen die neue Macht in Wort und Schrift fortsetzen. Den ersten beiden Stationen seines Emigrantenlebens Prag (bis 1938) und Paris (bis 1940) kehrte er den Rücken, nachdem die faschistische deutsche Okkupation drohte oder Wirklichkeit geworden war. Im Angesicht der heraufziehenden Kriegsgefahr hatte er 1938 in der Sozialistischen Internationale eine Entschließung eingebracht, die auf ein Zusammengehen Großbritanniens, Frankreichs und der USA mit der Sowjetunion drängte, um ihre Annäherung an Hitlerdeutschland abzuwenden. Tschernow sympathisierte mit der Idee der Volksfront, knüpfte Kontakte zur französischen Widerstandsbewegung. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR wirkte er (wie andere Politemigranten) für die »Verteidigung Rußlands«, unter der Bedingung freilich, daß die Sowjetmacht den »Krieg« gegen das eigene Volk, insbesondere gegen die Bauern, einstelle und politische Amnestie gewähre.

1940 war Tschernow in die USA gegangen, wo nun auch das Schwergewicht der schon arg eingeschränkten sozialrevolutionären Emigrantentätigkeit liegen sollte.

---

3 V. M. Černov: Pered burej. Moskau 1993. S. 402.

Aber die Aura des Parteipolitikers Tschernow schwand ebenfalls. Er widmete sich fast ausschließlich wissenschaftlichen Studien und der Niederschrift seiner Erinnerungen. 1952 verstarb Tschernow in New York.

Entscheidende parteipolitische Vorgänge hatten sich noch jenseits des Ozeans abgespielt. Wie in den Emigrantengruppen aller sowjetfeindlichen Parteien, kam es auch bei den Rechten Sozialrevolutionären permanent zu Rivalitäten, Zerwürfnissen und Spaltungen, namentlich in den Führungskreisen. Tschernow war daran maßgeblich beteiligt gewesen. Er konnte immerhin auf einschlägige, doch für ihn nicht immer vorteilhafte Erfahrungen aus seiner politischen Laufbahn zurückgreifen: aus der Zeit nach der ersten russischen Revolution, aus den Jahren des Ersten Weltkriegs, aus dem Jahr 1917, als er mit seinen linkszentristischen Positionen in seiner Partei schließlich ziemlich einsam und unverstanden geblieben war.<sup>4</sup>

Kurz vor der Emigration noch mit der Abspaltung einer ansehnlichen Gruppe von seiner Partei und ihrem Entschluß zur Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht konfrontiert, ging es Tschernow jetzt zuvörderst darum, bei strittigen Fragen auszugleichen, zu vermitteln, die rivalisierenden Parteistrukturen zu geschlossenem Handeln zu motivieren. Daß er sich dabei nicht immer redlicher Mittel bediente, machte ihm kein Kopfzerbrechen. Auch nicht, wenn er sich auf vermeintliche »außerordentliche Vollmachten« des ZK seiner Partei für die Leitung und Vertretung ihrer »Auslandsdelegation« berief und sich unbescheiden als ihr »Bindeglied zwischen Europa und Rußland« präsentierte.<sup>5</sup>

Für erhebliche Differenzen hatte in sozialrevolutionären Emigrantengruppen unter anderem die Vertretung der Partei im Büro der Sozialistischen Internationale gesorgt; wegen der Streitigkeiten um personelle Entscheidungen war ihr Sitz über Jahre vakant geblieben. Besonders tiefgreifend waren jedoch die Meinungsverschiedenheiten über die Wiederbelebung der Konstituierenden Versammlung im Ausland in Gestalt einer »Privatberatung« (Paris, Januar 1921). Tschernow als ihr einstiger demokratisch gewählter Vorsitzender beschloß mit der ihm eigenen zentri-

---

4 Siehe V. M. Černov: Stranicy iz političeskogo dnevnika. In: Voprosy istorii KPSS. Moskau (1991)6. – K. V. Gusev: V. M. Černov. Strichi k političeskomu portretu. Moskau 1999. S. 82ff.

5 Zitiert nach K. V. Gusev: V. M. Černov. Strichi k političeskomu portretu. Moskau 1999. S. 153 und 159.

stischen Neigung, sich nicht an der »Privatberatung« zu beteiligen, wohl aber in ihrer sozialrevolutionären Fraktion mitzuarbeiten. Sein seit dem Oktober 1917 verfestigter Vorsatz, den Kampf an »zwei Fronten« führen zu wollen und zu müssen — gegen die Bolschewiki und gegen jede Strömung oder parteipolitische Gruppierung rechts von der »wahren Demokratie« — war für diese Entscheidung bestimmend: Rußland (natürlich ohne die bolschewistische Macht) könne kein »Organ akzeptieren, das den Anschein einer Koalition mit den Zensowiki (daß heißt, den einstigen kadettischen Koalitionären – S. St.) erweckt«. So Tschernows Begründung für seine Enthaltensamkeit, für die er unter Emigranten wie bei in Sowjetrußland verbliebenen sozialrevolutionären Führungskräften keine einhellige Zustimmung fand.<sup>6</sup> Als wichtigsten Erfolg seines Wirkens in der Fraktion betrachtete der Emigrantenpolitiker schließlich die Annahme einer Deklaration, in der jedwede »Koalition« kategorisch abgelehnt wurde.<sup>7</sup>

Über viele Querelen und Spaltungserscheinungen hinweg vermochte Tschernow das von ihm wiederbegründete Journal »Revoljucionnaja Rossija«,<sup>8</sup> das nun die Funktion eines zentralen sozialrevolutionären Auslandsorgans erfüllte, in seiner Hand zu halten (1921–1929). Hier veröffentlichte er bis 1924 Beiträge über Fragen der sozialistischen Theorie, eine gründlich »modernisierte« Fassung programmatischer Aufsätze aus der Entstehungszeit der PSR (1902/1903), die seinerzeit das Material für das von ihm ausgearbeitete Parteiprogramm bildeten.

Zusammengefaßt erschienen diese Aufsätze 1925 in Prag als erster Teil des Buches »Konstruktivnyj socializm«, die bedeutendste wissenschaftliche Arbeit Tschernows in den Emigrationsjahren. Dem ersten Teil mit weitgreifenden historischen und theoretischen Erörterungen über die Geschichte des sozialistischen Denkens, über das titelgebende Konstrukt sowie mit der Behandlung insbesondere des »industriellen Sozialismus« sollte ein zweiter Teil über den »Agrarsozialismus« folgen. Vier Kapitel davon waren geschrieben und satzfertig, zwei weitere weitgehend abgeschlossen, der Rest des Manuskripts lag fragmentarisch vor. Dieses ganze Material wurde indes seinerzeit nicht veröffentlicht, aus Gründen, die

---

6 Zitiert nach ebenda. S. 156 – Der diesbezügliche Brief Tschernows an die sozialrevolutionären Parteiarbeiter in Sowjetrußland siehe ebenda. S. 152–164.

7 Siehe ebenda. S. 156.

8 Die Zeitung erschien erstmals von 1900 bis 1905 und war ab 1902 faktisch Zentralorgan der PSR.

nicht überliefert sind. Wie auch andere Teile des Tschernow-Nachlasses galt es seit dem Zweiten Weltkrieg als verschollen.

Als das Internationale Institut für Sozialgeschichte Amsterdam 1975 Teile des Tschernow-Archivs aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv erwarb, stieß man auf das verloren geglaubte Manuskript des zweiten Teils. Gefördert durch das Amsterdamer Institut erschien 1997 in Moskau erstmals eine Gesamtausgabe des »Konstruktivnyj socializm«. Sie besteht aus einer Reprint-Wiedergabe des ersten Teils von 1925<sup>9</sup> und dem knapp 250 Seiten umfassenden zweiten Teil mit sechs Kapiteln und zwölf Fragmenten.

Mit seinen theoretischen und historischen Untersuchungen wollte Tschernow eine »konstruktive Antwort« auf die Herausforderungen der Geschichte geben und diese der »destruktiven« bolschewistischen (marxistischen) sozialistischen Theorie und Praxis entgegenstellen.<sup>10</sup> Gestützt auf eine bemerkenswerte Fülle authentischen Materials (u. a. Reden und Schriften von W. I. Lenin, N. I. Bucharin, M. I. Kalinin, J. A. Preobraschenski, L. D. Trotzki, die Dekrete und Verordnungen der Sowjetmacht, Dekret- und Gesetzentwürfe linkssozialrevolutionärer Provenienz, Protokolle von Sowjetkongressen, Dokumente gesellschaftlicher Gremien, der Gewerkschaften, Verlautbarungen der ungarischen Räteregierung, namentlich auch die 1921 in Wien erschienenen »Wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur« (von Eugen Varga) untersuchte er:

- die Verwirklichung des Dekrets über den Grund und Boden (wobei er nicht versäumte, auf die Genesis des Dokuments einzugehen, den sozialrevolutionären Ursprung seiner Hauptideen hervorzukehren und zugleich den »Verrat« der Linken Sozialrevolutionäre zu geißeln, deren Regierungsbündnis mit den Bolschewiki vor allem auf diesem Dekret basierte),
- die Einführung der Arbeiterkontrolle in der Produktion,
- die Getreidebeschaffungskampagne 1918,
- die Politik des Kriegskommunismus,
- die Neue Ökonomische Politik (NÖP).

Den in diesem Zusammenhang herausgefilterten Schwächen, Unvollkommenheiten, Mängeln und frühen Entartungen des Sowjetsystems (Bürokratismus, Zentralismus, »Dekretfetischismus«, Planlosigkeit, Ge-

---

9 Der erste Teil umfaßt 401 Seiten.

10 Siehe V. M. Černov: Konstruktivnyj socializm. Moskau 1997. S. 203 und 211.

ringschätzung, ja Mißachtung der bäuerlichen Interessen, »Eigenversorgung« der Partei- und Sowjetbürokratie u. a. m.) stellte Tschernow die Ideen seines »konstruktiven Sozialismus« gegenüber.

Sein Ansatz und Ausgangspunkt ist die These, der Sozialismus durchlaufe ideengeschichtlich drei Entwicklungsphasen: den utopischen, den wissenschaftlichen und den konstruktiven Sozialismus. Der utopische Sozialismus habe die künftige Ordnung insbesondere unter dem Gesichtspunkt dessen, was sie darstellen solle, betrachtet. Der wissenschaftliche Sozialismus, wesentlich als Antwort auf den utopischen entstanden, habe darauf verzichtet, ein konkretes Bild der künftigen Gesellschaft zu zeichnen und sie »wissenschaftlich-objektivistisch« als Resultat des Wirkens der Grundtendenzen seiner Zeit betrachtet. Dementsprechend habe er nur diese analysiert. Der »konstruktive Sozialismus« hingegen bedeute die »Synthese des Elements des Idealismus im Utopismus und des Elements des Objektivismus im wissenschaftlichen Sozialismus«.<sup>11</sup>

Der Erste Weltkrieg, von Tschernow als furchtbares Gemetzel zur Durchsetzung imperialer Interessen erkannt und verurteilt, habe verhindert — so die Überzeugung des sozialrevolutionären Theoretikers —, daß der »konstruktive Sozialismus« voll ausreifen konnte. Daher wurde der wissenschaftliche Sozialismus, wurden die Bolschewiki als Träger dieser Theorie, zu voreiligen Schlüssen und Handlungen mit dem Ziel revolutionärer Umgestaltungen in Rußland getrieben. Da die konkreten Formen des »Zukunftsstaates« nicht ausgearbeitet waren, mußten im bolschewistischen sozialen Schaffen Zufälligkeiten, Abenteuerum, Experimentieren Platz greifen.<sup>12</sup>

Tschernow hat unter dem von ihm gefundenen Terminus »konstruktiver Sozialismus« und die ihm zugeordnete Begrifflichkeit faktisch alle programmatischen Grundsätze der PSR subsummiert. Ihre dergestalt neue Aufbereitung in Gegenüberstellung zur sowjetischen Wirklichkeit setzte gleichsam die Polemik zwischen Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten über Gesellschaftssichten und Programmfragen aus der vorrevolutionären Zeit fort. Dem scharfsichtigen Beobachter und scharf-

---

11 Ebenda. S. 631. – Tschernow hatte eine ausgesprochene Vorliebe für theoretisches »Synthetisieren«. Er verwendete als Synonyme für den »konstruktivnyj socializm« »synthetischer« (»sintetičeskij«), »integraler« (»integral'nyj«) und auch »Organisationssozialismus« (»organizacionnyj socializm«).

12 Siehe ebenda. S. 17, 20 und 186.

züngigen Kritiker Tschernow kam jetzt zugute, daß ihm der »bolschewistische Sozialismus« konkrete Fakten in Fülle bot. Seine — freilich zeitlich äußerst knapp bemessenen — eigenen Erfahrungen als Agrarminister im revolutionären Rußland vor dem Oktober 1917 bezog er (etwas verschämt) lediglich unter dem Blickwinkel der gründlichen Vorbereitung der »großen Agrarreform« in seine Überlegungen ein.

Tschernow, wohl wie kein anderer sozialrevolutionärer Denker mit Marxschen Schriften und Ideen vertraut<sup>13</sup> und in der Auseinandersetzung mit den russischen »Schülern«, den bolschewistischen Sozialdemokraten, geschult, machte in drei großen Problemkreisen »Defekte« oder »Defizite« des wissenschaftlichen Sozialismus aus, die die Praxis der Umwälzungen in Sowjetrußland reflektierte. Hier setzte er denn auch mit seinen Überlegungen an:

*Erstens.* Der methodologische »Defekt« — Überbetonung des Objektiven: Der verständlichen Zurückweisung theoretischer Willkür des utopischen Sozialismus sei die Überspannung des Bogens in die entgegengesetzte Richtung gefolgt — ein »olympischer Objektivismus«, mit dem alle Fragen des Lebens erfaßt und Lösungswege vorgegeben schienen. »Das Element des individuellen wie des kollektiven sozialen Schöpfertums wurde pedantisch streng auf null reduziert. Alles, was auch nur den Anschein von Idealismus erweckte, wurde verworfen [...]«<sup>14</sup>

Der Marxschen »Hypertrophie« des Objektiven setzte Tschernow das schöpferische Wirken des Individuums, die subjektive Einmischung in die Geschichte entgegen. Hierin war er ganz Erbe seiner historischen Vorläufer, der Narodniki. Ihre subjektive Methode in der Soziologie als Grundsatz ideologisch-philosophischer Ausrichtung hatte er nicht nur vollständig verinnerlicht, sondern in eigenen philosophischen Studien weiter vertieft.

Nummehr schrieb Tschernow, den »konstruktiven Sozialismus« würde nicht unbedingt interessieren, wann beispielsweise welcher Industrie-

---

13 Tschernows Verhältnis zur Marxschen Theorie, zu Marxens wissenschaftlicher Position und Leistung war zutiefst widersprüchlich. In seinem Werdegang als Theoretiker gab es Zeiten, da er partiell Marxsche Erkenntnisse aufgriff. Unwandelbar war seine Überzeugung, Marx habe seine Epoche adäquat erfaßt. Auch seine Reverenz für den Philosophen Marx war unumstößlich sowie die Anerkennung der Tatsache, daß seine Ideen in Rußland die »Europäisierung« förderten. Stets aber hat Tschernow gegen den »ökonomischen Materialismus« und die besondere Heraushebung des Proletariats Stellung bezogen.

14 V. M. Černov: Konstruktivnyj socializm. Moskau 1997. S. 52.

zweig für sozialistische Veränderungen objektiv reif sei, sondern vielmehr, wie auf derartige Veränderungen vorbereitet werde, d. h. der »psychologisch-kulturelle Aspekt«. Reife und Bereitschaft der Menschen, das Vorhandensein notwendiger geistiger Kräfte, die die Vorbereitungsarbeit leisteten, die Heranbildung von Persönlichkeiten mit entsprechenden Fähigkeiten — dies sei ein großes kulturhistorisches Problem für den »konstruktiven Sozialismus«.<sup>15</sup>

*Zweitens.* Das Fehlen eines konkreten Programms für sozialistische Umgestaltungen, was dem minderentwickelten »praktischen Verstand« des Marxismus geschuldet sei. Der wissenschaftliche Sozialismus habe auf die Ausarbeitung der Formen des »Zukunftsstaates« verzichtet und seine Konturen (Ideal) nur abstrakt vorgezeichnet. Nicht beantwortet habe er die Fragen, wie man beginnen solle, in welcher logischen und zeitlichen Abfolge die einzelnen Schritte zu gehen sein. Der Marxismus habe zu große Hoffnungen auf die objektive Logik des ökonomischen Evolutionsprozesses gesetzt: »Die praktische, schöpferische Seite des Sozialismus ist hinter seiner theoretischen, kontemplativen Seite unendlich zurückgeblieben. Der Sozialismus war zu akademisch, um nicht von den Ereignissen (in Rußland – S. St.) überrollt zu werden [...]«, urteilte Tschernow.<sup>16</sup>

Der »konstruktive Sozialismus« hingegen erstrebe ein »striktes Gleichgewicht zwischen der schöpferischen und der zerstörenden Seite« von Veränderungen.<sup>17</sup> Sein »Synthesekarakter« schließe eine unterschiedliche Gewichtung gesellschaftlicher Bereiche sowohl im Prozeß ihrer Umgestaltung als auch danach aus. Das Schöpferische, Gestaltende solle »nicht der Zerstörung folgen und daher ständig hinter ihr *zurückbleiben*, sondern ihr sogar *vorausgehen*, wo dies möglich ist«.<sup>18</sup>

Tschernow wollte sozialistische Umgestaltungen mit dem »Fundament« beginnen. Und dieses Fundament war für ihn, den Gralshüter des (modernisierten) Narodnitschestwo, die Landwirtschaft. Erst nach ihrer »Sozialisierung« (d. h. Überführung des Bodens in Besitz des ganzen Volkes, Aufteilung, Bodennutzung nach dem Prinzip der eigenen oder genossenschaftlichen Bearbeitung) sei die Umgestaltung der Industrie an

---

15 Siehe ebenda. S. 21f.

16 Ebenda. S. 66.

17 Ebenda. S. 212.

18 Ebenda.

der Reihe, danach die des gesamten Verteilungswesens und letzten Endes die der Banken und Finanzen.

Diese Überlegungen über die zeitliche Abfolge wurden ergänzt durch den Grundsatz, der Umgestaltungsprozeß müsse zunächst in einem gesellschaftlichen Bereich vollständig abgeschlossen sein, ehe er in einem anderen eingeleitet würde.<sup>19</sup> Auch in diesem Zusammenhang die Feststellung des Sozialrevolutionärs, der Marxismus habe die Frage nach Abfolge und Tempi sozialer Umgestaltungen sowie nach der Rolle der politischen Macht in diesem Prozeß nicht oder nur sehr allgemein beantwortet. Der »alte«, d. h. wissenschaftliche Sozialismus mußte auch aus diesem Grund von Anfang an (in Rußland) ins Experimentieren und Dirigieren verfallen.

*Drittens.* Als Kardinalfehler des »alten« Sozialismus (und seiner begonnenen praktischen Gestaltung in Sowjetrußland) betrachtet Tschernow dessen einseitige »Industriezentriertheit« und die damit zusammenhängende Betonung der Rolle des Proletariats.

Die Marxsche Theorie als Produkt der Epoche der kapitalistischen Industrialisierung und als Reflexion darauf habe in ihrer »Universalisierung« des »Industrialismus« für das Dorf keinen Platz gelassen. Das Dorf sei nur ein »ärgerliches Erschwernis« für dieses theoretische Gebäude gewesen.<sup>20</sup> Die Heraushebung des Proletariats als einzige revolutionäre Kraft habe ein absolutes Mißtrauen hinsichtlich der revolutionären Potenzen und sozialistischen Möglichkeiten der nichtproletarischen Bevölkerung und vor allem der Bauern bewirkt.

Demgegenüber habe der »konstruktive Sozialismus« die Totalität gesellschaftlicher Erscheinungen und Kräfte im Blick. Insbesondere gehe es ihm um die Agrar- und Bauernfrage. Bäuerliche Wirtschafts- und Lebensformen, wie die Dorfgemeinde und die (modernere) Genossenschaft mit ihrem ausgeprägten oder ansatzweise vorhandenen demokratisch verfaßten Funktionsmechanismus, betrachtet und untersucht Tschernow unwandelbar als einmalig und historisch beständig, als Keimzelle für gesamtgesellschaftliche soziale Veränderungen. Ihre Beachtung und Nutzung dafür sind für den Autor des »konstruktiven Sozialismus« ein zuverlässigeres Unterpfand als darauf zu setzen, daß die Bauern im »Fabrikessel« für den Sozialismus reifgekocht würden.<sup>21</sup>

---

19 Siehe ebenda. S. 186 und 223.

20 Ebenda. S. 40. – Siehe auch ebenda. S. 605.

21 Siehe ebenda. S. 39 und 610.

Tschernows Überlegungen über die »Sozialisierung« der Landwirtschaft waren vor allem rußlandorientiert. Hier bot sich ihm auch entsprechendes konkret historisches Material. Doch Verlauf und Ergebnisse des Ersten Weltkriegs veranlaßten ihn, dieses Problem auch in größeren Dimensionen zu durchdenken. Nunmehr schrieb er gar von der »Weltbedeutung der Agrarfrage«: Der Antagonismus zwischen Stadt und Land hat sich infolge des Krieges weltweit (der Antagonismus zwischen den imperialistischen Industrieländern und den agrarischen Kolonien) verschärft und das Gewicht des Dorfes, der Landwirtschaft, d. h. eben auch der Kolonien, beträchtlich erhöht. Die Theorie muß dem Rechnung tragen und den Sozialismus aus einem »einseitigen, rein proletarischen, städtischen der fortgeschrittenen Industrieländer zu einer wahrhaft universellen Bewegung der Arbeit gegen Ausbeutung machen, die (auch) das Dorf und die Kolonialländer umfaßt«. <sup>22</sup> Für Agrarländer, »wo alle Widersprüche der kapitalistischen Ordnung in besonders scharfer Form zutage treten und am ehesten zu sozialen und politischen Erschütterungen führen«, <sup>23</sup> sei dieses umfassende theoretische Herangehen von besonderem Belang.

In der Totalität gesellschaftlicher Kräfte räumte Tschernow dem »Hirn der Nation«, <sup>24</sup> der Intelligenz, einen zentralen Platz ein. Ihre Berufung sei insbesondere die geistig-psychologische Vorbereitung der Menschen auf soziale Umgestaltungen. Bislang habe der Sozialismus die Intelligenz lediglich als »komplizierenden Faktor« betrachtet, habe er sich auf die Organisation der physisch Schaffenden konzentriert und deren »historische Mission« begründet. Er müsse jedoch eine analoge Rolle für die geistig Schaffenden, die »werktätige Intelligenz«, übernehmen, um »auf der Höhe seiner *konstruktiven* Aufgaben zu sein [...] Die *idealistische* Seite des Sozialismus [...] muß ihre Entwicklung erfahren und ihn so aus einem einseitig materialistischen in den synthetischen und integralen Sozialismus verwandeln.« <sup>25</sup>

---

22 Ebenda. S. 632.

23 Ebenda. S. 186.

24 Ebenda. S. 23.

25 Ebenda. S. 23f. – Die Überlegungen hinsichtlich der Intelligenz lassen neben durchaus zutreffenden Momenten auch unschwer die historisch gewachsene sozialrevolutionäre Hypertrophierung der gesellschaftlichen Rolle und des Platzes der Intelligenz in der »dreieinigen Klasse« — Proletariat, Bauernschaft, Intelligenz — erkennen.

Tschernow verrät in seinem Buch »Konstruktivnyj socializm« seine unwandelbare Treue zu den Urgründen der sozialrevolutionären Theorie, deren Schöpfer und zweifellos vehementester Verteidiger er zeitlebens war. In Konfrontation mit den Trägern des wissenschaftlichen Sozialismus in Rußland, namentlich in der vorrevolutionären anderthalb Jahrzehnte währenden Polemik mit W. I. Lenin, war seine Positionierung zur Bauernschaft stets unstrittig. Hierin waren er wie seine Mitstreiter Abbild und Teil konkreter sozialer und geistiger Tendenzen und Faktoren im agrarisch determinierten Rußland. Der »Konstruktivnyj socializm« verrät gleichfalls den »Bauernsozialisten« Tschernow.<sup>26</sup> Zugleich machen seine hier unterbreiteten Überlegungen und Schlußfolgerungen auf eine bemerkenswerte Evolution des Verfassers aufmerksam: Aus einem glühenden Verfechter des sozialen Revolutionarismus am Beginn seiner ideologisch-politischen Standortbestimmung (als er sich auch zum politischen Terror bekannte und diesen allseits begründete) ist endgültig der Sozialreformer, der »Sozialevolutionär« Tschernow geworden.

Seinen sozialistischen Visionen war er indes treu geblieben. Offenbar hat die (indirekte) Konfrontation mit der nachrevolutionären Wirklichkeit in seiner Heimat dies wesentlich mitbewirkt. Mit der Verarbeitung aktuellen historischen Materials fügte der sozialrevolutionäre Theoretiker der von ihm entschieden geprägten Denkrichtung Neues, auch wiederum nicht wenig Utopisches und manches schwer Verdauliche hinzu. Insgesamt läßt sich folgern: »konstruktiver Sozialismus« ist überzeugter reformistischer Sozialismus; tiefgreifende sozialreformerische Veränderungen allein vermögen die Gesellschaft umzugestalten und »jakobinische« Destruktion zu vermeiden bzw. zu überwinden.<sup>27</sup>

Tschernows Gedankengut könnte — betrachtet man sein historisches Schicksal — heute als gegenstandslos abgelegt werden. Sieht man von den sozialrevolutionären Grundgedanken im Dekret über den Grund und Boden ab, hatte es weder zu seinen Lebzeiten noch danach praktische Relevanz gehabt. Rechte und selbst die vorübergehend mit den Bolschewiki koalitierten Linken Sozialrevolutionäre bekamen auf russi-

---

26 Auch im ersten Teil seines Buches ist diese Akzentuierung offensichtlich, nicht nur in dem besonderen Kapitel über die Agrarkonstruktion der Sozialrevolutionäre (siehe ebenda. S. 110–134).

27 Siehe B. K. Jarcev: Social'naja filosofija V. Černova. In: Byl li u Rossii vybor? (N. I. Bucharin i V. M. Černov v social'no-filosofskich diskussijach 20-ch godov). Moskau 1996. S. 133.

schem Boden keine reale historische Chance, die Machbarkeit und Wirksamkeit ihrer Ideen zu überprüfen.

Dieses Gedankengut sollte indes bei der historisch-kritischen Sicht auf das Gewesene, bei der Ursachenanalyse für Aufstieg und Fall des Realsozialismus und beim Durchdenken alternativer Ansätze für linke Visionen fernerhin nicht unbeachtet bleiben. Als Zeugnis früher kritischer Bewertung des theoretischen Rüstzeugs und der praktischen Umsetzung staatssozialistischer Grundsätze und als Versuch eines Gegenkonzepts ist das Konstrukt des sozialrevolutionären Denkers Tschernow wohl in erster Linie ideengeschichtlich zu hinterfragen, aber schließlich auch wegen seiner bemerkenswerten demokratischen Ansätze:

– Der »konstruktive Sozialismus« orientiert auf eine breite politische und Wirtschaftsdemokratie, auf maximale Dezentralisierung wirtschaftlicher und politischer Strukturen, auf die Übernahme von Macht- und Wirtschaftsfunktionen durch »soziale Subjekte« wie Gewerkschaften, Genossenschaften und gemeindliche Institutionen auf dem Lande (Obščtschina). »Soziale Subjekte« sollen neben dem Staat entscheidend die »konstruktive« sozialistische Gesellschaft prägen: die Gewerkschaften als Organisatoren der Produktion, die Genossenschaften als Verantwortliche für die Verteilung materieller Güter und — Voraussetzung dafür — für die genaue Planung und Kontrolle der Produktion, der Staat als »primus inter pares« in der Verantwortlichkeit für die Gesellschaft als Ganzes, für Verteidigung, Infrastruktur und — als »Schiedsrichter«, als harmonisierendes Element bei Interessenkonflikten zwischen Gewerkschaften, Genossenschaften u. a.<sup>28</sup> Eine derartige Konstellation der Funktionen und Verantwortlichkeiten ist für Tschernow Unterpfand dafür, daß die staatliche Macht die Gesellschaft humanistisch gestalten und in ihr harmonisierend wirken kann.

Eine konsequente Demokratie — so Tschernow — »hat im Sozialismus ihre logische Fortsetzung. Denn Sozialismus bedeutet nichts anderes als *Wirtschaftsdemokratie*. Und ebenso wie die politische Demokratie die Rationalisierung der interzivilen und der staatlichen Beziehungen ist, bedeutet Sozialismus Rationalisierung der volkswirtschaftlichen Bezie-

---

28 Siehe V. M. Černov: *Konstruktivnyj socializm*. Moskau 1997. S. 30, 265 und 555f. – Den Genossenschaften stellte Tschernow anknüpfend an den englischen Gildesozialismus die Gilde an die Seite. Bei Erscheinen des »Konstruktivnyj socializm« lebte gildesozialistisches Gedankengut jedoch nur noch in der Labour Party fort (siehe ebenda. S. 342ff. und 632).

hungen: das Hineintragen von *Planmäßigkeit* und gesellschaftlicher *Regulierung* in das Wirtschaftsleben.«<sup>29</sup>

– Der »konstruktive Sozialismus« will die Persönlichkeit für die freie, allseitige Entwicklung aufschließen. Sein Ideal ist eine Persönlichkeit, die ihre Ziele in bewußter eigener Tätigkeit und durch die Aktivitäten der werktätigen Massen insgesamt erreicht. Die freie, gleichberechtigte, mit allen politischen Rechten ausgestattete und durch nichts in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkte Persönlichkeit ist folglich Eckpfeiler der Demokratie. »Die Persönlichkeit muß allseits von vielfältigen gesellschaftlichen Vereinigungen und Gruppierungen erfaßt sein, damit sie ein genügend dehnungsfähiges, elastisches soziales Milieu umgibt und sie gerade so maximale Bewegungsfreiheit bekommt.«<sup>30</sup> Jedwede Beschränkung der politischen Rechte führe zum Verlust der Selbstbestimmung. »Der Entzug politischer Rechte bedeutet die Umwandlung der Persönlichkeit aus einem Subjekt der Leitung in ihr *Objekt*. Der Entzug politischer Rechte bedeutet Unterordnung unter politische Bevormundung. Übertragen in *soziale* Dimensionen bedeutet dieser Entzug den Zerfall der Gesellschaft in Geleitete und Leitende. Von »Freiheiten« könnte man in einer solchen Situation womöglich noch sprechen; aber von *Freiheit* darf man dann schon nicht mehr sprechen. Sozialismus ohne Freiheit aber ist wie ein Körper ohne Seele.«<sup>31</sup>

---

29 Ebenda. S. 576. – Siehe auch ebenda. S. 544ff.

30 Ebenda. S. 304.

31 Ebenda. S. 580. – Siehe auch ebenda. S. 359.



UWE-JENS HEUER

## **Sowjetischer Staatssozialismus oder Entwicklungsdiktatur? Aktuelle Implikationen**

Ich will versuchen zu zeigen, daß die in der Überschrift vorgegebenen Alternativen einander nicht, jedenfalls nicht vollständig, ausschließen.

Helmut Bock hat sich gegen subjektive und aktualisierende Traditionspflege im Zusammenhang mit unserem Thema gewandt und sich zum Begriff »historisches Erbe« bekannt. Er fordert, »Aktivitäten und Entscheidungen der Vergangenheit primär aus den vergangenen Bedingungen und Zuständen zu verstehen« und so ins Gedächtnis zu rufen. Bekanntlich ist in der DDR viel und energisch in Politik, Geschichtswissenschaft und Literaturwissenschaft um Erbe und Tradition gestritten worden. 1987 zog Walter Schmidt ein Fazit der zehnjährigen Diskussion der Historiker, das er 1993 noch einmal hinterfragte. Die Unterscheidung von Erbe und Tradition habe sich als sinnvoll erwiesen. Das scheint mir grundsätzlich auch heute noch zu gelten. Erbe sei »die in sich widersprüchliche Gesamtheit des Geschichtlichen«, alles das, was »vom Erben spontan oder bewußt angenommen wird«. Dieses Erbe sei zudem über viele Generationen vermittelt. Das umfassende Erbeverständnis fixiere »die Verantwortung für die ganze gewesene Geschichte«, ermögliche sowohl die »kompromißlose Auseinandersetzung mit dem Reaktionären« als »auch die Aufforderung, im Widersprüchlichen des ganzen Geschichtsprozesses genau zu differenzieren«. Dieser umfassende Erbegriff schloß es nicht aus, sondern forderte es geradezu, davon die Tradition abzusetzen, »als das bewußt zu pflegende, nach klassenmäßigen und ideologischen Gesichtspunkten ausgewählte historische Erbgut«, wobei man sich natürlich vor Schematismus zu hüten und die fließenden Übergänge genau im Blick zu halten habe.<sup>1</sup>

---

1 Siehe Walter Schmidt: Die Erbedebatte in der DDR-Historiographie. Versuch einer kritischen Bilanz. In: Mitteilungen. Hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig (1995)16. – Walter Schmidt: Zu Leistungen, Grenzen und Defiziten der Erbedebatte

Die Beurteilung historischer Ereignisse steht vor zwei Gefahren: einmal alles zu rechtfertigen, indem man es erklärt, und zum anderen, einen äußerlichen, im Ergebnis in einer ewigen Moral wurzelnden Maßstab anzulegen. Was also ist unser Maßstab für das, was in unserer Überschrift Staatssozialismus genannt wird? Das Erbe ist ja immer das Erbe von jemandem und wie man mit dem Erbe umgeht, hängt immer auch mit dem Erben und mit der Gegenwart zusammen. Für die Bourgeoisie ist die Oktoberrevolution natürlich kein Erbe. Was also verbindet uns, wenn wir vom Erbe reden, mit der Oktoberrevolution des Jahres 1917 und ihren Folgen? Für mich jedenfalls ist es der Antikapitalismus und der Kampf für den Sozialismus. In dem Augenblick, in dem wir, wie manche heute, diese Zeit aus dem Sozialismus exkommunizieren, haben wir nichts mehr mit ihr zu tun, weder im Guten noch im Bösen. Dann hat auch die kritische Wertung — bis zur entschiedenen Verurteilung — keinen Ansatz.

Ich denke, daß ein konsequenter Antikapitalismus des Ziels des Sozialismus bedarf, und daß umgekehrt dieses Ziel des Sozialismus nur auf einer antikapitalistischen Grundlage erreicht werden kann. Das ist für mich die Grundlage der Beurteilung der Gesellschaftsverfassung, der Machtordnung, der Wirklichkeit der »Diktatur des Proletariats« als konkretes Gesellschaftsphänomen und der Deformationen, denen marxistische Theorie und Praxis damals unterlag.

Den Ausgangspunkt für das Verständnis des »großen Ausbruchs« bildet die Veränderung der Welt und der Zusammenbruch von Moralsystemen durch den Krieg von 1914–1918. Eric Hobsbawm folgerte aus dem ungeheuren Gemetzel: »Das großartige Bauwerk der Zivilisation des 19. Jahrhunderts brach in den Flammen des Weltkrieges zusammen, als seine Säulen einstürzten. [...] 1914 begann das Zeitalter des Massakers.« In einem Vortrag über das Anwachsen der Barbarei im 20. Jahrhundert ging er davon aus, daß »der Abstieg in die Barbarei mit dem ersten Weltkrieg begonnen« hatte.<sup>2</sup>

Ich meine, daß diejenigen im Recht sind, die mit Hobsbawm den Beginn der neuen Epoche, wie er formuliert, des »kurzen zwanzigsten

---

der DDR-Historiker. In: Eberhard Fromm/Hans-Jürgen Mende: Vom Beitritt zur Vereinigung. Akademische Tage 1993. Berlin 1993. S. 106–116.

2 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München, Wien 1995. S. 38 und 41. – Eric Hobsbawm: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? München, Wien 1998. S. 321.

Jahrhunderts«, auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und nicht auf die Oktoberrevolution datieren.<sup>3</sup> Ein Grund dafür ist die Tatsache, daß der Verlauf der Ereignisse, die Bereitschaft, eine Gesellschaft gewaltsam zu beseitigen, die derart Ungeheuerliches zu verantworten hatte, dem Krieg den Bürgerkrieg zu erklären, auch die Härte, in der die Auseinandersetzungen vornehmlich in Rußland und der Sowjetunion geführt wurden, ohne den ersten Weltkrieg, der eine ganze Generation prägte, nicht zu erklären ist.

Eine kurze Skizzierung der theoretischen Entwicklung in der Arbeiterbewegung vor Krieg und Revolution sei vorangeschickt. Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest den gleichsam naturgesetzlichen Prozeß des Kapitalismus skizziert, seine ungeheuren Leistungen wie den Weg in die Barbarei, und zugleich die Notwendigkeit und Möglichkeit der sozialen Revolution begründet. Die Bourgeoisie könne »nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren«. <sup>4</sup> Sie »hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhafte und kolossalere Produktionskräfte geschaffen, als alle vergangenen Generationen zusammen«. Gleichzeitig empörten sich die modernen Produktivkräfte gegen die Eigentumsverhältnisse. Es genüge, dafür die Handelskrisen zu nennen. »Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand moderner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben.« Die Krisen werden von der Bourgeoisie durch Vernichtung einer Masse an Produktivkräften und »durch die Eroberung neuer Märkte« überwunden, also dadurch, daß sie »allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet«. So schmiedet die Bourgeoisie nicht nur die Waffen, die ihr den Tod bringen, sie zeugt auch die Männer, »die diese Waffen führen, — die modernen Arbeiter, die *Proletarier*«. <sup>5</sup> Die Bourgeoisie »produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.« <sup>6</sup> Das siegreiche Proletariat werde die Klassen und damit auch die eigene Klassenherrschaft aufheben. »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit

---

3 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München, Wien 1995. S. 20

4 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 465f.

5 Ebenda. S. 467f.

6 Ebenda. S. 473f.

ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«<sup>7</sup>

Marx und Engels legten größten Wert darauf, diesen »naturgesetzlichen« Prozeß nicht dem Betrug und der Bösartigkeit, die ihn natürlich immer begleitet haben, zuzuschreiben und diese zur Grundlage der Argumentation zu machen. Am entschiedensten wurde die Widersprüchlichkeit, die Janusköpfigkeit der kapitalistischen Produktionsweise in der berühmten Marxschen Darstellung der »künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien« von 1853 hervorgehoben. Er sprach England die doppelte Mission der »Zerstörung der alten asiatischen Gesellschaftsordnung« und der »Schaffung der materiellen Grundlagen einer westlichen Gesellschaftsordnung in Asien« zu. Das sei nötig, sei unvermeidlich und brächte zugleich ungeheures Elend mit sich. Aber, so fragte Marx, hat die Bourgeoisie »je einen Fortschritt zuwege gebracht, ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz, durch Elend und Erniedrigung zu schleifen? [...] Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen. [...] Erst wenn eine große Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der am weitesten fortgeschrittenen Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.«<sup>8</sup> Der »naturgesetzliche« Gesamtprozeß ist nicht aufzuhalten, höchsten zeitweise zu bremsen, um dann wieder neue Kraft zu gewinnen. Das war die Überzeugung von Marx und Engels und daraus leitete Engels noch 1895, wie von Helmut Bock zitiert, das Recht auf Revolution ab.<sup>9</sup>

Nach dem Tode von Engels brachen die Widersprüche in der SPD auf. Eduard Bernstein hatten in seiner 1899 veröffentlichten Schrift »Die

---

7 Ebenda. S. 482.

8 Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 9. S. 221–226.

9 Siehe Friedrich Engels: Einleitung [zu Karl Marx' »Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850« (1895)]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 22. S. 524.

Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie« eine Reihe neuer Entwicklungen analysiert und aus ihnen ein ganzes Arsenal gegen die bisherigen Grundpositionen gerichteter Schlußfolgerungen abgeleitet.<sup>10</sup> Er schreibt zu den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus, man müsse Marxens Hinweis auf den Tendenzcharakter dieser Gesetze ernst nehmen und dürfe nicht bei der von Marx angenommenen Zuspitzung der Gegensätze beharren, insbesondere hinsichtlich einer Hoffnungslosigkeit der Lage des Arbeiters.<sup>11</sup> In bezug auf das Ziel des Sozialismus sei Marx Gefangener einer Doktrin gewesen, eines Gerüsts, das fallen müsse.<sup>12</sup> Bernsteins politische Schlußfolgerung, um die es ihm vor allem ging, war, die Klassendiktatur gehöre einer tieferen Kultur an, sei ein Atavismus.<sup>13</sup> Eine Gesetzmäßigkeit der Verschärfung der ökonomischen Widersprüche gäbe es nicht; wenn es eine Gesetzmäßigkeit gäbe, so die der Entwicklung der Demokratie, ohne Konvulsionen, ohne Revolutionen, ohne Gewaltanwendung. »Überall in vorgeschrittenen Ländern sehen wir den Klassenkampf mildere Formen annehmen« schrieb Bernstein 1898.<sup>14</sup>

Karl Kautsky, der führende Theoretiker der deutschen und damit auch der internationalen Sozialdemokratie bestand auf der Naturgesetzlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus und seines Zusammenbruchs, hielt 1893 fest am ersten Satz des Erfurter Programms: »Die ökonomische Entwicklung führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes« bis hin zur Bildung eines einzigen ungeheuren Betriebes, wodurch alle Leiden, Gegensätze und Widersprüche der Gesellschaft in die Höhe getrieben werden.<sup>15</sup> Was allerdings die Revolution betraf, so unterschied er sich nicht so sehr von Bernstein. In einem Artikel von 1893 über den sozialdemokratischen Katechismus schrieb Kautsky: Wir brauchen eine politische Revolution, aber die »Sozialdemokratie ist eine revolutionäre, nicht aber eine Revolution machende Partei«. Die Sozialdemokratie wüßte, »daß es ebensowenig in unserer Macht steht, diese

---

10 Siehe Eduard Bernstein: Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgabe der Sozialdemokratie. 2. Auflage. Berlin 1921. S. 5–9.

11 Siehe ebenda. S. 204.

12 Siehe ebenda. S. 209.

13 Siehe ebenda. S. 156f.

14 Siehe ebenda. S. 10.

15 Siehe Karl Kautsky: Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. Nachdruck der 17. Auflage von 1922. Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1974. S. 80f.

Revolution zu machen, als in der unserer Gegner, sie zu verhindern. Es fällt uns daher auch gar nicht ein, eine Revolution anstiften oder vorbereiten zu wollen.« Gewalt, militärische Gewalt sei möglich, viel wahrscheinlicher sei das Überwiegen ökonomischer, legislativer, moralischer Pressuren. »Das Vordringen des Proletariats in den Staaten mit einigermaßen demokratischen Institutionen wird nicht durch so auffallende Siege bezeichnet wie das der Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit, aber auch nicht durch so große Niederlagen.« Die Massen des Proletariats könnten nur durch ein Moment von dieser Linie abgebracht werden, durch »das Schwinden des Glaubens an den revolutionären Charakter unserer Partei«. <sup>16</sup>

Rosa Luxemburg hat in ihrem Kampf gegen Regierungsbeteiligung, für den Massenstreik, und dann noch stärker gegen den drohenden Krieg immer deutlicher die Widersprüche zwischen der radikalen Linken und dem Parteivorstand erkannt und öffentlich gemacht. In der »Neuen Zeit«, dem theoretischen Organ der SPD, schrieb sie 1901 gegenüber den Vertretern des ministeriellen Sozialismus in Frankreich: Praktische Erfolge könnte der Arbeiter von bürgerlichen Parteien in viel höherem Maße erwarten »als von ›Arbeitervertretern‹, die sich von den bürgerlichen Politikern in nichts unterscheiden, als daß sie nebenbei auch noch vom Sozialismus schwätzen!« <sup>17</sup>

Ermattungsstrategie sei »himmelstürmende Theorie und Ermattung in der Praxis« kommentierte sie 1910, nun schon sehr direkt, die Ermattungsstrategie Kautskys als »revolutionäre Perspektiven in den Wolken — und Reichstagsmandate als einzige Perspektive in der Wirklichkeit«. Jetzt sprach sie offen über den Vorstand und den Parteiapparat. In Deutschland sei die hemmende Rolle der Parteileitung am wirksamsten in Erscheinung getreten. Die Gewerkschaftsführer konnten »durch das Medium der Partei und mit Hilfe des Parteiapparats die ganze Autorität der Sozialdemokratie zum Bremsen der Massenaktion in die Waagschale werfen«. »Genosse Kautsky hat bloß die theoretische Musik dazu gemacht.« <sup>18</sup> Grundlage dieser Entwicklung war, wie Wolfgang Abendroth später schrieb, die Herausbildung einer neuen Sozialschicht, »die aus der

---

16 Wörtlich übernommen in Karl Kautsky: Der Weg zur Macht. Berlin 1909. S. 44ff.

17 Rosa Luxemburg: Zum französischen Einigungskongreß. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 1/2. Berlin 1974. S. 95f.

18 Rosa Luxemburg: Die Theorie und die Praxis. In: Ebenda. Bd. 2. Berlin 1972. S. 414, 418 und 420.

Bürokratie der Partei (einschließlich ihrer parlamentarischen Repräsentanten) und der Arbeiterverbände (vor allem der Gewerkschaften und Genossenschaften) bestand. Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinausdenken zu wollen und zu können.«<sup>19</sup> Ähnlichkeiten in der heutigen PDS halte ich nicht für zufällig.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges widerlegte die Illusionen von einer kontinuierlichen Demokratieentwicklung, aber auch die Hoffnungen auf revolutionären Widerstand. Rosa Luxemburg konnte sich durch die Kapitulation der SPD vor dem Imperialismus in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt sehen. Nur der moderne Kapitalismus »vermochte in wenigen Jahrzehnten die schimmernden Reichtümer und die glänzenden Kulturwerke aufzutürmen, um sie dann in wenigen Monaten mit den raffiniertesten Mitteln in ein Trümmerfeld zu verwandeln.«<sup>20</sup> Im April 1915 schrieb sie in der »Internationale«: »Kautsky, der als Vertreter des sogenannten ›marxistischen Zentrums‹ oder, politisch gesprochen, als der Theoretiker des Sumpfes schon seit Jahren die Theorie zur willfähigen Magd der offiziellen Praxis der ›Parteiinstanzen‹ degradiert hat«, liefere auch jetzt wieder eine neue entsprechende Theorie. Die Partei hatte alles gut vorausgesagt, aber versagte durch den fehlenden Willen, »die Geschichte nicht bloß zu *verstehen*, sondern sie auch zu *machen*«. Nur in dieser Einheit aber könne es Marxismus geben.<sup>21</sup> Die große Abrechnung erfolgte dann in der sogenannten Junius-Broschüre, die im April 1915 verfaßt, erst im Januar 1916 veröffentlicht wurde. Rosa Luxemburg forderte schonungslose Selbstkritik der Partei. Der 4. August 1914 sei kein Spiel des Zufalls gewesen. Es gäbe eherner Gesetze der Geschichte, wobei aber das Proletariat selbst ein mitbestimmender Teil dieser Geschichte sei. »Der Sieg des Sozialismus wird nicht wie ein Fatum vom Himmel herabfallen. Er kann nur durch eine lange Kette gewaltiger Kraftproben zwischen den alten und den neuen Mächten erkämpft werden.« Sie zitierte Friedrich Engels, der vom Dilemma der heutigen bürgerlichen Gesellschaft gesprochen hätte, »entweder Über-

---

19 Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Vierte erweiterte Auflage. Köln 1978. S. 39f.

20 Rosa Luxemburg: Trümmer. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 9.

21 Siehe ebenda. S. 20f. und 31.

gang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. [...] Dieser Weltkrieg — das ist ein Rückfall in die Barbarei.«<sup>22</sup>

Nur vier Parteien, darunter die russische und die serbische, lehnten den Krieg ab. Im November 1914 wurde die Führung der Bolschewiki, darunter fünf Duma-Abgeordnete, verhaftet. Die Leitung mußte vom Ausland her ausgeübt werden.<sup>23</sup> War die Position der Bolschewiki zunächst unpopulär, so wuchs ihre Anhängerschaft mit den Niederlagen im Krieg, den Versorgungsschwierigkeiten, der immer offener werdenden Unfähigkeit des Zarismus, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen, immer mehr an. Der Zarismus wurde fast ohne Widerstand im Februar 1917 gestürzt.

Und damit komme ich zu dem Punkt, der eine Schlüsselfrage bildet. Wir gehen sicherlich gemeinsam davon aus, daß Rußland ein zurückgebliebenes Land und für den Sozialismus nicht reif war. Das hat auch Lenin nicht bestritten. Rußland habe in der Entwicklung der Produktivkräfte noch nicht die Höhe erreicht, bei welcher Sozialismus möglich wäre, das sei unstrittig, notierte er im Januar 1923.<sup>24</sup> Die Bolschewiki gingen, wie Lenin 1921 erklärte, davon aus, »daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. [...] Entweder sofort oder zumindest sehr rasch wird die Revolution in den übrigen Ländern kommen, in den kapitalistisch entwickelteren Ländern, oder aber wir müssen zugrunde gehen.«<sup>25</sup>

War es unter diesen Bedingungen richtig, wenn Lenin in seinen Aprilthesen nicht nur den bürgerlichen Parteien, sondern auch den Menschewiki den Fehdehandschuh hinwarf und damit einen Bürgerkrieg zu riskieren in der ungewissen Hoffnung auf die Revolution im Westen?

---

22 Ebenda. S. 53f. und 61f. – Jürgen Kuczynski berichtete, daß er versucht habe, eine Bestätigung dieses Zitats zu erhalten. Er hätte zunächst gezögert, den »Revisionisten« Bernstein zu fragen, der ja im Gegensatz zu Luxemburg Engels gekannt habe. Als er es dann in Angriff nahm, erhielt er die Nachricht vom Tode Bernsteins. Karl Kautsky hätte ihm Gleiches von Marx berichtet. Marx habe hinzugefügt: »Aber ich glaube fest, daß der Sozialismus siegen wird.« Kuczynski schließt dann mit Gedanken zum Verhältnis von Wissenschaft und Glauben (siehe Jürgen Kuczynski: Freunde und gute Bekannte. Berlin 1997. S. 40–43).

23 Siehe Michael Heller/Alexander Nekrich: Geschichte der Sowjetunion. Bd. 1. Frankfurt am Main 1985. S. 13.

24 Siehe W. I. Lenin: Über unsere Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 464.

25 W. I. Lenin: Rede auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Internationale. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 32. S. 503.

Unter »richtig« verstehe ich dabei: richtig für den Sozialismus. Die unterschiedenste Unterstützung erhielt Lenin von Leo Trotzki. (Hier eine Anmerkung: Die These von Helmut Bock, Lenin habe behauptet, die »sozialistische Revolution in Europa stehe« unmittelbar bevor, so daß sich »alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus« gründen können, ist falsch. An der zitierten Stelle spricht Lenin tatsächlich von *begründeten Hoffnungen* auf einen endgültigen Sieg des Sozialismus. Aber er erklärt gleichzeitig definitiv in seiner Begründung für »den sofortigen Abschluß eines annektionistischen Separatfriedens«, »daß der wahrscheinliche Augenblick des Ausbruchs der Revolution und des Sturzes irgendeiner der europäischen imperialistischen Regierungen (darunter auch der deutschen) sich überhaupt nicht berechnen läßt«, daß wir also nicht darauf bauen können, daß eine Revolution im nächsten halben Jahr ausbrechen werde.<sup>26</sup>

Helmut Bock stützt sich offenbar zustimmend auf Ausführungen Plechanows, die vor einer unzeitigen Revolution warnten. Er sieht in der Ablehnung des verfrühten Versuchs eine berechtigte Warnung, die heute ihren Sinn zurückgewonnen habe. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung hätte »gemäßigte Demokraten und radikal-sozialistische Klassenkämpfer« vollends gespalten. Aus alledem zieht er den Schluß, daß damals kein Sozialismus entstanden sei, geschweige denn gesiegt habe.<sup>27</sup>

Lenin behielt recht, daß nach der Februarrevolution eine weitere Revolution heranreife. Es war eine Revolution gegen die Fortsetzung des Krieges (vor allem bei den Arbeitern) und gegen die Gutsbesitzer (bei den Bauern). Hier hatte sich seit 1905/1906 ein ungeheurer Zündstoff angesammelt. Und nur die Bolschewiki und die linken Sozialrevolutionäre waren politische Führungen eines solchen Ausbruchs. Die Gegenposition vertraten besonders entschieden der sozialrevolutionäre Ministerpräsident Alexandr Fjodorowitsch Kerenski und der Menschewik Georgi Walentinowitsch Plechanow. Zu den Aprilthesen Lenins schrieb Plechanow, der Kapitalismus habe sein Lied noch nicht ausgesungen. Auf einer sog. Staatsberatung im August 1917 erklärte er apodiktisch: Man dürfe auf keinen Fall Frieden schließen und die Verbündeten, die Spitze der Zivili-

26 Siehe W. I. Lenin: Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 443f.

27 Der Autor bezieht sich hier auf Thesen von Helmut Bock, die im Band nicht abgedruckt, aber im Reader zur Konferenz nachzulesen sind – die Redaktion.

sation, im Stich lassen. »Wenn ein Land eine kapitalistische Revolution durchlebt, dann ist es für die Arbeiterklasse völlig unangebracht, die ganze Fülle der Macht zu erobern.« Er berief sich mehrfach auf eine Feststellung von Friedrich Engels: »Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt.«<sup>28</sup>

Sicherlich steckte bei Lenin dahinter auch persönlicher Machtwille. Die immer wieder erklärte Absicht, eine Ordnung nach dem Muster der Pariser Kommune errichten zu wollen, ist wohl von Domenico Losurdo mit Recht als »Abrechnung mit dem Sozialchauvinismus« mit Hilfe eines »Herunterbringens des Marxismus auf den Anarchismus« charakterisiert worden.<sup>29</sup> Sie wurde auch schon nach wenigen Monaten durch sein eigenes Vorgehen widerlegt. Aber es war auch die Einsicht, daß hier eine einmalige Gelegenheit war, den Ausbruch aus dem »naturgesetzlichen« Gesamtprozeß des Kapitalismus einzuleiten. Lenin und seine Anhänger hofften, daß die Deutschen möglichst bald folgen würden, in gründlicher deutscher Weise, so daß »Rußland bald danach nicht mehr ein vorbildliches, sondern wieder ein (im sowjetischen und im sozialistischen Sinne) rückständiges Land sein wird«.<sup>30</sup> Die westeuropäische Sozialdemokratie hatte — wie gezeigt — die Revolution nicht in der Theorie, aber in der Praxis aufgegeben. Der Weltkrieg hatte eine erneute Revolution in Rußland unvermeidbar gemacht. Lenin sah hier eine welthistorische Möglichkeit.

Dieser revolutionäre sozialistische Eingriff in die Weltgeschichte war es auch, der die Solidarität Rosa Luxemburgs mit der Oktoberrevolution begründete. Im Sommer 1918 — sie war immer noch in Haft — schrieb sie eine erste Analyse der Revolution. Ihre Kritik ging von der gleichen sozialistischen Position wie der Lenins aus, erfolgte nicht in schulmeisterlicher westeuropäischer Besserwisserei, war Kritik einer Gleichgesinnten. »Daß die Bolschewiki ihre Politik gänzlich auf die Weltrevolution

---

28 Zitiert in Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 240 und 327f. – Die Bezugnahmen auf das Engels-Zitat finden sich auf den Seiten 235, 241 und 402. Das Zitat stammt aus Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 7. S. 400.

29 Siehe Domenico Losurdo: Der Marxismus Antonio Gramscis. Hamburg 2000. S. 97.

30 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 5f.

des Proletariats stellten«, sei »das glänzendste Zeugnis ihres politischen Weitblicks«, »auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus«. <sup>31</sup> Es hieße, von Lenin und Genossen Übermenschliches zu verlangen, ihnen zuzumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie hervorzuzaubern. »Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not eine Tugend machen« und ihre Taktik dem internationalen Proletariat als Muster empfehlen. <sup>32</sup>

In dem bald nach dem Sturz der provisorischen Regierung ausbrechenden Bürgerkrieg, der von Anfang an gleichzeitig ein Krieg gegen die Deutschen, und dann ein Krieg gegen die Entente war, waren für die Bolschewiki Fragen von Demokratie, auch für die Arbeiter, erst recht für die Bauern, absolut zweitrangig. Es ginge nur um den Klasseninhalt und deshalb stünden die Interessen der Revolution höher als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung, die Mitte November mit einer sozialrevolutionären Mehrheit gewählt und am 6. Januar 1918 durch Dekret des Zentralexekutivkomitees des Zweiten Sowjetkongresses aufgelöst worden war. <sup>33</sup> Die Übernahme der Macht im Oktober hatte zwangsläufig die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, die die neue Macht mehrheitlich ablehnte, zur Folge gehabt. Insgesamt hatten die Bolschewiki 24% der Stimmen erhalten, die Sozialrevolutionäre 40,4%, die Kadetten 4,7% und die Menschewiki 2,7%. Sowohl in Moskau wie auch in Petrograd hatten die Bolschewiki fast die Hälfte der Stimmen erlangt. Es gab keine militärische Unterstützung für die Parteien der Februarrevolution. »Die Konstituierende Versammlung fand keine Verteidiger.« <sup>34</sup>

Die bürgerliche repräsentative Demokratie hat in den USA und einigen Ländern Europas schon länger eine bestimmte integrative Funktion ausgeübt. Sie beruhte auf der Möglichkeit, in einem von der bürgerlichen Ordnung gesetzten weiteren oder engeren juristisch-politischen Rahmen Konflikte auszutragen. In anderen Ländern war das dauerhaft erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der Fall. Diese Funktion hatte hier wesentliche Voraussetzungen, das Scheitern des Faschis-

---

31 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 334 und 341.

32 Siehe ebenda. S. 353f. und 362–364.

33 Siehe W. I. Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 28. S. 267.

34 Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. München 1998. S. 130–132.

mus, die Kämpfe der linken Bewegung, die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates, aber auch die Systemkonkurrenz. Im damaligen Rußland aber konnten die ungeheuren Widersprüche, die sich aufgebaut hatten und der Oktoberrevolution zu Grunde lagen, auf diese Weise nicht gelöst werden. Am 25. September 1917 schrieb der Sozialrevolutionär Viktor M. Tschernow, bis dahin Minister in der Regierung Kerenskis, in sein Tagebuch, daß in dieser Zeit eine Regierung gebieterisch Ordnung herstellen und zugleich nicht minder gebieterisch soziale Reformen durchführen müsse. Das zweite aber sei im Interesse der breiten Koalition »aller Klassen« unterblieben. Mit dieser Taktik der »verantwortlich führenden und denkenden Demokratie [...] ist sie zum Untergang verurteilt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die bolschewistische Sturmflut hereinbrechen. [...] Man hätte die Gelegenheit nicht ungenutzt lassen dürfen, als uns alles regelrecht in den Schoß fiel.«<sup>35</sup>

Beim Kampf um den Brester Frieden mit Deutschland hatte Lenin nicht nur die »linken Kommunisten«, sondern auch den zeitweisen Koalitionspartner, die Linken Sozialrevolutionäre, gegen sich. Die Rechten Sozialrevolutionäre und die Menschewiki hatten sich der Anerkennung des Umsturzes unter der Losung Frieden und Land, hinter der die Mehrheit der Bevölkerung stand, verweigert. Die Linken Sozialrevolutionäre schieden jetzt aus der Regierung. Aus der fast unblutigen Machtergreifung war die Errichtung der Macht einer einzigen Partei geworden, zu der es keine Alternative gab. »Keine Partei, außer Lenins Bolschewiken, war darauf vorbereitet, dieser Verantwortung allein ins Auge zu blicken« schrieb Hobsbawm.<sup>36</sup> »Daß es besser gewesen wäre, wenn ein demokratisches Rußland aus der Revolution hervorgegangen wäre, ist etwas, worin die meisten Menschen übereinstimmen würden. Aber es ist eine Aussage über unsere politischen Ideen und nicht über die Geschichte« schrieb Hobsbawm an anderer Stelle. »Große Massenrevolutionen, die von unten ausbrechen — und Rußland 1917 war vermutlich das ein-

---

35 Aus »Seiten eines politischen Tagebuchs« von V. M. Tschernow. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 358–361.

36 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München, Wien 1995. S. 87. – Siehe auch Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Berlin 1992. Bd. 3. S. 136 – Roy Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 39f.

drucksvollste Beispiel für solche eine Revolution in der Geschichte — sind in gewisser Hinsicht ›Naturerscheinungen‹. Sie sind wie Erdbeben und gewaltige Überschwemmungen, vor allem, wenn wie in Rußland der Überbau staatlicher und nationaler Institutionen praktisch zerfallen ist.« Nur die Bolschewiki konnten die Auflösung Rußlands verhindern, weil sie — jedenfalls bis zu Stalin — die Massen hinter sich hatte.<sup>37</sup> Es gibt eben in der Geschichte niemals beliebig viele reale Alternativen und wir können nicht den damaligen realen Alternativen eine Wunschlösung aus heutiger Sicht an die Seite stellen.

Das Alleinbleiben eines sozialistischen Staates in einem riesigen verwüsteten Land mit asiatisch-feudalen Überresten in großer Zahl und einem wenig entwickelten Kapitalismus hatte nicht schon alles, was von nun an folgte, zum zwangsläufigen Ergebnis. Es war aber eine ungeheure Hypothek. In den Jahren 1920/1921 war eindeutig klar geworden, daß der Weg des Kriegskommunismus erschöpft war. Tatsächlich hatte der Kapitalismus sein Lied nicht ausgesungen (Plechanow), nicht in der Welt und auch nicht in Rußland. Der »naturgesetzliche« Gesamtprozeß des Kapitalismus war nicht beendet, es ging, wie sich zeigte, nicht ohne Waren, nicht ohne Geld und auch nicht ohne Kapital. Mit der Neuen Ökonomischen Politik wurde ein ganzes Programm der Änderung entwickelt, das, von der Ökonomie ausgehend, auch die Politik erfassen mußte. In seinen letzten Aufzeichnungen hielt Lenin verzweifelt fest, die Forderung nach Einheit des Apparats werde »von demselben Apparat gestellt, den wir »vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt haben«.<sup>38</sup> Es war offenbar, daß ein anderes, demokratischeres politisches System erforderlich war, eine andere Rechtsordnung, daß der Weg der NÖP, wenn er denn erfolgreich sein sollte, längere Zeit dauern mußte. Bucharin sprach 1923 von Dutzenden von Jahren.<sup>39</sup> Die These Helmut Bocks, die Bolschewiki hätten die NÖP als Staatskapitalismus bezeichnet, ist so nicht zutreffend. Staatskapitalismus bedeute, so schrieb Lenin 1918, »jene Rechnungsführung und Kontrolle einführen, die die kapitalistischen Klassen durchgesetzt haben«, musterhaft in Deutsch-

---

37 Siehe Eric Hobsbawm: Wieviel Geschichte braucht die Zukunft? München, Wien 1998. S. 313f.

38 W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalitäten oder der »Autonomisierung«. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 36. S. 591.

39 Siehe Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Berlin 1992. Bd. 1. S. 186.

land, und ihn mit der Arbeitermacht verbinden.<sup>40</sup> 1922, es ging um die NÖP, ist Staatskapitalismus »jener Kapitalismus, den wir einschränken, dessen Grenzen wir festzulegen wissen; [...] den wir in bestimmten Grenzen organisieren müssen«. <sup>41</sup> Allerdings konnte man vereinzelt auch anderes lesen, so, wenn etwa Lenin Gehälter von 2.000 Rubel als Staatskapitalismus bezeichnete, um diese Maßnahme vom »Kommunismus« abzugrenzen.<sup>42</sup> Ich habe mich mit der Charakterisierung der NÖP schon vor 40 Jahren in meiner Habilitationsschrift auseinandergesetzt.<sup>43</sup> In der Gegenüberstellung von Kriegskommunismus und Staatskapitalismus werde etwas als Rückzug charakterisiert, was im Grunde ein Vormarsch war, die Überwindung eines auf die Spitze getriebenen Ausnahmezustandes und nicht eines beinahe schon erreichten Kommunismus. Eine ähnliche Auseinandersetzung gab es ja um den XX. Parteitag der KPdSU und gerade damals um das Neue Ökonomische System in der DDR.

Doch zurück zu den zwanziger Jahren nach Lenins Tod. Zur selben Zeit formierte sich bereits eine Gegenrichtung, die das ökonomische Gesamtkonzept der NÖP nicht akzeptierte und vor allem durch Trotzki repräsentiert wurde. Auf dem XII. Parteitag 1924 verfocht er, gestützt auf das von Jewgeni Preobraschenski entwickelte Konzept einer sozialistischen ursprünglichen Akkumulation, eine grundlegende Kursänderung im Interesse einer raschen Industrialisierung, die über einen »gerechten« Marktaustausch nicht zu sichern wäre.

Die Änderung erfolgte erst 1928/1929. Sie ist offenbar nicht auf einen einzelnen Faktor zurückzuführen. Hierzu gehört auch die äußere Bedrohung. Schließlich war die letzte Intervention keine zehn Jahre her und kaum mehr als zehn Jahre vergingen noch bis zur Intervention Hitlers. Auch die Gewichtung der einzelnen Faktoren ist bei den Autoren sehr unterschiedlich. Natürlich spielten auch Entscheidungen Stalins,

40 Siehe W. I. Lenin: Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. 29. April 1918. Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 284f.

41 W. I. Lenin: XI. Parteitag der KPR(B): 27. März – 2. April 1922. Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B). 27. März 1922. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 264f.

42 Siehe W. I. Lenin: Tagung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. 29. April 1918. Schlußwort zum Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 302.

43 Siehe Uwe-Jens Heuer: Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1965. S. 63–73.

sein Charakter eine Rolle. Ein gewaltiges Industrieprogramm auf der einen Seite, die Kollektivierung der Landwirtschaft auf der anderen Seite, das alles war in dem geforderten Tempo nicht zu bewältigen ohne Massenrepressalien, ohne Terror, ohne Beseitigung alles dessen, was die NÖP an vorsichtigen Schritten an Demokratie und Gesetzlichkeit gebracht hatte.

Die kapitalistische Gesellschaft wurde und wird durch die ökonomischen Gesetze des Marktes vorangetrieben. Die neue Gesellschaft hatte parallel zu den durch die NÖP freigesetzten materiellen Interessen verbreiteten Enthusiasmus und auch Gewinner des »Großen Sprungs« hervorgebracht. »Allem Anschein nach«, schreibt Manfred Hildermeier, »trugen die ›neuen Arbeiter‹ kaum weniger zur Stalinschen Machtergreifung bei als die neue Intelligenz.«<sup>44</sup> Zur zentralen Antriebskraft aber wurde der Staat. Aus dem Tempo der angestrebten Umwälzung, dem konservativen Widerstand vor allem in der Bauernschaft, ergab sich eine immer größere Rolle des Partei- und Staatsapparats, der gleichsam die Antriebsfunktion des Marktes übernahm. Die sich aus dem staatlichen Eigentum an den Produktionsmitteln objektiv ergebende zentralisierte Planung wurde immer mehr ausgebaut. Die Warnungen Michael Alexandrowitsch Bakunins in seinen Debatten mit Marx vor der Macht des eigenen Staates gegenüber dem Volk gewannen schreckliche Realität. Unter den Bedingungen des Einparteiensystems wäre Demokratie in der Partei die wichtigste Sicherung gewesen. Aber die Regeln kollektiver Leitung in der Partei, die unter Lenin und auch in der ersten Zeit nach seinem Tode noch Einschränkung von Willkür bedeuteten, fielen nach und nach weg. Die Rechte der GPU und dann des NKWD wurden immer mehr ausgebaut. Nach der Verhaftung Bucharins und Rykows im Januar 1937 gab es selbst für ZK- und Politbüromitglieder keinen Schutz durch ihre eigenen Gremien mehr.

Diese Entwicklung wirkte sich verheerend auf die offizielle Theorie aus. Nach dem Ende der »heroischen Illusionen« hätte es einer realistischen Theorie bedurft, die die Widersprüche der neuen Gesellschaft aufdeckte. Vor allem wäre es darum gegangen, Notmaßnahmen als solche zu kennzeichnen, der Wirklichkeit nicht ein Ideal überzustülpen, in dem

---

44 Gerd Meyer: Nachdenken über Gewalt in der sowjetischen Geschichte. In: Eckart Spoo/Reiner Butenschön (Hrsg.): Der Mensch und der Plan. Hamburg 2000. S. 93. – Manfred Hildermeier: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. München 1998. S. 415. – Siehe weiter in ebenda. S. 432.

sich die Gesellschaft kaum wiedererkennen konnte. Nur eine solche Theorie hätte auch die Möglichkeit geboten für die Auseinandersetzung mit den Exzessen, den Überschreitungen des Notwendigen, Unvermeidlichen. Der Stalinsche Weg und das mit ihm verbundene Gemisch von sozialistischen und pseudosozialistischen Verhältnissen war nicht schick-salhaft unvermeidlich.<sup>45</sup> Dennoch muß das tatsächlich Unvermeidliche benannt werden. Der Beginn der Revolution in einem für den Sozialismus nicht reifen Land, das Ausbleiben der erhofften Weltrevolution ließ eine Alternative des »demokratischen Sozialismus« nicht zu. Werner Hofmann, Ordinarius für Soziologie an der Universität Marburg, hatte 1967 in diesem Sinne eine grundsätzliche Einschätzung des Stalinschen Systems unternommen.<sup>46</sup>

Einem solchen ohnehin äußerst schwierigen Theoriebildungsprozeß stand aber gerade die notwendige Zentralisierung, die Versuchung, aus der Not eine Tugend zu machen, von der schon Rosa Luxemburg gesprochen hatte, entgegen. Am gefährlichsten waren die theoretischen Schlußfolgerungen, mit denen die maximale Verschärfung des Tempos und die Massenrepressalien begründet, ja in den Rang einer Gesetzmäßigkeit erhoben wurden.

Bei Marx und Engels bildeten emanzipatorisches Ziel und theoretische Entdeckungen eine Einheit, bei Lenin schien das emanzipatorische Ziel immer wieder auf. Stalin war es fremd.

Die Gefahr von Stalins Charakter trat nicht sofort zutage. Sein Umgang mit den anderen Mitgliedern der Parteiführung konnte sich erst in der allgemeinen Atmosphäre des Weltbürgerkriegs entwickeln. Entscheidend aber war dann, daß es keine politischen und juristischen Hindernisse gab. Der Zarismus kannte sie kaum. Der Weltkrieg und dann der Bürgerkrieg erlaubte sie nicht. Das System brachte die »unermeßliche Macht« des Generalsekretärs hervor. Die Ansätze in der NÖP konnten sich nicht entwickeln. Nachdem es gelungen war, den Widerstand im Politbüro endgültig zu brechen, gab es keine inneren Hemmnisse mehr. Die unermeßliche Macht »Stalinscher Grobheit«<sup>47</sup> konnte zur Quelle unermeßlicher Barbarei werden.

Marx und Engels waren — wie eingangs gezeigt — immer davon ausgegangen, daß im Kapitalismus Zivilisation und Barbarei nicht zu tren-

45 Siehe Roy Medwedew: Das Urteil der Geschichte. Berlin 1992. Bd. 3. S. 187 und 373.

46 Siehe Werner Hofmann: Was ist Stalinismus? Heilbronn 1984. S. 27–49.

47 W. I. Lenin: Brief an den Parteitag. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 36. S. 580.

nen seien. Diesem »naturgesetzlichen« Gesamtprozeß sollte mit der sozialistischen Revolution als politischem Eingriff ein Ende gesetzt werden. Tatsächlich wurde ihm in Rußland ein Ende gesetzt, aber es war nicht das Ende der Barbarei. Für Deutscher waren Marxens Schilderungen der ursprünglichen Akkumulation in England in vielem auf »die Große Wendung« Stalins anwendbar bis hin zu ihrer Gesamteinschätzung. »Mit den Maßstäben der britischen Geschichte gemessen trafen in Rußland das vierzehnte und das zwanzigste Jahrhundert aufeinander. Der Mann, in dem sie sich begegneten, heißt Stalin.« Stalin habe mit barbarischen Mitteln die Barbarei aus Rußland vertrieben.<sup>48</sup> Das von Stalin bis 1953 gestaltete und repräsentierte politische System wird als Stalinismus bezeichnet. Es beruhte auf dem nichtkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und bildete die zentrale Antriebskraft des sozialistischen Ausbruchs aus dem naturgesetzlichen Gesamtprozeß des Kapitalismus. Es wuchs aus der 1917 errichteten sozialistischen Erziehungsdiktatur heraus und trug zugleich, geprägt von den spezifischen Bedingungen der russischen Geschichte und des Aufbaus des Sozialismus in einem dafür nicht reifen Lande unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung, der Kriegsdrohung, viele darüber hinausgehende exzessiv diktatorische, ja barbarische Züge.

Ich will jetzt versuchen, eine vorläufige Bilanz anzubieten. Es folgen ja noch weitere Beiträge und Diskussionen. Die Frage, ob der Kapitalismus die Wurzel vieler (nicht aller) Übel ist, kann nur wissenschaftlich beantwortet werden. Die Antwort von Marx und Engels halte ich nach wie vor im Grundsatz für überzeugend. Schwieriger ist es mit der Antwort auf die Frage nach der Alternative. Marx und Engels sahen als Alternative den Sozialismus, also eine Ordnung, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben war. Daß eine solche Gesellschaft möglich ist, hat die Geschichte gezeigt, daß sie nicht konkurrenzfähig war, ebenfalls. Michael Brie hat das in seiner letzten These so formuliert: »Im Wettbewerb zwischen kommunistisch zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftlicher Autokratie und kapitalwirtschaftlicher Demokratie erwies sich letztere als relativ überlegen.« Die Vorzüge sozialistischen staatlichen Eigentums, Vollbeschäftigung und größere Gleichheit mit Konsequenzen für Bildungs- und Gesundheitschancen und Menschenwürde wogen geringer als der nicht mehr aufholbare Rückstand in ökonomi-

---

48 Siehe Isaac Deutscher: Stalin. Berlin 1990. S. 440 und 785.

scher Leistungsfähigkeit. Die Ursachen dieses Zusammenbruchs wurden in bezug auf die DDR immer wieder im Zusammenhang mit dem Begriffspaar Revolution/Konterrevolution diskutiert. Es wurde immer wieder strittig erörtert, ob die Ursachen mehr innere (also selbstverschuldete) oder äußere gewesen seien.<sup>49</sup> Sehen wir das Ganze aber als welthistorischen Prozeß, so erledigt sich diese Fragestellung. Das »sozialistische Weltsystem« als Ganzes hat sich gegenüber seinem Gegner als schwächer erwiesen und dazu haben eigene Fehler, auch strukturelle Nachteile natürlich beigetragen.

Die sozialistischen Staaten hatten sich vor allem durch den Rüstungswettlauf und die Unfähigkeit zu strukturellen Reformen immer mehr den Gesetzen des Weltmarktes untergeordnet, ohne der Konkurrenz des Westens standhalten zu können. Der Zusammenbruch wurde dann durch die ökonomisch unterfütterte politisch-ideologische Aktivität vor allem der Vereinigten Staaten von Amerika besiegelt. Dadurch gewann der Epochenbruch wesentlich stärkere Schwungkraft, die politische und ideologische Hauptgegenmacht, wie stark sie auch immer noch war, war weggefallen. Weitere gravierende Veränderungen wurden ausgelöst, die das Gesicht der neuen Epoche prägten und prägen.

Die Marxsche Analyse der »Naturgesetzlichkeit« des Kapitalismus gilt nach wie vor. Es gibt offenbar keine »natürliche Schranke« des Kapitalismus. Gefährlich war für ihn der gewaltsame Ausbruch des Jahres 1917. In der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 schien es vielen, daß sich hier ein weltweiter Ausweg bot. Aber der Kapitalismus erholte sich wieder, entwickelte neue Formen seiner Produktion und der politischen »Zivilisierung« des Kapitalismus in den Metropolen. Der Sieg über den Faschismus und die ihm folgende Beseitigung des Kolonialsystems gefährdete noch einmal die kapitalistische Weltherrschaft. Die Nutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in den kapitalistischen Hauptländern auf der einen, die Unfähigkeit einer adäquaten Reaktion des überdehnten Machtbereichs der Sowjetunion, verbunden mit einem ruinösen Rüstungswettlauf, beendete den sozialistischen Ausbruch. Der »naturgesetzliche« Gesamtprozeß geht wieder in der ganzen Welt mit voller Kraft voran. Das Perpetuum mobile verschlingt erneut Menschen

---

49 Siehe die Materialien einer Diskussionsveranstaltung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung am 27. Februar 1999 (siehe »Revolution oder Implosion?« Berlin 1999).

und Material, bringt technischen Fortschritt und gewaltiges Elend. Jean Ziegler berichtet jetzt, daß im Jahr 2002 36 Millionen Menschen verhungerten, daß die Zahl der extrem Armen in den letzten sechs Jahren von 2,7 auf 2,81 Milliarden Menschen gestiegen sei. Das entscheidende Problem sei die Macht der großen Industriestaaten vor allem in der WTO. Sie hätten 2002 ihre Landwirte mit 335 Milliarden Dollar unterstützt, was die Märkte für die Armen kaputtmacht.<sup>50</sup> Diese Entwicklung scheint unaufhaltsam. Die beiden Gesichter dieses Prozesses, sein Januskopf, bleiben Zivilisation und Barbarei. Immer noch gleicht der menschliche Fortschritt jenem scheußlichen heidnischen Götzen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte. Der Preis für die Entfaltung der technischen Produktivkräfte bleibt das Elend von Hunderten von Millionen.

Aber etwas ist neu, was den Widerspruch noch verschärft. Der technische Fortschritt, das Hauptmittel der kapitalistischen Jagd nach dem relativen Mehrwert, erweist sich selbst als zweifelhaft. Die Menschen im Westen wissen, daß die ganze Welt nicht nach dem Maß der Vereinigten Staaten leben kann, daß die Erdatmosphäre es nicht vertragen wird, wenn China so viele Kraftwagen pro Kopf hat, wie heute die USA. Zugleich ist der Kapitalismus nach Kräften bemüht, seine Exporte in die ganze Welt zu steigern, den Kraftwagen in China heimisch zu machen. Er sendet Autoverkäufer und Prediger der Enthaltensamkeit gleichermaßen in alle Welt.

Entgegen den Hoffnungen vieler erweist sich der zivilisierte Kapitalismus nun, wo der große Konkurrent von der Bildfläche verschwunden ist, als keineswegs so dauerhaft, nicht zuletzt auch als nicht friedensfähig. Nach dem Abschluß des Epochenumbruchs 1990 war zwar von »neuer Weltordnung« die Rede, aber kaum jemand wagte, hier den Terminus Imperialismus zu gebrauchen. Christoph Türcke sprach 1992 vom allgemeinen Etikettenschwindel, der aus Massenentlassungen »Freisetzen«, aus Profit »Wachstum« macht und sich eben auch weigert, das Wort Imperialismus in den Mund zu nehmen. Wenn man die Leninsche Therapie ablehne, so solle man doch wenigstens seine Diagnose akzeptieren. Lenin hätte dem Imperialismus eine der gründlichsten Diagnosen gestellt. »Und ohne die begreift man Entscheidendes nicht: weder die Realität, auf die der Sozialismus die Antwort war, noch diese

---

50 Siehe System der Beutejäger. In: »Berliner Zeitung« vom 9. September 2003.

Antwort selbst, noch die Entwicklung, die beide seither genommen haben.« Jeder wisse dabei, daß es im Golfkrieg um Öl gegangen sei. Zunehmend werde vergessen, »wogegen sich das ganze verunglückte Sozialprojekt eigentlich richtete, so wie wenn einer minutiös alle Schäden einer Chemotherapie auflistet, ohne auch nur einmal die Krankheit zu erwähnen, gegen die sie erfunden wurde«.<sup>51</sup>

Die Bemühungen, den Terminus Imperialismus zu vermeiden, mögen dem Zeitgeist entsprechen, wissenschaftlich begründbar sind sie nicht. Für die Verknüpfung ökonomischer (Konzern)macht und staatlicher Macht in der Außenpolitik ist er nach wie vor angemessen. Zu Beginn des vorigen Jahrhunderts wurde er offen verwandt, schämte sich niemand, ein Imperialist zu sein. Heute ist das — jedenfalls in Deutschland — noch anders. Das ist jedoch kein Argument für den weitgehenden Verzicht auf diesen Begriff in der Linken. Eine rühmliche Ausnahme bildete eine von Wolfgang Fritz Haug organisierte Unterhaltung vierzehn namhafter Wissenschaftler aus Anlaß der PDS-Programmdebatte.<sup>52</sup> Sie machten ganz selbstverständlich vom Begriff des Imperialismus Gebrauch, der in den vorgelegten Programmpapieren bis fast zum Schluß gänzlich ausgeblendet war.

Für den »alten DDR-Bürger« Wolfgang Ullmann ist es peinlich, »wenn er sich des Eindrucks nicht erwehren kann, die Wortführer der derzeitigen Politik legten alles darauf an, die Propagandaslogans der SED wenigstens posthum zu verifizieren«, nämlich daß der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus sei und zitiert dabei ausdrücklich Robert Kagan, »es seien immer die politisch und militärisch Schwachen gewesen, die für rechtliche statt militärische Aktionen plädiert hätten«.<sup>53</sup> William D. Hartung stellt fest, daß in den USA selbst inzwischen auf dem rechten Flügel der Begriff des Imperialismus Mainstreamrespektabilität erlangt habe. Das gelte beispielsweise für Michael Ignatieff im »New York Times Magazin«.<sup>54</sup> Was die gegenwärtigen Auseinandersetzungen

---

51 Christoph Türcke: Wie der Imperialismus verschwand. In: »DIE ZEIT«. Hamburg vom 12. Juni 1992.

52 Siehe Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.): Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, Berlin 2002.

53 Wolfgang Ullmann: Hello, Lenin. In: »Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung«. Berlin vom 20. Juni 2003.

54 Siehe William D. Hartung: Der neue Imperialismus. In: »The Nation« vom 17. Februar 2003.

zungen betrifft, so geht Horst Heininger von zwei möglichen Typen der regulierten Rivalität aus, dem hegemonistischen Typ, und dem kollektiven oder konsortialen Typ.<sup>55</sup> Die Entwicklung der letzten zehn Jahre spricht eindeutig dafür, daß der heutige Imperialismus durch die US-amerikanische Hegemonie bestimmt ist, daß die gegenwärtigen Kriege genau die Funktion haben, diese Hegemonie zu festigen, für absehbare Zeit zu sichern. Das muß nicht heißen, daß das unbedingt gelingt, aber das Ziel ist es ganz offenbar.

Gibt es mittel- oder jedenfalls langfristig Chancen, das Gesicht der Epoche doch noch zu ändern, die gefährliche Grundtendenz zu wenden? Als erstes sind die Feststellungen von Marx und Engels wieder aufzunehmen, daß dem herrschenden System auf der Ebene der Weltpolitik entgegengetreten werden muß. Der Ausbruch eines einzelnen Landes erfolgte 1917 in einer historisch einmaligen Situation. Heute ist die Verflechtung des Kapitals derjenigen früherer Perioden weit überlegen, muß die Auseinandersetzung weltweit erfolgen. Der große Widerspruch ist die wachsende Bedrohlichkeit der Lage und die Schwäche der Gegenkräfte. Das Unheil des »naturgesetzlichen« Gesamtprozesses kann im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht beseitigt werden.

Viele sehen die Gefahr der Barbarei. »Die Strukturen der menschlichen Gesellschaft selbst, eingeschlossen sogar einige soziale Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft, sind im Begriff, durch die Erosion dessen, was wir von der menschlichen Vergangenheit geerbt haben, zerstört zu werden. Unsere Welt riskiert sowohl eine Explosion als auch eine Implosion. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage aufzubauen, werden wir scheitern. Und der Preis«, so fährt Eric Hobsbawm fort, »die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.«<sup>56</sup> In einem interessanten Essay geht der US-amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein<sup>57</sup> von der Existenz eines

---

55 Siehe Horst Heininger: Anmerkungen zur Imperialismuskussion. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Frankfurt am Main (März 2003)53. S. 106f.

56 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München, Wien 1995. S. 720.

57 Siehe Immanuel Wallerstein: Utopistik. New York 1998 (Wien 2002). – In einer Analyse gefährlicher Veränderungen des US-amerikanischen Bewußtseins seit dem 11. September 2001 faßt er zusammen: »Was die Vereinigten Staaten heute brauchen, ist dies: Mit der heutigen Wirklichkeit leben zu lernen — daß sie nicht länger die Macht besitzen, einseitig zu entscheiden, was gut für alle ist«, auf einige Privile-

kapitalistischen Weltsystems seit dem 16. Jahrhundert aus, »ein System, das gemäß dem Primat endloser Kapitalakkumulation operiert«<sup>58</sup> und dabei 500 Jahre außerordentlich erfolgreich gewesen sei.<sup>59</sup> Erst jetzt sieht er eine Chance, dieser Endlosspirale (die ja wohl Marxens naturgesetzlichem Gesamtprozeß sehr nahekommt) ein Ende zu bereiten. Das Ganze biete heute das Bild eines »Systems in tiefer Krise [...], der Unordnung, Auflösung und Desintegration«, einer chaotischen Situation, einer kommenden Periode schrecklicher politischer Kämpfe, die bis zu 50 Jahren dauern könne. Obwohl sich die Privilegierten erbittert wehren werden, werde das bestehende System nicht überleben.<sup>60</sup> Wie der »Kampf auf Leben und Tod«<sup>61</sup> ausginge, welches System an seine Stelle träte, wisse niemand. Wir hätten die Chance, eine gute oder jedenfalls bessere Gesellschaft zu erreichen, die nicht vom endlosen Akkumulationsprozeß bestimmt werde.<sup>62</sup>

Ist eine andere Gesellschaft möglich, wie Attac erklärt, kann oder muß es eine sozialistische Gesellschaft sein? Niemand von uns wird das heute noch mit solcher Sicherheit wie einst Karl Kautsky oder Rosa Luxemburg behaupten wollen. Viele ziehen aus den Erfahrungen des Stalinismus, aus dem Scheitern des europäischen Sozialismus die Schlußfolgerung, daß tatsächlich der Kapitalismus das letzte Wort der Geschichte sei. Das gilt für die Vertreter des triumphierenden Neoliberalismus, aber auch für Sozialdemokraten und sogar für manche aus dem eigenen Lager. So hat gerade jetzt Peter Ruben in einem Artikel zur Oktoberrevolution die Bilanz gezogen, daß das Gemeineigentum endgültig »den Wettbewerb um die Entwicklung der Produktivkräfte mit dem persönlichen Privateigentum« verloren hat,<sup>63</sup> ohne auf die Kosten dieses Privateigentums einzugehen. In der Programmdiskussion der PDS wurde zunächst 1997 in einem programmatischen Kommentar ein Versuch unternommen, Kapitalismus und Moderne begrifflich zu trennen, die ge-

---

gien zu verzichten (siehe Amerika und die Welt: Die Twin Towers als Metapher. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn (2002)5. S. 568).

58 Immanuel Wallerstein: Utopistik. Wien 2002. S. 17.

59 Siehe ebenda. S. 44.

60 Siehe ebenda. S. 73–75.

61 Ebenda. S. 95.

62 Siehe ebenda. S. 91.

63 Siehe Peter Ruben: Zwei Einsichten, die uns nicht fremd bleiben sollten. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 7. November 2003.

genwärtige Gesellschaft sei sowohl modern als auch kapitalistisch.<sup>64</sup> Diese Trennung wurde dann weitergetrieben. Demokratie, Rechtsstaat und Wettbewerb seien »Vergesellschaftungsformen, die die Dynamik der sozialen Evolution der letzten zweihundert Jahre wesentlich ermöglicht haben.«<sup>65</sup> Diesen Evolutionspotentialen wird schließlich von Schumann sogar eine die »Dominanz des Kapitalverhältnisses tendenziell aufhebende(n) Rolle« zugesprochen.<sup>66</sup> Es ging um die Vorstellung, mit Hilfe des Überbaus die kapitalistische Basis der Gesellschaft nicht zu beseitigen, wohl aber zu bändigen. Damit war aus der Modernisierung des Sozialismus, wie sie von den Autoren vor 1990 gefordert worden war, die Modernisierung des Kapitalismus geworden. In der weiteren Programmdebatte, vor allem in den von der Führung der PDS unterstützten Entwürfen bis hin zur endgültigen Beschlußfassung auf dem Chemnitzer Parteitag im Oktober 2003 wurde eine Definition des Sozialismus als Gesellschaftsordnung vermieden und seine Charakterisierung auf eine sehr reduzierte Wiedergabe des Kommunistischen Manifests beschränkt. Dort hatte es geheißen: Das siegreiche Proletariat werde die Klassen und

---

64 Siehe André Brie/Michael Brie/Judith Dellheim/Thomas Falkner/Dieter Klein/Michael Schumann/Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin 1997.

65 Ebenda. S. 35.

66 Siehe ebenda. S. 302. – Michael Schumann bezog sich hier auf einen Artikel von Hans-Peter Krüger: Zur Differenz zwischen kapitalistischer und moderner Gesellschaft. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Berlin (1990)3. S. 202. – Er kommt, sich sehr stark auf Jürgen Habermas beziehend, zu dem Ergebnis, daß es darum ginge, die zu Recht in der Wirtschaft dominierende Gewinnorientierung, die politisch mir Recht dominierende Hegemonieorientierung mit einer kulturell dominanten Argumentationsorientierung gleichsam gleichberechtigt zu vereinen (siehe ebenda. S. 216–217). Ich meine, daß das sich als Illusion erwiesen hat. Aber dennoch hat Krüger damals ein Argumentationsniveau gezeigt, daß von den »Reformsozialisten« nicht wieder erreicht wurde. Hans-Ulrich Wehler hat in einem 1974 geschriebenen und 1994 noch einmal überarbeiteten Aufsatz sich ideologiekritisch mit dem Modernisierungsansatz auseinandergesetzt. Er hätte die Weltmachtrolle der USA als absolutes Vorbild reflektiert, den Imperialismus oft völlig ausgeblendet, Evolution häufig als linearen Aufstieg verstanden. Für Wehler ist dann allerdings eine auf Max Weber aufbauende, entsprechend historisch und theoretisch differenzierte Modernisierungstheorie der leistungsfähigste Ansatz, demgegenüber auch die einzige wirkliche Alternative, ein unorthodoxer Marxismus, unterlegen ist. Eine Diskussion auf dieser Ebene ist von den Modernisierungsideologen der PDS niemals auch nur angestrebt worden (siehe Hans-Ulrich Wehler: Modernisierungstheorie und Geschichte. In: Die Gegenwart als Geschichte. München 1995. S. 17, 22, 27 und 49–51).

damit auch die eigene Klassenherrschaft aufheben. »An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«<sup>67</sup>

Die Charakterisierung der künftigen Gesellschaft im »Kommunistischen Manifest« — es ist eigentlich bereits eine Charakterisierung des Kommunismus — wurde seit den Thesen der Mehrheit der Programmkommission 1999 in leicht abgewandelter Form und dann weiter in allen von der Parteiführung unterstützten Entwürfen zur Charakterisierung des Ziels übernommen als einer Gesellschaft, »in der die freie Entwicklung der einzelnen zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.«<sup>68</sup> Im jetzt auf dem Chemnitzer Programmparteitag am 26. Oktober 2003 beschlossenen Programm ist entsprechend von einer Gesellschaft die Rede, »in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller geworden ist.«<sup>69</sup> Im Gegensatz zu Marx und Engels ist dabei aber weder von der Abschaffung der Klassen, noch von der Überwindung der Dominanz des Privateigentums als Vorbedingung dieser Gesellschaft die Rede.

Wenn das Ziel des Sozialismus im Nebel verschwindet, wenn die Verbindung mit der Vergangenheit gekappt wird, fehlt der Partei die dritte Dimension, bleibt nur Pragmatismus mit visionärer Begleitmusik für Feiertage. Tatsächlich sprach Gabi Zimmer, Vorsitzende der Programmkommission, nicht weniger als viermal von der Vision des Sozialismus, Dieter Klein, Mitautor aller offiziellen Entwürfe, nur einmal, fügte dann aber dafür hinzu: »Sozialismus ist für uns zum Ersten, zum Zweiten und zum Dritten ein Prozeß der Veränderung des Kräfteverhältnisses in dieser Gesellschaft«,<sup>70</sup> also eben keine andere Gesellschaft.

Damit wird eine Entwicklung nachvollzogen, wie sie in der SPD mit dem Godesberger Programm ihren Anfang nahm. Der Begriff des demokratischen Sozialismus wird seitdem immer weiter ausgehöhlt. Thomas

67 Friedrich Engels: An Karl Kautsky in Stuttgart (21. Mai 1895). In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 39. S. 482.

68 Pressedienst der PDS. Berlin (1999)47. S. 3 und 5. – Siehe die Kritik im Minderheitenvotum von Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf (siehe ebenda. S. 34).

69 Programm der PDS. Beilage zu Chemnitzer Parteitag: Ein Programm für die Menschen. In: Disput. Berlin (2003)11. – Pressedienst der PDS. Berlin (2003)44/45. S. 1.

70 Ebenda. S. 44f., 26, 18–22 und 25.

Meyer schloß 1991 eine Broschüre mit den Worten: »Sozialdemokratie ist Demokratischer Sozialismus, ist Soziale Demokratie.«<sup>71</sup>

In der »Frankfurter Rundschau« gab er jüngst in einer vom SPD-Generalsekretär Olaf Scholz eingeleiteten Programmdebatte in einem Grundsatzartikel selbst dem ausgehöhlten Begriff vom »Demokratischen Sozialismus« endgültig den Abschied. »Nichts würde in einem neuen Grundsatzprogramm der SPD stehen, was ihnen Deckung gibt.« Der Faden zur Praxis sei endgültig gerissen.<sup>72</sup> Er stieß allerdings auf heftigen Protest der Parteilinken.

Es ist höchst wahrscheinlich, daß der Sozialismus noch in weiter Ferne liegt, und sein Kommen ist keineswegs gesetzmäßig. Aber die Widersprüche bleiben die Hoffnungen. Der internationale Hauptgegensatz ist heute der Nord-Süd-Gegensatz.<sup>73</sup> Die kapitalistische Globalisierung vertieft die Spaltung der Welt zwischen Nord und Süd. Wenngleich sich auch im Norden Bereiche der Armut ausbreiten, ist doch der übergreifende Widerspruch zwischen den reichen Ländern des Nordens (mit Ausnahme Osteuropas einschließlich Rußlands) und großen Teilen des Südens unverkennbar.<sup>74</sup> Es sind auch keine Anzeichen für eine grundlegende Wende sichtbar. Auf einer Beratung von 500 führenden Politikern, Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern der Welt im Fairmont-Hotel von San Francisco Ende September 1995, sie wurde übrigens auf Einladung der Stiftung Gorbatschow zur Bestimmung der Wege zu einer neuen Zivilisation durchgeführt, erklärte einer dieser Mächtigen ohne Widerspruch ganz klar und deutlich: »20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten.« Die unteren achtzig Prozent würden

---

71 Thomas Meyer: Was bleibt vom Sozialismus? Reinbek bei Hamburg 1991. S. 133 und 136. – Ähnlich Horst Heimann: Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Bonn 1991. – Zur Auseinandersetzung mit Meyer und Heimann siehe ausführlicher Uwe-Jens Heuer: Demokratischer Sozialismus. Kommunikatives Zauberwort oder alternative Gesellschaftsordnung? In: Sozialismus. Hamburg (1996)9. S. 9–14.

72 Siehe Olaf Scholz: Gerechtigkeit und Solidarische Mitte. In: »Frankfurter Rundschau« vom 7. August 2003. – Thomas Meyer: Soziale Demokratie statt demokratischer Sozialismus. In: »Frankfurter Rundschau« vom 19. August 2003.

73 Siehe Heinz Jung: Der postrealsozialistische Kapitalismus. In: Frank Deppe/Sabine Kebir u. a.: Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik. Hamburg 1991. S. 84.

74 Siehe etwa Peter Grubbe: Der Untergang der Dritten Welt. München 1994.

gewaltige Probleme bekommen. Die Frage sei künftig, »to have lunch or to be lunch«. <sup>75</sup>

Jeglichem Versuch radikaler Veränderung stehen auch in den ersten Anfängen große Schwierigkeiten bevor. Das zeigt sich heute bei Hugo Chávez, dem gewählten Präsidenten Venezuelas. Die USA haben den Putsch vom 11. April 2002 gegen ihn offenbar unterstützt. Der spätere monatelange Streik war vom Unternehmerverband und einer ihm folgenden Gewerkschaft organisiert mit Unterstützung des oligarchischen Managements der staatlichen Erdölgesellschaft. Venezuela ist fünftgrößter Erdölexporteur der Welt. Vieles, was dort geschah, ähnelte außerordentlich stark den Vorgängen in Chile 1973. <sup>76</sup> Zum dreißigsten Jahrestag des gewaltsamen Sturzes von Präsident Salvador Allende in Chile erklärte die historische Kommission der PDS, daß dieser Staatsstreich »nicht als endgültiges Scheitern der Bestrebungen angesehen werden (könne), in der offenen demokratischen Auseinandersetzung, ohne Waffengewalt und politische Repression die Machtverhältnisse zu verändern und den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Die Regierung der Unidad Popular ist nicht gescheitert, sie wurde nicht vom Volk abgewählt. [...] Sie wurde entgegen Gesetz und Recht gewaltsam gestürzt.« <sup>77</sup>

Johnny Norden analysierte demgegenüber: »In den Augen der Reaktion hatte sich die UP-Regierung eines schweren Sakrilegs schuldig gemacht. Sie hatte sich am Großkapital vergriffen.« Er zitierte einen chilenischen Genossen, »daß die größte Schwäche der UP-Führer in der Überschätzung der Lebenskraft demokratischer Traditionen und der Unterschätzung des Ausmaßes und der Wirksamkeit der Gegenwehr der alten Kräfte bestand. [...] Die chilenische Tragödie bewies um ein weiteres, daß jede Politik, die Macht und Besitz der Herrschenden antastet, auf

75 Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Reinbek bei Hamburg 1996. S. 10–12.

76 Siehe Hinnerk Berlekamp: US-Regierung offenbar in Putschpläne eingeweiht. In: »Berliner Zeitung« vom 16. April 2002. – Maurice Lemoine: Der Herbst des Populisten. In: »Le Monde diplomatique«. Paris vom Mai 2002. – Theo Wentzke: Die Vergehen des Hugo Chávez. In: »Junge Welt«. Berlin vom 26. September 2002. – Gespräch mit Elsa Castro. Emanzipation von oben. In: »Junge Welt«. Berlin vom 20. November 2002.

77 Helma Chrenko: Unidad Popular ist nicht gescheitert. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 6./7. September 2003. – Zum 11. September 1973. In: Pressedienst der PDS. Berlin (2003)36.

deren erbitterten Widerstand stößt.«<sup>78</sup> Ein friedlicher Weg zum Sozialismus setzt voraus, daß dem innenpolitischen Gegner und seinen äußeren Verbündeten der gewaltsame Weg verschlossen bleibt. In drei Jahren hatte die UP es nicht vermocht, sich der Unterordnung der Armee wirklich zu versichern oder parallele Streitkräfte aufzubauen. Chile hat auch noch etwas anderes bewiesen, den zentralen Platz der Eigentumsfrage. Wer das Privateigentum nicht antasten will, der braucht allerdings auch keinen anderen Staat, kein anderes Militär, der wird auch niemals den Sozialismus erreichen, sollte das aber auch nicht versprechen.

Die gegenwärtige weltweite Offensive des Kapitals verstärkt die Gefahr des Rückfalls in die Barbarei, bevor eine sozialistische Alternative in greifbare Nähe rückt. Wenn wir also auch nicht wissen, ob die sich zuspitzenden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft rechtzeitig Kräfte hervorbringen, die eine neue sozialistische Gesellschaft schaffen, wann und auf welchem Wege dies geschieht, so bleibt das Wachhalten der Vorstellung einer möglichen und notwendigen Alternative Voraussetzung jeglichen konsequenten antikapitalistischen Kampfes und der Ausarbeitung von Reformalternativen. Die Erfahrungen des großen Ausbruchs von 1917 werden bei jedem neuen Versuch positiv wie negativ, als Mut und Hoffnung erweckendes Beispiel wie als nachdrückliche Lehre, es anders zu machen, von Nutzen sein.

Wie geht es weiter? Was sollen, was können wir, was kann jeder einzelne von uns tun? Vielleicht als Abschluß ein Gedicht von Bertolt Brecht aus dem Jahre 1935.<sup>79</sup>

### An den Schwankenden

Du sagst:

Es steht schlecht um unsere Sache.

Die Finsternis nimmt zu. Die Kräfte nehmen ab.

Jetzt, nachdem wir so viele Jahre gearbeitet haben

Sind wir in schwierigerer Lage als am Anfang.

---

78 Johnny Norden: Das Ende eines Traums. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 11. November 2003.

79 Siehe Bertolt Brecht: Svendborger Gedichte (1935). In: Bertolt Brecht: Große Kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Bd. 12, Berlin, Weimar, Frankfurt am Main 1988. S. 47.

Der Feind aber steht stärker da denn jemals.  
Seine Kräfte scheinen gewachsen. Er hat ein unbesiegliches Ansehen  
angenommen.

Wir aber haben Fehler gemacht, es ist nicht mehr zu leugnen.  
Unsere Zahl schwindet hin.  
Unsere Parolen sind in Unordnung. Einen Teil unserer Wörter  
Hat der Feind verdreht bis zur Unkenntlichkeit.

Was ist jetzt falsch von dem, was wir gesagt haben  
Einiges oder alles?  
Auf wen rechnen wir noch? Sind wir Übriggebliebene,  
herausgeschleudert  
Aus dem lebendigen Fluß? Werden wir zurückbleiben  
Keinen mehr verstehend und von keinem verstanden?  
Müssen wir Glück haben?  
So fragst du. Erwarte  
Keine andere Antwort, als die deine!

HORST SCHÜTZLER

## **Sie über sich. Ansichten in Rußland über den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR**

Wenn wir über »Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus« reden, dann sollte auch beachtet werden, was zu diesem Thema im heutigen Rußland, dem Nachfolgestaat des Hauptlandes, dem »Modellgeber« dieses »Staatssozialismus« gedacht, gesagt und geschrieben wird.

Einige Anmerkungen und Hinweise will ich dazu wagen — bezogen vor allem auf den Zusammenbruch der Sowjetordnung und den Zerfall der UdSSR. Vorweg sei zunächst mit dem Blick auf unser Gesamtthema auf zwei Publikationen aufmerksam gemacht.

»Zentral- und Osteuropa in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts« wendet sich eine dreibändige Publikation zu, die in den Jahren 2000–2002 vom Institut für internationale ökonomische und politische Forschungen (bis September 1990 Institut für Ökonomik des sozialistischen Weltsystems) der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation herausgegeben wurde.<sup>1</sup>

Das Autorenkollektiv verfolgt zunächst im ersten Band die »Errichtung des ›realen Sozialismus‹« 1945 bis 1965, zeigt im zweiten den Weg »Von der Stabilisierung zur Krise« 1966 bis 1989 und beschäftigt sich im dritten (zwei Teilbände) mit den »Transformationen der neunziger Jahre«.

In einem umfangreichen Interview stellten die Leiter des Projekts in der Zeitschrift »Neue und neueste Geschichte« ihre Arbeitsprobleme und Arbeitsergebnisse dar.

Gewissermaßen ein Diskussionsbeitrag zu unserer Konferenz kann ihre Meinung hinsichtlich der Natur des in Osteuropa entstandenen Ge-

---

1 Siehe Central'no-Vostočnaja Evropa vo vtoroj polovine XX veka. V 3-ch tomach. Tom I: Stanovlenie »real'nogo socializma«. 1945–1965. – Tom II: Ot stabilizacii k krizisu. 1966–1989. – Tom III: Transformacii 90-ch godov. Čast' 1–2. Moskau 2000–2002.

sellschaftssystem und seiner Benennung sein. Sie stellen fest: Einerseits verweisen Forscher darauf, daß es unrichtig sei, darauf zu bestehen, dieses System als sozialistisch zu charakterisieren, da es nicht in vollem Maße den Vorstellungen der Begründer des Marxismus über den Sozialismus entspräche, dementsprechend der Begriff »realer Sozialismus« der realen Sachlage absolut inadäquat sei und man eher vom »totalitären Sozialismus« sprechen müsse, dem nur einzelne Wesenszüge dieses Gesellschaftssystems eigen waren. Andererseits verweisen ihre Opponenten darauf, daß es keinen anderen »Sozialismus« gab und geben konnte, und deshalb der Versuch, zwischen »realem Sozialismus« und echtem zu unterscheiden, im Wesen apologetischen Charakter habe.

Das Autorenkollektiv neigt der zweiten Auffassung zu. Es erkennt an, daß zwischen dem sozialistischen Projekt der »Klassiker« und den gesellschaftlichen Systemen, die sich in der UdSSR und danach in Zentral- und Osteuropa herausbildeten, große Unterschiede existierten. Doch diese waren nicht so sehr Ergebnis des bösen Willens dieser oder jener Akteure, sondern viel mehr Folge der prinzipiellen Unmöglichkeit (auf der heutigen Etappe der menschlichen Zivilisation) die Richtlinien des »wissenschaftlichen Sozialismus« in ihrem Urbestand zu verwirklichen. Dies schließe nicht aus, anzuerkennen, daß es in diesem System in einzelnen Ländern gelang, wichtige zivilisatorische Aufgaben zu lösen. Unbestreitbar sei auch, daß soziale Errungenschaften in diesen Ländern starken Einfluß auf die Entwicklung in der ganzen Welt hatten. In Berücksichtigung all dessen wurden vom Autorenkollektiv die Begriffe »realer Sozialismus«, »sozialistische Länder«, »sozialistisches Weltsystem« und »sozialistische Gemeinschaft« verwendet.<sup>2</sup>

Der »historische Zusammenbruch« des sozialistischen Weltsystems ist für das Autorenkollektiv »kein Zufall«. Seine tiefsten Gründe wurzeln darin, daß es im Rahmen der hierarchisch organisierten Gesellschaft nicht möglich war, weder politisch noch ökonomisch Mechanismen herauszubilden, die die organische Einordnung der vielgestaltigen Interessen des Einzelnen in die Interessen von Gruppen und der Gesellschaft als Ganzes gewährleisteten. Das großartige Vorhaben, das Leben auf eine solche Weise zu organisieren, daß die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller« wird, verwandelte sich schnell in den Leitsatz vom »Primat der gesellschaftlichen Interessen«, wobei

---

2 Siehe Novaja in novejšaja istorija. Moskau (2003)1. S. 3f.

die Funktion, den Inhalt dieser Interessen zu deuten, einer Gruppe von Auserwählten zukam. Gerade die Entfremdung der Mitglieder der Gesellschaft von den ihnen aufgezwungenen »gesellschaftlichen Interessen« führte auch letztlich zu der tiefsten wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Krise der sozialistischen Gesellschaftsordnung.<sup>3</sup>

In dieser Krise ging auch die DDR unter, wie Iwan Kusmin in einem im Jahre 2003 in Moskau erschienenen beachtenswerten Buch »Niederlage. Der Zusammenbruch der DDR und die Vereinigung Deutschlands« verdeutlicht.<sup>4</sup>

Kusmin, Professor, Doktor der Politischen Wissenschaften und Doktor der Philosophie der Humboldt-Universität, diente seit 1948 über 43 Jahre im Geheimdienst der Sowjetunion, darunter 26 Jahre in Deutschland. Er erlebte die Gründung der DDR und ihren Untergang (als Leiter der Abteilung für Analyse und Information in der Vertretung des KGB beim Ministerium für Staatssicherheit der DDR).

Der Autor zeichnet den Niedergang und unerwarteten Zusammenbruch der DDR, die »Herbstrevolution« 1989, nach, untersucht ihre Gründe und beleuchtet kritisch das Verhalten der sowjetischen Führung unter Gorbatschow unter Heranziehung eigener Unterlagen. Er wertet den Untergang der DDR und die Vereinigung Deutschlands in bezug auf die UdSSR und das heutige Rußland als »Niederlage«. Dazu rechnet er auch das Unvermögen der sowjetischen Führer, ihre ehemaligen Verbündeten in der DDR nach der Vereinigung vor Diskriminierung und Verfolgung zu schützen, was dem Ansehen und der Autorität des rußländischen Volkes gewaltigen Schaden zufügte.

Als bezeichnendes Schlußbild bringt er den Präsidenten Rußlands, Boris Jelzin, in Erinnerung, wie dieser am 1. September 1994 bei der Verabschiedung der letzten russischen Truppeneinheit zum Gaudium vieler Berliner und Fernsehzuschauer in der Welt angetrunken, mit Trommelstöcken gestikulierend, vor dem Roten Rathaus in Berlin einen Tanz aufführte. Eine tiefere Erniedrigung für eine Großmacht sei schwerlich vorstellbar.<sup>5</sup>

Wenden wir uns nun dem Thema fragmentarisch direkt zu.

---

3 Siehe ebenda. S. 8.

4 Siehe Ivan Kuz'min: Pora: enie. Krušenie GDR i ob'edinenie Germanii. Moskau 2003.

5 Siehe ebenda. S. 300f.

Ende des vergangenen Jahres hieß es in einer kurzen Presse­notiz: »68 Prozent der Russen bedauern einer Umfrage zufolge die Auflösung der Sowjetunion vor elf Jahren. Nur 25 Prozent begrüßten den Zerfall. 59 Prozent meinten, dies wäre zu vermeiden gewesen.«<sup>6</sup>

Ähnliche Umfrageergebnisse gab es auch immer in den Jahren zuvor, wobei das politische Wirken von Michail Gorbatschow und Boris Jelzin außerordentlich negativ eingeschätzt wurde.<sup>7</sup> Aufschlußreich ist dabei, daß nicht nur die Russen als »Imperiums­nation« in großer Mehrheit die Auflösung der UdSSR bedauern, sondern auch die Angehörigen kleiner Völker, die sich auf ihrem ethnischen Territorium in der Minderheit befinden oder durch neue staatliche Grenzen aufgesplittert wurden.<sup>8</sup>

In dieser gesellschaftlichen Befindlichkeit der Rückbesinnung auf die Sowjetunion, der Nostalgie (?), angesichts der sozialen Degradierung und Not, die die neue Ordnung über 80 Prozent der Bevölkerung brachte, wurzeln die Ansichten und Meinungen, die Auseinandersetzungen und der Streit, die Selbstverteidigung in Memoiren und die Darlegungen von Publizisten und Wissenschaftlern zum Zerfall der UdSSR, den man in seiner nationalen und weltgeschichtlichen Bedeutung zu erfassen sucht. Auch ausländische Publizisten, die das Land kennen, verfolgen die Diskussionen mit Anteilnahme und großer Sorge.<sup>9</sup>

Natürlich wird nach den Gründen und Ursachen der Auflösung dieses großen Staates, seines »Selbstmordes«, wie manche formulieren, geforscht.

Die Suche nach den Gründen führt in die Vergangenheit, und dieser Blick zurück ist begleitet vom Streit um die Geschichte, besonders der Sowjetperiode, und er wird nicht selten durch politische Anschauungen getrübt.

Die Ursachenforschung verbindet sich mit der Frage, ob und wie der Zusammenbruch der Sowjetordnung und ihres Staates hätte verhindert werden können, ob er objektiv bedingt, eine subjektive Fehlleistung

6 »Neues Deutschland«. Berlin vom 31. Dezember 2002.

7 Siehe · an Toščenko: Istoričeskoe soznanie i istoričeskaja pamjat'. Analiz sovremennogo sostojanija. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (2000)4. S. 9. – »Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung«. Berlin vom 21. November 2003 (Nr. 48). S. 9.

8 Siehe Sergej Arutjunov: SSR: · izn' posle smerti. In: Etnografičeskoe obozrenie. Moskau (1998)5. S. 144.

9 So der Italiener Giulietto Chiesa (siehe D' ul'etto K'eza: »Proščaj, Rossija!« Moskau 1997).

der Verantwortlichen oder gar gewollt herbeigeführt war. Vielen merkt man dabei den »Frust« auf Gorbatschow und Jelzin an.

Weitgehend unstrittig ist, den katastrophalen Zerfall der UdSSR im Zusammenhang mit dem Niedergang und dem Zusammenbruch der Sowjetordnung, des »realen Sozialismus«, mit der schnell zunehmenden, »umfassenden Gesellschafts- und Staatskrise« in den Jahren der »Pestroika« zu sehen. Der Machtverlust der KPdSU und der Verfall der sozialistischen Ideologie (weniger der damit verbundene Wandel der Elite, der »Nomenklatura«) stehen dabei im Vordergrund.

Nicht zu überhören und zu überlesen sind eindimensionale Auffassungen, in denen äußere Faktoren (Druck des Imperialismus; Zerfall des sozialistischen Weltsystems), subjektives Verhalten (»Verrat« Gorbatschows und Jelzins) und einzelne innere Faktoren (Explosion des Ethischen) für das Ende der Sowjetunion verantwortlich gemacht werden.

Doch überwiegenden Konsens findet, daß der Zerfall der UdSSR das Ergebnis des Zusammenwirkens und der Wechselwirkung einer ganzen Summe von objektiven und subjektiven Faktoren, sowohl inneren als auch äußeren, war.

Es kann hier nicht die Aufgabe sein, die einzelnen Deutungsmuster in ihrer gesellschaftlichen und politischen Verflechtung mit zahlreichen Zitatbeispielen intensiv zu belegen; doch seien einige symptomatische Deutungen angeführt.

Am »Runden Tisch« der Zeitung »Prawda Rossii« im Juni 2003 erklärte der bekannte, lange Zeit im Ausland lebende Sowjetdissident Alexander Sinowjew: »Ich bin nicht Mitglied der KPRF, aber ich war immer Kommunist, obwohl ich die Anschauungen des Marxismus nicht teile [...] Ich war und bin für das System, das es in der Sowjetunion gab. Ich halte es für wirklichen Kommunismus. [...] Alles Üble der Gegenwart bringt jenes soziale System hervor, das im Westen existiert und uns aufzuzwingen wurde — ich nenne es sapadnism [Westlertum]. Unser sowjetisches, kommunistisches System war jung, aber es zeigte seine Konkurrenzfähigkeit. Ich habe die Gründe seines Untergangs in meinen Büchern ausführlich beschrieben. [...] Im Westen wurden detaillierte Pläne ausgearbeitet, die nicht nur vorsahen, den russischen Kommunismus zu zerstören, sondern auch das Land, damit keine Spur bleibt, um uns aus der Geschichte zu streichen. [...] Die antikommunistische Umwälzung in unserem Lande wurde als epochale Diversion globalen Maßstabes vollzogen. [...] Dieses System, das bei uns jetzt existiert, wurde ausgedacht und erfunden, um Rußland nicht die Möglichkeit zu geben,

sich zu erheben und aufzusteigen. Und diese Funktion erfüllt es. Wenn Washington seine Leute für die Zerschlagung unseres Landes ernennen würde, sie könnten es nicht besser machen als Gorbatschow und Jelzin und die heutige Führung der Russischen Föderation.«<sup>10</sup>

Diese Sicht entspricht sehr der national-patriotischen Denkströmung in Rußland, der auch und vor allen anderen viele Kommunisten anhängen und die im Programm ihrer Partei deutlichen Ausdruck findet.<sup>11</sup> Deren Vorsitzender, Gennadi Sjuganow, hat kürzlich apodiktisch erklärt: »Gorbatschow hat die Sowjetunion zerstört, das wird man immer in Erinnerung behalten.«<sup>12</sup>

Eine Gegenposition beziehen viele andere.

Georgi Arbatow, der USA- und Kanadaspezialist, der sein »Leben im Zentrum der Sowjetpolitik« verbrachte, äußerte Anfang der neunziger Jahre in seinen Erinnerungen: »Das System mußte verschwinden. Es mußte sterben, obgleich vielleicht nicht durch Selbstmord [...] das totalitäre System trug den Keim seines Untergangs in sich. Es war kein funktionstüchtiges System, zumindest nicht auf lange Dauer. Es war weder ökonomisch noch politisch durchzuhalten, weil es keine wirklichen ökonomischen Anreize bot und fähige Leute entweder zerstörte oder sie von führenden Positionen fernhielt, was zu einer Erosion des intellektuellen Potentials des Landes führte, insbesondere auf höherer Ebene. Es war gesellschaftlich nicht durchzuhalten, weil die Unterdrückung der Nationalitäten und die Verachtung der Menschenrechte innere Spannungen schufen, die eines Tages ausbrechen mußten. Aber es lag [...] innerhalb der machtpolitischen Führung, den Prozeß der Desintegration des Systems entweder weniger schmerzlich und destruktiv zu machen, oder ein chaotisches und zerstörerisches Potential zu verschärfen.«<sup>13</sup>

Wladimir Wolkow, seit 1987 Direktor des Akademie-Instituts für Slawische Forschungen, kam im Jahre 2000 zu der Feststellung: »Als man in der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre [...] de facto Ideen des »Prager Frühlings« erneut aufgriff, wurde es zur bitteren

10 »Pravda Possii«. Moskauer vom 25. Juni – 1. Juli 2003 (Nr. 25).

11 Siehe Galina Luchterhandt (Hrsg.): Politische Parteien in Rußland. Dokumente und Kommentare. Bremen 2000. S. 75ff.

12 Interview mit Gennadij Sjuganow, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF). In: »Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung«. Berlin vom 21. November 2003 (Nr. 48). S. 9.

13 Georgi Arbatow: Das System. Ein Leben im Zentrum der Sowjetpolitik. Frankfurt am Main 1993.

Wahrheit, daß hier wie in den verbündeten Ländern eine Reformierung der sozialistischen Ordnung, wie sie unter Stalins Herrschaft geprägt wurde, schon nicht mehr möglich war, sondern die Überwindung des Gesellschafts- und Herrschaftssystems sowjetischen Typs sich als unvermeidlich erwies.«<sup>14</sup>

Die »Politisierung des Ethnos« und die »Ethnisierung der Politik«, wie sie im Zerfallsprozeß der Union deutlich zutage traten, riefen verstärkt Ethnologen auf den Plan. Sie wandten sich — ich nenne Titel — im »Labyrinth der ethnischen Mobilisierung« der »Ideologie des Zerfalls« zu und unterzogen diesen einer »ethno-politischen Analyse«.<sup>15</sup>

Wiktor Koslow wies dabei darauf hin, daß »entscheidende Bedeutung für den Zerfall der Sowjetunion die Politik der Russischen Föderation hatte, die im Unterschied zu anderen Unionsrepubliken nicht durch das Anwachsen eines lokalen russischen Nationalismus bestimmt wurde, der erst keimte, sondern durch Bestrebungen der regierenden Elite unter Präsident B. Jelzin, sich der Kontrolle der Unionsregierung mit Präsident Gorbatschow an der Spitze zu entziehen«.<sup>16</sup> Nicht unwichtig war dabei auch die Kritik der rußländischen Demokraten westlicher Orientierung an der Sowjetunion als »Imperium des Bösen« und an den Russen als »Imperiumsnation«.<sup>17</sup>

Der Historiker Alexander Schubin ist »historischen Voraussetzungen des Zerfalls des Bundesstaates« nachgegangen und konstatierte: In der UdSSR fiel die national-ethnische Krise mit einer sozialökonomischen und politischen Krise zusammen. Dies führte letztlich zu ihrer Zerstörung. Die ethno-sozialen Prozesse der siebziger/Anfang der achtziger Jahre schufen natürlich Voraussetzungen für den schmerzhaften und mitunter blutigen Zerfall der Gemeinschaft, die sich auf dem Territorium der UdSSR herausgebildet hatte. Das bedeutet aber nicht, daß die tragische Wende der Ereignisse der zweiten Hälfte der achtziger/Anfang der neunziger Jahre fatalistisch vorherbestimmt war. Vieles hing vom Willen

---

14 Harald Neubert (Hrsg.): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940 bis 1968 und die Folgen. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow. Berlin 2003.

15 Siehe Michail Gubglo: V labarintach etničeskoj mobilizacii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2000)3. S. 106ff. – Sergej Češko: Ideologija raspada. Moskau 1993. – Sergej Češko: Raspad Sovetskogo Sojuza. Ėtnopolitičeskij analiz. Moskau 1996.

16 Viktor Kozlov: Ėtnos. Nacija. Nacionalizm. Suščnost' i problematika. Moskau 1999. S. 301.

17 Ebenda.

der politischen und staatlichen Führer, von ihrem Wunsch und ihren Fähigkeiten ab, mit der Aufgabe des Erhalts der Union fertig zu werden und diese Aufgabe über die taktischen Ziele des Kampfes um die Macht und Führerschaft zu stellen. Doch leider war das zweite vorherrschend, was letztlich alle Chancen für einen evolutionären Ausweg aus der Krise zunichte machte.<sup>18</sup>

Als möglicher evolutionärer Ausweg wurde in dieser Krise und danach die »chinesische Alternative«, das heißt, das chinesische Modell der Modernisierung ins Spiel gebracht und erörtert.

Nach Meinung des Historikers Wladimir Sogrin hatte eine solche Diskussion scholastischen Charakter, denn sie berücksichtigte nicht die fehlende Bereitschaft und die Unfähigkeit zur Aneignung dieser Variante in der Mitte der achtziger Jahre als auch später nicht nur durch Gorbatschow, sondern durch die sowjetische Gesellschaft als Ganzes. Diese nahm den östlichen Nachbarn als ein ökonomisch und politisch zurückgebliebenes Land wahr, dessen Experimente mit Marktbeziehungen und gemischter Ökonomik höchsten für Länder der Dritten Welt taugten. Nach dem Ende der Sowjetunion und dem Machtverlust der KPdSU galt die Auffassung, daß das autoritäre chinesische Modell nicht anwendbar sei in einem Land mit machtloser Staatsmacht und praktisch unlenkbarer Wirtschaft.<sup>19</sup>

Sogrin erfaßt den Zerfall der UdSSR als Ergebnis des Zusammenwirkens einer ganzen Summe subjektiver und objektiver Faktoren. Es wäre unsinnig zu leugnen, daß das politische Verhalten und der Wille dieser oder jener Führer dazu keine Beziehung hatten. Die politische Wahl von Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch Anfang Dezember 1991 mit der Vereinbarung von Beloweshk zur Auflösung der Union beschleunigte den Prozeß der Liquidierung der UdSSR ungemein. Die gegenseitige verhohlene Feindschaft zwischen Jelzin und Gorbatschow war ein wichtiger Faktor, der die Waagschale zugunsten dieser Wahl neigte.

Überhaupt dürfe man den sogenannten »Faktor Gorbatschow« nicht übersehen, der Anteil am traurigen Ausgang der Geschichte der Sowjetunion hatte. Doch bei aller Anerkennung der Bedeutung der subjektiven Faktoren, der Fehlrechnungen und Ambitionen dieser oder jener Führer

---

18 Siehe Aleksandr Šubin: Istoričeskie predposylki paspada sojznogo gosudarstva. In: POLIS. Moskau (1997)1. S. 60.

19 Siehe Wladimir Sogrin: 1985–1995: Realii i utopii novoj Rossii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1995)2. S. 15.

im Prozeß des Zerfalls der UdSSR darf man nicht die objektiven Gründe von der Rechnung streichen.

Einer von diesen ist in seinem Charakter universell: die Welterfahrung bezeuge, daß alle multinationalen staatlichen Gebilde, ähnlich der UdSSR, früher oder später zugrunde gehen: ob sie Imperium genannt werden oder nicht, das Schicksal des Zerfalls hänge über allen. Die Welterfahrung bezeuge auch, daß Imperien sich nur unter den Bedingungen despotischer, totalitärer Regime und eines Staates mit zentraler Gewalt behaupten können, daß Imperien und politische Freiheit unvereinbar sind.<sup>20</sup>

Intensiv beschäftigt sich derzeit der bekannte Historiker und Publizist Roy Medwedjew mit der Geschichte des Untergangs der UdSSR — auch aus der eigenen Erfahrung heraus als Volksdeputierter der UdSSR und Mitglied des ZK der KPdSU. Demnächst erscheint sein Buch (oder es ist schon erschienen) »Die Sowjetunion. Das letzte Lebensjahr«. Auszüge oder Ableitungen wurden schon jüngst in den gängigen historischen Zeitschriften gebracht.<sup>21</sup>

In der Zeitschrift »Vaterländische Geschichte« geht er direkt der Frage nach: »Warum zerfiel die Sowjetunion?«<sup>22</sup> Es reizt, die Antwort ausführlich wiederzugeben, doch wir müssen uns bescheiden.

Medwedjew postuliert, daß man den Charakter und die Gründe des Zerfalls der Sowjetunion nicht losgelöst von den Gründen des Zusammenbruchs der KPdSU sehen dürfe. Sie war nicht einfach die regierende Partei, sondern die Begründerin des Sowjetstaates. Der Staat wurde nicht durch die Gemeinsamkeit des nationalen Schicksals und der Traditionen zusammengehalten, sondern durch die Gemeinsamkeit der Ideologie. Medwedjew sieht als Hauptgrund des Zusammenbruchs der KPdSU und der UdSSR den Verfall der Ideologie. Er zieht aber zugleich weitere Faktoren heran wie Nationalismus und Separatismus, neu und unerwartet bei den Russen, den »Kalten Krieg« und den Druck des Westens, den

20 Siehe ebenda. S. 9f.

21 Siehe Roj Medvedev: · ertyv GKČP. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (2003)1. S. 221ff. – Roj Medvedev: Poslednie dni sovetского parlamenta. Iz ličnych pečatenij. In: Ebenda. Moskau (2003)2. S. 165ff. – Roj Medvedev: Za kulisami avgusta. Zagadki Forosa. In: Voprosy istorii. Moskau (2003)7. S. 74ff. – Roj Medvedev: Počemu raspalsja Sovetskij Sojuz? In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2003)4. S. 112ff. – Ebenda. Moskau (2003)5. S. 119ff.

22 Siehe Roj Medvedev: Počemu raspalsja Sovetskij Sojuz? In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2003)4.

Zerfall des sozialistischen Lagers und natürlich die rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse.

Große Beachtung schenkt er dem »Faktor Gorbatschow«, sieht in ihm aber nicht das Hauptsächliche beim Zerfall der UdSSR. Das Wirken Gorbatschows durchlief nach seiner Auffassung verschiedene Etappen, unterschiedlich sowohl nach den Motiven als auch den Resultaten. Dabei war die Zerstörung der UdSSR oder der KPdSU niemals das offene oder verdeckte Ziel Gorbatschows ... Er handelte unvorsichtig, überschätzte seine Kräfte und unterschätzte die des Widerstandes. Er dacht wenig über die entstehenden und entstandenen Schwierigkeiten und ihre Überwindung nach, stützte sich nicht auf die Unterstützung des Volkes und auf eine erfahrene, sachkundige »eigene Mannschaft« von Format. Er redete vielmehr lieber selbst und lange, als daß er kritischen Rat anhörte. Er ignorierte bei seinem Handeln die große Zahl der Probleme, Faktoren und Umstände, was die Katastrophe unausweichlich machte. Gorbatschow hatte einfach nicht die Erfahrung und das Können, eine solch komplizierte Maschine, wie sie der Sowjetstaat war, zu leiten. In den letzten zwei Jahren vor dem Zusammenbruch der UdSSR wurde zum Grundmotiv seiner Tätigkeit schon nicht mehr die Reform, sondern der Machterhalt. Dies gipfelte in der Auseinandersetzung mit Boris Jelzin. Dem mit populistischem Geschick agierenden Jelzin weist Medwedjew zusammen mit der radikalen »demokratischen Opposition« beträchtliche Schuld bei der Zerstörung der KPdSU und der UdSSR zu. Jelzin habe nie geaugnet, daß er der Initiator der Beloweshsker Vereinbarung war, doch habe er sich weder für die Krankheit noch für den Tod der Sowjetunion verantwortlich gehalten. Er habe immer erklärt, daß die Führer, die in Belorußland zusammen kamen, nur den Untergang der UdSSR konstatierten. Nach Meinung Jelzins habe in dieser Zeit die Sowjetunion als einheitlicher Staat schon nicht mehr existiert. Die Verantwortung für den Untergang der UdSSR hätten nach Meinung Jelzins die »Konservativen in der KPdSU« und auch Gorbatschow zu tragen.<sup>23</sup> Jelzin habe die Zerstörung der UdSSR und der KPdSU nicht bedauert; für ihn hätten diese Strukturen keinerlei Wert gehabt, daß man sie hätte verteidigen und erhalten müssen. Jelzin hätte keinerlei politischen Erfolg gehabt, wenn sich Anfang 1990 nicht eine »demokratische Opposition« gebildet hätte.

---

23 Siehe Boris Jelzin: Auf des Messers Schneide. Tagebuch des Präsidenten. Berlin 1994. S. 113ff.

Diese Opposition hätte wenig ausrichten können, wenn sie nicht solch einen starken und populären Führer wie Jelzin an der Spitze gehabt hätte. Die Demokraten wären im Herbst 1991 nicht an die Macht gelangt, wenn sie an der Spitze ihrer schwachen und uneinheitlichen politischen Armee nicht die mächtige Figur Boris Jelzin gehabt hätten. Gestützt mehr auf radikale Stimmungen als auf reale politische Kräfte, habe die demokratische Bewegung die KPdSU und die UdSSR zerstört.<sup>24</sup>

Mit dem Blick auf Gorbatschow im letzten Stadium der Agonie der Sowjetunion stellt Medwedjew fest: Sein Hauptverdienst in dieser Periode ist es, daß er sich der massierten Gewaltanwendung enthielt. Die Fehler Gorbatschows sind zahlreich, und seine Rolle beim Zerfall der Sowjetunion ist sehr groß; obwohl wiederum nicht so groß, wie seine Widersacher sie aufbauschen.<sup>25</sup>

Gorbatschow selbst hat seine Rolle vielfach beschrieben und oft schöngeredet.

In einem Interview Ende des Jahres 2001 anlässlich des zehnten Jahrestages des »Komplots von Beloweshsk« am 8. Dezember 1991 bot er gewissermaßen eine Kurzfassung seiner Rolle und Ziele, als er ausführte: Die alte Union hatte sich überlebt. Grundlegende Veränderungen waren nötig, aber nicht auf dem Wege der Desintegration, des Zerfalls, sondern der Reformen, der Dezentralisation. Dem lag auch die »Strategie der Reformierung der Union als Rechts- und demokratischer Staat mit einer sozialorientierten Marktwirtschaft zugrunde. Diese Strategie war auf eine lange Zeit ausgerichtet, auf eine oder zwei Generationen. Daher die »Unentschlossenheit«, aber in Wirklichkeit die Vorsicht Gorbatschows. [...] Das Ziel der Perestroika war klar — herauszukommen aus einer totalitären Gesellschaft und zu Demokratie, zu Freiheit und zur Achtung der Rechte der Persönlichkeit zu finden. [...] Letztlich wollten wir Freiheit, Demokratie und eine sozialorientierte Wirtschaft — alles das, was man als sozial-demokratisches Projekt bezeichnet.«<sup>26</sup>

Last not least. Eine instruktive Zusammenfassung der Ansichten in Rußland über den Zerfall der UdSSR mit reichhaltigen Literaturhinweisen haben jüngst das Akademiemitglied und Direktor des Instituts für Geschichte und Archäologie der Ural-Abteilung der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation, Weniamin Aleksejew, und seine

24 Siehe Otečestvennaja istorija, Moskau (2003)5. S. 124ff.

25 Siehe ebenda. Moskau (2003)4. S. 117f.

26 »Rossijskaja gazeta«. Moskau vom 14. Dezember 2001. S. 9.

Mitarbeiterin und Tochter, Jelena Aleksejewa, mit der Darstellung ihrer Sicht vorgelegt: »Der Zerfall der UdSSR im Kontext der Theorien der Modernisierung und der Evolution des Imperiums«. <sup>27</sup> Aleksejew hatte bereits im Mai 2000 auf der Allgemeinen Versammlung der Abteilung Geschichte der Akademie auf die Bedeutung des Themas »Geschichte des Zerfalls der UdSSR« hingewiesen — auch angesichts seiner Erörterung auf einer Konferenz in China und der dort geplanten, dreibändigen Herausgabe der Konferenzmaterialien. Man dürfe hier nicht »Outsider« sein. <sup>28</sup>

Die Verfasser machen zunächst im weiten Spektrum der Meinungen zwei Grundtendenzen aus: Zum einen legen viele Autoren die Chronologie der Schlußetappe der sowjetischen Geschichte dar. Sie zeigen die konkreten Gründe und Umstände des Zerfalls der UdSSR im Dezember 1991, lassen aber die zivilisatorischen Entwicklungen und weltgeschichtlichen Zusammenhänge außer Betracht. Zum anderen versuchen andere Forscher, das empirische Herangehen zu überwinden, den Rahmen der Ereignisbewertung zu verlassen und die tieferen Gründe der nationalen Katastrophe und deren Bedeutung für das Schicksal des Landes und der Welt zu verstehen. In dieser Herangehensweise umreißen Weniamin Aleksejew/Jelena Aleksejewa einige polare Positionen, die sie in der Historiographie feststellen: So weisen viele Forscher in der Erklärung des Zusammenbruchs der UdSSR den »inneren Gründen«, der Unvollkommenheit der sozialen Organisation des kommunistisch orientierten Staates, einen wichtigen Platz zu. Viele schreiben vom »Selbstzerfall« der UdSSR, daß sich das sowjetische System überlebt hatte. In diesem »Lager« dominiert die Ansicht, das Ende des Imperiums sei in vielem ein »Verdienst der Nationen« ( vor allem der nationalen Eliten) und die Sowjetunion zerfiel als koloniales Imperium unter dem Einfluß zentrifugaler Kräfte, im Ergebnis einer inneren Krise der »imperialen Politik« und der wachsenden nationalen Befreiungsbewegung.

Andere Autoren legen das Schwergewicht auf »äußere Gründe« des Zerfalls des Landes. So erklären patriotisch gesinnte Publizisten die Ereignisse mit dem Verrat der regierenden Elite, die unter dem Einfluß der an einem Zerfall der UdSSR interessierten äußeren Kräfte handelten. Auf

---

27 Veniamin Aleksejev/Elena Alekseeva: Raspad SSSR v kontekste teorij modernizacii i imperskoj evoljucii. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (2003)5. S. 3ff.

28 Siehe ebenda. S. 61.

ein solches Interesse verweisen selbst westliche Autoren.

Zur Wasserscheide wurde die Frage nach der »Unvermeidlichkeit« des Untergangs der Sowjetunion. Die Forscher suchen Antwort auf die Frage: War dieses Ereignis das Ergebnis einer »historischen Notwendigkeit« oder Resultat des einfachen Zusammentreffens von Umständen, die sich aus dem »bösen Willen« der Teilnehmer des politischen Prozesses ergaben?

Einige sind überzeugt, daß die Krise der Sowjetgesellschaft Ende der achtziger Jahre »unüberwindlich« war und folglich »unvermeidlich« zum Zerfall der UdSSR führte.

Andere sind der Auffassung, daß die globalen Prozesse »nicht mit fataler Unvermeidbarkeit« zum Untergang der UdSSR führen mußten. Sie verweisen darauf, daß es die Sowjetunion vermochte, nach den Erschütterungen und gewaltigen menschlichen und materiellen Verlusten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im »Kalten Krieg« mehr als 40 Jahre den stärksten, hochentwickelten Ländern der kapitalistischen Welt nicht nur zu widerstehen, sondern auch Erfolge in der sozialen, kulturellen und wissenschaftlichen Entwicklung zu erreichen, die von der Bevölkerung wahrgenommen und in der Welt anerkannt wurden. Es wird der Gedanke artikuliert, daß der Untergang kein objektiv bedingter »Zerfall«, sondern ein »Verfall« war, den die Machtelite ausgelöst hatte. Eine besondere Rolle spielte dabei der Kampf um die Macht in den höchsten Etagen der politischen Führung des Landes, der im feindlichen Verhältnis zwischen Gorbatschow und Jelzin kulminierte.

Die Werteskala der Meinungen variiert von einer Verurteilung der Zerstörung der UdSSR und der Verklärung der »großen Vergangenheit« bis zur Befriedigung über die Resultate des Vollbrachten.

Weniamin Aleksejew/Jelena Aleksejewa, die den Untergang der UdSSR aus dem Blickwinkel und dem Begriffsfeld »Modernisierung« und »Imperium« theoretisch beleuchten wollen, was hohe Ansprüche an den Leser stellt, fassen aus ihrer Sicht drei Hauptgründe des Zerfalls der Sowjetunion zusammen: die historische Veranlagung; die innere Erosion und die äußere »friedliche« Aggression.

Der »historischen Veranlagung« ordnen sie bestimmte geschichtliche Prozesse und Sachverhalte zu, die Grundlagen und Möglichkeiten für den Zerfall der UdSSR boten. So habe es immer den Widerspruch zwischen Imperium und Modernisierung gegeben. Obwohl die Entwicklung des Imperiums sich in enger Wechselwirkung mit der Modernisierung vollzog, es diese initiierte und voranstieß, vernichtete die Modernisierung

das traditionelle Imperium. Aber die unvollendete russische Modernisierung und die Unfähigkeit der Sowjetunion, zur postindustriellen Entwicklung zu finden, führten zum Zerfall des großen Staates, zum Verlust der historischen Möglichkeit seiner Transformation zu einer starken modernen Macht. Die Möglichkeit des Zerfalls des sowjetischen Imperiums war von Anfang jenen Grundlagen immanent, auf denen die UdSSR errichtet wurde — nationale Entwicklung und Selbstbestimmung versus zentralistische Partei- und Staatsgewalt.

Der »inneren Erosion« ordnen sie die negativen, destabilisierenden Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft zu: Die Sowjetunion blieb im Übergang von einem Land mittlerer Entwicklung zur reifen Industriegesellschaft hängen. Sie hatte nicht die Kraft zu zwei gleichzeitigen Wettbewerben, zum Rüstungswettlauf und zur Befriedigung der Massenbedürfnisse. Das westliche System, das über jahrhundertlange Erfahrungen der Modernisierung verfügte, trieb die ungefestigte sowjetische Wirtschaft in die Sackgasse. Eine der wichtigsten Gesetzmäßigkeiten des Modernisierungsprozesses, die Erweiterung der Freiheit der Persönlichkeit, blieb unter den Bedingungen des sowjetischen Systems deformiert. Eine innere Zersetzung der Sowjetgesellschaft erfolgte. Die Perestroika in der zweiten Hälfte der achtziger und die liberalen Reformen der neunziger Jahre erbrachten keine positiven Resultate. Sie bewirkten keine Beschleunigung der Modernisierung, sondern den Verfall des Landes. Nach dem offiziell verkündeten Bruch mit der sozialistischen Ideologie entstand in der russischen Gesellschaft ein Vakuum im geistigen Leben.

Die »äußere ›friedliche‹ Aggression« beziehen die Autoren auf die Auseinandersetzung der Sowjetunion und der USA im »Kalten Krieg«. Der sowjetische Kommunismus war kein Organismus, verurteilt zur Selbstvernichtung in jeglicher internationalen Sphäre. Der Sieg der USA im »Kalten Krieg« war Ergebnis ihrer zielgerichteten, planmäßigen und vielseitigen Strategie, die auf den Zusammenbruch der Sowjetunion ausgerichtet war. Die amerikanische Politik wollte und konnte den Gang der sowjetischen Geschichte verändern.

Die erörterten tieferen Gründe des Zerfalls der UdSSR haben für die beiden Autoren eine langfristige Tendenz, die aber nicht zum automatischen Zusammenbruch im Jahre 1991 führte. Eine verhängnisvolle, katalysierende Rolle spielte die Gorbatschowsche Perestroika, die kein deutliches Programm hatte und zum Chaos führte. Die undurchdachte Politik der Beschleunigung des Fortschritts endete im ungestümen Rückschritt in Wirtschaft und Gesellschaft. Mit einem solchen Gepäck ist in

einer postindustriellen Gesellschaft nichts zu machen. So bleibt für die Autoren »die Frage nach dem Schicksal Rußlands nach dem Zusammenbruch der UdSSR offen.«<sup>29</sup>

In Rußland gibt es eine Sentenz, die zum geflügelten Wort wurde: »Wer den Zerfall der Sowjetunion nicht bedauert, der hat kein Herz. Wer die Wiederherstellung der UdSSR wünscht, dem fehlt die Vernunft.«<sup>30</sup>

---

29 Ebenda. S. 17.

30 »Rossijskaja gazeta«. Moskau vom 7. Dezember 2001. S. 27.



ERNSTGERT KALBE

## **Volksdemokratie zwischen gesellschaftlicher Alternative und Sowjetmodell**

Eine nötige Vorbemerkung: In der wissenschaftlichen Literatur der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts begegnen zwei Grundaussagen zum Wesen der volksdemokratischen Umwälzungen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa im Gefolge des zweiten Weltkrieges, beide eingebettet in gegebene politisch-ideologische Paradigmen der vergangenen Systemkonfrontation.

Die marxistische Diktion eines legitimen, antiimperialistisch-demokratischen und sozialistischen Gesellschaftsversuchs ging von grundsätzlich autochthonen Revolutionen des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus aus, die sich als Folge radikal veränderter innerer und äußerer Kräfteverhältnisse im Ergebnis des antifaschistischen Befreiungskrieges der Völker und der gestiegenen Macht und Autorität sowie der Präsenz der Sowjetunion in den befreiten Ländern Osteuropas vollzogen. Die westlichen Diktionen folgen, ausgehend von einem europäischen bürgerlichen Wertekanon bzw. der antikommunistischen Totalitarismuskonzeption, letztlich einem Bild vom geplanten sowjetischen Revolutionsexport in die Region mit dem a priori gesetzten Ziel des Oktroyierens des sowjetischen Sozialismusmodells auf die osteuropäischen Länder.

Da ich in den Thesen für den »Reader« zur Konferenz Literaturangaben vorgelegt habe, seien hier für beide methodologische Ansätze lediglich exemplarische Beispiele genannt:

– das Verständnis der volksdemokratischen Revolution als primär autochthoner Umwälzung unter günstigen internationalen Umständen;<sup>1</sup>

---

1 Siehe u. a. D. V. Kuznecov/A. Ja. Manusevič/Ju. A. Poljakov (Red.): Velikij Oktjabr' i revoljucii 40-ich godov v stranach Central'noj i Jugo-vostočnoj Evropy. Moskau 1977 und 1982. – Gerhard Fuchs/Ernstgert Kalbe/Eva Seeber: Die volksdemokratische Revolution in den Ländern Ost- und Südosteuropas. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin 1965 (Sonderheft). – Ernstgert Kalbe: Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa. Berlin 1974.

– die Sicht auf die volksdemokratische Umwälzung als sowjetischer Revolutionsexport und gesellschaftlicher Sowjetisierungsprozeß.<sup>2</sup>

Man muß einräumen, daß beiden Lesarten Prämissen des Blockdenkens und der Systemkonfrontation eigen waren, die zu undifferenzierten Wertungen und teils zu (Vor-)Urteilen führten, die zudem wegen restriktiver Handhabung des Archivzugangs und mangelnder Quellen Grundlagen begünstigt wurden.

Dieser Umstand ist seit der Implosion des osteuropäischen Staatssozialismus und eines freieren Quellenzugangs, namentlich durch Öffnung sowjetischer Archive und nachfolgend solider Quelleneditionen weitgehend behoben.

Dazu soll auf die längst nicht ausgeschöpften Dokumenteneditionen des Instituts »Slavjanovedenija« der Russischen Akademie der Wissenschaften verwiesen werden,<sup>3</sup> die heute differenziertere Einschätzungen ermöglichen.<sup>4</sup>

Freilich bleibt bestehen, daß es ideologiefreie Geschichtsanalyse insofern nicht geben kann, als sowohl Themenwahl wie Ergebnisinterpretation stets von Interessen — den Zeitproblemen und dem Zeitgeist, dem politischen und sozialen Standort des Betrachters, der wissenschaftstheoretischen Konzeption des Historikers — geleitet sind. Julius Braunthal, der sozialdemokratische Autor der »Geschichte der Internationale«, verneint objektive Geschichtsdarstellung generell, »weil sie der Historiker nur durch das Prisma der Ideen der eigenen Zeit und der Ideen betrachten kann, die ihn selbst bewegen«.<sup>5</sup>

Zugleich verlangt das Scheitern auch der volksdemokratischen Variante eines alternativen Gesellschaftssystems die selbstkritische Bewertung eigener Positionen zur volksdemokratischen Revolution, die als neue

2 Siehe u. a. Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. Bd. I–VI. Freiburg, Basel, Wien 1960er/70er Jahre. – Ernst Birke/Rudolf Neumann (Hrsg.): Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Frankfurt am Main, Berlin 1959. – Jens Hacker: Der Ostblock. Baden-Baden 1983.

3 Siehe Ernstgert Kalbe: Sowjetische Osteuropapolitik 1944–(1948)–1953 in Dokumenten russischer Archive. In: Kultursoziologie. Aspekte — Analysen — Argumente. Berlin 13(2004)1.

4 Siehe Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953. Bd. 1: 1944–1948. Moskau 1999. – Bd. 2: 1949–1953. Moskau 2002. – Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953. Bd. 1: 1944–1948. Moskau, Nowosibirsk 1997. – Bd. 2: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1998.

5 Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Bd. 2. Hannover 1963. S. 13.

Form des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, als einheitlicher revolutionärer Prozeß zweier verschiedener demokratischer und sozialistischer Etappen der Umwälzung verstanden wurde, die sich nach allgemeinen Gesetzmäßigkeiten in differenzierten Formen und gemäß nationalen Besonderheiten vollzog. Dabei wurden unzureichend kritisch damalige deterministische Prämissen hinterfragt, die den Blick für stärker differenzierende Einschätzungen trübten: die Überschätzung des direkten Wirkens allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze und die Unterschätzung alternativer Offenheit von historischen Prozessen, entsprechend der Korrelation der agierenden Subjekte; die Vernachlässigung qualitativer Unterschiede zwischen einer demokratischen, auf verschiedene nationale Wege zum Sozialismus orientierten längeren Anfangsetappe und einer späteren, auf den Übergang zum Sozialismus gerichteten zweiten, de facto rasch folgenden Etappe, die die antifaschistisch-demokratische Kontinuität volksdemokratischer Entwicklung durch die Übertragung des Sowjetmodells deformierte; die Beseitigung realer Volksherrschaft durch Errichtung kommunistischer Alleinherrschaft in hierarchischen Machtstrukturen und das Austrocknen von innovativer Kreativität der Massen durch Einführung eines staatlichen ökonomischen Kommandosystems; die unscharfe Gewichtung innerer und äußerer Faktoren als konstitutive Komponenten des politischen Kräfteverhältnisses in der volksdemokratischen Umwälzung, wodurch das sich verändernde internationale Koordinatensystem ihrer Entwicklung und die sich wandelnde Konfiguration der agierenden sozialpolitischen Kräfte verwischt und Konfliktpotentiale unterschätzt wurden.<sup>6</sup>

## I. KEINE GESCHICHTSVERGESSENHEIT ZULASSEN

Ausdrücklich sei das historische Herangehen an die Oktoberrevolution im Referat von Helmut Bock unterstützt, geschichtliche Ereignisse aus ihren zeitgebundenen Problemen und konkreten Bedingungen heraus zu erklären, nicht an späteren Maßstäben zu messen und ausschließlich von ihren Ergebnissen her zu interpretieren. Das sollte gleichermaßen für die

---

6 Siehe Ernstgert Kalbe: Die volksdemokratische Revolution in Europa — eine neue Form des Übergangs zum Sozialismus. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin (1982)10/11. S. 899–908.

Oktoberrevolution wie die volksdemokratischen Revolutionen gelten, die aus den Kriegsgreueln des ersten und zweiten Weltkrieges hervorgingen.

Eine heute verbreitete *Geschichtsvergessenheit*, die den *real existierenden Sozialismus* — besser Staatssozialismus — allein von seinem Ende, von seiner *Implosion als Gesellschaftssystem* her betrachtet, ist nicht nur ahistorisch, sondern auch unfruchtbar sowohl für die Analyse seiner *sozialen Ursachen* und *politischen Wurzeln* als auch für die Suche nach *gesellschaftlichen Alternativen* zum heutigen imperialistischen Globalkapitalismus.

Denn es gab objektive wie subjektive Gründe nicht nur für den erheblich selbstverschuldeten Zusammenbruch, sondern auch für die Entstehung und Ausbreitung des osteuropäischen Staatssozialismus, die in den unlösbaren Widersprüchen und Verbrechen des imperialistischen Systems begründet liegen. Diesem Sachverhalt kommt man mit einem nachträglichen Verdikt allein des »realen Sozialismus« längst nicht bei.

Das heutige weltumspannende kapitalistische System, dessen Perspektiven seit dem Untergang des Sowjetblocks eher in Richtung einer *globalen Krise* weisen, denn in die einer *demokratische Weltordnung* nach den Maßstäben einer die sozialpolitische und kulturelle Hegemonie beanspruchenden »*westlichen Wertegemeinschaft*«, hat ihre Demokratie- und Zukunftsunfähigkeit durch die Rekultivierung von Kriegs- und Repressionspolitik, durch Sozialabbau und Verdammung ganzer Weltregionen zu einem Armuts- und Ausbeutungsdasein an der Peripherie der »*zivilisierten Welt*« längst bewiesen.

Das Urteil von Eric Hobsbawm, wonach »der Zusammenbruch des einen Teils der Welt« zugleich »die Malaise des anderen« offenbart habe,<sup>7</sup> macht die strukturelle, ökonomische wie politische Existenzkrise der globalisierten »Neuordnung« der westlichen Welt, die ungefragt anderen Zivilisationsregionen »übergeholfen« wird, für alle, die sehen wollen, evident.

Deshalb macht die Analyse der Ursachen sowohl für den Aufstieg als auch für den Untergang des staatssozialistischen Systems durchaus Sinn für das Ringen um »demokratischen Sozialismus« — nicht nur als vage Vision von Werten, sondern als gesellschaftliche Alternative.

Jedenfalls ist weder zu leugnen noch zu negieren, daß der »reale Sozialismus« mit seinem Anspruch auf Verkörperung einer sozialisti-

---

7 Siehe Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1998 (4. Aufl. 2000). S. 24.

schen Gesellschaft — und dergestalt durchaus als Gegenpol zum Kapitalismus wahrgenommen — einen prägenden Einfluß auf das »Zeitalter der Extreme« und seine komplexen wie tragischen Auseinandersetzungen genommen hat, unabhängig vom heutigen politischen und theoretischen Streit um sein Wesen.

Immer wieder verwundert mich deshalb bei der nachträglichen Beurteilung der beiden historischen Sozialismusversuche von 1917 und nach 1945 die häufig anzutreffende *Abstraktion* von den damals zeitgenössischen *konkreten Umständen* und *politischen Konstellationen* und — nach dem Scheitern dieser Versuche — das *Anlegen aktueller demokratischer Normen*, die selbst in der heutigen gesellschaftlichen Realität nicht eingehalten, vielmehr hinsichtlich des demokratischen Völkerrechts sogar wiederholt gebrochen werden.

Das sozialistische Gesellschaftsexperiment trat sowohl nach 1917/1918 im rückständigen Rußland in Gestalt der Sowjetordnung als auch nach 1944/1945 in mehrheitlich zurückgebliebenen Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas in Gestalt einer volksdemokratischen Ordnung im Gefolge imperialistischer Eroberungskriege auf die historische Bühne; das waren Kriege, die die Existenzgrundlagen der menschlichen Gesellschaft selbst in Frage stellten. Nicht der Putsch terroristischer Blanquisten gebar die russische Revolution von 1917 — das gilt für den Februar wie für den Oktober — noch kommunistische Putschisten verursachten die volksdemokratischen Revolutionen in der osteuropäischen Region, sondern die Kriegs- und Expansionspolitik imperialistischer Regimes bzw. faschistischer Aggressoren verklavte die Völker, trieb sie ins Elend und entlud sich in spontanen Aufständen und organisierten Widerstandsbewegungen, revolutionären Krisen und staatlichen Zusammenbrüchen. Diese Kämpfe, teils als Bürgerkriege, waren inhuman und grausam und schlossen die gewaltsame Konfrontation der historischen Akteure ein, darunter — tragisch — häufig auch in den jeweils eigenen Reihen.

Die Oktoberrevolution, die Lenin und die Bolschewiki als Auftakt zur sozialistischen Weltrevolution verstanden und als solche unter großen Opfern vorantrieben, konnte wohl einen Jahrhundertkampf zwischen den Mächten der alten Ordnung und unterschiedlichen Kräften einer sozialen Revolution einleiten, vermochte letztendlich ihr Ziel eines gesellschaftlichen Systemwechsels aus objektiven und subjektiven Gründen — darunter unbewältigten Demokratie- und Effektivitätsdefiziten — jedoch nicht zu erreichen.

Karl Marx hatte noch in seinen späten Lebensjahren eine russische Revolution als Initialzündung für eine proletarische Revolution in den westlichen Industrieländern erhofft, wohl wissend, daß eine selbsttragende sozialistische Umwälzung im agrarisch-rückständigen und halbasiatischen Rußland nicht möglich wäre. Davon gingen auch Lenin und seine Parteigänger aus, als sie die zur Erfüllung der Massenforderungen nach »Frieden, Brot und Land« völlig unfähige »Provisorische Regierung« von der Macht stürzten und die »Macht der Sowjets« proklamierten.

Die andauernde Polemik gegen den Oktoberaufstand als eines demokratiefeindlichen Staatsstreiches gegen die Provisorische Regierung und die erst nach dem Oktober gewählte »Konstituierende Versammlung« geht insofern ins Leere, als die sie mehrheitlich tragenden sozialen Kräfte und politischen Parteien in dem sozialpolitischen Vakuum einer Doppelherrschaft nach der Februarrevolution weder konkrete Lösungen für die unabweisbar auf der Tagesordnung stehenden Probleme vorantrieben, noch nach dem Oktoberumsturz realistisch mit der Tatsache umgingen, daß nunmehr eine Sowjetmacht existierte, die die Wahl der Konstituante erst ermöglicht hatte.

Dagegen erfüllten die Bolschewiki jene unmittelbaren Forderungen, die die kriegsmüden und hungernden Massen nach Frieden und Boden stellten, auch wenn die langfristige Perspektive einer sozialistischen Umwälzung offen war und an die Hoffnung gebunden blieb, die Russische Revolution in eine europäische Revolution zu verwandeln.

Natürlich war die absolutistische Tradition der zaristischen Selbstherrschaft denkbar wenig geeignet für die Adaption einer politischen Kultur demokratischer Machtausübung durch die Bolschewiki, erst recht unter Bedingungen der Revolution und des Bürgerkrieges, der äußeren Intervention und des imperialistischen Drucks.

Rosa Luxemburg, die im Sommer 1918 den Oktoberaufstand uneingeschränkt als »tatsächliche Rettung der russischen Revolution« und »Ehrenrettung des internationalen Sozialismus« begrüßte und die »auf die Weltrevolution des Proletariats« gestellte bolschewistische Politik verteidigte, kritisierte zugleich die Beschränkung der Demokratie, weil es um Ersetzung der bürgerlichen durch sozialistische Demokratie gehen müsse, nicht um deren Aufhebung.<sup>8</sup>

---

8 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 334, 341 und 363.

Freilich wurden und werden Revolutionen stets von bewußten Minderheiten »gemacht«, wenn sie drängende Lebensbedürfnisse der Massen ausdrücken und deren Unterstützung finden — nicht von vorab demokratisch oder parlamentarisch legitimierten Mehrheiten.

Eric Hobsbawm macht auf das perspektivische Dilemma der Russischen Revolution aufmerksam: »Wenn Rußland nicht für die proletarische Revolution der Marxisten bereit war, dann war es auch nicht für die liberale ›bürgerliche Revolution‹ bereit. Selbst diejenigen, die wirklich nur diese Art von Revolution erreichen wollten, mußten erst noch einen Weg finden, bei dem man sich nicht allein auf die kleine und kraftlose liberale russische Mittelklasse stützen mußte«, die »ohne jegliches moralisches Ansehen und öffentliche Unterstützung und ohne die institutionalisierten Traditionen einer ›repräsentativen Regierung‹ war, in die sie hätte eingefügt werden können.«<sup>9</sup>

Was also sollte eine revolutionäre Partei tun, als die Macht zu ergreifen, wenn die Massen es forderten und die Situation es möglich machte. In Erwartung der Weltrevolution begegnete Sowjetrußland allen Krisen und Katastrophen der Konterrevolution, des Bürgerkrieges und der Intervention und traf pragmatische Entscheidungen für das Überleben: für den Kriegskommunismus oder die NÖP, die beide nach dem Abebben der revolutionären Nachkriegswohle letztlich zur ungewollten Konsequenz des schnellen *Aufbaus des Sozialismus in einem Lande* mit zentralistisch-diktatorischen Mitteln drängte.

Traditionelle russische Demokratiedefizite — zu vermeintlich proletarischer Diktatur umstilisiert — erwiesen sich in der Folgezeit als belastende Hypothek für die künftige Sozialismusentwicklung.

Die *Weltrevolution*, mit der Lenin eine sozialistische Revolution in Rußland gerechtfertigt hatte, fand nicht statt. Dennoch überlebte das Sowjetsystem unter Bedingungen von Isolation und Rückständigkeit und betrieb — ganz im Stile zaristischer Reformer — mit den Mitteln *außerökonomischer Gewalt*, auch politischer Repression und um den Preis großer Opfer eine *etatistische Modernisierung* von oben, die die Sowjetunion zur internationalen Großmacht erhob und selbst den Überfall des faschistischen Hitlerdeutschlands erfolgreich parierte. Insofern stellte das Stalinistische Herrschaftssystem eine analoge Variante zu anderen Ent-

---

9 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1998. S. 82.

wicklungsdiktaturen auf dem Marsch aus der Rückständigkeit in eine industrielle Gesellschaft dar.

Mit dem Wechsel von der *Strategie der Weltrevolution* zum *Aufbau des Sozialismus in einem Lande* erfolgte indessen ein grundsätzlicher *politischer Paradigmenwandel*, der an die Stelle des weltrevolutionären Impetus die Priorität der sowjetischen Staatsraison setzte — mit allen internationalen Konsequenzen, die das nach sich zog: die vorrangige Befolgung von Sicherheitsbedürfnissen, die Sicherung von Einflußzonen, die Wahrnehmung von Großmachtinteressen und eine pragmatische Außenpolitik, die mit wechselnden politischen Konzepten verfolgt wurden: kollektive Sicherheit, Nichtangriffspakte, Antihitlerkoalition, Bündnisverträge, Blockbildung.

Als die faschistische Weltgefahr heraufzog und die nationale Existenz vieler Völker bedrohte, wurde der unrealistische und pseudorevolutionäre Kurs der Kommunistischen Internationale auf eine neuerliche Welle proletarischer, demokratischer und nationaler Revolutionen, wie ihn der VI. Weltkongreß der Komintern modifiziert noch 1928 verkündet hatte, ad absurdum geführt.

Vielmehr boten sich der kommunistischen Bewegung mit der vom VII. Weltkongreß der Komintern 1935 beschlossenen *antifaschistischen Einheits- und Volksfrontpolitik*, die in den dreißiger Jahren in Frankreich und Spanien erprobt und dann im antifaschistischen Befreiungskrieg der Völker mit der *Politik antifaschistischer Nationaler Fronten* in den vierziger Jahren umgesetzt wurde, gleichsam unverhofft reale Chancen für erfolgreiche breite Bündnisse. Solche nationale Volksfronten stützten sich vor allem auf Links-Mitte-Kräfte und eröffneten Möglichkeiten wirklich antifaschistisch-demokratischer Gesellschaftsreformen mit sozialistischer Perspektive.

In der Praxis freilich mußte sich der antifaschistische Widerstand jedoch vorrangig auf das linke politische Umfeld stützen, sich direkt gegen offene Kollaborateure richten und sich zumeist von rechtskonservativen Kräften abgrenzen, die die alte Ordnung einfach wiederherstellen wollten. Die liberale Mitte dagegen verharrte mehrheitlich im passiven Attentismus und fürchtete soziale Veränderungen. In manchen Fällen, wenn die bürgerlich-liberalen Kräfte dominanten Einfluß besaßen, entwickelte sich eine dualistische Résistance, die ihre Gegensätze nach der Befreiung vom Faschismus austrug.

Allerdings hatte der Antifaschismus zwischen dem Münchener Abkommen vom September 1938, dem deutsch-sowjetischen Nichtan-

griffspakt im August 1939 und dem faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 eine tragische, opferreiche Unterbrechung erlitten, die zum einen der vermeintlich kompromißlerischen, letztlich den aggressiven Faschismus begünstigenden »Befriedungspolitik« der Westmächte und zum anderen einem pragmatischen Stellungswechsel der UdSSR im vermeintlichen Interesse der sowjetischen Staatsraison geschuldet war.

Die unausbleiblichen politischen Irritationen fügten der Einheit im antifaschistischen Lager überall ernsthaften Schaden zu. Nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion aber erwiesen sich die Kommunisten in mühsam neugefügten Bündnissen als konsequente Vorreiter im antifaschistischen Widerstand, brachten die größten Opfer und leisteten den wirksamsten Beitrag — dank ihrer politischen Organisiertheit und persönlichen Hingabe, ihrer ideologischen Überzeugung und ihres Glaubens an die Sowjetunion.

Eric Hobsbawm konstatiert zu Recht — entgegen dem heutigen Trend zur Schmälerung ihrer Rolle — den außerordentlich hohen Anteil der Kommunisten in den Widerstandsbewegungen und deren wachsenden Einfluß und Autoritätsgewinn während und nach dem Kriege. »Die kommunistischen Bewegungen Europas erreichten, außer in Deutschland, den Höhepunkt ihres politischen Einflusses in den Jahren 1945–1947, als sie sich noch nicht einmal von der brutalen Dezimierung im Jahr 1939 und von den heroischen, aber selbstmörderischen Widerstandsversuchen in den folgenden drei Jahren erholt hatten.«<sup>10</sup>

Unbestreitbar ist, daß die Widerstandsbewegungen in den faschistisch versklavten Ländern und — darüber hinaus — breite Kreise der europäischen demokratischen Öffentlichkeit davon ausgingen, daß die Befreiung vom Faschismus mit sozialpolitischen Transformationen verbunden sein würde.

Die Logik des Antifaschismus führte nach links, vorausgesetzt es würde keine Einengung seiner politischen Basis zugelassen, d. h. keine konservative Abgrenzung von den revolutionär-demokratischen Kräften bzw. umgekehrt keine sektiererische Ausgrenzung der liberal-demokratischen Kräfte.

Die *volksdemokratischen Revolutionen* im Gefolge des Zweiten Weltkrieges eröffneten eine neuerliche Welle revolutionärer gesellschaft-

---

10 Ebenda. S. 213.

licher Umwälzungen in der osteuropäischen Region — durchaus mit Chancen der Ausweitung auch auf westeuropäische Länder, z. B. auf Italien, Frankreich oder Griechenland, — zunächst sogar gegen Vorbehalte der Sowjetunion, die die Nachkriegspolitik — nach innen und außen — im Rahmen einer breiten antifaschistischen Koalition fortsetzen wollte. Gemäß der Jalta-Deklaration »über das befreite Europa« vom 11. Februar 1945, wonach die drei Mächte ein »gemeinsames Vorgehen bei der Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des befreiten Europa auf demokratischer Grundlage« vereinbart hatten, die es den befreiten Völkern gestatten würden, »die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen nach eigener Wahl zu schaffen«,<sup>11</sup> legte die Sowjetunion den vorschnell in Richtung Sozialismus vordringenden kommunistischen Parteien — etwa Jugoslawiens und Bulgariens — sogar Zügel an.

Diese sowjetische Haltung schloß freilich die Unterstützung, oder bald auch Bevormundung der kommunistischen Parteien beim Ausbau von deren Positionen in den Bündnisfronten, Regierungen und bewaffneten Organen nicht aus. Die UdSSR nahm in den von ihr befreiten Ländern ebenso Einfluß auf die inneren Verhältnisse wie die Westmächte in den von ihnen besetzten Ländern, z. B. in Griechenland, wo die Nationale Befreiungsfront (EAM) und deren Partisanenarmee (ELAS) vor Kriegsende schon zwei Drittel des Festlandes kontrollierte.

Aber die antifaschistisch-demokratischen Bewegungen unterlagen auch einer ambivalenten revolutionären Eigendynamik, die über anfängliche Zielvorstellungen hinausschießen konnte. Vielleicht wurden sowohl in der Sowjetführung wie generell im linken politischen Spektrum die internationalen Potenzen und Langzeitwirkungen volksdemokratischer Umwälzungen in Osteuropa auch optimistisch überschätzt. Angesichts der restaurativen Gegenoffensive des Westens, die zum »Kalten Krieg« drängte, erscheint beispielsweise der erneute griechische Bürgerkrieg ab 1946/1947 als verspätetes Signal revolutionärer Umbrüche; auch die ambivalenten Ausschlüsse respektive Austritte der Kommunisten im Frühjahr 1947 aus den Regierungen Italiens und Frankreichs verdeutlichen Veränderungen politischer Kräfteverhältnisse. Dagegen wäre die Einbindung der KPI und der KPF in das im Herbst 1947 gegründete Komin-

---

11 Zitiert nach Das Ostpaktsystem. Dokumente. Hrsg. von Boris Meißner. Frankfurt am Main, Berlin 1955. S. 111.

formbüro schwerlich anders zu erklären, als durch noch vorhandene Hoffnungen auf einen möglichen Fortgang revolutionär-demokratischer Wandlungen in weiteren europäischen Ländern. Derartige Vorstellungen wurden noch 1951/1952 in einer Schrift Arkadi Sobolews offenbar, der die Volksdemokratie als universelle Form der politischen Organisation in entwickelten Ländern wie kolonial abhängigen Ländern empfahl.<sup>12</sup> Diese Schrift bindet ihre Sicht auf »Volksdemokratie« aber schon an das Verständnis von einer »neuen Form der proletarischen Diktatur«.

Mit dem definitiven Übergang zum »Kalten Krieg« 1947/1948 wiederholte sich indessen ein politischer Paradigmenwechsel, der — ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg die abebbende Nachkriegswelle — zum Abschied von überdehnten Revolutionserwartungen, jedenfalls in Europa, und zum neuerlichen Rückzug auf Positionen von Staatsräson bzw. Blockräson zwangen.

Dieser Strategiewechsel vollzog sich binnen weniger Monate zwischen Frühjahr und Herbst 1947, von der Verkündung der »Truman-Doktrin« bis zur Gründung des »Informationsbüros Kommunistischer und Arbeiterparteien«.

Es wäre deshalb ahistorisch, für die politische Entwicklung in der osteuropäischen Region allein entweder innere oder äußere Faktoren verantwortlich zu machen, weil diese in ein Geflecht sowohl innenpolitischer Kräfteverhältnisse wie internationaler Machtkonstellationen eingebunden waren.

## II. GÜNSTIGE UMSTÄNDE FÜR DEMOKRATISCHE, NATIONALE WEGE ZUM SOZIALISMUS

Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges als eines *antifaschistischen Befreiungskrieges der Völker* ergaben sich erneut historisch realistische und legitime Chancen zur Verwirklichung einer alternativen Gesellschaftskonzeption, die auf der Zerschlagung des reaktionären und aggressiven Faschismus beruhte. Die Verwurzelung des Faschismus im imperialistischen System, dessen Ausrottung folglich die Rodung seiner Wurzeln verlangte, war in der weltweiten demokratischen Öffentlichkeit ebenso

---

<sup>12</sup> Siehe Arkadi Sobolew: Die Volksdemokratie als Form der politischen Organisation der Gesellschaft. Internationale Schriftenreihe. Berlin (1952)17.

verbreitete Erkenntnis wie das Streben nach verschiedenen Alternativen von Demokratie und Sozialismus.

Die volksdemokratischen Umwälzungen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa waren an *günstige innere und äußere Bedingungen* gebunden, vor allem an das Bündnis der Antihitlerkoalition und den nationalen Befreiungskampf der versklavten Völker, an die militärische Zerschlagung der faschistischen Okkupations- und profaschistischen Kollaborationsregimes, an die gestiegene Macht der Sowjetunion und die Rolle der Sowjetarmee als Befreier und Besatzungsmacht in der osteuropäischen Region, an die Strategie des VII. Weltkongresses der Komintern sowie die darauf fußenden Erfahrungen antifaschistischer Einheits-, Volks- und Nationaler Fronten, an den beträchtlichen inneren antifaschistischen Widerstandskampf und das in dieser Résistance gewachsene Ansehen der nationalen kommunistischen Parteien.

Hier ist nicht der Ort, um speziell auf den differenzierten Widerstand gegen die faschistischen Okkupationsmächte und innere profaschistische Regimes oder Kräfte in den einzelnen Ländern Osteuropas einzugehen. Er reichte von einem starken, kommunistisch geführten Partisanenkrieg (z. B. Jugoslawien, Griechenland) über eine ebenfalls starke, aber politisch unterschiedlich orientierte Résistance (Polen, Tschechoslowakei), sowie beträchtliche politische, darunter auch bewaffnete Widerstandsformen auf dem Balkan (Bulgarien, Albanien, Mazedonien), bis zu nur schwachem politischen Widerstand in faschistischen Satellitenstaaten (Rumänien, Ungarn), der erst mit der militärischen Befreiung politisch relevant wurde. Überall spielten jedoch die Kommunisten eine organisierende und vorwärtsdrängende Rolle im Widerstand, während nichtfaschistische bürgerliche Kreise oftmals eine abwartende Haltung wegen einer erhofften westlichen Intervention auf dem Balkan befolgten, und sich damit politisch zum Teil auch selbst isolierten.<sup>13</sup>

Insofern waren die volksdemokratischen Revolutionen wesentlich von inneren Kräften getragene *autochthone Umwälzungen*, die jedoch in internationale Kräfteverhältnisse eingebettet waren, wie übrigens jede Revolution in der neueren Geschichte. Die auf dem Konsens des Antifa-

---

13 Aus der umfangreichen Literatur zu antifaschistischem Widerstand und volksdemokratischer Revolution sei nur genannt A. Ja. Manusevič (Red.): *Narodnye i nacional'nye fronty v antifašistskoj osvoboditel'noj bor'be i revoljucijach 40-ch godov.* Moskau 1985. – Ernstgert Kalbe: *Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa.* Berlin 1974.

schismus beruhenden gesellschaftlichen Transformationen zielten langfristig auf den Übergangsprozeß zum Sozialismus, wobei dessen konkrete Schritte und Fristen durch innere und äußere Faktoren geprägt wurden, die beide konstitutive Elemente in veränderlichen Kräftekonstellationen darstellten.

Die von Land zu Land unterschiedliche Konfiguration der handelnden politischen Parteien und sozialen Kräfte drückte Inhalten und Methoden der Auseinandersetzung ihren Stempel auf. Formen und Schärfe dieses Kampfes oszillierten je nach konkreten Kräfteverhältnissen im Rahmen sowohl *demokratischer Regeln* als auch *politischer Gewalt*, was keinen Platz für naive Illusionen über Gewaltfreiheit im politischen Kampf läßt.

Die ursprünglich auf eine antifaschistisch-demokratische Gesellschaftsalternative abzielende Politik der Antihitlerkoalition, die in Kriegszieldeklarationen — Atlantikcharta, Jalta-Deklaration, Charta der Vereinten Nationen von San Francisco — fixiert war, ebenso die auf die Erhaltung der Antihitler-Allianz gerichtete sowjetische Nachkriegspolitik erleichterten indessen die Orientierung der konsequent antifaschistisch-demokratischen Kräfte auf nationale und demokratische Wege zum Sozialismus.

Was die Außenpolitik der Sowjetunion betrifft, so war diese zunächst auf die Erhaltung der Antihitlerkoalition, die Errichtung einer internationalen demokratischen Nachkriegsordnung und die Schaffung eines Sicherheitsgürtels von Ländern entlang ihrer Grenzen gerichtet, in denen sie Einfluß und loyale Partner besaß, um langfristig Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.

Das war Großmachtpolitik auf eigene Rechnung, keine Politik des geplanten Revolutionsexports; andernfalls müßte man auch vom geplanten Export der Konterrevolution seitens der Westmächte — in Griechenland, Italien und anderswo — sprechen. Sofern die Sowjetunion die Möglichkeit sozialistischer Umwälzungen in ihrem außenpolitischen Konzept in Betracht zog, spielte das eher eine zweitrangige Rolle.

In unserem Zusammenhang ist ein Dokument des sowjetischen Spitzendiplomaten Iwan Maiski, Botschafter in London und stellvertretender Außenminister, höchst aufschlußreich, der in einer Denkschrift über die »*künftige Friedens- und Nachkriegsordnung*« vom 10. Januar 1944 an Molotow und Stalin direkt formulierte, daß »unser konkretes Ziel bei der Gestaltung des künftigen Friedens und der Nachkriegsordnung darin bestehen« sollte, »eine solche Lage zu schaffen, bei der für eine lange Frist die Sicherheit der UdSSR und die Erhaltung des Friedens garantiert wä-

ren, zumindest in Europa und Asien«. Dabei dachte Maiski an gesicherte Außengrenzen der Sowjetunion, zumindest nach ihrem Verlauf von 1941, und an eine Zeitdauer des Friedens für zwei Generationen, d. h. für 30 bis 50 Jahre.

Deshalb wäre es wünschenswert, wenn in den befreiten Ländern eine »breite Demokratie im Geiste der Ideen der Volksfront« entstehen würde, wobei seitens der UdSSR, der USA und Englands »verschiedene Formen des Einflusses von außen auf die Schaffung wirklich demokratischer Regimes« genutzt werden müßten. Man dürfe vor einer »derartigen Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Nationen nicht zurückschrecken«, weil nur dadurch dauerhafter Frieden und ein effektives Sicherheitssystem in Europa garantiert werde. Während demokratische Prinzipien in einigen westeuropäischen Ländern hinlängliche Bedingungen ihrer Verwirklichung vorfänden, stünde die Frage bei den ehemals faschistischen Achsenmächten, ihren verbündeten Satelliten und den von ihnen okkupierten Ländern anders, denn hier »bedürfe die Errichtung wirklich demokratischer Regimes die Einleitung verschiedener Maßnahmen des Einflusses von außen«, die freilich »in jedem Lande bei Beachtung der örtlichen Bedingungen und Traditionen angewandt werden müssen«, und mit Methoden durchzuführen sind, »die dem Geiste des jeweiligen Landes entsprechen«. <sup>14</sup>

In einem konkreten Exkurs zur sowjetischen Politik gegenüber den einzelnen Ländern hob Maiski hervor, daß die UdSSR ihre Sicherheitsinteressen vor allem im osteuropäischen Umfeld im Auge haben müsse und räumte den Westmächten Gleiches in Westeuropa ein, wohl wissend, daß beide Seiten sehr verschiedene Sichten auf politische und soziale Demokratie hatten.

Für den wenig wahrscheinlichen Fall, daß »der Krieg zu einer wirklich proletarischen Revolution in Deutschland führen sollte, müßten die unterbreiteten Ansichten und daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen überdacht werden«. <sup>15</sup>

Grundsätzlich verfocht die Sowjetunion das außenpolitische Konzept der Schaffung eines Sicherheitskordons loyaler bzw. befreundeter Län-

---

14 Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953. Bd. I. Moskau 1999. Dok. 1. S. 23 und 36. – Nachdruck des Dokuments in Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt. Bd. 5. Leipzig 2003. S. 169f. und 187.

15 Ebenda. S. 48 (im angegebenen Nachdruck S. 201f.).

der entlang der sowjetischen Westgrenzen — quasi in Umkehrung des Cordon sanitaire gemäß dem seinerzeitigen Versailler Vertragssystem.

Ihre Interessen sicherte die UdSSR schon über die gemeinsam mit den USA und Großbritannien mit den vormals profaschistischen Satellitenländern Rumänien (12. September 1944), Bulgarien (28. Oktober 1944) und Ungarn (20. Januar 1945) abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen, die von Alliierten Kontrollkommissionen bei sowjetischer Federführung überwacht wurden.<sup>16</sup>

Auch die »Verträge über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege«, die die Sowjetregierung mit vormals faschistisch okkupierten Ländern Osteuropas abschloß, welche Partner der Antihitlerkoalition waren, so mit der Tschechoslowakei (12. Dezember 1943), mit Jugoslawien (11. April 1945) und Polen (21. April 1945), stärkten den Einfluß der UdSSR und begünstigten gutnachbarliche Beziehungen. Sie festigten zugleich die Positionen der linksdemokratischen Kräfte in den Nationalregierungen dieser Länder. Diese Verträge, die auf den gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, die Durchsetzung demokratischer Verhältnisse, auf enge Kooperation in der Nachkriegszeit und die Abwehr eventuell erneut von Deutschland ausgehender Aggressionsgefahren abzielten, berufen sich, quasi in panslawistischer Tradition, auf slawische Gemeinsamkeiten.<sup>17</sup>

Tatsächlich befolgten Stalin und Molotow bei ihren wiederholten Gesprächen mit exponierten polnischen, tschechoslowakischen, ungarischen und rumänischen Politikern — Kommunisten wie Nichtkommunisten — bis 1946/1947 die politische Konzeption einer *Verständigungs- bzw. Konsensdemokratie*, eines Demokratischen Block- oder Nationale Front-Regimes unter repräsentativer Beteiligung der nationalen kommunistischen Parteien.

Ganz auf dieser Linie suchte die sowjetische Führung — neben den Kommunisten und linken Sozialdemokraten — auch nach loyalen und

16 Den Wortlaut dieser Dokumente siehe in Vnešnja Politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj Vojny. Bd. II. Moskau 1946. S. 204–210 (mit Rumänien). – Ebenda. Bd. II. Moskau 1946. S. 284–292 (mit Bulgarien). – Ebenda. Bd. III. Moskau 1947. S. 75–81 (mit Ungarn).

17 Siehe ebenda. Bd. I. Moskau 1946. S. 428–433 (UdSSR–ČSR). – Ebenda. Bd. III. Moskau 1947. S. 174–178 (UdSSR–Jugoslawien). – Ebenda. Bd. III. Moskau 1947. S. 196–201 (UdSSR–Polen). – Diese Verträge sind auch veröffentlicht in Das Ostpaktsystem. Dokumente. Hrsg. von Boris Meißner. Frankfurt am Main, Berlin 1955. S. 22, 25ff. und 29ff.

renommierten liberal- und bäuerlich-demokratischen Kooperationspartnern in den Ländern Osteuropas, wie z. B. Otto Lange und Władysław Kowalski in Polen, Gheorge Tătărașcu in Rumänien, Zoltán Tildy in Ungarn, Juho Paasikivi in Finnland oder Kimon Georgiew in Bulgarien.

Die politische Akzeptanz demokratischer Koalitionsregierungen unter gewichtiger Teilnahme der Kommunisten demonstrierte die Sowjetführung besonders gegenüber der Tschechoslowakei, wobei sie sich auf die »*Formel Beneš*« stützte, der verkündet hatte, daß »in einer Epoche neuer sozialer und ökonomischer Strukturen [...] der Übergang von der bürgerlichen Demokratie zur Volksdemokratie [...] in jedem Lande auf seinem eigenen Weg verläuft [...] Sozialistische Maßnahmen müssen auf friedlichem Wege, ohne Diktatur des Proletariats, verwirklicht werden.«<sup>18</sup>

Stalin hatte anfangs in Gesprächen mit Repräsentanten der jungen Volksdemokratien wiederholt auf eine politische Differenzierung zwischen loyaler und feindlicher Opposition gedrängt, z. B. Ende Mai 1946 gegenüber den Führern der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) und der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) hinsichtlich der Haltung zur Polnischen Bauernpartei (PSL) Mikołajczyks.<sup>19</sup>

Das änderte sich erst seit Frühjahr 1947, als im Zusammenhang mit einer veränderten internationalen Lage der politische Druck auf jede Opposition erhöht wurde.

Natürlich nahm die Sowjetunion mit verschiedenen Mitteln gravierenden Einfluß auf die Politik in den von ihr befreiten osteuropäischen Ländern — analog zum britisch-amerikanischen Einfluß in Westeuropa — der zunächst auf die Festigung der volksdemokratischen Ordnung gerichtet war. Diese Einflußnahme geschah über militärische Präsenz, alliierte Kontrollkommissionen, diplomatische Vertretungen, politische und militärische Berater, Spezialisten für Wirtschaft und gemeinsame Unternehmen, über Geheim- und Sicherheitsdienste und nicht zuletzt über die Lenkung der nationalen kommunistischen Parteien.

Dennoch bleibt als Fazit, daß die volksdemokratische Umwälzung eine neue, historisch legitime Chance zur Verwirklichung alternativer Gesellschaftsvorstellungen in Richtung Sozialismus auf dem Wege einer

---

18 Zitiert nach *Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope*. Bd. I. Moskau 1999. S. 10f. (Einleitung).

19 Siehe *Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953*. Bd. I: 1944–1948. Moskau, Nowosibirsk 1997. Dok. 151. S. 458f.

konsequent antifaschistischen Demokratie unter Beachtung der nationalen Gegebenheiten war.

Die dafür günstigen internationalen Umstände erschöpften sich erst in einem veränderten weltpolitischen Umfeld. Der Übergang zum »Kalten Krieg« deformierte den volksdemokratischen Charakter der Umwälzung; durch die Übernahme resp. das Überstülpen des Sowjetmodells wurde das Wesen von Volksdemokratie entleert und ihr Inhalt auf formale äußerliche Attribute reduziert.

Dabei war die Konzeption der Volksdemokratie aus den Erfahrungen der antifaschistischen Massenbewegung der dreißiger Jahre entstanden, im Zusammenhang mit der Formierung der französischen Volksfrontregierung und in den Abwehrkämpfen nach dem Franco-Putsch gegen die demokratische Republik im spanischen Bürgerkrieg. In den darüber geführten Diskussionen des EKKI meinte Georgi Dimitroff im September 1936: »Die spanische Demokratische Republik, für deren Sieg das Volk kämpft, wird nicht die alte demokratische Republik sein, sondern ein besonderer Staat mit einer wahren Volksdemokratie, in dem die Volksfront entscheidenden Einfluß hat [...] Theoretisch könnte man das vielleicht richtig als eine besondere Form der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern bezeichnen.«<sup>20</sup>

Bereits in der Resolution des VII. Weltkongresses der Komintern 1935 zum Kampf gegen den Faschismus wird dem Wesen der Sache nach »Volksdemokratie« eingefordert und ein Katalog von revolutionär-demokratischen Maßnahmen aufgestellt, die eine »Regierung der Einheits- oder Volksfront« durch die Zusammenarbeit »der revolutionären Partei des Proletariats« mit anderen antifaschistischen Parteien »im Interesse des gesamten werktätigen Volkes« durchführen sollte.

Explizit wird die Forderung nach Volksdemokratie später, während des Krieges in mehreren Programmen bzw. Deklarationen von Nationalen Fronten seit 1943 erhoben, so in den Dokumenten der Vaterländischen Front Bulgariens, des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ) oder der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront, freilich in großer Spannbreite der sozialpolitischen Forderungen.

Während die jugoslawische Volksbefreiungsfront auf ihrer II. Tagung im November 1943 in Jajce bereits eine volksdemokratische Macht

---

20 Zitiert nach Voprosy Istorii KPSS. Moskau (1969)3. S. 13.

konstituierte, rang die ungarische Unabhängigkeitsfront im Herbst 1944 noch um ihre Formierung und ihr politisches Selbstverständnis.

Die II. AVNOJ-Tagung erklärte sich — übrigens ein Ärgernis für die sowjetischen Führung — zum Machtrepräsentanten der Völker Jugoslawiens, ohne Rücksicht auf die Exilregierung in London. »Der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens konstituiert sich zur obersten gesetzgebenden und vollziehenden Vertretungskörperschaft Jugoslawiens, zum obersten Repräsentanten der Souveränität der Völker und des Staates Jugoslawiens als Einheit und bildet das Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens als ein mit allen Attributen der Volksmacht ausgestattetes Organ, mit dem der Antifaschistische Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens seine exekutiven Funktionen ausübt.«<sup>21</sup>

Dagegen konstatierte die Ungarische Nationale Unabhängigkeitsfront in ihrem Programm vom Dezember 1944 in Szeged lediglich den Doppelcharakter des antifaschistischen Kampfes: »Durch die Vertreibung der imperialistischen deutschen Besetzung zu einem unabhängigen Ungarn! Durch den Sturz der ungarischen Reaktion zu einem demokratischen Ungarn!«<sup>22</sup>

Leicht vorstellbar, wie weit in einer dualistischen Widerstandsbewegung — wie der Polens — die Vorstellungen über eine Nachkriegsordnung von einerseits bürgerlicher polnischer Exilregierung in London und ihrer Delegatur im Lande und dem Anfang 1944 gegründeten Polnischen Landes-Nationalrat (KRN) und seinem späteren Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) andererseits auseinanderdrifteten.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren wurden in der kommunistischen Bewegung und in linken antifaschistischen Kreisen engagierte Diskussionen über den Charakter der Volksdemokratie, über »nationale und demokratische Wege zum Sozialismus« geführt, die auf antifaschistische, revolutionär-demokratische Umgestaltungen der Gesellschaft abzielten. Erinnerung sei an Reden und Schriften von Dimitroff und Kardelj, Lukács und Gomułka, Ibarruri und Togliatti, auch von Anton Ackermann, die sich z.T. auch im Organ der SMAD »Tägliche Rundschau« in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands reflektierten.

---

21 Prvo i drugo zasjedanje AVNOJa. Zagreb 1963. S. 207.

22 Dokumentumok a magyar parttörténet tanulmányozásához. Bd. 5. Budapest 1955. Dok. 167. S. 242ff.

Die theoretisch fundierteste Auffassung zur »Neuen Demokratie« vertrat Georg Lukács, der »Volksdemokratie als aus der Demokratie herauswachsenden Sozialismus« verstand,<sup>23</sup> der Kontinuität zu den bürgerlich-demokratischen Rechten und Freiheiten bewahren mußte, diese mit neuen sozialen Inhalten erweitern sollte und als Übergangsprozeß lange Zeit beanspruchen würde.

In seinem Vortrag über »aristokratische und demokratische Weltanschauung« plädierte er für einen »neuen Weg«, ein »tertium datur« zwischen radikaler Demokratie und Sozialismus. »Nur wenn alle realen Formen der Abhängigkeit des Menschen durch den Menschen, der gesellschaftlichen Ungleichheit und Unfreiheit verschwinden, kann von Demokratie gesprochen werden.« Dazu bedürfe es der realen Elemente der *unmittelbaren Demokratie*, deren es in der Pariser Kommune, in den Sowjets und im antifaschistischen Widerstand unendlich viele gäbe; nur dann handele es sich um reale, humanistische, nicht um liberal-formalistisch verwässerte Demokratie.<sup>24</sup>

Diese Position Lukács' erinnert übrigens in mancher Hinsicht sehr an das Demokratieverständnis von Rosa Luxemburg, das sie in kritischer Begleitung der Bolschewiki in der Oktoberrevolution schon 1918 in ihrer Schrift »Über die russische Revolution« entwickelt hatte.

Der 1945 aus der Sowjetunion nach Bulgarien zurückgekehrte Georgi Dimitroff betonte in seiner Wahlrede vom 6. November 1945 den Zusammenhang von Antifaschismus und Volksdemokratie: »Das Volk muß sein Wort sprechen, muß es frei sprechen. Die Wahlen müssen und werden die Grundlagen unserer bulgarischen Demokratie festigen. Das ist keine sowjetische sozialistische Demokratie, aber es ist auch nicht die falsche, verlogene Demokratie Muschanoffs. Sie ist, sie muß und wird eine Volksdemokratie, die Demokratie der Vaterländischen Front sein.«<sup>25</sup>

Übrigens belegen sowohl Dimitroffs »Dnevnik« (Tagebuch) als auch die genannten russischen Dokumentenbände, daß selbst Stalin gegen Kriegsende ganz pragmatisch über die »Wegeproblematik« nachdachte, so z. B. im Januar 1945 bei einem Treffen sowjetischer Partei- und Staatsfunktionäre mit verantwortlichen bulgarischen und jugoslawischen Kommunisten: »Vielleicht machen wir einen Fehler, wenn wir denken,

23 Siehe Georg Lukacs: Gelebtes Leben. Frankfurt am Main 1980. S. 188.

24 Siehe Georg Lukacs: Über aristokratische und demokratische Weltanschauung. In: Sinn und Form. Berlin (1985)2. S. 363f., 378ff. und 382.

25 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. Bd. 3. Berlin 1958. S. 256.

daß die sowjetische Form die einzige sei, die zum Sozialismus führt. Es hat sich in der Sache gezeigt, daß die Sowjetform die beste, aber nicht die einzige ist. Es kann auch andere Formen geben — die demokratische Republik und unter bestimmten Bedingungen sogar die konstitutionelle Monarchie.«<sup>26</sup>

Im September 1946 rät Stalin Dimitroff sogar zu einem »besonderen Weg zum Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats, weil sich die Zeit seit unserer Revolution gründlich verändert hat und es nötig ist, andere Methoden und Formen anzuwenden, nicht die russischen Kommunisten nachzuahmen«.<sup>27</sup>

Diese politische Linie »*besonderer Wege zum Sozialismus*«, begegnet in mehreren Gesprächen, die Stalin und Molotow mit führenden kommunistischen und nichtkommunistischen Politikern bis Anfang 1947 führten.

So charakterisierte Stalin die *polnische* Nachkriegsordnung in dem bereits erwähnten Gespräch vom 24. Mai 1946 mit Bierut, Osobka-Morawski, Gomulka und Kowalski als *neuen Typ der Demokratie*: »Dafür gibt es keinen Präzedenzfall. Weder die belgische, noch die englische oder französische Demokratie kann Ihnen als Beispiel oder Muster dienen. Ihre Demokratie ist von besonderer Art [...] Die Demokratie, die bei ihnen in Polen, in Jugoslawien und teilweise in der Tschechoslowakei errichtet wurde, das ist eine Demokratie, die sie dem Sozialismus näherbringt, ohne die Notwendigkeit der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Sowjetordnung.«<sup>28</sup>

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen empfahl Stalin ein Abkommen mit der legalen Opposition um Mikołajczyk, »aber nicht um jeden Preis«, sondern auf Kompromißbasis bei der Mandatsverteilung im demokratischen Block. Stalin riet dem »polnischen demokratischen Lager«, sich mit einer legalen Opposition zu verständigen, »die die Regierung mit legalen Mitteln kritisiert, nicht aber für deren Sturz kämpft«.<sup>29</sup>

Diese Bemerkungen wurden vor dem Hintergrund einer geschwächten polnischen Bourgeoisie, der Stärkung des »demokratischen Blocks« und vor dem offenen Zusammenstoß mit dem Londoner Lager gemacht.

26 Georgi Dimitrov: Dnevnik. Sofia 1997. S. 464.

27 Ebenda. S. 533f.

28 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov. Bd. I: 1944–1948. Moskau, Nowosibirsk 1997. Dok. 151. S. 457.

29 Ebenda. S. 458f.

In Rumänien, das als unmittelbares Kriegshinterland der Roten Armee 1944/1945 in erheblichem Maße sowjetische Sicherheitsbedürfnisse berührte, übte die UdSSR einen unzweifelhaften politischen Druck auf die Wandlung der inneren Kräftekonstellation unter Berufung auf internationale Beschlüsse der Alliierten und mit Hinweis auf die mangelnde Erfüllung des Waffenstillstandsabkommens durch die rumänische Seite aus.

Die drei berühmten Wyschinski-Visiten in Bukarest vom November 1944, Februar/März 1945 und Dezember 1945 führten — übrigens nach Gesprächen auch mit dem König — zur Stärkung der Linkskräfte (Kommunisten und National-Demokratische Front) in den Regierungen der Generäle Sanatescu und Rădescu sowie in der ersten volksdemokratischen Regierung Groza (März 1945), wahrten aber die Repräsentanz bürgerlicher Kräfte bzw. der »historischen Parteien« (Nationalliberale und Nationalzaranisten) in diesen Kabinetten.<sup>30</sup>

Der sowjetische Einfluß wurde in der Praxis über die Macht des Faktischen wie über die direkte Einwirkung der sowjetischen Politik ausgeübt.

Die ausführliche Bezugnahme auf die »Wegediskussion« soll verdeutlichen, daß im Ergebnis einer veränderten Weltlage, die mit dem Sieg über den Faschismus und dem erstarkten Antifaschismus der Völker, dem internationalen Einfluß der Sowjetunion und dem gestiegenen Ansehen der kommunistischen Parteien neue, demokratische Formen des Kampfes um gesellschaftlichen Fortschritt und Sozialismus möglich geworden waren.

Der Einschätzung Wladimir K. Wolkows in diesem Zusammenhang, der sich auf ein Memorandum des britischen Vize-Außenminister Sargent vom März 1945 stützt, wonach in den zentral- und südosteuropäischen Ländern sofort »kommunistische und totalitäre Regierungen« errichtet würden, vermag ich — so undifferenziert — nicht zu folgen. Wolkow schreibt, daß sich schon Anfang 1945 »ganz klar die politischen Ergebnisse des Krieges« abzeichneten. »Dort entstand eine Sphäre sowjetischer Kontrolle und der Errichtung von Regimes mit vorherrschender und zum Teil ausschließlicher Machtstellung der Kommunisten bzw. eine Tendenz der Ausdehnung ihres Einflusses.«<sup>31</sup>

30 Siehe Tri vizita A. J. Vyšinskogo v Bukurest 1944–1946. Dokumenty rossijskich archivov. Redaktionskollegium: T. A. Pokivajlova i drugie. Moskau 1998.

31 Harald Neubert (Hrsg.): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940–1968. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow. Berlin 2003. S. 156f.

Die Nachahmung des Sowjetmodells war zunächst weder theoretisch angedacht, noch spielten solche Absichten der Sowjetisierung bis Anfang 1947 — quasi a priori — eine Rolle. Freilich gab es umgekehrt aber auch keine durchdachten und langfristig angelegten theoretischen Konzeptionen für den »sozialistischen Aufbau« unter volksdemokratischen Bedingungen, was die Annahme der sowjetischen Praxis begünstigte.

### III. INTERNATIONALE KONFRONTATION UND LAGERBILDUNG

Unzweifelhaft markieren die Jahre 1947/1949 eine folgenschwere Umbruchssituation, in der sich nicht nur die Beziehungen zwischen den Großmächten zuspitzten, sondern sich auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen in allen davon betroffenen Ländern verschärften und schließlich in den »Kalten Krieg« mündeten. Das Zerschneiden der Antihitlerkoalition und die Konfrontation der ehemaligen Verbündeten in der internationalen Politik — darunter nicht zuletzt in der Deutschlandfrage, die hier nicht zu erörtern ist — führte beiderseits zur Blockbildung und zum Lagerdenken. Damit vollzog sich in Osteuropa eine »Disziplinierung« der kommunistischen Parteien und der volksdemokratischen Länder unter sowjetischer Hegemonie, die mit dem Überstülpen bzw. der Übernahme des Sowjetmodells und — je nach konkreten Gegebenheiten — mit der Sowjetisierung dieser Länder endete.

Die vormals tolerierten, ja ausdrücklich begründeten »nationalen Wege zum Sozialismus« wurden jetzt zunehmend als »nationalistisch«, »opportunistisch« und »revisionistisch« verketzert, wobei Machtkämpfe und gegenseitige Denunziationen in den kommunistischen Parteien ausgelöst, mit der These vom »verschärften Klassenkampf« bisherige Bündnispartner in den Nationalen Fronten ausgegrenzt, der »beschleunigte Aufbau des Sozialismus« eingeleitet und die bedingungslose Unterordnung unter die Politik der Sowjetunion durchgesetzt wurden.

Der nunmehr vollzogene außenpolitische Kurswechsel der UdSSR auf Abgrenzung vom Westen und die Bindung des Ostens an das sowjetische »Grundmodell« des Sozialismus erschöpften jetzt die Möglichkeiten für einen selbsttragenden, volksdemokratischen Weg zum Sozialismus und reduzierten die gesellschaftliche Konzeption von Volksdemokratie auf eine weitgehend formale Hülle. Das war mit gesellschaftlichen *Deformationen* im Zuge einer »beschleunigten sozialistischen Umwälzung«, mit politischen Repressionen gegen wirkliche oder angebliche Feinde und

mit persönlichen Tragödien von engagierten Vorkämpfern der proletarischen Revolution verbunden.

Hier ist nicht der Platz, die Ursachen für den Übergang zum »Kalten Krieg« auszuleuchten. Die internationale Umbruchssituation der Jahre 1947/1949 resultierte aus vielen Faktoren, aus Interessenkonflikten der Großmächte, aus Furcht vor den jeweils beargwöhnten Absichten der Gegenseite, aus der schon Anfang 1946 von George Kennan beschworenen imperialistischen Politik des »containments« (Eindämmung) gegenüber progressiven Bewegungen, sicher auch aus der Überschätzung noch vorhandener Möglichkeiten und Potenzen für weitere revolutionär-demokratische Wandlungen in der Welt.

Eric Hobsbawm beantwortet die Frage, wer für den »Kalten Krieg« verantwortlich sei, mit der aus Furcht geborenen Kompromißlosigkeit beider Seiten. »Kurzum: Während die USA sich über die Gefahr einer möglichen sowjetischen Vormachtstellung in der Welt Sorgen machten, die irgendwann in der Zukunft eintreten könnte, war Moskau wegen der tatsächlichen und im Moment herrschenden Hegemonialstellung der USA in allen Gebieten der Welt besorgt, die nicht von der Roten Armee besetzt waren.«<sup>32</sup>

Gewiß trifft zu, daß die Westmächte die Initialzündung des »Kalten Krieges« auslösten, als sie mit der Fulton-Rede Churchills am 5. März 1946, der Byrnes-Rede am 6. September 1946 in Stuttgart, der Truman-Doktrin vom 12. März 1947 und dem für Osteuropa an Bedingungen geknüpften Marshall-Plan vom Juni 1947 und den von Kennan im Juli 1947 formulierten Zielen der US-amerikanischen Außenpolitik faktisch die Kooperation mit der Sowjetunion aufkündigten und zur Konfrontation übergingen.

Aber auch der griechische Bürgerkrieg seit Herbst 1946, jedoch vor allem das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz März/April 1947 zum Deutschlandproblem und die Londoner Separatkonferenz der USA, Großbritanniens und Frankreichs über Deutschland im August 1947, später die permanente westliche Sechsmächtekonferenz im ersten Halbjahr 1948 zur Deutschlandfrage oder die Brüsseler Fünfmächtekonferenz vom März 1948 zur Bildung der Westunion — die hier sämtlich nicht Gegenstand sein können — haben zum Konfrontationskurs beigetragen.

---

32 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1998. S. 295.

Ohne Zweifel haben jedoch auch die Gründung des Kominformbüros durch die Vertreter von neun Kommunistischen und Arbeiterparteien, darunter der italienischen und französischen KP, im September 1947, die osteuropäische Blockbildung durch den Abschluß zweiseitiger Freundschaftsverträge zwischen der UdSSR und allen Volksdemokratien in den Jahren 1947/1949, die den Bündnisfall nicht mehr nur für den Fall einer Aggression seitens Deutschlands fixierten, sowie die weitgehende Ausschaltung der bürgerlichen Opposition in den volksdemokratischen Ländern während dieser Jahre eine konfliktverschärfende Rolle gespielt.

Auf der Gründungskonferenz des Kominformbüros im Herbst 1947 wurde die Situation im Referat Andrej Shdanows auf die Formel gebracht: »Je größer die Periode ist, die uns vom Kriegsende trennt, desto krasser treten zwei Hauptrichtungen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der in der Weltarena aktiven politischen Kräfte in zwei Hauptlager entspricht: das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers stellen die USA dar. Im Bunde mit den USA befinden sich England und Frankreich [...] Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte stellen das andere Lager dar. Die Grundlage dieses Lagers bilden die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie. Ihm gehören ferner solche Länder an, wie Rumänien, Ungarn und Finnland, die mit dem Imperialismus gebrochen und fest den Weg der demokratischen Entwicklung beschritten haben.«<sup>33</sup>

Diese Einschätzung ist nicht neu. Wirklich Neues zur *Rolle des Kominformbüros* als eine faktisch *neue internationale Partei* bieten jetzt zugängliche Dokumente über das *Statut des Informationsbüros* kommunistischer Parteien, das auf der Basis von Vorarbeiten Jacques Duclos' als überarbeitetes »Projekt der KPdSU« von Suslow, Grigorjan, Ponomarjow und Baranow an Stalin zur Begutachtung weitergeleitet, von der Sekretariatssitzung des Kominformbüros im Juni 1949 beraten und auf der Kominform-Tagung im November 1949 mit leichten Veränderungen beschlossen wurde.<sup>34</sup>

---

33 Referat A. A. Shdanows über die internationale Lage. In: »Tägliche Rundschau«. Berlin vom 24. Oktober 1947 (Nr. 249).

34 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953. Bd. II: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1998. Dok. 42. S. 132–136.

Da das Dokument im Berichtsteil unseres Bandes abgedruckt wird, erübrigt sich hier eine detaillierte Wiedergabe. Das Informationsbüro wird als »freiwillige internationale Vereinigung Kommunistischer Parteien« charakterisiert, »die den Erfahrungsaustausch zwischen den Parteien organisiert und erforderlichenfalls ihre Tätigkeit im Interesse der Festigung einer einheitlichen sozialistischen Front und des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus sowie des weiteren Zusammenschlusses der antiimperialistischen Kräfte in der Welt zum Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus koordiniert«. Mitglieder des Informbüros können Parteien sein, »die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus stehen, den Prinzipien des Internationalismus treu sind und aktiv für die Sache der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für die Sache des Kommunismus kämpfen«.

Die Bestimmungen zu den Rechten und Pflichten der Mitgliedsparteien machen deutlich, daß es sich um eine internationale Partei auf der Basis des »demokratischen Zentralismus« handelt, deren Glieder den Beschlüssen des Informbüros unterworfen waren, darunter »die Einheit ihrer Reihen im unversöhnlichen Kampf gegen Opportunismus, Doppelzüngigkeit, Fraktionismus und kleinbürgerlichen Nationalismus zu bewahren«.<sup>35</sup>

Außerdem liegt nunmehr ein »Schema für die Führung von Dossiers« über die Mitgliedsparteien aus den volksdemokratischen Ländern im Kominformbüros vor, ebenfalls Ende 1949 verfaßt, das in 14 Kategorien Material über alle Tätigkeitsbereiche der Parteien, über den Staatsaufbau und die Staatsorgane der betreffenden Länder, einschließlich wichtiger Personalien anlegt und systematisiert sowie einen Verteilerschlüssel zwischen ihnen beifügt.<sup>36</sup>

Die Probe aufs Exempel der Disziplinierung der Kominform-Parteien nach den Richtlinien der KPdSU bildete der Jugoslawienkonflikt 1948/1949, in dem das Kominformbüro eine verhängnisvolle Rolle spielte, die mit der Exkommunizierung der jugoslawischen KP und Jugoslawiens aus dem »Lager« endete.

Der Jugoslawienkonflikt, zu dessen Zusammenhängen ich mich kurz in der Diskursreihe »Streitschriften zur Geschichte und Politik des So-

---

35 Ebenda. S. 134f.

36 Siehe ebenda. Dok. 89. S. 278–282.

zialismus« geäußert habe, kann hier nicht behandelt werden.<sup>37</sup> Lediglich soviel:

Im Hintergrund des Anfang 1948 offen ausgebrochenen Konflikts zwischen der sowjetischen und jugoslawischen Führung, in den alle Kominformparteien hineingezogen wurden, stand *erstens* die demonstrierte Selbständigkeit der jugoslawischen Kommunisten, die dank ihres erfolgreichen antifaschistischen Befreiungskrieges berechtigtes Selbstbewußtsein besaßen und auch in der Nachkriegszeit keine sowjetische Bevormundung akzeptierten; *zweitens* gab es unterschiedliche Vorstellungen über Wege zu und Inhalte einer zunächst allseits (auch von Stalin) angestrebten Balkanföderation — zumindest zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Albanien, evtl. aber auch darüber hinaus — was schließlich Mißtrauen über deren politische Dimension in der Sowjetführung auslöste, aber auch Differenzen zwischen Tito und Dimitroff über deren konkrete staatliche bzw. autonome Gliederung verursachte; *drittens* schließlich eskalierten Meinungsverschiedenheiten über den innen- und außenpolitischen Kurs der jugoslawischen Führung, die einerseits im Lande eine rasche sozialistische Umwälzung forcierte (quasi ganz im sowjetischen Stile) und andererseits nach außen weitgehende territoriale Ansprüche verfocht — bezüglich Triests, ungarischer und griechischer Gebiete und gegenüber Albanien — was negative Auswirkungen auf die Beziehungen der Sowjetunion zu den Westmächten haben mußte.

Der Bruch der UdSSR mit Jugoslawien spielte in der Folgezeit die Rolle eines Katalysators für die Disziplinierung der kommunistischen Parteien und die Durchsetzung der sowjetischen Vorherrschaft im »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus«. Die Dokumente dieses Konflikts sind im Geiste ideologischer Anklagen und gegenseitiger Beschuldigungen gehalten, was Nährboden für unsägliche Intrigen und Denunziationen schuf.

Die bekannte Kritik am »Nationalismus« und »Revisionismus«, die am 10. Februar 1948 in Moskau bei sogenannten Konsultationen der sowjetischen Führung mit Delegationen der KPJu und der BAP(K) von Stalin im Zusammenhang mit der fortgeschrittenen Vorbereitung einer Balkanföderation an beiden Parteien sowie an Dimitroff und Kardelj di-

---

37 Siehe Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. In: Diskurs. Streitschriften zur Geschichte und Politik des Sozialismus. Hrsg. im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen von Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl. Leipzig (2001)8. S. 36ff. und 45f.

rekt geübt wurde,<sup>38</sup> war der Ausgangspunkt für spätere Kritiken und Anklagen gegen zahlreiche Führungskader fast aller volksdemokratischen Länder. Trotz des alternativlosen Einschwenkens Georgi Dimitroffs auf die sowjetische »Kritik«, die er offenbar schweren Herzens annahm, verteidigte Dimitroff seinen Mitstreiter Trajtscho Kostow, der im Zentrum Stalinscher Angriffe stand, noch auf dem V. Parteitag der BAP(K) im Dezember 1948 und nominierte ihn für die Wahl ins ZK und Politbüro. Das rettete Kostow nicht, der — während Dimitroffs Krankheit — im Juni 1949 verhaftet und nach einem Schauprozeß im Dezember 1949 hingerichtet wurde.

Verallgemeinernd bleibt festzuhalten, daß mit der Veränderung der internationalen Situation 1947/1948 sich auch ein Kurswechsel der sowjetischen Osteuropapolitik vollzog. Nunmehr ging es um die Übertragung »allgemeingültiger sowjetischer Erfahrungen« auf die Volksdemokratien, um die uneingeschränkte sowjetische Führungsrolle im »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus«, um die bedingungslose Disziplinierung des sowjetischen Machtblocks.

#### IV. BOLSCHEWISIERUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEIEN UND DISZIPLINIERUNG DER VOLKSDEMOKRATIEN

Der Paradigmenwechsel der sowjetischen Außenpolitik, die »smena vech« zur Blockkonfrontation im »Kalten Krieg« hatte den »beschleunigte Aufbau des Sozialismus« in den Volksdemokratien nach sowjetischem Vorbild zur Folge. Die Praxis des »verschärften Klassenkampfes« verengte die soziale Basis der volksdemokratischen Umwälzung, führte zur Ausgrenzung ursprünglicher Verbündeter und zur »Entlarvung von imperialistischen Agenten« und »antidemokratischen Verschwörungen« in den eigenen Reihen wie namentlich unter gestrigen Partnern, z. B. Nikola Petkows und Kosta Lultschews in Bulgarien, Gheorghe Tătărăscus und Titel Petrescus in Rumänien, Jochan Kovacs' und Ferenc Nagys in Ungarn, Peter Zenkls, Srameks und Boghumil Lausmans in der Tschechoslowakei sowie Kierniks, Władysław Grabskis und Vinzenz Rzymowski in Polen.

---

38 Das Protokoll dieser »Konsultationen« siehe in Georgi Dimitrov: Dnevnik. Sofia 1997. S. 596–603.

Man kann freilich nicht übersehen, daß unter den vormaligen Bündnispartnern unvermeidlich unterschiedliche Auffassungen über den weiteren Fortgang und sozialpolitischen Inhalt der volksdemokratischen Umwälzung bestanden.

Diese Auseinandersetzungen wurden jedoch — mitunter beiderseits — nicht mit demokratischen Mitteln und Methoden ausgetragen.

Die ursprünglich von der sowjetischen Führung mitgetragene Orientierung auf demokratische, friedliche und nationale Wege und Formen des Übergangs zum Sozialismus wurde nunmehr sogar rückwirkend desavouiert und ihre Verfechter verurteilt.

Innerhalb der kommunistischen Parteien entbrannte ein Machtkampf um politische Orientierung und Einfluß, der sich gegen Verfechter »nationaler Wege« und »Nationalisten«, gegen »Revisionisten« und »Spione ausländischer Mächte« richtete, und zu »Säuberungen« führte, die häufig von Kadern aus dem Moskauer Exil gegen Mitglieder der ehemals illegalen Inlandsleitungen inszeniert wurden und ab 1948/1949 in konstruierte Prozesse gegen hohe KP-Funktionäre mit Höchststrafen mündete. In den Führungen der kommunistischen Parteien entstand eine Atmosphäre des Mißtrauens, gegenseitiger Verdächtigungen und Denunziationen, die zu gesetzwidrigen Anklagen führten. Das Verbrechen dieser Schauprozesse richtete sich nicht nur gegen Slánský und Geminder in der Tschechoslowakei, Rajk und Révai in Ungarn, Kostow in Bulgarien, Gomułka und Kliszko in Polen sowie in Rumänien erst gegen Patrascanu und dann gegen Pauker und Luca, sondern betraf zugleich eine Vielzahl ihrer Mitarbeiter und Anhänger auf hoher und mittlerer Ebene, die nach Hunderten zählten.

Es schienen sich die sowjetischen Schauprozesse der dreißiger Jahre zu wiederholen. Die Sowjetführung, ihre Sicherheitsdienste, Militärs, Diplomaten und politischen Berater waren daran teils mittelbar, teils unmittelbar beteiligt. Eine besondere Rolle spielte dabei auch der Apparat des Kominformbüros, besonders bei der Verfolgung des »Titoismus«, »Anti-sowjetismus« und von vermeintlich »nationalistischen Abweichungen«. All das geschah freilich mit Unterstützung von kommunistischen Funktionsträgern innerhalb der volksdemokratischen Länder, die so ihren demokratischen Charakter verloren, wobei das Modell der Volksdemokratie auf bloße Formvarianten zurückgestutzt wurde, insoweit das für die jeweiligen sozialen Realitäten und nationalen Traditionen unverzichtbar war.

Sowjetische Ratgeber griffen immer stärker in der Innenpolitik der volksdemokratischen Länder ein, unterwarfen deren Parteien und Regierungen einer teils kleinlichen Bevormundung und drängten auf die Übernahme der »allgemeingültigen sowjetischen Erfahrungen«.

Von dieser veränderten Sachlage zeugen Dutzende Berichte sowjetischer Beauftragter unterschiedlicher Provenienz in den osteuropäischen Ländern an ihre jeweiligen Moskauer Zentralen, die jetzt in den russischen Dokumentenbänden zugänglich sind. Besonderes Gewicht kommt dabei Berichten an und Einschätzungen von der Abteilung Außenpolitik des ZK der KPdSU zu.

Ein Bericht des Mitarbeiters Guljajew dieser Abteilung von Mitte Juni 1947 über die »Lage in der Tschechoslowakei«, der von Suslow an Stalin, Molotow, Shdanow, Berija, Malenkow und Wosnessenski weitergeleitet wurde, machte bereits den anstehenden Kurswechsel der sowjetischen Osteuropapolitik deutlich. Darin heißt es: »Die politische Situation im Lande ist durch eine Verschärfung des innerparteilichen Kampfes und durch eine bedeutende Aktivierung der reaktionären Elemente gekennzeichnet, die durch die Angelsachsen unterstützt werden. Ihr Auftreten trägt klar antikommunistischen und antisowjetischen Charakter, wobei nicht vorhandene Verdienste der Amerikaner bei der Befreiung der Tschechoslowakei gerühmt und die Vorzüge der amerikanischen und englischen Demokratie gepriesen werden.«<sup>39</sup>

Insgesamt wird geschlußfolgert: »Es entsteht der Eindruck, daß die Führung der Kompartei ihre Wirksamkeit auf die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit konzentriert, jedoch gleichzeitig keine entschiedenen Maßnahmen zur Zerschlagung der wichtigsten Positionen der Reaktion im Staatsapparat, in der Armee, im Dorf und unter den Mittelklassen unternimmt. Folglich ist die Millionenpartei, die über einen gut organisierten Apparat verfügt, nicht im erforderlichen Maße für den entschiedenen Kampf gegen die Feinde der Volksdemokratie mobilisiert.«<sup>40</sup>

Wesentlich schärfer sind die Einschätzungen zweier »spravki« über »einige Fehler der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei« und über »antimarxistische ideologische Einstellungen der PPR« Polens formuliert, die der Leiter dieser ZK-Abteilung, Leonid Baranow u. a., knapp

---

39 Vostočnaja Evropa v dokumentach ... Bd. I: 1944–1948. Moskau, Nowosibirsk 1997. Dok. 219. S. 649f.

40 Ebenda. S. 653.

ein Jahr später zur Information an M. A. Suslow übermittelte, nämlich beide am 5. April 1948.

Im erstgenannten Bericht vom 5. April 1948 über die KPTsch liegt der Ton der Kritik auf einer angeblichen Unterschätzung des Klassenkampfes, auf Überschätzung des Parlamentarismus und einer nichtbolschewistischen Parteauffassung seitens der KPTsch-Führung.<sup>41</sup>

Dafür werden folgende »Fehler« genannt: »die Orientierung in Theorie und Praxis auf einen besonderen friedlichen Weg zum Sozialismus ohne Opfer und Klassenkampf, was auf das friedliche Hinüberwachen des Kapitalismus in den Sozialismus hinausläuft; die weite Verbreitung parlamentarischer Illusionen in der Partei, die Überschätzung parlamentarischer Kampfformen und die Unterschätzung der Arbeit unter den Massen; das sozialdemokratische Herangehen an den Parteaufbau, die Absage an bolschewistische Organisationsprinzipien beim Aufbau der KPTsch [...]; die Geringschätzung der Lenin-Stalinschen Lehre in der nationalen Frage, wobei die KPTsch ihre Politik in der nationalen Frage den Stimmungen der rückständigen nationalistischen Elemente der tschechischen Bevölkerung anpaßt; die Führung der KPTsch, die ein wissenschaftliches Programm in der Bauernfrage weder ausgearbeitet hat noch darüber verfügt, beschränkt sich auf die Durchführung nur von Einzelmaßnahmen, die die Grundlagen des Kapitalismus im Dorf nicht untergraben ...«<sup>42</sup>

Daraus wird ein Fazit gezogen, daß nur als Absage an Besonderheiten volksdemokratischer Wege zum Sozialismus verstanden werden kann:

»Die Errichtung des neuen volksdemokratischen Regimes in der Tschechoslowakei und die Bildung einer Koalitionsregierung der Nationalen Front der Tschechen und Slowaken (in die 1945 erstmals mit bürgerlichen Parteien auch die Kommunistische Partei eintrat), die tiefen Veränderungen in der politischen und ökonomischen Struktur des tschechoslowakischen Staates [...] — all das rief in den Reihen der Kompartei und bei ihren Führern Illusionen über die ›Leichtigkeit‹ des Sieges des Sozialismus in der Tschechoslowakei auf friedlichem Wege hervor, ohne Opfer und Klassenkampf.«<sup>43</sup>

---

41 Siehe ebenda. Dok. 274. S. 831ff.

42 Ebenda. S. 831.

43 Ebenda. S. 832.

Diese Beurteilung erfolgt unter Berufung auf Aussagen Gottwalds, Slánskýs und Zápotockýs auf dem VIII. Parteitag der KPTsch im März 1946 und nachfolgenden Plena des ZK 1947 — also ein bis zwei Jahre zurückliegende Zeugnisse.

Im Bericht der Abteilung über »antimarxistische ideologische Positionen der Führung der PPR« vom 5. April 1948, wiederum von Leonid Baranow u. a. an Michail Suslow gerichtet, werden verschiedene Aussagen Władysław Gomułkas auf dem I. Parteitag der PPR und nachfolgender Plena des Zentralkomitees aufgelistet und daraus geschlußfolgert, daß »in Polen nationalistische Tendenzen auftreten, die von einem unfreundlichen Verhalten gegenüber der UdSSR zeugen, vor allem in Form des Verschweigens der Erfahrungen und Erfolge der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau.«<sup>44</sup>

Dem Bericht zufolge bilde für die Führung der PPR die These von den prinzipiellen Unterschieden in der Entwicklung Polens und der Sowjetunion den Ausgangspunkt für die »Anpassung an den Nationalismus«. Władysław Gomułka habe schon am 30. November 1946 vor dem Warschauer Parteiaktiv von PPR und PPS erklärt: »Der erste Unterschied besteht darin, daß die gesellschaftlich-politischen Veränderungen in Rußland auf dem Wege einer blutigen Revolution verwirklicht wurden, bei uns aber — auf friedlichem Wege.

Der zweite Unterschied äußert sich darin, daß die Sowjetunion eine Etappe der Diktatur des Proletariats durchlaufen mußte, es bei uns aber eine solche Etappe nicht gibt, daß sie vermieden werden kann. Der dritte Unterschied, der die Besonderheiten des Entwicklungsweges beider Länder charakterisiert, besteht darin, daß die Macht in der Sowjetunion durch Deputiertenräte ausgeübt wird, d. h. Räte, die eine Form sozialistischer Leitungsmethoden darstellen, in denen gesetzgebende und exekutive Funktionen vereinigt sind. Bei uns aber sind die legislativen und exekutiven Funktionen getrennt und die Staatsmacht stützt sich auf parlamentarische Demokratie.«<sup>45</sup>

Der Bericht wirft Gomułka und der polnischen Parteiführung vor, daß sie die entscheidende Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee für die weitere Entwicklung in Polen unterschätzen, obwohl gerade diese günstige Bedingungen für den Sieg der polnischen demokratischen

---

44 Ebenda. Dok. 272. S. 815.

45 Ebenda.

Ordnung geschaffen haben. »Die Analyse der vergangenen Ereignisse beweist, daß die Errichtung und Festigung des volksdemokratischen Regimes in Polen unter Bedingungen des scharfen Klassenkampfes verlief, daß nur die Anwesenheit der Sowjetarmee in Polen den entscheidenden Umschwung im Kampf zwischen den Kräften der Demokratie und der Reaktion zugunsten der Demokratie gesichert hat.«<sup>46</sup>

Schließlich wird Gomulka beschuldigt, vor allem die Unterschiede zur UdSSR zu betonen, um den friedlichen, evolutionären Weg Polens zum Sozialismus ohne Diktatur des Proletariats zu beweisen. Die Hervorhebung unterschiedlicher Entwicklungswege habe »*eine Theorie des polnischen Marxismus*« hervorgebracht, um die Annäherung an den Nationalismus »und nationalistische Tendenzen in der Führung der PPR zu rechtfertigen«.<sup>47</sup>

Der weitere Verlauf der Auseinandersetzungen um die Politik der polnischen Partei und speziell das Schicksal Gomulkas sind weithin bekannt. Nach seiner Ablösung als Generalsekretär blieb Gomulka auf dem Vereinigungsparteitag der PZPR (PVAP) im Dezember 1948, der sich ausdrücklich zum Marxismus-Leninismus und den Stalinschen »Lehren« des sozialistischen Aufbaus bekannte, formal Mitglied des Zentralkomitees, wurde jedoch später, am 2. August 1951 verhaftet, kam nach Stalins Tod 1954 frei und stand von 1956 bis 1970 erneut an der Spitze der Partei.

Interessant ist aber, daß Gomulka das Feld nicht kampflos räumte. In einem Brief vom 14. Dezember 1948 an Stalin bittet er darum, die polnischen Genossen davon zu überzeugen, ihn nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, für die Kandidatenliste zur Wahl ins Politbüro aufzustellen. »Nach meiner Meinung gab es zwei Wege der Durchführung von Kritik und Selbstkritik meiner Fehler. Der erste, den ich für den richtigsten gehalten hätte, wäre die Ausübung von Kritik und Selbstkritik prinzipiell nur in den Parteinstanzen gewesen, vor denen ich meine fehlerhaften Auffassungen vorgetragen bzw. vor denen ich in der Diskussion mit den Genossen meine Gedanken bei der Erörterung einiger Fragen unrichtig formuliert habe [...] Dieser Weg hätte mir die Möglichkeit gegeben, nach meinem Abgang als Generalsekretär im Politbüro zu bleiben. Offensichtlich wurde dieser Weg abgelehnt. Es gab auch einen anderen Weg, vermittlels dessen die Kritik und Selbstkritik geübt werden konnte und den

---

46 Ebenda. S. 816.

47 Ebenda. S. 817f.

das Politbüro gewählt hat. Dieser Weg, nämlich die öffentliche Anerkennung meiner Fehler (bei eindeutiger Tendenz ihrer Übertreibung) und meine Darstellung vor der gesamten Partei als Angeklagter, ungeachtet dessen, daß ich meine fehlerhaften Ansichten lediglich in den höchsten Parteinstanzen geäußert habe, und angesichts dessen, daß meine Fehler prinzipiell die politische Generallinie unserer Partei nicht verletzt haben, wie auch die seitens des Politbüros zugelassenen verleumderischen Angriffe auf mich durch Parteimitglieder, haben zu dem Ergebnis meiner moralischen Vernichtung und zur Untergrabung meiner Autorität geführt, und mußten dazu in solchem Maße führen, daß mein Verbleib auf führenden Posten in der Partei für mich unmöglich wurde, zumindest für einen längeren Zeitabschnitt.«<sup>48</sup>

Eine wesentliche Rolle im Prozeß der »Bolschewisierung« der Arbeiterparteien in den volksdemokratischen Ländern spielten die Vereinigungsparteitage kommunistischer und sozialistischer Parteien im Jahre 1948 auf der Basis des Marxismus-Leninismus, was die vorherige Eliminierung sozialdemokratischer Konzepte und Traditionen, Ideologien und Verfechter in sich einschloß.

Großes Gewicht besaß dabei die geistige Aneignung des »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (Bolschewiki)«, der 1947/1948 in den Volksdemokratien verbreitet wurde.

Während die Vereinigung zur Rumänischen Arbeiterpartei (Februar 1948), zur Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Juni 1948) und zur Bulgarischen Kommunistischen Partei (Dezember 1948) wesentlich durch die Eingliederung der Sozialdemokraten in die vereinigten Parteien erfolgte, vollzog sich die Formierung der Partei der Ungarischen Werktätigen (Juni 1948) und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Dezember 1948) auf dem Wege eines Zusammenschlusses der kommunistischen und sozialistischen Parteien auf eher gleicher Augenhöhe.

Von Interesse ist eine Gesprächsaufzeichnung des polnischen Sozialisten Otto Lange mit dem sowjetischen Diplomaten Jakowlew vom 26. Mai 1948 in Warschau über die Modalitäten der bevorstehenden Vereinigung von PPR und PPS zur PZPR (PVAP).

Lange verweist darauf, daß die PPS nicht der kommunistischen Arbeiterpartei Polens beitrifft, »sondern sich mit ihr gleichberechtigt vereinigt«. Deshalb stehe die Frage, »wie in der jetzt ausgearbeiteten

---

48 Ebenda. Dok. 307. S. 938.

ideologischen Deklaration der künftigen vereinigten Partei die politische Plattform formuliert wird, auf deren Grundlage die Kommunisten und Sozialisten Polens sich vereinigen und zusammenarbeiten werden«. Lange trat im Unterschied zu Gomułka für eine Berufung auf den Marxismus ein, nicht auf den Marxismus-Leninismus, weil »die Annahme der Formulierung Gomułkas für die breiten Massen der Sozialisten und sogar der Kommunisten bedeuten würde, daß Polen den Weg der russischen Revolution beschreitet, während wir zugleich die ganze Zeit über betonen, daß unser Land seinen polnischen Weg zum Sozialismus geht«.

Der sowjetische Gesprächspartner fragte Lange, ob er nicht fürchte, daß eine weitgefaßte Formulierung der Grundlagen der vereinigten Partei den oppositionellen Elementen die Möglichkeit geben könnte, sich der Generallinie der Parteiführung, die das Land auf den sozialistischen Entwicklungsweg führen soll, zu widersetzen und diese Politik zu kritisieren.<sup>49</sup>

Aufschlußreich ist auch die kritische Einschätzung des bereits zitierten ZK-Mitglieds der KPdSU, Leonid Baranow, vom 1. Juni 1948 an M. A. Suslow über das Projekt der Programmdeklaration der Ungarischen Partei der Werktätigen.

In elf Punkten werden »Fehler« und »Ungenauigkeiten« in den Aussagen zu fast allen Politikfeldern angemerkt, z. B. zur ungenauen Bestimmung der »führenden Rolle« der Arbeiterklasse, zur »undifferenzierten Behandlung der Bauernschaft« als Ganzes, zur »verräterischen Rolle« rechter sozialdemokratischer Führer in der ungarischen Geschichte, zur »unscharfen Charakteristik« des Verhältnisses der Partei zur Kunst, zur fehlenden Aussage über den Marshallplan als Instrument der »Versklavung der Völker Europas«, zu »Vorbehalten« im Verhältnis Ungarns mit der Tschechoslowakei wegen ungelöster Probleme der slowakischen Ungarn etc.<sup>50</sup>

Baranow bemängelt, daß in der Deklaration bei der Kritik »dritter Wege« keine Absage an den sogenannten »demokratischen Sozialismus« erfolgt, »der verstärkt durch die Führer der rechten Sozialdemokraten propagiert wird« und auch »in die Reihen der ungarischen Sozialdemokratie eingedrungen ist«.<sup>51</sup>

---

49 Siehe ebenda. Dok. 286. S. 883f.

50 Siehe ebenda. Dok. 287. S. 885ff.

51 Ebenda. S. 886.

Im Hintergrund aller Kritiken stand die Sorge vor sozialdemokratischen Einflüssen in der künftigen »Partei der Ungarischen Werktätigen«, obwohl im Gremium zur Vorbereitung der Vereinigung schon im März 1948 die Kommunisten (u. a. Farkas, Rajk, Rákosi, Apró Antal, Kádár) mit linken Sozialdemokraten (u. a. Marosan, Revesz, Rónai, Szakasits) zusammenarbeiteten.<sup>52</sup>

Übrigens beschloß der Vereinigungsparteitag am 12. Juni 1948 im Selbstzeugnis eine *marxistisch-leninistische* Programmdeklaration, die unter Berücksichtigung der Baranow-Kritik Korrekturen an einigen Punkten vornahm, während andere Punkte unberücksichtigt blieben.

So verkehrte sich die an sich notwendige Einheit der Arbeiterbewegung im Ringen um Sozialismus alsbald in eine Quelle von Ausgrenzungen und dogmatischer Verengung, die das Gegenteil ihres Anliegens bewirkte.

Auch über andere Parteien wurden ähnliche Berichte geschrieben, was eine Atmosphäre des Mißtrauens und gegenseitiger Anschuldigungen verursachte, ein Kaderkarussell in Gang setzte und politische Verfolgungen vorbereitete.

In diesem Kontext sei ein Beispiel direkter Einmischung sowjetischer Berater in Kaderfragen genannt, da es verdeutlicht, das *niemand* vor Denunziationen geschützt war.

Der sowjetische Militärberater in Bulgarien, Generalleutnant Petruschewski, berichtete am 7. Januar 1949 über die Situation in der bulgarischen Armee an Bulganin zur Weiterleitung an Stalin. Er konstatierte starke projugoslawische Stimmungen in Bulgarien, schürte Vorbehalte gegen Kostow und Jugow und forderte direkte Kaderveränderungen in der bulgarischen Armeeführung, so die Ablösung des Chefs der Politverwaltung, Generalleutnant Bolgaranow. Kostow lanciere in Abwesenheit Dimitroffs »seine Leute« in verschiedene Ministerien, vor allem ehemalige Partisanen. »Kostow und Jugow darf man nicht trauen. Genosse Dimitroff kennt die Menschen schlecht und vertraut umsonst solchen Leuten wie Kostow und Jugow.«<sup>53</sup>

Nach den Vereinigungsparteitagen setzte sich diese Atmosphäre des Mißtrauens und der Denunziation in den Kommunistischen und Arbeiter-

---

52 Siehe Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Autorenkollektiv unter Leitung von Dezsö Nemes. Berlin 1983. S. 560.

53 Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953. Bd. II: 1949–1953. Dokumenty. Redaktionskollegium: T. V. Volokitina i drugie. Moskau 2002. S. 13, 15 und 17.

parteien fort, immer mit maßgeblicher Beteiligung führender Funktionäre aus den eigenen Reihen, die im Gerangel um Machtpositionen — oder auch zur eigenen Rettung — alle moralischen Normen über Bord warfen.

Seinen Höhepunkt fand dieses Trauerspiel zwischen 1949 und Anfang 1953, wovon zahlreiche Quellen in beiden zitierten Dokumentenreihen zeugen.

Besonders auffällig sind z. B. Briefe von und Gespräche mit Mátyás Rákosi zwischen 1949 und 1951, in denen er die eigenen Leute (Kádár, Szakasits, Zöld, Antal, Kállai), aber auch Tschechoslowaken (Nosek, Clementis, Slánský), Polen (Berman) und Rumänen des Verrats und der Spionage anklagt.<sup>54</sup>

Interessant sind Versuche, die Welle der Kritik am Nationalismus zur Lösung eigener nationalistischer Ambitionen zu nutzen. So informiert Gustav Husák am 4. Oktober 1949 den sowjetischen Konsul Nowikow über die Umsiedlung bestimmter ungarischer Bevölkerungsgruppen aus der Slowakei in tschechische Gebiete,<sup>55</sup> Mehmet Shehu nutzte im Sommer 1949 die Verurteilung des »Titoismus« für den Versuch, den sowjetischen Botschafter Tschuwachin für die Bildung eines albanischen »Befreiungskomitees« in Kosovo und Metochija zu gewinnen, das evtl. den bewaffneten Kampf gegen die »Tito-Clique« beginnen könnte.<sup>56</sup> Schließlich machte sich Gheorghe Gheorghiu-Dej die Verurteilung des »bürgerlichen jüdischen Nationalismus« nicht nur zur Ausschaltung Ana Paukers und Vasile Lucas zunutze, sondern betrieb damit zugleich die »Selbstaflösung« aller »Demokratischen Nationalkomitees« von nationalen Minderheiten und ausländischen Emigranten im April 1953 in Rumänien.<sup>57</sup>

Der Prozeß der »Bolschewisierung« der Kommunistischen und Arbeiterparteien vollzog sich so — unter aktiver Mitwirkung der KPdSU, des Apparats des Kominformbüros und jeweils nationaler Funktionäre — hauptsächlich 1948/1949, nicht wie Stefan Creuzberger und Manfred

54 Siehe Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov. Bd. II: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1998. Dok. 105. S. 316ff. – Ebenda. Dok. 171. S. 497f.

55 Siehe Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953. Bd. II: 1949–1953. Moskau 2002. Dok. 59. S. 177ff.

56 Siehe Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich rarchivov. Bd. II: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1998. Dok. 50. S. 161ff.

57 Siehe ebenda. Dok. 313. S. 871ff. – Dok. 321. S. 894ff.

Görtemaker gemäß der Totalitarismus-Konzeption unterstellen, nach vorgefaßten sowjetischen Plänen bereits seit 1945.<sup>58</sup>

Die Disziplinierung der Volksdemokratien war neben dem kommunistischen Herrschaftsanspruch und den überkommenen Demokratiedefiziten zurückgebliebener Länder *auch* den Auswirkungen des »Kalten Krieges« und einem hypertrophierten Sicherheitsdenken geschuldet, das aus dem Wissen um die eigene Unterlegenheit im Systemwettbewerb und der nicht grundlosen Furcht vor dem Einfluß des Kontrahenten im eigenen Lager resultierte.

## V. VOLKSDEMOKRATIE ODER SOWJETMODELL

Dem Wesen der Sache nach wurde seit 1948 das Sowjetsystem auf die Länder der Volksdemokratie übertragen. Wenn vom »Überstülpen des Sowjetmodells« die Rede ist, muß erklärt werden, was unter »Sowjetmodell« verstanden wird, eine Frage, die auch mit den objektiven Bedingungen und dem subjektiven Faktor in der russischen Revolution — wie in den volksdemokratischen Revolutionen — zusammenhängt.

Die sozialökonomische und auch sozialpolitische Rückständigkeit, die Sowjetrußland in die Zwangslage versetzte, gewissermaßen aus vorbürgerlichen in nachbürgerliche Verhältnisse springen zu müssen, führte zu einer letztlich andauernden kriegskommunistischen Strategie des »Einholens« und »Überholens« fortgeschrittener kapitalistischer Länder, wofür wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Demokratietraditionen weitgehend fehlten.

Zwischen der Selbstherrschaft des Zaren und der Alleinherrschaft des Generalsekretärs lag nichts, keine Tradition bürgerlicher politischer Kultur oder einer emanzipatorischer Bewegung der humanistischen Aufklärung wie der proletarischen Selbstfindung als hegemoniale Klasse. Die fehlende sozialpolitische Basis ebenso wie die mangelnde geistig-kulturelle Hegemonie des revolutionären Subjekts wurde durch die Machthegemonie der bolschewistischen Partei anstelle der Klasse substituiert.

---

58 Siehe Stefan Kreuzberger/Manfred Görtemaker: Das Problem der Gleichschaltung osteuropäischer Parteien im Vergleich. In: Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Eine Synthese. Hrsg. Stefan Kreuzberger und Manfred Görtemaker. Paderborn, München, Wien, Zürich 2002. S. 419ff.

Traditionen einer etatistisch-halbasiatischen Produktionsweise wurden in eine zentralstaatlich geplante Kommandowirtschaft transponiert, die eher einem System des Staatskapitalismus entsprach. Die Sozialismusvorstellungen wurden weitgehend vom Nachvollzug ursprünglich eigentlich zur bürgerlichen Umwälzung gehöriger Aufgaben geprägt und mit dem Produktivkrafttyp des Industriekapitalismus realisiert.

Vielleicht könnte man — ohne jeden definitorischen Anspruch — kurzgefaßt sagen: Das Sowjetsystem war — entgegen seinem Anspruch auf unmittelbare Rätedemokratie — eine hierarchisch-absolutistische Herrschaftsstruktur, die eine nur schwache soziale Hegemonialkraft für revolutionäre gesellschaftliche Umwälzungen durch eine straff organisierte Parteiarmee und Staatsbürokratie ersetzte und mittels einer zentralstaatlich geplanten Kommandowirtschaft den Übergang aus der vorbürgerlichen Rückständigkeit — unter Umgehung des Kapitalismus — in eine nachbürgerliche Gesellschaft sozialer Gleichheit, in den Sozialismus vollziehen wollte. Die Praxis des staatssozialistischen Etatismus, die Verwirklichung etatistischer Reformen in Ökonomie und Politik *von oben* durch eine *hierarchische Nomenklatura* und mit Mitteln und Methoden des *außerökonomischen Zwangs* verweisen auf Traditionen und Elemente einer asiatischen Produktionsweise bzw. des osteuropäischen etatistischen Feudalismus, wie er für den russischen Zarismus oder für die osmanische Feudaldespotie mit dem System des *Dienstadels* typisch war.

Letztlich versuchte das Sowjetsystem, wesenseigene Aufgaben der bürgerlichen Umwälzung mittels einer staatskapitalistischen *Entwicklungsdiktatur* zu lösen. Gesellschaftliche Modernisierung auf dem Wege einer etatistischen Entwicklungsdiktatur, die keinen höheren Typ der Produktivkräfte gegenüber dem Kapitalismus hervorbrachte, stieß indes dann an ihre Grenzen, als der Übergang von der extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion anstand. Das war mit dem Primat zentralistischer Politik, häufig voluntaristisch und repressiv betrieben, nicht mehr lösbar.

Das sowjetische Sozialismusmodell wurde somit charakterisiert durch:

- die Ersetzung einer geistig-kulturellen und politischen Hegemonie der progressiven Klasse in der Gesellschaft durch die Realisierung eines eingeforderten Machtanspruchs und einer umfassenden gesellschaftlichen Führungsrolle der Partei, d. h. durch die uneingeschränkte Alleinherrschaft ihrer Führung und durch die Kontrolle der Gesellschaft vermittels

ihres Apparats, was die Verletzung der Gesetzlichkeit und die Anwendung politischer Repressionen einschloß;

– die Aushöhlung der sozialpolitischen Grundlagen eines Bündnisses mit politischen und sozialen Partnern durch die Beseitigung pluralistischer Interessenvertretung und die Verwandlung von Bündnisstrukturen in »Transmissionsriemen« der Partei; die Etablierung einer Nomenklatura-Oberschicht und die soziale Nivellierung der Gesellschaft faktisch nach Ständeprinzipien unter Berufung auf vermeintliche Interessenübereinstimmung in der Gesellschaft, was der Verschleierung gravierender Demokratiedefizite diente;

– die Durchsetzung einer zentralstaatlich geplanten Kommandowirtschaft, die auf dem umfassenden staatlichen Eigentum beruhte, und die im Interesse einer angestrebten ökonomischen Autarkie vom kapitalistischen Weltmarkt der schwerindustriellen Entwicklung Priorität vor der Konsumgüterindustrie einräumte, was wiederum marktwirtschaftlicher Effizienz und Bedürfnisbefriedigung entgegenwirkte. Grenzen dieses wesentlich kriegskommunistischen Reproduktionstyps, der in zugespitzten Situationen periodisch wiederkehrte, offenbarten sich beim fälligen Übergang von der extensiv zur intensiv erweiterten Reproduktion; ökonomische Reformversuche (NÖP, NÖS) für die Planung und Leitung der Volkswirtschaften bzw. für den Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft scheiterten.

Zurück zur Metamorphose des Verständnisses von »Volksdemokratie« am Schnittpunkt zweier Entwicklungsetappen:

Über den Charakter der Volksdemokratie wurde in der Wendesituation von 1947/1949 m. E. erstmals wieder am 5. und 23. Oktober 1948 zwischen Georgi Dimitroff und Otto Kuusinen diskutiert. Dazu hält Georgi Dimitroff in seinem »Tagebuch« fest: »Es gibt die Möglichkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne die direkte Diktatur des Proletariats. Aber das ist nur eine Möglichkeit, eine wünschenswerte Möglichkeit [...] Aber das heißt bei weitem nicht, daß die Frage nach Anwendung der Diktatur des Proletariats generell entfällt.« Die Arbeiterklasse müßte ihre Diktatur dann anwenden, wenn der Widerstand innerer oder äußerer feindlicher Kräfte dies erzwingen.

Abgesehen von der Gleichsetzung der »Herrschaft der Partei« mit »Diktatur des Proletariats«, folgert Dimitroff: »Die Diktatur des Proletariats ist kein Ziel an und für sich, sondern ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus. Die Mittel können verschieden sein. Wenn sich der

Weg der Volksdemokratie als unmöglich erwiese, dann — Diktatur des Proletariats.«<sup>59</sup>

Immerhin unterscheidet Dimitroff hier noch zwischen »Volksdemokratie« und »Diktatur des Proletariats« — eine Lesart, die bald verschwindet.

Im Zusammenhang mit den 1948/1949 anstehenden (Vereinigungs-) Parteitag der nunmehr »regierenden Kommunistischen und Arbeiterparteien« und mit den vorliegenden »Programmen des sozialistischen Aufbaus« wurde die Frage nach dem Wesen von »Volksdemokratie« erneut brennend aktuell.

In Vorbereitung auf den Ende 1948 bevorstehenden V. Kongreß der Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), die sich dort in BKP umbenannte, schrieb Georgi Dimitroff am 2. November 1948 einen Brief an Stalin mit der Bitte um »die Beratung einiger prinzipieller Fragen«. Im Hinblick auf den Parteitag »ist es für uns sehr wichtig, die Richtigkeit unserer Ansichten in einigen prinzipiellen Fragen zu überprüfen. Deshalb wende ich mich im Auftrage des ZK der Bulgarischen Kompartei an Sie mit der ausdrücklichen Bitte, sich mit unseren Ansichten zu den hier dargelegten Fragen bekannt zu machen und uns mit ihrem Rat zu helfen, daß sich die Partei in ihrer bevorstehenden schwierigen und komplizierten Tätigkeit richtig orientiert.«<sup>60</sup>

Es folgt ein ausführliches Exposé zu vier Themenkreisen: zum Charakter des volksdemokratischen Staates; zum Verhältnis von Volksdemokratie und Sowjetregime; zu gegenwärtigen Hauptaufgaben; zum Internationalismus.

Darin entwickelt Dimitroff im wesentlichen bereits die Thesen zum Wesen der Volksdemokratie, die er im Bericht an den V. Parteitag der BAP(K) am 19. Dezember 1948 vortrug: *erstens* Volksdemokratie als Herrschaft der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse wurde durch den Sieg der Sowjetunion über den Faschismus möglich; *zweitens* der volksdemokratische Staat als Staat der Übergangsperiode hat die Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus zu sichern, wobei ohne Errichtung des Sowjetregimes wesentliche Funktionen der Diktatur des Proletariats ausgeübt werden; *drittens* Volksdemokratie wird in enger Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion geschaffen;

---

59 Georgi Dimitrov. Dnevnik. Sofia 1997. S. 633.

60 Ebenda. S. 637f.

*viertens* die Volksdemokratien gehören zum antiimperialistischen »Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus«, sie kämpfen für Internationalismus und gegen Nationalismus.<sup>61</sup>

Am 6. Dezember 1948 fand in Moskau die Diskussion über die Volksdemokratie statt, an der außer Stalin und Molotow sowie den Bulgaren Dimitroff und Kostow auch die Polen Bolesław Bierut, Hilary Minc und Jakub Berman teilnahmen — ein Hinweis auf die Auseinandersetzungen in der polnischen Partei um die Auffassungen Władysław Gomułkas vor dem Vereinigungsparteitag Mitte Dezember 1948.

Im wesentlichen wurden die vorgelegten Positionen Dimitroffs bestätigt, jedoch bei Betonung der *Funktionen* der Diktatur des Proletariats, die das *Regime der Volksdemokratie* erfüllen müsse. Die wichtigsten Bemerkungen Stalins zielten darauf ab, daß angesichts der Befreiung durch die Sowjetarmee die Macht leichter ergriffen werden konnte, weshalb eine andere *Machtform* möglich würde, »d. h. eine volksdemokratische, parlamentarische Form«.

»Wir glauben«, bemerkte Stalin, »daß Sie ohne Sowjetregime auskommen. Bei Ihnen reicht das volksdemokratische Regime aus, um den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu vollziehen. Aber dieses Regime muß die Funktionen der Diktatur des Proletariats erfüllen [...] Marx und Engels hielten die demokratische Republik mit starkem Einfluß der Arbeiterklasse für die zweckmäßigste Form der Diktatur des Proletariats. Bei uns aber entstanden Sowjets, kein Parlamentarismus, Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten, die alle nichtwerktätigen Elemente ausschlossen. Das Gute an der Sowjetform bestand darin, daß sie schnell entschieden hat — blutig, aber schnell —, Ihr jedoch könnt ohne das auskommen, weil sich Eure Kapitalisten sofort ergaben. Mit einem Wort, bei Euch läuft's, und schuld daran sind wir, wozu wir uns bekennen.«

Mahnend fügte er hinzu: »Sie können ohne Sowjetregime auskommen. Aber die hauptsächlichen Funktionen der Diktatur des Proletariats muß das Regime der Volksdemokratie erfüllen, sowohl bei der Liquidierung der Klassen als auch beim Aufbau des Sozialismus. Die Volksdemokratie und das Sowjetregime sind zwei Formen der Diktatur des Proletariats.«<sup>62</sup>

---

61 Die wörtliche Fassung siehe Georgi Dimitroff: *Ausgewählte Schriften*. Bd. 3. Berlin 1958. S. 596–600.

62 Georgi Dimitrov. *Dnevnik*. Sofia 1997. S. 645.

Obwohl Georgi Dimitroff die Stalinsche Diktion annahm, die das Problem auf »Sowjetform« oder »volksdemokratische Form« der Diktatur des Proletariats verlagerte, scheint mir, daß seine Sicht immer an die antifaschistischen Wurzeln von Volksdemokratie gebunden blieb, was einen demokratischen — nicht kampflösen — Weg zum Sozialismus einschloß. Dem Wesen der Sache nach aber wurde Volksdemokratie zur formalen Hülle einer eher Partei-, denn proletarischen Diktatur, sofern bei der Sozialstruktur der osteuropäischen Länder davon anfangs überhaupt die Rede sein konnte.

Auffällig ist zudem, daß in den Diskussionen von 1948 die »Volksdemokratie« stets als gesellschaftlich-staatliche Ordnung, nicht mehr als »Revolution« erörtert wird. Dadurch tritt der autochthone soziale Umwälzungsprozeß in den Hintergrund, während ihr Standort im »Lager«, in der Systemkonfrontation betont wird.

Arkadi Sobolew brachte die sowjetische Auffassung über »Volksdemokratie« später auf den Punkt, indem er sie als »neue politische Organisationsform der Gesellschaft«, als »weitere Staatsform der Diktatur des Proletariats«, als »sozialistischen Staat in der ersten Etappe seiner Entwicklung« und damit als »niedere Form des Übergangs zum Sozialismus« definierte.<sup>63</sup>

Damit war die Vorbildrolle der Sowjetordnung wiederum fixiert, was die Übertragung der Deformationen des sowjetischen Sozialismusmodells auf die volksdemokratischen Länder folgerichtig nach sich ziehen mußte.

Wohl vollzogen sich nach dem Tode Stalins seit 1953 schrittweise positive Veränderungen, die ihren Ausdruck in der Kritik des XX. Parteitags der KPdSU 1956 am Personenkult und der Verurteilung des Systems Stalinscher Repressionen, in der Normalisierung der Beziehungen mit Jugoslawien 1955/1956 und in der Deklaration vom 30. Oktober 1956 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern fanden, aber bereits die zugespitzten Krisensituationen im Herbst 1956 in Polen und Ungarn und deren repressive Beantwortung, danach die Erklärung der Moskauer Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien sozialistischer Länder vom November 1957, die das Verhältnis von Gesetzmäßigkeiten und Besonderheiten, von

---

63 Siehe Arkadi Sobolew: Die Volksdemokratie als Form der politischen Organisation der Gesellschaft. In: Internationale Schriftenreihe. Berlin (1952)7.

Internationalismus und Gleichberechtigung normativ fixierten, verdeutlichen, daß politische Korrekturen begrenzt waren und Defizite an Demokratie sowohl in der Sowjetordnung wie in der volksdemokratischen Ordnung bestehen blieben.<sup>64</sup>

Die fehlende Einsicht in diesen Sachverhalt lief auf eine deterministische Geschichtsbetrachtung hinaus, die gesellschaftliche Deformationen letztlich apologetisch rechtfertigte, was der Verfasser auch für sich einräumt.

Systemare Deformationen, die Erschöpfung innerer Triebkräfte angesichts eines repressiven Herrschafts- und ineffektiven Wirtschaftssystems sowie äußere Pressionen und der Druck des internationalen Kräfteverhältnisses bewirkten schließlich das Scheitern beider Sozialismusversuche nach 1917 wie nach 1945.

Die volksdemokratischen Umwälzungen waren dennoch eine legitime Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, die infolge historischen Umstände nur partiellen gesellschaftlichen Fortschritt mit Methoden einer Entwicklungsdiktatur bewirken konnte: bei der Überwindung ökonomischer und kultureller Rückständigkeit, bei der Ausprägung einer differenzierten sozialen Infrastruktur der Gesellschaft, bei der Herstellung weitgehender sozialer Sicherheit durch Vollbeschäftigung und Sozialgesetzgebung, bei der wesentlichen Hebung des Bildungsniveaus und dem Wachsen einer auf sozialer Gleichheit fußenden solidarischen Gemeinschaftsmentalität, letztlich auch bei der Prägung nationaler Identitäten, die schließlich — Ironie der Geschichte — ihrerseits zur Implosion des Staatssozialismus beitrug.

Gerhard Simon schreibt im Hinblick auf die Konstituierung von Nachfolgestaaten der Sowjetunion, was auch für die anderen sozialistischen Länder gilt:

»Die Nationen waren zunächst die einzige denkbare und erreichbare Alternative nach dem Zusammenbruch der alten politischen Macht. Nur sie konnten in das Machtvakuum eintreten und es mehr oder weniger angemessen füllen [...] Die Ideen von Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft allein waren als Alternative nicht ausreichend. Ohne die Schubkraft der Nationalbewegung hätte das alte Regime nicht leicht und

---

64 Siehe dazu Harald Neubert (Hrsg.): Stalin wollte ein anderes Europa. Moskaus Außenpolitik 1940–1968. Eine Dokumentation von Wladimir K. Wolkow. Berlin 2003. S. 204ff. (Kap. V) und 220ff.

rasch beseitigt werden können.«<sup>65</sup> Verständlich, daß die Politik des Imperialismus auf die Sprengkraft des Nationalismus setzte.

Was bleibt von den Ergebnissen eines letztlich unreifen Sozialismusversuchs, der an inneren Gebrechen wie an äußeren Konfrontationen gescheitert ist?

Freilich ist das ein anderes Thema. Die Analyse dieses Versuchs sollte nicht verdrängt werden, wenn es um künftige Vorstellungen eines »demokratischen Sozialismus« geht.

Die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften zur kapitalistischen Marktwirtschaft und pluralistischer Demokratie, die zunächst — trotz gezielt differenzierter EU-Integration — zu staatlicher und ökonomischer Desintegration untereinander sowie zur Verdrängung an die Peripherie einer globalisierten Welt geführt hat, verlangt nach kritischer Aufarbeitung sowohl ihrer staatssozialistischen Vergangenheit wie auch nach kritischer Analyse ihrer marktkapitalistischen Gegenwart. Um der Zukunft willen.

---

65 Gerhard Simon: Der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die Sprengkraft der Nationalbewegungen. In: Boris Meißner/Alfred Eisfeld (Hrsg.): Die GUS-Staaten in Europa und Asien. Baden-Baden 1995. S. 11.

WOLFGANG GEIER

## **Macht und Geist im Staatssozialismus**

Der Gegenstand des Beitrages sind Überlegungen zum Verhältnis von »Macht« und »Geist« in den Aufstiegen und Zusammenbrüchen des Staatssozialismus in Osteuropa, der UdSSR, sowie in den zunächst als volksdemokratisch, dann als sozialistisch bezeichneten Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa.

Entstehung und Ende der DDR werden in diese Betrachtungen nicht einbezogen, hierzu sind einige wenige Anmerkungen erforderlich. Die Existenz dieses deutschen Staatssozialismus ist allein schon hinsichtlich der äußeren geopolitischen Umstände seiner Entstehung, seines Aufstiegs wie seines schließlichen Zusammenbruchs mit den Ursachen, Bedingungen und Merkmalen analoger Prozesse in den anderen staatssozialistischen Ländern kaum vergleichbar.

Aus der Besatzungszone einer der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wurde, wie im westlichen Teil Deutschlands, ein Staatswesen gebildet, dessen Beendigung in der Verfassung der DDR nicht vorgesehen und also nicht vorbestimmt war; sie erfolgte schließlich nicht auf dem Wege einer im Grundgesetz der BRD nach Artikel 146 vorgegebenen schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage einer neuen gemeinsamen Verfassung, sondern durch die mittels Artikel 23 vollzogene feindliche Übernahme der DDR durch die BRD, wozu allerdings die Übernahmesubjekte (genauer: -objekte in Gestalt »neuer Bundesländer«) erst hergestellt werden mußten. Die Siegermächte hielten einen Friedensvertrag mit Deutschland nun für überflüssig oder unzeitgemäß; der Zweite Weltkrieg wurde jedenfalls für dieses Land bis heute nicht durch einen Friedensvertrag, sondern durch Übereinkünfte, deren Zustandekommen wie Inhalte nach wie vor völkerrechtlich mindestens zweifelhaft sind, beendet.

Die vierzigjährige Geschichte der DDR muß einer eigenen Behandlung vorbehalten bleiben, nicht um erneut — gewissermaßen post festum und ante factum — einen »besonderen deutschen Weg« zu beschwören, sondern wegen historisch-qualitativer, nicht gradueller, son-

dern prinzipieller, substantieller *differentia specifica* zu den Staatssozialismen in der UdSSR einerseits und den anderen europäischen Ländern andererseits, von jenen, die zwischen Nordkorea und Kuba bestanden und bestehen einmal ganz abgesehen.

Deshalb sollte sich eine der nächsten Konferenzen dieser Stiftung eigens mit dem Aufstieg und Zusammenbruch des Staatssozialismus in der DDR beschäftigen. Nach Lage der Dinge wird dies in der gegenwärtigen deutschen geistigen Landschaft sonst kaum jemand oder niemand tun — und wenn dies überhaupt irgendwo anders geschieht, dann lediglich um die vierzigjährige Existenz dieses Staatswesens endgültig aus dem (zeit)geschichtlichen Bewußtsein zu entfernen oder, wie dies in der Programmdiskussion der PDS deutlich wurde, sich aus dieser Geschichte wegzustehlen. Die Absurdität oder auch Ironie solcher Versuche besteht jedoch gerade darin, daß die Existenz der SED und der DDR nicht nur eine, sondern die *conditio sine qua non* des Bestehens der PDS waren und sind. Versuche zur Beseitigung dieser Herkunft bedeuten nicht nur die Infragestellung der Notwendigkeit des Fortbestandes der PDS, sondern im Grunde ihrer Selbstverneinung.

In der offiziellen bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung ist die DDR inzwischen ohnehin eine Fußnote geworden; mediale Vermarktungen — man sollte richtiger sagen: Verwurstungen — haben daran nichts geändert; das war jedoch auch nicht ihre Absicht.

Im übrigen zeigen — im Gegensatz zur offiziellen bundesrepublikanischen Historiographie, Politologie und Publizistik — Untersuchungen der allerdings weltgeschichtlich beispiellosen Vorgänge des Aufstiegs wie Zusammenbruchs sowohl für die siebzigjährige Existenz der UdSSR als auch für die vierzigjährige der europäischen staatssozialistischen Länder, daß weder die Ursachen für den Aufstieg noch die für den Zusammenbruch unerklärbar sind, wie 1989/1990 und danach von Vertretern der oben genannten Zünfte und anderen behauptet wurde und wird. In nordamerikanischen, englischen, französischen Studien wie auch in Analysen aus den betroffenen Ländern gab es zwischen 1950 und 1985/1989 Annahmen eines *Coming Defeat of Communism* und Beschreibungen einer möglichen *Implosion* des staatssozialistischen Gesamtsystems durch die seiner Teile. Der Terminus »Implosion« wurde übrigens nach 1990 von westdeutschen und -europäischen Meinungsbildnern übernommen; erstmals verwendet wurde er jedoch bereits in Diskussionen von Wissenschaftlern aus staatssozialistischen Ländern zwischen 1981 und 1987. In einigen dieser Gespräche bestanden Übereinstimmungen darin, daß

dieses Gesamtsystem schließlich in einem allgemeinen Erschöpfungszustand in sich zusammenfallen, eben implodieren und nicht explodieren würde; Meinungsverschiedenheiten gab es zu der Frage, ob dies ohne Gewaltanwendung, ohne bewaffnete Auseinandersetzungen, militärische Interventionen wie im Falle Ungarns 1956 oder der Tschechoslowakei 1968 oder bürgerkriegsähnliche/-artige Zustände denkbar sei. Damit waren Ängste wie Hoffnungen derart verbunden, daß es sich bei den zu erwartenden Implosionen eben nicht um Explosionen, Revolutionen klassischer Verlaufsmuster mit Anwendung bewaffneter Gewalt, sondern um erschöpfte Zusammenbrüche ohne Gewaltanwendung handeln könnte.

Überlegungen zu Ursachen, Verläufen und Folgen des Aufstiegs und des Zusammenbruchs des hier gemeinten Systems sind vonnöten, weil es sich, wie gesagt, um einen weltgeschichtlich beispiellosen Vorgang handelt, der von der Zeitgeschichtsschreibung künftig nicht als Marginalie oder nur als Fußnote behandelt werden kann. Ob die mit merkwürdigen Beiworten wie »friedliche, unblutige, gewaltlose, samtene, singende, tanzende, unvollendete, verratene Revolutionen« usw. versehenen revolutionshistorischen und -theoretischen Deutungen brauchbar sind, steht dahin; versuchte Erklärungen über historiographische Analogiebildungen etwa nach Edward Gibbons »History of the Decline and Fall of the Roman Empire« (1772/1788) mit Bezügen auf dessen Gesichtspunkte »union and discipline«, »barbarism and religion« oder nach Arnold J. Toynbee »A Study of History« (1946), nun als »Rise and Fall of the Soviet Empire« haben sich jedenfalls als unbrauchbar erwiesen.

Allerdings sind die Haltungen zum Aufstieg und Fall dies hier gemeinten Gebildes wiederum in bestimmten europäischen Öffentlichkeiten bezeichnend unterschiedlich oder gegensätzlich:

Westdeutsche Zeitgeschichtler, Politologen, Publizisten und andere halten entweder an der vor über zehn Jahren geäußerten Behauptung fest, »niemand habe dies voraussehen können, alle seien überrascht worden« (wobei sie stets sich selbst meinen) oder wollen auf dieses Jahrhundertthema nicht mehr angesprochen werden beziehungsweise vermeiden es tunlichst in ihren öffentlichen (Selbst-)Darstellungen.

In den ehemals staatssozialistischen Ländern, ihren politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeiten sind diese Ereignisse seit dem Zusammenbruch kein Thema (mehr), tabu oder es erscheint gewissermaßen als eine randständige Begebenheit in der Darstellung der Geschichte des jeweiligen Landes im 20. Jahrhundert. Manche Äußerungen zeigen eine Art von Verwunderung darüber, daß ein solches Phänomen, ob nun

Staatssozialismus oder anders genannt, überhaupt stattgefunden habe; andere wieder übergehen diese vier Jahrzehnte einfach, wenn sie die in ihrer Geschichte stattgefundenen Republiken zählen und beschreiben.

\* \* \*

Die nun gewählte Bezeichnung »Staatsozialismus« ist auch als Provisorium unbefriedigend. Sie geht auf Lassalle zurück, entlehnt aus dem französischen utopischen Sozialismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In vertraulichen Gesprächen zwischen Bismarck und Lassalle im Jahre 1863, deren Stattfinden und Inhalte erst viel später bekannt wurden, stellten beide angesichts der preußischen Verfassungs- und der Wirtschaftskrise im Deutschen Bund in ihren Überlegungen zur Behebung der Schwierigkeiten gewisse Annäherungen in einigen Standpunkten fest:

Bismarck strebte ein preußisches, autokratisch-dirigistisches Einwirken im Sinne eines limitierenden, normierenden Staats-Liberalismus auf den Kapitalismus der freien Konkurrenz an; Lassalle schwebte ein sozialpolitisch organisierter und garantierter Staatssozialismus preußischer Prägung mit korporativen und genossenschaftlichen Elementen vor. Beide näherten sich in gewisser Weise jener eigenartigen französisch-imperatorischen, eine Zeitlang in Europa als vorbildhaft geltenden und teilweise wirksamen Mischung aus Staatskapitalismus und -sozialismus, die Louis Napoléon III. in dieser Zeit praktizierte.

»Real-Sozialismus« ist historisch, logisch, semantisch fragwürdig bis untauglich. »Staats-Sozialismus« erweckt den Eindruck, als ob der sozial- und kulturhistorische Charakter, das geschichtlich-gesellschaftliche Wesen des hier gemeinten Sozialismus ursprünglich und ursächlich von den jeweiligen Staatsbildungen geprägt wurde. Das ist jedoch nicht zutreffend. Personal und Funktionen der Institution »Staat« — bezeichnenderweise wurde dieser Begriff kaum, hingegen »Staatsmacht« ständig synonym für diese Institution verwendet — waren lediglich Instrumente der »regierenden kommunistischen Partei« und diese war wiederum Mittel einer die Macht innehabenden und ausübenden Gruppierung um eine diese repräsentierende und exekutierende »Führer«- oder Führungsfigur (»*vo·d*«); insofern wäre es angesichts der tatsächlichen ideologisch-politischen Machtausübung durch einen »inneren Kreis« um eine zentrale Figur und der durch sie allein bestimmten Merkmale des Staatswesens richtiger von einem »Politbüro«-Sozialismus zu sprechen. Obwohl diese

Bezeichnung dem tatsächlichen personalen, institutionellen, strukturellen Wesen der *Macht* und ihrem Verhältnis zum *Geist* wohl näher käme, wird weiterhin — um unnötige wiederholende Erklärungen zu vermeiden — dem gewählten Konferenzthema folgend von Staatssozialismus gesprochen.

Nun sind *Macht* und *Geist* zunächst abstrakte Begriffe, die aufgelöst werden müssen, allerdings nicht durch die hierzulande üblichen politologischen Deutungsversuche.

Unter *Macht* werden der historische Charakter, die Funktionen und Konsequenzen der Ausübung wie immer entstandener und begründeter ideologie-, staats-, rechts-, wirtschafts-, kultur- sowie insgesamt innen- und außenpolitischer Gewalt verstanden. Ideologie-, kultur- und wissenschaftspolitische *Machtausübung* scheint in Hinsicht auf *Geist* der geradezu klassische Fall einer *contradictio in adjecto* zu sein. Wenn man sich jedoch die historisch konkreten Formen dieser personalen, institutionellen, strukturellen Gewaltanwendung ansieht, stellt man fest, daß gerade hier die geistigen Antinomien und politischen Antagonismen zwischen den Inhabern der *Macht* und den Trägern des *Geistes* im Staatssozialismus besonders ausgeprägt und folgenschwer waren. Die ökonomischen wie die kulturellen »Revolutionen« im Staatssozialismus haben nicht zur Verwirklichung der großen Hoffnung in Gestalt einer Aufhebung der Ursachen wie der Wirkungen kapitalistischer Entfremdung, sondern zunehmend zur Erzeugung einer neuen Entfremdung entsprechend den von Marx in den »Ökonomisch-philosophischen Manuskripten« und anderswo beschriebenen Merkmalen und Folgen geführt: der Entfremdung der Erzeuger materieller und geistiger Produktionen von ihren Produkten, von sich selbst, von ihren Mitproduzenten, von den durch die Inhaber der *Macht* geprägten und beherrschten gesellschaftlichen Verhältnissen.

Unter *Geist* werden hier die Hervorbringer und Träger der gesamten geistigen Produktion der Gesellschaft in allen ihren — im Sinne eines weiten Begriffs — kulturellen Inhalten und Formen verstanden; das sind in einem engeren Sinne schließlich die verschiedenen Gruppen und Schichten der Intellektuellen, der Intelligenz. Mit den *Trägern des Geistes* sind in einem besonderen Bezug oder Verhältnis zu den *Inhabern der Macht* jene Personen, Gruppen, Schichten gemeint, die Hervorbringer und Verbreiter bestimmter kultureller — hier historischer, ideologischer, politischer, sozialer, künstlerischer, wissenschaftlicher — Ideen sind. Diese Ideen waren nun, wenn man die Ursachen des Aufstiegs wie des Zusammenbruchs des Staatssozialismus insgesamt untersucht, im Ge-

gensatz zu den Erwartungen vom Marx schon deshalb nicht die »Ideen der herrschenden Klasse«, weil es diese als solche nicht gab und die »herrschenden Ideen« waren schließlich gänzlich andere, als Marx sich dies vorstellte und sie waren vor allem in der Hand anderer. Das sind im Staatssozialismus entgegen den Ansichten von Marx und Engels, jedoch entsprechend den Postulaten Lenins (und nach seinem Tode dann Stalins) nicht die Klasse an und für sich und im Auftrage der Masse nicht die Klasse und ihre Partei, sondern eine Gruppe, die sich — um eine Person gebildet — der Macht bemächtigt hat und diese ideologisch begründet über die Partei, die Klasse, die Masse(n) und insofern schließlich im Grunde gegen sie ausübt. In dieser Konstruktion sind die Institutionen des Staates und des Rechts keine wesensbestimmenden Konstituenten, sondern lediglich Instrumente des Machterwerbs und der Machtausübung. Schon in der originären Leninschen, dann adaptierten Stalinschen Version, und dies ist wesensbestimmend für den allerdings noch gründlich zu untersuchenden und umfassend zu bestimmenden ursprünglichen Leninismus und vor allem für den aus ihm entstehenden Stalinismus, ist diese Macht in einer exemplarischen, extremen und exzessiven Weise auf die Person eines, des »*vo·d*« (»Führer, Führender, Oberhaupt«) fokussiert und konzentriert, die sakrosankt, unfehlbar, allmächtig und selbst im Besitz nicht nur der alleinigen Macht, sondern auch der unbezweifelbaren Deutung und einer solchermaßen entstandenen Wahrheit der die Macht legitimierenden und garantierenden Ideologie ist. Der Inhalt der Stalinschen oder der ihm zugeschriebenen Schriften und der parteiamtliche ideologische Umgang mit ihnen machen dies unmißverständlich deutlich.

Hier wird nun bereits ein im folgenden gewissermaßen leitmotivisch — allerdings nicht als »Götter«, sondern als »Götzen-Dämmerung« erscheinendes fundamentales Dilemma und Paradoxon deutlich, dessen Wirkungen sowohl den Aufstieg wie den Zusammenbruch dieses Sozialismus bestimmen: Das von Marx, Engels und Vertretern der Ersten wie noch der Zweiten Internationale entworfene geschichtliche Verständnis und zu gestaltende politische, staatliche, gesellschaftliche Verhältnis von Masse, Klasse, Partei, Führung einerseits und Staat, Gesellschaft andererseits wurde durch die Bolschewiki ins Gegenteil verkehrt: Aus einer Minderheit in der russischen sozialistischen Bewegung wurde eine sich selbst ernennende Mehrheit mit einem ausschließlichen Herrschaftsanspruch einschließlich des pseudolegitimistischen Terrors als Prinzip und Instrument machtsichernder Politik. Aus einer sozialdemographisch/-

strukturellen Minderheit — in keinem der hier zu erörternden Länder bildeten die Arbeiter (Proletarier), sondern die bäuerlichen Schichten die Mehrheit — wurde eine ideologisch und politisch selbstdefinierte »Mehrheit« hergestellt, die überdies in Gestalt der von ihr manipulierten und reklamierten Weltanschauung über eine »self-fulfilling prophecy«, eine historistisch-teleologisch legitimierte und konstruierte »Mission« — eine Art »säkularisierte Orthodoxie« — verfügte. Die Majorität der selbsternannten Führungsgruppen wurde nicht durch ein Bündnis von Mehrheiten und Minderheiten (Bauern, Arbeiter, Kleinbürgertum, Intelligenz), sondern entsprechend dem Machtanspruch dieser Führungsgruppen gegen die Partei, die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen gewaltsam ideologisch und politisch, juristisch und administrativ, ökonomisch und kulturell durchgesetzt.

Die aus geschichtlichen Vorläufern und Vorbildern von den nordamerikanisch-antibritischen Unabhängigkeitskämpfen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts über die Pariser Sektionen der Revolutionsperiode zwischen 1791 und 1794 bis zur Commune de Paris vom Frühjahr 1871 gewonnene, nun als »menschewistisch« auftretende Idee von »Räten« als basisdemokratischen Selbstverwaltungskörperschaften und Demokratieorganen von lokalen über regionale bis zu zentralen Ebenen oder Formen fiel schließlich dem bolschewistisch-stalinschen Unvermögen zum Opfer, überhaupt »sozialistische Demokratie« und eine entsprechende Bündnispartnerschaft mit der »eigenen Klasse«, mit den Bauern, der Intelligenz denken, geschweige denn gestalten zu können. Mit der Gründung der UdSSR im und nach dem Jahre 1922 wurde auch hinsichtlich der staatsrechtlichen Konstruktion jede Möglichkeit einer demokratischen, föderalistischen Gestaltung aufgegeben und eine zentralistisch-unionistische durchgesetzt. Diese Union der Sozialistischen *Sowjet*-Republiken war von ihrer Entstehung bis zu ihrem Ende im Grunde ihres Wesens und in Hinsicht auf die verfehlten geschichtlich-gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten eine *Union* ohne *Sowjets*.

Das hier zu erörternde Verhältnis von *Macht* und *Geist* im wie auch immer gearteten und bezeichneten Sozialismus ist vom Anfang bis zum Ende dieser Ordnung von diesen grundlegenden, selbsterstörerischen Widersprüchen geprägt.

Nun standen beide in der Geschichte der geistigen, politischen und rechtlichen Kultur seit 2.500 Jahren nie in einem idealisch-harmonischen oder wenigstens konsensualen, sondern stets in einem von mehr oder weniger heftigen, unversöhnlichen Widersprüchen gekennzeichneten Ver-

hältnis, dessen Austragung nur in wenigen Einzelfällen der Geschichte für die Inhaber der Macht, oft jedoch oder meistens für die Träger des Geistes mit deren psychischer oder physischer Vernichtung endete, in weniger lebensbedrohlichen Situationen mit der Flucht in den geschichts- und literaturnotorischen »Elfenbeinturm«, ein anderes »Gehäuse der Hörigkeit«, ein »außerweltliches Refugium« oder ähnliches. Es kann im übrigen aufschlußreich sein, in einer allerdings hier nicht zu leistenden (zeit)geschichtlichen Studie typische Erscheinungen und charakteristische Wandlungen dieses gegensätzlichen Verhältnisses zu zeigen, weil daraus Aufschlüsse für seine Veränderungen *zwischen* Aufstieg und Zusammenbruch des Staatssozialismus im 20. wie für die Beschaffenheiten dieses Verhältnisses *im* beginnenden 21. Jahrhundert — unter der Hegemonie einer staatlichen Administration, in deren machtpolitischem Verhalten bereits in wenigen Jahren selbst die aus der eigenen Geschichte reklamierten geistigen Grundwerte zu Pseudolegitimationen des Staatsterrors verkommen sind — gewonnen werden können.

Antinomische, antagonistische Verhältnisse zwischen den Inhabern der Macht und den Trägern des Geistes sind also kein besonderes Merkmal erst des Staatssozialismus oder anderer, nach seinem Zusammenbruch fortbestehender politisch-staatlich-rechtlich begründeter, verfaßter Machtkonstruktionen einerseits, und geistiger Entwicklungen andererseits. Ihre ebenso eigenartigen wie widersprüchlichen Merkmale und Erscheinungsweisen in den Phasen des Staatssozialismus bestanden darin, daß die Inhaber der Macht die Träger des Geistes zeit- und teilweise vollkommen in ihren Dienst stellten oder dies wenigstens auch unter fortwährender Androhung und Anwendung ideologischer, administrativer repressiver Gewalt — dem »Zeigen der Instrumente« — ständig versuchten; wohingegen die Mehrheit des Träger des Geistes in der Phase des Aufstiegs und noch lange danach der Meinung war, daß sie diese Indienststellung in selbstbestimmter geschichtlich-gesellschaftlicher Berufung gewählt habe und im übrigen bis zum Ende des Staatssozialismus hoffte und in vielfältigen Formen öffentlich erklärte, in dieser einstmaligen neuen oder nun wenigstens doch noch zu erneuernden gesellschaftlichen Ordnung die über zweitausendjährigen Unversöhnlich- oder Unvereinbarkeiten zwischen *Macht* und *Geist* mildern, ausgleichen, versöhnen, schließlich im Marxschen Sinne »aufheben« zu wollen.

Das erwies sich nicht erst gegen den Zusammenbruch hin, sondern schon und noch in der Phase des Aufstiegs des Staatssozialismus als Selbsttäuschung und Wirklichkeitsverlust, Illusion und Vision, Demago-

gie und Opportunismus — als unauflösbares Dilemma und Paradoxon, fortgesetzte Tragödie und schließliche Katastrophe. Die Verstärkungen dieser Selbstzerstörung liegen bezeichnenderweise vor allem in der Geschichte des Geistes seit dem Beginn der Neuzeit, von der Renaissance über die Aufklärung bis zum 19. Jahrhundert und hier insbesondere in der Anziehungs- und Überzeugungskraft seiner schließlichen Leistung zur Erklärung von Geschichte und Gesellschaft, im Aufbruch des originären Marxismus — und seinem Scheitern als Leninismus, schließlich Stalinismus. Dieses wiederum ist außer in anderen fundamentalen Defiziten durch ideologische Devastierungen auch darin begründet, daß ihre Protagonisten und Exekutoren in über etwa drei Generationen (sozial- und kulturhistorisch wie -soziologisch gesehen) aus geistigen Traditionen und kulturellen Milieus kamen, die an Humanismus, Renaissance, europäischer Aufklärung wie ihren Fort- und Fernwirkungen selbst keinen Anteil hatten oder zu ihnen wesentliche Beiträge leisteten und die im übrigen selbst dem Marxismus als später Fortsetzung dieser (west)europäischen geistigen Bewegungen und Entwicklungen mißtrauisch, fremd oder verständnislos gegenüber standen.

Die ursprünglichen Wirkungen des Marxismus erklären sich sowohl aus seiner geschichts- und gesellschaftsmethodischen Kompetenz und Stringenz, Plausibilität und Konsequenz als auch daraus, daß er etwa zwischen 1880 und 1910, zeit- und teilweise noch nach 1918 geschichts- und gesellschaftstheoretisch weithin konkurrenzlos war; um so verheerender wirkten die Leninschen machtlegitimistischen Pragmatisierungen und schließlich die Stalinschen Devastierungen des originären Marxismus für das Verhältnis zwischen den Inhabern der Macht und den Trägern des Geistes. Die aus den geistigen Kontinuitäten der europäischen, insbesondere der englischen und französischen Aufklärung, eben nicht aus der (deutschen) Hegelschen Schule entstandenen Gewißheiten eines geschichtlich-gesellschaftlichen Fortschreitens der Menschheit, eines gesetzmäßigen Fortschritts in der Dreieinigkeit der Zeiten mit dem Ausblick auf eine klassenlose, von Ausbeutung und Entfremdung befreite menschliche, sittliche und vernünftige Gesellschaftsordnung unter der Voraussetzung, daß *die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist*, wurde reduziert auf ein absurdes, im ursprünglichen Wortsinn unsinniges Dogma: »Die Lehre des Marxismus ist allmächtig, weil sie wahr ist« und »die Partei hat immer recht«.

Dieses Diktum entstand, um einige Mißverständnisse in Zeitgeschichtsauffassungen zu klären, nicht erst in der Partei(tags)lyrik der DDR Anfang der fünfziger Jahre. Nachdem Lenin auf dem X. Parteitag 1921 das Verbot jeglicher oppositioneller Auffassungen und Gruppierungen durchgesetzt hatte, wurde die Allmacht der Partei von Trotzki auf dem XIII. Parteitag der Bolschewiki im Mai 1924 kanonisiert: »Letztlich hat die Partei immer recht, denn sie ist das einzige historische Instrument, das dem Proletariat zur Lösung seiner Grundprobleme gegeben ist [...] niemand (kann) gegen die Partei recht behalten [...] Es ist nur möglich, mit der Partei und durch die Partei recht zu haben, denn andere Wege zur Verwirklichung dessen, was recht ist, hat die Geschichte nicht geschaffen.«

Diese Position ist nun nicht nur analog, sondern identisch jenem aus dem theologisch-korporativen Selbstverständnis der römisch-katholischen Kirche als »Leib Christi auf Erden« begründeten Allmachts- und Unfehlbarkeitsdogma: Der Weg zum göttlichen Heil ist nur in der, mit der Kirche möglich; andere Wege hat Gott nicht geschaffen.

Aus den methodischen Überlegungen (und Überlegenheiten) des Marxismus zu Notwendigkeiten nicht gleich Möglichkeiten nicht gleich Wirklichkeiten geschichtlich-gesellschaftlicher Ursachen und Wirkungen, Bedingungen und Entwicklungen wurden pseudotheoretische Umdeutungen der geschichtlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten und Verläufe, der Klassenkampf der Inhaber der Macht gegen die natürlichen Bundesgenossen einschließlich der Träger des Geistes in immer wieder erzeugten Konfrontationen und Exekutionen; so wurde, um diese sowohl erhellende als auch vereinfachende Beschreibung zu verwenden, zwischen Aufstieg und Zusammenbruch des sogenannten Staatssozialismus die »Macht« im eigentlichen Sinne »geistlos« und der »Geist«, im Grunde bereits ohnehin in dieser Verfassung, nun vollends »machtlos«. Die »geistlosen Inhaber der Macht« konnten den endlichen Zusammenbruch nicht verhindern, die »machtlosen Träger des Geistes« konnten und wollten diesen schließlich mehrheitlich nicht mehr aufhalten. Sie mußten — dies kennzeichnet den »argen Weg der Erkenntnis« von ihrer Hinwendung zum Staatssozialismus in seinem Aufstieg mit der Machthaberschaft der Partei bis zu ihrer schließlichen teil- und zeitweisen Abwendung, ihrer Enttäuschung und Verweigerung in seinem Zusammenbruch — nun begreifen oder sich dieser Erkenntnis erneut verweigern:

Marx unternahm den theoretischen Versuch, die Inhalte und Ziele, Merkmale und Wirkungen der bürgerlich-europäischen Aufklärung zu *vollenden*, sie mittels der zeitlich begrenzten und sich schließlich politisch wie staatlich »aufhebenden« Herrschaftsform der Diktatur des Proletariats zu *vergesellschaften*.

Die Bolschewiki um Lenin und ihre Nachfolger versuchten praktisch, die Aufklärung auch in ihrer Umformung durch Hegel zu *beenden*, indem sie diese beziehungsweise die aus ihr am Beginn des 20. Jahrhunderts entstehenden gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Möglichkeiten mittels einer auf Dauer gestellten Herrschaft einer Führungsgruppe in einem feudalistischen Personenverband über/gegen die Partei, die Klasse, die Massen *verstaatlichten*.

Die »historische Mission der Arbeiterklasse und ihrer Partei« — recte: die Herrschaft eines Führers und einer Elite über die Partei, den Staat und die historisch (objektiv) notwendigen und (subjektiv) möglichen Bündnispartner, die Träger des Geistes als natürliche Verbündete erschien so in einem prinzipiell nicht mehr Marxschen, materialistischen, sondern in einem dezidiert Hegelschen, idealistischen Sinne als der anzustrebende »höchste kulturelle Entwicklungszustand«. In sich allerdings nur so logisch schlüssig, mußte dieser leninistisch-stalinistisch umgeformte Marxismus als »allmächtig, weil wahr« und die Inhaberin dieser säkularisierten Orthodoxie, die Partei, genauer: ihre zentrale Figur als »immer im Recht« angesehen werden.

Eine der wenigen marxistisch-theoretisch, historisch und soziologisch begründeten wie bündnispolitisch-praktischen Konzeptionen zum Verhältnis von Klasse, Partei, Führung und Intelligenz als Voraussetzung für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft aus der Zeit zwischen den Weltkriegen, von Antonio Gramsci in den »Quaderni del carcere« (»Gefängnishefte«, 1930ff.) entwickelt, wurde zwar von einigen Personen und Institutionen zur Kenntnis genommen, galt jedoch nach Ansicht der sowjetischen Chefideologen für den von ihnen beanspruchten Sozialismus als »nicht zutreffend« und war somit bis zu seinem Ende bedeutungslos. Die erste und einzige internationale wissenschaftliche Veranstaltung in einem staatssozialistischen Land zu diesem Thema fand 1986 in Trjavna/Bulgarien statt; ihre Ergebnisse wurden erst 1992 unvollständig veröffentlicht.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der geistigen Zustände im Staatssozialismus, daß die eklatanten, man kann auch sagen: evidenten Antagonismen in den oben genannten entscheidenden Fragen zwischen

Marx (*Manifest der Kommunistischen Partei*) und Lenin (*Staat und Revolution*) entweder stillschweigend übergangen, hingenommen oder ebenso falsch wie lautstark als Kontinuität umgedeutet beschworen wurden. Die Unmöglichkeit, auf diesen Grundlagen ein neues Verhältnis von Macht und Geist zu gestalten, zeigte sich in dem ideologischen, politischen, kulturellen Gegensatz zwischen einer »Nomenklatura« in Partei und Staat und einer »Intelligencija«, welche sich dieser verpflichtet fühlte, von ihr bevormundet und vereinnahmt wurde, sich schließlich im ursprünglichen Marxschen Sinne ebenfalls von dieser und sich selbst entfremdete.

\* \* \*

»Die einzig mögliche Befreiung Deutschlands ist die Befreiung auf dem Standpunkt *der* Theorie, welche den Menschen für das höchste Wesen des Menschen erklärt [...] Die Emanzipation des Deutschen ist die Emanzipation des Menschen. Der Kopf dieser Emanzipation ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie [...]« (Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung).

»Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zu einer Klasse vereint, durch eine Revolution sich selbst zur Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen [...] die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft [...] tritt eine Assoziation, worin die *freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.*« (Karl Marx/ Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei)

Diese und die daraus folgenden Gedanken machten den originären Marxismus für Intellektuelle fast aller Länder bis zum Ersten Weltkrieg und noch in der Zwischenkriegszeit anziehend und überzeugend, für Mitglieder und Anhänger der Kommunisten und Sozialdemokraten wie für Vertreter anderer weltanschaulicher, politischer Standpunkte. Besonders waren es die Marxschen Ansichten über die historische Mission des Proletariats, dessen Diktatur sowie die damit antizipierte Gesellschaft: Marx betrachtete das Werden des Proletariats als Klasse an und für sich, die

Errichtung seiner Diktatur (als Staatsform) als ein geschichtliches Durchgangsstadium auf dem Wege zur (Selbst-)Aufhebung des Proletariats als Klasse wie des von ihm bestimmten Staatswesens und damit zur Entstehung einer klassenlosen Gesellschaft. Damit entwarf er eine mögliche gesellschaftliche Zukunft, deren Wesen viele zeitgenössische Erwartungen und Hoffnungen, Möglichkeiten und Wirklichkeiten zu vereinen und zu erfüllen schien. Weil Marx entgegen manchen Deutungen eben nicht in der geistigen Nachfolge Hegels oder der Junghegelianer stand, sondern auf eine originäre Weise versuchte, die philosophischen wie politischen Ideen der europäischen Aufklärung in seine Zukunftsvorstellungen zu übertragen, sie aus einem bürgerlichen (oder bourgeoisen) in ein proletarisches Programm, in dessen Philosophie zu verwandeln, verstand er den Staat nicht wie Hegel als anzustrebenden »höchsten Kulturzustand«, sondern als Übergangserscheinung, in der Hand des Proletariats befindliches und auf dem Wege zum Ziel abzuschaffendes Mittel der eigenen Aufhebung in einer klassenlosen Gesellschaft.

Die revolutions- und staatstheoretischen Auffassungen und Schriften von Marx und Engels standen zu jenen Lenins in einem offenkundigen Gegensatz. Etwa in *Staat und Revolution* bzw. in *Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht* sowie jenen durch diese Programmschriften geprägten Arbeiten bis 1922 schlägt das Hegelsche Axiom durch: Die sozialistische, genauer: bolschewistische Revolution erzeugt und befestigt den Staat als Machtinstrument nicht der herrschenden Klasse, im Grunde nicht einmal mehr der Partei, sondern jener Gruppe um den Führer, welche sich der Macht bemächtigt hat und sie um jeden Preis sichert und ausübt. Der Staat wird als Mittel zum Zweck schließlich Selbstzweck, so wie der »rote« Terror — ganz im Sinne des bolschewistischen Rückgriffs vom Januar 1918 auf die jakobinische *terreur* einschließlich ihres Vokabulars — von einem Mittel zum Schutz des Staates schließlich Selbstzweck, Basis, Prinzip und Instrument der Innen- und schließlich auch der Außenpolitik wurde.

Die Träger des Geistes (Personen, Gruppen, Schichten der Intellektuellen) im Herrschaftsbereich dieser Parteien wie in den internationalen kommunistischen, sozialistischen und anderen progressiven Bewegungen empfanden zunehmend die Antagonismen zwischen den Marxschen revolutionären, demokratischen Antizipationen und der Leninschen orthodoxen Teleologie, der säkularisierten Orthodoxie.

Es gibt natürlich außer der Konstellation Macht–Geist, ihren Konflikten und Kollisionen entscheidende andere innere und äußere Faktoren,

die sowohl den Aufstieg wie den Zusammenbruch dieses Systems erklären. Diese Konstellation ist eine von mehreren, jedoch das innere Wesen des Staatssozialismus verkörpernde.

Zu den Gründen für seinen Aufstieg gehörten die Anziehungs- und Überzeugungskraft der vermeintlich auf Marx zurückgehenden Antizipationen, die Hoffnung und Bereitschaft von Mehrheiten der Intellektuellen, diesen Entwurf mitgestalten zu können. Die Umwandlung des Marxschen Originals in das Leninsche pragmatische Programm, schließlich in den nur noch der Machtsicherung der Person und der Gruppe dienenden Stalinschen Verschnitt führte zu folgenschweren Wirkungen unter den Intellektuellen innerhalb des Staatssozialismus wie außerhalb. Die ersten Brüche und Risse, die beginnende innere und äußere Abwendung und damit die ersten Zeichen für einen möglichen Ver- und Zerfall sind bereits am Ende des Ersten Weltkrieges, zwischen den Weltkriegen sowie vor, während und nach dem Zweiten immer deutlicher zu erkennen. Zu den für viele Mitglieder kommunistischer oder sozialistischer Parteien und diesen nahestehende Intellektuelle »unfaßbaren« oder »unbegreiflichen« Wendungen in der Stalinschen Politik gehörten der ideologische Terror in der Komintern, der politisch-geheimdienstliche in den Interbrigaden während des spanischen Bürgerkriegs ebenso wie die »čistka« zwischen 1936 und 1939, die im August/September 1939 zwischen Hitler und Stalin (soweit bekanntgeworden) geschlossenen Verträge oder die im Jahre 1943 durch Stalin etwa gleichzeitig erfolgende Auflösung der Komintern und Wiedererrichtung des Patriarchats der Russischen Orthodoxen Kirche.

Fortwährend verstärkt wurden diese Erschütterungen durch das oben genannte, in seiner Absurdität nicht mehr zu überbietende Dogma. Spätestens hier mußte der »Geist« vor der »Macht« kapitulieren, an ihr verzweifeln, sich von ihr anwenden oder sie bekämpfen — Haltungen, die zunehmend eintraten. In diesem Zusammenhang soll erwähnt werden, daß »Stalinismus« von Walter Duranty um 1930 in der US-amerikanischen Presse keineswegs abwertend eingeführt wurde.

Es waren im übrigen in der Mehrheit keine Renegaten, die sich zweifelnd und erschüttert abwandten, sondern im Grunde bis dahin aufrechte, ehrliche Verfechter »der Sache« und eben nicht opportunistische intellektuelle Nachbeter, Trabanten oder Vasallen.

Renegaten sind im entschiedenen Sinn des Wortes Verräter an der wie auch immer bestimmten »eigenen Sache« und Überläufer zu dem wie auch immer erklärten »Feind«. Die hier gemeinten Personen waren

bis auf wenige untypische Ausnahmen nichts weniger als das. Das zeigt sich erschütternd am Beispiel der Eurasisten, deren Vertreter zur ersten großen Gruppe der ausgewiesenen Intellektuellen (1919, die zweite folgte 1922) gehörten. Sie versuchten im Ausland — in Sofia, Prag, Wien, Paris — verzweifelt, der Sowjetunion zu helfen, gründeten Diskussionsforen, Zeitschriften, Rückkehr-Vereinigungen mit dem Ziel der »Umkehr der Wegzeichen« (*»smena vech«*) und wurden, nachdem Anfang der dreißiger Jahre einige ihrer namhaftesten, wie Fürst Swjatopolk-Mirski, nach langem Ersuchen freiwillig in die UdSSR zurückkehren durften, während der *»čistka«* wie Hunderttausende andere erschossen.

Renegaten waren ebensowenig Isaak Babel, dessen »Rote Reiterarmee« zunächst als literarische Großtat und Filmvorlage, dann als »Verrat an der bolschewistischen Sache« bezeichnet wurde, wofür Babel mit dem Leben bezahlte, weil er die Barbarei des Interventionskrieges und des »roten« Terrors nicht beschönigte oder diesen gegen den »weißen« in Schutz nahm, oder Michail Kolzow, der Berichterstatter aus dem spanischen Bürgerkrieg. Nach seinem internationalen Aufsehen und Anerkennung erzeugenden Reportagen wurde er nach Moskau zurückbeordert um, wie er und andere meinten, ausgezeichnet zu werden. Die Auszeichnung bestand in den üblichen sechs oder neun Gramm je nach Waffentyp, verabreicht in der Lubjanka. Wassili Grosman war — ähnlich wie Ehrenburg oder Kopelew — Zeuge der letzten Kriegsjahre und -tage in den westrussischen, polnischen und ostpreußischen Gebieten und der dort stattfindenden Greuel. Er berichtete darüber in »Leben und Schicksal« ebenso wie über eine ihn wie gleichzeitig andere mit geradezu elementarer, existentieller Wucht überfallende und erschütternde Frage und eine mit ihrer möglichen Beantwortung verbundene bis dahin unfaßbare Erkenntnis: Zwischen dem Hitlerschen großdeutschen Nationalsozialismus und dem Stalinschen großrussischen Bolschewismus war hinsichtlich des von beiden ausgeübten Terrors eine Art Wesensgleichheit denkbar geworden. Das nun waren Renegatentum, Verrat der schändlichsten Art an der »heiligen sowjetischen Sache«; Grosman entging der Kugel und endete auf andere Art.

Arthur Koestler (*»Darkness at Noon«*, 1940), Manès Sperber (*»Trilogie«*, *»Tyrannis«* — dreißiger Jahre) und viele andere waren ebenso wenig »Verräter an der eigenen Sache«; sie waren vielmehr in der Komintern, in Spanien und anderswo geradezu »gläubige Verfechter« der bolschewistisch-sowjetischen Politik, bis sie von dieser gewissermaßen eingeholt und lebensgefährdend bedroht wurden. Dadurch und danach

kamen die Erschütterungen des »Glaubens« und schließlich die Abwendungen wie bei vielen anderen Intellektuellen, die nie Bolschewisten oder Kommunisten oder Sozialisten waren, sondern sich zu den aus der UdSSR kommenden — und wie sie glaubten — allgemein menschlichen und die gesellschaftliche Zukunft verkörpernden Ideen wenigstens zeitweilig und teilweise hingezogen fühlten wie André Gide, Lion Feuchtwanger, Bertrand Russel, Maurice Cornforth, Ernst Fischer und viele andere.

An dieser Stelle muß erneut auf eines der weiter zu untersuchenden Merkmale des originären Stalinismus in der UdSSR etwa zwischen 1925 und 1955 wie der Stalinisierungen in den zunächst als volksdemokratisch, dann als sozialistisch bezeichneten Ländern zwischen 1946/1948 und 1953/1956 hingewiesen werden. Die Ausprägung dieses wie der anderen Wesenzüge hat den Aufstieg wie den Zusammenbruch des Staatssozialismus entscheidend geprägt und verursacht, die selbstzerstörerischen Widersprüche zwischen Macht und Geist in beiden Phasen erzeugt.

Es ist die fundamentale ideologische Konstruktion um die Person des »Führers«, in ihrer Phänomenologie seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 euphemistisch »Personenkult« genannt. Diese Hybris in den Auffassungen von Machterwerb und -ausübung ist ebenfalls kein Spezifikum nur des Staatssozialismus, sondern in anderen Erscheinungsformen überhaupt des »kurzen 20. Jahrhunderts«, das man auch als jenes der Diktaturen bezeichnen könnte, insgesamt. Das genannte Dogma umfaßt Grundsätze einer als säkularisierte Orthodoxie, verweltlichte Rechtgläubigkeit bezeichneten Ideologie. Analogien bestehen zu römisch-katholischen Dogmen, kaum oder nicht zu griechisch-orthodoxen oder anderen christlichen Konfessionen und Theologien; Axiome sind:

- die Divinisierung der Führungsperson durch die Zuschreibung übermenschlicher Eigenschaften, Fähigkeiten, Leistungen sowie die Erklärung ihrer Unfehlbarkeit — entsprechend jener vom I. Vatikanischen Konzil am 18. Juli 1870 definierten des Papstes;
- das weitere damit verbundene divinatorische Dogma, daß die Partei — nun allein verkörpert durch diese Person als dem Schöpfer, Inhaber und Vollstrecker dieser Ideologie und begründet in ihrer individuellen Weisheit — immer recht habe, entsprechend jener der römisch-katholischen (»allgemeinen«) Kirche als der Verkörperung des Leibes Christi auf Erden mit der Konsequenz, daß die Kirche — wie auch die Partei — in

dieser Gestalt weder irren noch fehlen könne, sondern lediglich einige ihrer Glieder;

– schließlich dem damit verbundenen Zirkelschluß, in sich jedoch nur in der ideologischen Begründung pseudologisch, außer sich historisch und logisch unsinnig, daß eben die Führungsperson der Partei als eine Art Gralshüter der unbezweifelbaren Ideologie im Recht sei, weil er selbst die Partei, die Lehre und damit Wahrheit verkörpere — entsprechend der mit dem Dogma vom 1870 von der Infallibilität des Papstes verbundenen *ex-cathedra*-Formel.

Der »Führer«, Erste oder Generalsekretär der Partei nahm eine *ex-cathedra*-Position auf den Parteitag und ZK-Plenartagungen ein. Was er dort sagte und was daraus veröffentlicht wurde, war a priori und per se sakrosankt und kanonisiert; es wurde jeweils nach den Parteitagen in wochen- oder monatelangen Vorlese- und Erklärungsübungen in den Parteigliederungen exegetisch »ausgewertet«; bizarr an diesen Übungen war, daß das Auszuwertende, als Partei»information« bezeichnet, von den oberen über die mittleren bis zu den unteren Ebenen oder Gliederungen der Partei noch einmal sekretiert und selektiert wurde. So wurden die unteren Funktionäre und die einfachen Mitglieder nur eines ausgewählten Teils jener kollektiven Wahrheit und Weisheit teilhaftig, welche der »*vo·d*« und seine jeweilige politische »*dru·ina*« auf der jeweiligen Veranstaltung verkündet hatten.

Im übrigen ist bemerkenswert, daß keine der sakrosankten Figuren an der Spitze dieser nomenklatorischen Hierarchien und Pyramiden von Feinden oder eigenen Gefolgsleuten ermordet wurde — mit einer Ausnahme: Als der letzte stalinisierte Staatssozialismus in Südosteuropa zusammenfiel, brachten Angehörige der »*dru·ina*« ihren dortigen »*vo·d*« (als *Conducator* bezeichnet) und dessen Frau auf quasilegale Weise im buchstäblichen Sinn »um die Ecke«, um sich dieser lästigen Figuren auf dem Weg zur eigenen Machtübernahme schnell und möglichst geräuschlos zu entledigen.

Diese säkularisierte Orthodoxie mit ihrem ideologischen Zentrum, der Divinisierung der zentralen Figur, wurde in der ideologisierten Prosa und Lyrik über zwei Jahrzehnte hundertfach für Stalin, später für Kim Il Sung oder Nicolae Ceauşescu ähnlich dargestellt; auf Beispiele kann hier verzichtet werden. Das alles hatte mit dem originären Marxismus im Sinne einer Weltanschauung gar nichts mehr, mit der Leninschen reduktionistischen Pragmatisierung des Marxismus einiges, mit seiner nun als Stalinismus auftretenden Devastierung alles zu tun. Eine solche »Weltan-

schauung« konnte für — und hier ist nur von diesen die Rede — Intellektuelle gleich welcher Art, Herkunft, Stellung und Haltung nicht mehr annehmbar sein; dies mußte Brüche und Risse in ihrem Verhältnis zur politischen und gesellschaftlichen Ordnung, Abwendung und Abscheu, lethargische Verzweiflung oder aktive Gegnerschaft erzeugen.

Der Selbstmord Majakowskis 1930 — ein Akt der Verzweiflung, nicht durch die Dame Brik und den Alkohol verursacht — hätte, um die Bemerkung Herzens im »Teleskop« zu Tschaadajews Aufbegehren 1836 zu zitieren, »wie ein Schuß in dunkler Nacht« wirken müssen, er tat es nicht.

Diese Erosionen, Konflikte und Kollisionen fanden vor allem innerhalb der Staatssozialismen statt und sie begannen, wie gesagt, bereits in den Jahren 1919/1922 in der entstehenden UdSSR. Es waren Weltanschauungs- und Bündnisfragen, in denen sich die Widersprüche entluden. Die mit Vorstellungen über künftige proletarische Revolutionen und die Errichtung sozialistischer Gesellschaften in Europa wie mit der Sorge um den Fortbestand der UdSSR verbundenen Entwürfe Gramscis zum Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz entstanden um/nach 1930. Sie hätten früher kommend an der Ausgangslage in Sowjetrußland nichts verändert, so wie sie später als welt- und wirklichkeitsfremde Utopien eines Gefängnisinsassen oder als »Abweichungen«, »Irrtümer«, also als »gefährlich« bezeichnet und bekämpft wurden. Ähnliches widerfuhr den geistigen (marxistischen), revolutions- und gesellschaftstheoretischen wie bündnispolitischen Rettungsversuchen durch Vertreter europäischer kommunistischer Parteien in der Komintern, von denen viele über das Hotel Lux — einer Art Conciergerie der »čistka« — in der Lubjanka, Butyrka oder Taganka, in Lefortowo und anderswo endeten. Nach 1945 unternahmen Ernst Fischer, Roger Garaudy, Jean-Paul Sartre, Palmiro Togliatti und andere im »Westen«, erneut russische beziehungsweise sowjetische Intellektuelle sowohl in der Emigration als auch unter ständiger Lebensgefahr in der Sowjetunion noch unter Stalin, oder Adam Schaff, Milovan Djilas, Edvard Kardelj, die sogenannten Prager Reformer und andere im »Osten« ähnliche erfolglose Versuche.

\* \* \*

Nach einer Sitzung des »Sovnarkom« vom Januar 1918, in welcher neben anderen folgenschweren Beschlüssen der »rote Terror« mit aus-

drücklichen historisierenden und vokabularischen Rückgriffen — wie schon in Lenins »Aufruf an die Petrograder Arbeiter« vom Oktober 1917 mit Danton-Zitaten — auf die jakonische *terreur* zwischen 1792 und 1794 ideologisch, institutionell und administrativ installiert wurde, entstanden die ersten Proskriptionslisten. In den Jahren 1918/1921 kam es außer Deportationen und Liquidationen zu ersten Ausweisungen größerer Gruppen von als »Schädlinge« und »Volksfeinde« bezeichneten Intellektuellen. Beteiligte der (noch) »ersten Petrograder Sache«, welche die Forderungen des Kronstädter Sowjets der Matrosen, Soldaten, Arbeiter und Intellektuellen für ebenso berechtigt hielten wie die der bäuerlichen Sowjets im Gouvernement Tambow und anderswo, wurden erschossen, wie z. B. Nikolai Gumiljow, der Lebensgefährte Anna Achmatowas und Vaters ihres gemeinsamen Kindes Lew.

Die Proskriptionen wurden fortgesetzt in dem von Lenin gegen erhebliche Bedenken und Einwände anderer durchgesetzten Beschluß des »Sovnarkom« vom September 1922, nun über 160 namhafte Intellektuelle (Historiker, Soziologen, Philosophen, Schriftsteller, Naturwissenschaftler, andere) auszuweisen, was auch geschah. Die Kampagne wurde bereits im März 1922 von Lenin inszeniert: Anlaß waren die Spengler-Solowjow-Debatte und eine von Nikolaj Trubezkoj ganz im Geiste von Nikolaj Danilewskis »Rossija i Evropa« und der großrussischen Slawophilen verfaßte Schrift zur »Verteidigung der russischen Volkskultur gegen die Gifte der westeuropäischen Zivilisation«. Lenin beauftragte Unschlicht, den stellvertretenden Chef der GPU, die Verhaftungen und Ausweisungen vorzubereiten und begründete dies in einem Brief an Gorbunow: »Meines Erachtens ist das Ganze ein literarischer Deckmantel einer weißgardistischen Organisation.«

So gelangten auf den damals mediennotorisch gewordenen »Flüchtlings-« oder »Philosophenschiffen« die späteren Eurasisten um Nikolaj Trubezkoj, Philosophen um Nikolaj Berdjajew und Wladimir Solowjow, Soziologen und Historiker um Peter Sorokin und viele andere in den »Westen«, nach Mittel- und Westeuropa, in die USA. Gleichzeitig begannen die ersten Vertreter oder Gruppen der russischen Zwangsexilierten und -emigrierten, die dann bis zum Beginn der »*čistka*« dauernden probolschewistisch/-sowjetischen Unterstützungs- und Rückkehrbewegungen »*smena vech*« mit Veranstaltungen und Veröffentlichungen ins Leben zu rufen.

Der größte Teil der »*sovetskaja intelligencija*« fiel dem Terror der dreißiger Jahre und danach zum Opfer. Von diesen Aderlässen und Trau-

mata haben sich die Sowjetgesellschaften bis zum Ende der UdSSR im Grunde nicht wieder erholt. Das Bild der Sowjetunion war aus der Innensicht fürchterlich und grauenvoll geworden, in der Wahrnehmung mit ihr sympathisierender, sich mit ihr solidarischer europäischer Intellektueller unwiderruflich verdüstert (Koestler) und zerstört (Sperber). Mehrheiten der Intellektuellen in den zunächst als volksdemokratisch, dann als sozialistisch bezeichneten Ländern waren von physischer Vernichtung wie von persönlicher Freiheitsberaubung, sittlicher und geistiger Demütigung und Unterwerfung wie von Vertreibung ebenso bedroht.

Mit der Erhebung »roten« Terrors zum Prinzip und Instrument der Politik in den Jahren 1918/1919, exemplarisch und exzessiv zwischen 1929/1934 und 1939 sowie zwischen 1945 und 1953, war für die intellektuellen Verfechter und Wortführer, Anhänger und Sympathisanten der Stalinschen Politik jenes Marxsche Postulat endgültig zu einer monströsen Absurdität geworden, dessen welthistorischer Missionsanspruch sie einmal in die oder an die Seite der kommunistischen Bewegungen, zeit- und teilweise eben auch an die Seite der KPR(B)/KPdSU und der UdSSR geführt hatte: Es sei der geschichtliche Beruf des Proletariats, *alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.*

\* \* \*

An einigen weiteren Beispielen soll abschließend gezeigt werden, wie das für die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft, ihrer Gegenwart und Zukunft lebensnotwendige, unverzichtbare Bündnis zwischen »Macht und Geist« vor und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht endlich hergestellt, sondern weiter zerstört wurde — immer noch in vermeintlichen Phasen des Aufstiegs eines (ostmittel- und südost-)europäischen Staatssozialismus mit außereuropäischen Wirkungen, die jedoch bereits zunehmend die Zeichen des Zusammenbruchs trugen. Das immer wieder erscheinende *menēh tēkel u pharsīn* wurde mißachtet, entfernt oder übertüncht.

Der »ersten (noch) Petrograder« von 1921 folgte die »zweite (nun) Leningrader Sache« von 1946. Ihre verheerenden Folgen sind weithin bekannt: Um die Zeitschriften »Leningrad« und »Zvezda« hatten sich Kreise intellektueller Politiker, Militärs sowie Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller gebildet, darunter Überlebende des Terrors der dreißi-

ger Jahre, die bei allen verschiedenen Herkunftfen und unterschiedlichen Standpunkten die Absicht und der Wille verbanden, nun nach dem Siege im »Großen Vaterländischen Krieg«, der auch das Grauen der »čistka« allmählich überdeckte, einen neuen Anfang vor allem der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gestaltung der Sowjetgesellschaft und ihres Staatswesens zu unterstützen und nach Kräften mitzugestalten.

Bei Stalin und seiner Umgebung weckte dies Mißtrauen, Furcht und Erinnerungen an vergleichbare Zirkel in Petersburg nach dem siegreichen Ende des »Vaterländischen Krieges«, die schließlich in der Dekabristen-Emeute verendeten. Shdanow wurde beauftragt, eine ideologische Kampagne gegen Kosmopolitismus, bürgerliche Dekadenz, bourgeoise Haltungen, gegen Abweichler- und Renegatentum, konterrevolutionäre, antisowjetische Machenschaften zu inszenieren, was auch geschah. Die Leningrader Gruppen und Zirkel wurden zerschlagen, die nächsten Säuberungen und Schauprozesse vorbereitet und nach den Mustern von 1936/1939 bis 1952/1953 durchgeführt. Die »inneren Säuberungen« wurden nach außen übertragen und in der Tätigkeit des bereits 1946 vorbereiteten, 1947 gegründeten Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) fortgesetzt. Es wurde zum wesentlichen ideologisch-administrativen Instrument der nun einsetzenden Stalinisierungen in den Volksdemokratien und der Vorbereitungen der diese mittels legalistisch-juristischen Staatsterrors einleitenden und stützenden Schauprozesse von Tirana über Sofia, Budapest bis vorläufig nach Prag mit vorgesehenen Fortsetzungen in Bukarest, Warschau und Berlin.

Auf einem bulgarischen Grabstein steht: »Hier sind drei Petkovi bestattet, ermordet von Bulgaren«. Der vierte, Nikola Petkov, wurde am 27. September 1947 hingerichtet. Der Prozeß gegen ihn ist der Beginn der genannten Schauprozesse und er demonstriert bereits alle späteren ideologischen, politischen Konstruktionen und Konsequenzen dieser Art Stalinschen Terrors.

Der Vater Dimităr gehörte zu den führenden Liberalen Bulgariens zwischen den Weltkriegen. Er war Bürgermeister von Sofia, Minister für Bauwesen, zeitweise Präsident der Nationalversammlung und Ministerpräsident. Der Sohn erhielt eine akademische Ausbildung in Sofia und Paris, trat in den diplomatischen Dienst und war zeitweise Sekretär der bulgarischen Gesandtschaft in Frankreich. Hier bemühte er sich ergebnislos um französische und englische Signale an Bulgarien, um sich der drohenden Einverleibung in Hitlers kriegsvorbereitende Pakte und Aktionen entziehen zu können. Nach dem Verbot aller Parteien durch einen

Erlaß des Königs/Zaren Boris III. vom Mai 1934 arbeitete Nikola Petkov zunächst illegal für die Bulgarische Bauernpartei (BBP) und später gewählt legal im Sofioter Agrarkollegium. Im August 1943 entstand der Nationalrat der Vaterländischen Front, dort vertrat er die BBP und wirkte für ein Mehrparteiensystem als Grundlage der in Bulgarien zu errichtenden Volksmacht. In einem Artikel »Über die Demokratie« in »Zemedelsko Zname« vom 18. Oktober 1944 schrieb er: »Auch heute noch besteht das Wesen der Demokratie in den Ideen der Französischen Revolution — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit [...] Es gibt keine wahre Demokratie ohne völlige Freiheit — politisch wie ökonomisch.« In der ersten Nachkriegsregierung war er Minister ohne Geschäftsbereich; die von Stalinisten inszenierten Kontroversen in Parlament und Regierung führten schließlich zur Bildung einer legalen parlamentarischen Opposition aus Bauernpartei und Sozialistischer Partei. In ihrer Zeitung »Narodno Zemedelsko Zname« setzte sich Petkov für ein breites Bündnis zwischen Arbeitern (Kommunistische Partei), Bauern (Bauernpartei), Angestellten, Intellektuellen, Handwerkern, Gewerbetreibenden, Unternehmern (Sozialistische Partei) ein — wohl wissend und wollend, daß man die Kommunisten vor allem im Interesse einer Lösung von der Bevormundung durch Stalin aus ihrer Minderheitensituation herausführen, mehrheits- und regierungsfähig machen müsse. Im September 1946 sprachen sich die Bulgaren in einem Referendum mehrheitlich für die Gründung einer Volksrepublik und die nun auch formale Beseitigung der Monarchie aus. Im Mai 1947 legte Petkov einen Verfassungsentwurf vor, nach welchem Bulgarien eine Volksrepublik auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage, ein freier und unabhängiger Staat sein solle. Gleichzeitig unterstützte er öffentlich Bündnisse mit der UdSSR, mit Nachbarstaaten und die von Dimitroff und Tito zu dieser Zeit vorangebrachten Vorstellungen und Vorbereitungen zur Bildung einer Balkan-Föderation.

Im Artikel 3 des Verfassungsentwurfes hieß es, daß »alle Macht von Volke ausgehen solle, ihm gehöre und sich niemand deren Ausübung gegen den Willen des Volkes anmaßen dürfe«. Damit wandten sich der Verfasser und der Entwurf eindeutig gegen die bereits begonnenen Stalinisierungen und die Bestrebungen, die Vaterländische Front über eine Einparteienherrschaft Stalinscher Prägung zu entmachten. Petkov wurde beschuldigt, eine militärische (!) Verschwörung vorzubereiten, verhaftet und verurteilt. Er blieb standhaft und erklärte vor Gericht, daß seine Position die gleiche sei wie am 9. September 1944: »Das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern beziehungsweise ihren Parteien zu

schaffen, gleiche Rechte und Pflichten zu gewährleisten und gemeinsam die Volksrepublik Bulgarien aufzubauen.« Auf Veranlassung der von Stalin kontrollierten, ihm hörigen bulgarischen Politiker und Juristen wurde Petkov zum Tode verurteilt und hingerichtet. Die Bauernpartei und andere parlamentarische Organisationen wurden verboten, im Lande begann nach 1944/1945 eine neue Welle von Deportationen und Liquidierungen. Die Nachkommen der Hingerichteten bekamen in Personaldokumente den Vermerk: »Sohn/Tochter eines nach dem 9. September Liquidierten« und trugen ihn noch Jahre später.

Nikola Petkov war der Prototyp eines volksdemokratischen Politikers und eines Volksintellektuellen, der Verfechter eines demokratischen und nicht stalinisierten Bündnisses von Bauern, Arbeitern, Intellektuellen und anderen als Grundlage des Aufbaus einer Volksdemokratie. In seiner Person verkörpern sich die in den sogenannten »Wege«-Diskussionen sichtbar werdenden Möglichkeiten, wenigstens zu versuchen, nach dem Zweiten Weltkrieg in Ostmittel- und Südosteuropa nichtstalinisierte, volksdemokratisch verfaßte Gesellschaften und Staatswesen zu errichten. Die Verwirklichung dieser Möglichkeiten wurde gewaltsam verhindert; damit entstanden in der oben beschriebenen vermeintlichen Aufstiegsphase der stalinisierten Staatssozialismen die Ursachen und Merkmale ihres schließlichen Zusammenbruchs.

Unter dem Eindruck der Entstalinisierungen um den XX. Parteitag der KPdSU bis zu ihren Fortsetzungen um den XXII. Parteitag gab es in Polen, auf andere Weise ähnlich in Ungarn oder Jugoslawien verschiedene Versuche Intellektueller innerhalb der Partei und ihr Nahestehender, den Stalinismus durch die Wiederherstellung des originären Marxismus zu überwinden:

Adam Schaffs »Marxismus und Humanismus« mit ausdrücklichen Bezügen auf die vorn erwähnten Aussagen von Marx und viele weitere gleichlautende Textstellen und Wirkungen auf andere staatssozialistische Länder beziehungsweise in sozialistische Gesellschaften war der erste Versuch, einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zu entwerfen und einzufordern. Die Chefideologen der KPdSU unterbanden dies mit Hilfe ihrer Gefolgsleute in der polnischen und in den anderen Parteien, indem sie diese und ähnliche Auffassungen mit dem Existentialismus Sartres gleichsetzten und damit kurzerhand als konterrevolutionär bezeichneten; ähnliches geschah später mit den Ansichten der jugoslawischen sogenannten »Praxis-Gruppe«.

Diese Absichten und anderer in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, vereinzelt schon damals in Bulgarien und Rumänien sowie in der UdSSR waren jedoch nicht die gewaltsame oder gewaltlose Beseitigung, sondern eine im Marxschen Sinne verstandene Rehumanisierung des stalinisierten Staatssozialismus um seines Überlebens und seiner schließlichen Überlegenheit willen; die oben genannte Vorstellung wurde bereits in den fünfziger Jahren formuliert, ehe sie dann Ende der sechziger für kurze Zeit zum Programm eines sozialistischen Reformbündnisses zwischen einer »regierenden kommunistischen Partei« und den ihr angehörenden oder nahestehenden Intellektuellen wurde; das Ende dieses vorerst letzten Versuchs ist bekannt.

Es ist kein Paradoxon, sondern ein evidentes historisches Faktum festzustellen, daß der Aufstieg wie der Zusammenbruch des Staatssozialismus im Entstehen des originären Stalinismus und der Stalinisierungen in den volksdemokratischen, dann sozialistischen Ländern oder Staaten und ihren Gesellschaften begründet sind. Letzten Endes ist dieser Jahrhundertversuch an seinen eigenen Gebrechen, nicht zuletzt an seiner Unfähigkeit gescheitert, seine Gegenwart und Zukunft auf ein geschichtlich neues Verhältnis von Macht und Geist zu gründen.

\* \* \*

Spezielle Veröffentlichungen zum — in Hinsicht auf das Bisherige kurz gesagt — Verhältnis von »Macht und Geist« im Staatssozialismus sind in den entsprechenden Ländern Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas heutzutage ebenso selten wie solche zu den generellen Problemen: den Ursachen, Verläufen und Folgen des Aufstiegs und Zusammenbruchs dieser Ordnung im »kurzen 20. Jahrhundert«. Es gibt wenige Ausnahmen, man ging und geht zur Tagesordnung über — offen bleibt, zu welcher.

Deshalb ist es bemerkenswert, daß aus der westlichen Hemisphäre nun in deutscher Übersetzung eine großangelegte Studie vorliegt, die in Frankreich angesichts seiner politischen und kulturellen wie geistes- und sozialwissenschaftlichen, in den letzten Jahrzehnten vor allem sozial- und kulturhistoriographischen, mentalitätsgeschichtlichen, soziologischen, gesellschafts- wie *politikwissenschaftlichen* (dort in Ansätzen seit den Enzyklopädisten des 18. und als selbständiges Konzept — Tocqueville!

— seit der Mitte des 19. Jahrhunderts) Traditionen große Beachtung fand:<sup>1</sup>

Über die »Ära Barrès [...] Gide [...] Sartre« untersucht Winock eine in der europäischen Sozial- und Kulturgeschichte einmalige Entwicklung: Die Formierung der *intellectuels français* zu einer, wie man sagen könnte: »politischen Klasse« in der Folge des Dreyfus-Prozesses von 1894 und des weltberühmten Protestes von Emile Zola »J'accuse!« in der »Aurore« vom 13. Januar 1898 bis zu den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Es ist hier nicht der Ort, diese Studie vorzustellen, die in der wissenschaftlichen Publizistik der letzten Jahre einmalig ist. Vielmehr sollen aus ihr einige Anregungen in Hinsicht auf das Thema dieses Beitrages gewonnen werden, die von Ingrid Galster bereits im Vorwort induziert werden: »In Deutschland (wie in den oben genannten Ländern – W. G.) läßt die wissenschaftliche Aufarbeitung der Intellektuellengeschichte noch auf sich warten [...] Welches wären [...] mögliche Akteure und Situationen, die eine Geschichte der deutschen Intellektuellen analog jener Michel Winocks beispielhaft vorführen müßte? Gab es in Deutschland wie in Frankreich große Intellektuelle wie Barrès, Gide und Sartre, die ihrer Epoche ihren Stempel aufdrückten? Wo sind die *tertia comparationis* für einen deutsch-französischen Vergleich?«

Wo sind dieselben für eine vergleichende Untersuchung der Anschauungen, Haltungen, Bewegungen der Intelligenzen im Staatssozialismus? Es wäre ebenso notwendig wie ergiebig, *vergleichend* mittels eines sozial- und kulturhistoriographischen, mentalitäts- und politikgeschichtlichen, kultursoziologischen und -psychologischen methodischen Ansatzes sowohl diese Themen wie solche zu untersuchen, welche den geschichtswissenschaftlichen Vorlauf dazu bilden können:

Die jeweils auf die zeitgeschichtlichen ideologischen, politischen, sozialen, ökonomischen, kulturellen Um- und Zustände vergleichend bezogenen »Denk- und Daseinsweisen«, Anschauungen, Haltungen, Bewegungen, die sozialen und moralischen »Schicksale« etwa der – »*intellectuels français*« und der »*russkaja intelligencija*« zwischen 1880–1900–1910, – europäischen Intellektuellen und der *sovetskaja intelligencija* zwischen 1925–1939/1941–1945/1955–1985,

---

1 Siehe Michel Winock: Das Jahrhundert der Intellektuellen. Konstanz 2003.

– »Träger des Geistes« und ihrem Verhältnis zu den »Inhabern der Macht« in post-staatssozialistischen Ländern und Gesellschaften heute.

Schließlich wäre angesichts der entschieden »geistlosen« politischen Allmacht der herrschenden Gruppen des amerikanischen Weltimperialismus und seiner Vasallen zu fragen, welche Konstellationen, Konflikte, Konfrontationen im begonnenen 21. Jahrhundert überhaupt und zwar global, nicht nur regional zwischen »Macht und Geist«, den Inhabern der Macht und den Trägern des Geistes — sofern die letztere Bezeichnung überhaupt noch sinnvoll, brauchbar ist — zu erwarten sind. Eingang wurde auf das Ausbleiben eines Friedensvertrages für Deutschland hingewiesen. Es wurde inzwischen zu einem der Kennzeichen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, daß Kriege weder durch Friedensverträge beendet noch erklärt werden. Das trifft für die beiden diesen Zeitraum dominierenden Weltmächte ebenso zu wie für andere kriegführende Staaten. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde gewissermaßen als »vernünftiger Abschluß unvernünftiger Handlungen« als Gegenstück zu der allerdings höchst fragwürdigen »Kunst des Krieges (oder Kriegführens)« — ein im Grunde zynischer Euphemismus — die »Kunst des Friedensschlusses (oder Friedensschließens)« entwickelt und angewandt, vom friedlichen Ausgleich bis dahin in mörderischen Auseinandersetzungen ausgetragener Interessengegensätze bis zum Diktatfrieden.

Diese »Kunst« ist inzwischen verlorengegangen, ein weiteres Zeichen für das endgültige Versagen des »Geistes« vor der »Macht« und für den Charakter jener nun vollkommen »geistlosen Macht«, die das 21. Jahrhundert mit nichterklärten Kriegen begann und erklärtermaßen beabsichtigt, diese zur Errichtung einer Machthegeemonie über den Rest der Welt fortzusetzen.

ECKART MEHLS

## **Zu einigen spezifischen Aspekten der Verhältnisses der polnischen Intelligenz zur »Macht« in der Volksrepublik Polen**

Bestandteil der auf dieser Konferenz zu diskutierenden Fragestellung nach Ursachen von Aufstieg und Fall des osteuropäischen Staatssozialismus ist nicht zuletzt die Frage nach den Trägern der gesellschaftlichen Umgestaltungen, nach ihrem Verhältnis zu den Massen bzw. zu einzelnen Klassen, Schichten und sozialen Gruppen. Eingeschlossen ist hier nicht nur die Frage nach dem Verhältnis von quantitativen und qualitativen Aspekten der Fähigkeit zur Führung so tiefgehender revolutionärer Prozesse am Ausgangspunkt derselben, sondern in vielleicht noch stärkerem Maße die Frage nach der Fähigkeit der die Macht in den Händen haltenden politischen Kräfte, die Basis für die Behauptung und den Ausbau der auf welchem Wege auch immer errungenen Macht schrittweise zu verbreitern und damit das Verhältnis von Diktatur und Demokratie als ein grundlegendes Dilemma jeder Revolution positiv zu überwinden.

Wie sicher bekannt ist, haben unmittelbar nach dem russischen Revolutionsjahr 1917 französische Intellektuelle den Versuch unternommen, in einer Reihe von Anhörungen, organisiert von der Liga für Menschenrechte, sich einen fundierten Standpunkt zu den Vorgängen in Rußland zu erarbeiten und diesen der Öffentlichkeit zu präsentieren. In der letzten dieser zwischen November 1918 und Ende März 1919 stattfindenden Anhörungen ergriff Alphonse Aulard, der bekannte Nestor der Revolutionsforschung in Frankreich, das Wort und setzte in einer von Engagement und Pathos getragenen Rede, die er mit der Feststellung einleitete, daß sein Herz keineswegs für die Bolschewiki schlage, den in der Anhörung vorgetragenen Klagen über Demokratiedefizite in Rußland seine These entgegen: »Jede Revolution ist das Werk einer Minderheit. Wenn

mir berichtet wird, daß Rußland von einer Minderheit terrorisiert wird, dann heißt das für mich: In Rußland findet eine Revolution statt.«<sup>1</sup>

Mit dieser wesentlich auf seine profunden Forschungen zur Französischen Revolution gestützten These unterstreicht er m. E. völlig zu Recht die Notwendigkeit, politische Konstellationen in revolutionären Umbruchzeiten mit anderen Maßstäben zu bewerten, als sie für »normale«, »postrevolutionäre« Perioden der Gesellschaftsentwicklung Gültigkeit haben. Ist jede Revolution Werk einer Minderheit, so kann die sich aus ihr zu entwickelnde neue Gesellschaft schon nicht mehr das Werk eben jener kleinen revolutionären Minderheit allein sein. Und der Versuch der Bolschewiki, sich kurzerhand, wie Wolfgang Geier es hier in seinem Referat treffend charakterisierte, selbst zur Mehrheit zu ernennen und daraus ihren unteilbaren Führungsanspruch abzuleiten, konnte in keiner Weise die unerläßliche Erweiterung der politischen Basis, das Ringen um die Heranziehung und Einbeziehung der »Mehrheit« der Gesellschaft in den Prozeß ihrer dauerhaften und grundlegenden Umgestaltung, und zwar nicht nur als Vollstrecker des höheren Willens der Avantgarde, sondern als gleichberechtigte, mündige, von eigenen und spezifischen Interessen geleitete Mitgestalter, ersetzen.

Wie auch immer wir diesen notwendigen Übergang zu neuer politischer Philosophie und Praxis bezeichnen wollen, es ist die Frage zu stellen, welche objektiven Möglichkeiten für diesen Prozeß der Verbreiterung der Trägerschaft der gesellschaftlichen Umgestaltung in der jeweiligen konkreten Situation bestanden und wie es gelungen ist, diese Möglichkeiten politisch umzusetzen.

Daß in diesem Zusammenhang der Haltung der Intelligenz (auf interpretierende Bemerkungen zur Problematik Intellektuelle–Intelligenz sei hier bewußt verzichtet) und ihrer Rolle in der und für die Entwicklung der den Gegenstand der Untersuchungen und Fragestellungen bildenden Gesellschaftsordnung eine herausragende Bedeutung zukommt, steht nicht in Frage. Ausführliche Begründungen dafür seien hier ausgespart, obwohl allein dies aus meiner Sicht ein höchst interessanter Gegenstand tiefergehender Untersuchungen wäre.

Die Tatsache, daß Wolfgang Geier sich hier dieser Problematik unter der Problemstellung »Geist und Macht« angenommen hat, reiht sich in eine seit langem international geführte Diskussion ein.

---

1 Zitiert bei François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München/Zürich 1999. S. 94.

Deren breites Spektrum und zeitlicher Horizont werden durch Namen wie Julien Benda und sein »La trahison des clercs« (1927), Theodor Geiger, David Caute, Paul Johnson, Max Weber (»Wissenschaft als Beruf«), Werner Mittenzwei, François Furet, Czesław Madajczyk,<sup>2</sup> um nur einige wenige zu nennen, angedeutet.

Besondere Aussagekraft haben im Gesamtzusammenhang mit der Fragestellung nach dem Schicksal (nicht verstanden als passiv erlittenes Los) der Intelligenz im Staatssozialismus aus meiner Sicht Rolle, Haltungen und Entwicklungen der polnischen Intelligenz in der Zeit der Entstehung und des Bestehens der Volksrepublik Polen.

Es sind gerade wohl eine Reihe von spezifischen Besonderheiten, deren Untersuchung und Wertung es erlauben, allgemeine Aussagen zur Intelligenz und ihrer Haltung zur Revolution, zu sozialistischem Gedankengut, zu den verfehlten Versuchen der Errichtung sozialistischer Gesellschaften und zu dem ambivalenten, in seiner Entwicklung sehr wechselvollen und daher für den am Gegenstand interessierten Forscher in höchstem Maße spannenden Wechselverhältnis von Intelligenz und Trägern der politischen Macht in den mittel- und südosteuropäischen Ländern staatssozialistischer Prägung zu präzisieren und um zahlreiche interessante Facetten zu erweitern. Hiermit hängt wohl sicher auch die Tatsache zusammen, daß im vergleichenden Blick auf diese Länder die diesem Gegenstand gewidmete Literatur einen auffällig herausragenden Umfang aufweist (und dies im übrigen nicht erst seit dem Ende der Volksrepublik Polen).

Dem hier gegebenen Rahmen einer knappen Diskussionsbemerkung angemessen, sei mir unter Verzicht auf ausführliche Erläuterungen und Begründungen gestattet, lediglich auf einige Aspekte kurz zu verweisen, die meine Thesen von den spezifischen Besonderheiten untermauern sollen.

Als eine erste der m. E. zu berücksichtigenden Besonderheiten beachte ich die Tatsache, daß es im Unterschied zu anderen Ländern

---

2 Siehe Theodor Geiger: Aufgabe und Stellung der Intelligenz in der Gesellschaft, Stuttgart 1949. – David Caute: The Fellow Travellers. Intellectual Friends of Communism. New Haven 1988. – Paul Johnson: Intellectuals. London 1988. – Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000. Leipzig 2001. – François Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München/Zürich 1999. – Czesław Madajczyk: Klerk czy intelektualista zaangażowany? Poznań 1999.

Mittel- und Südosteuropas in Polen von Anfang an eine wesentlich distanziertere Haltung der Intelligenz gegenüber den sich herausbildenden neuen Machtstrukturen gegeben hat. Dies betrifft sowohl quantitative wie auch qualitative Seiten des Problems.

Zu suchen sind die Ursachen dafür aus meiner Sicht vor allem in:

– Einer historisch bedingten spezifischen Auffassung innerhalb der polnischen Intelligenz von ihrer gesellschaftlichen Rolle. Im wesentlichen auf Wirkungen der polnischen Teilungen auf die Entwicklung der polnischen Gesellschaft und ihrer sozialen Schichtung (Spezifika/Defizite der Entwicklung einer modernen Bürgergesellschaft) zurückzuführende Folgen sind u. a. eine etwas andere Ausprägung des Selbstverständnisses/Elitebewußtseins der polnischen Intelligenz. Adelstradition und damit zusammenhängende Distanz zum »Volk« prägen, etwa im Vergleich zu den entsprechenden Verhältnissen in anderen osteuropäischen Ländern (Tschechoslowakei, Bulgarien), in starkem Maße Denk- und Verhaltensweisen weiter Kreise der polnischen Intelligenz.

– Auch das Erscheinungsbild der linksorientierten (und insbesondere der entweder direkt der kommunistischen Bewegung zuzuordnenden bzw. mit ihr sympathisierenden/nahestehenden) Intelligenz weist in Polen zu beachtende besondere Züge auf. Die von François Furet in seinem »Ende der Illusion« ausführlich beschriebene »Faszination der Oktoberrevolution« galt für die polnische Intelligenz in weitaus geringerem Maße als für die Angehörigen dieser sozialen Gruppe in anderen europäischen Ländern. Das Eingebettetsein in das schwierige Verhältnis Rußland–Polen führte zu einem, oft vielleicht nur im Hintergrund/unbewußt wirkenden, stärker ausgeprägten Blickwinkel auf die »russische« Oktoberrevolution als auf deren, wie Furet es charakterisierte, universellen Charakter. Der sowjetisch-polnische Krieg 1920/1921, nicht zuletzt aber auch der Umgang der Komintern mit der Kommunistischen Partei Polens sowie die Haltung, Rolle und praktisch erfahrbare Politik der Sowjetunion zwischen August 1939 und Juni 1941 bewirkten ein übriges.

– Die Schärfe der Auseinandersetzungen um die politische und territoriale Gestalt Polens in der Nachkriegszeit und seine internationale Stellung übertrafen bei weitem vergleichbare Entwicklungen in anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten. Der faktische Dualismus polnischer Staatlichkeit, unabhängig von den offiziellen Regelungen in weiten Kreisen der polnischen Gesellschaft als solche und damit als noch offenes Problem empfunden, fanden in vielfältiger Weise in Denkhaltungen und

damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen in Kreisen der polnischen Intelligenz ihren Niederschlag.

Als unmittelbare Wirkung der unter Verzicht auf ausführlichere Begründungen und Erläuterungen hier nur knapp skizzierten Faktoren steht am Beginn der Entwicklung neuer Machtstrukturen in Polen der neuen Macht eine Intelligenz gegenüber, die für die aktive Mitwirkung an der Ausgestaltung dieser Macht zu gewinnen sich nicht nur schlechthin als schwierig gestaltete, sondern sich letzten Endes als nicht machbar erwies.

In seiner sehr lesenswerten Untersuchung »Klerk czy intelektualista zaangażowany?« zeichnet Czesław Madajczyk<sup>3</sup> ein m. E. sehr gelungenes Bild von den widersprüchlichen und sich in ständiger Veränderung befindlichen Haltungen der Angehörigen der polnischen Intelligenz in den ersten Nachkriegsjahren, worüber im übrigen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Polen ein sehr interessanter und aufschlußreicher Streit geführt wurde. Diese Entwicklungen hier nachzuzeichnen, obwohl angesichts des Gegenstandes sehr reizvoll, ist leider nicht möglich, einige zusammenfassende Bemerkungen seien jedoch gestattet:

*Erstens:* Es ist Madajczyk voll zuzustimmen, wenn er zu dem Schluß kommt, daß die Phase wesentlicher Auseinandersetzungen und eines intensiven Ringens innerhalb der Intelligenz um einzuschlagende Wege im Prinzip Mitte der fünfziger Jahre ein Ende findet. Etwas überspitzt und vereinfacht kann die Feststellung getroffen werden, daß zu diesem Zeitpunkt die »Macht« den Kampf um die Intelligenz verloren hat. Unmittelbare Einblicke in die Entwicklung der Intelligenz Polens in dieser Zeit und damit auf die Ursachen für das letztendliche Scheitern der Vertreter der neuen Macht, die Intelligenz als Ganzes in den von ihr geplanten »Aufbau des Sozialismus« einzubeziehen, vermittelt auch die polnische Soziologin Maria Hirszowicz mit ihrem 2001 veröffentlichten Buch »Pułapki zaangażowania«.<sup>4</sup>

*Zweitens:* In dieser Zeit, in der unterschiedlich zu bewertende Abschnitte (Streit um den polnischen Weg zum Sozialismus, Stalinisierung, Tauwetter) zu betrachten sind, stehen sich vor allem verschiedene Gruppen der sogenannten alten Intelligenz gegenüber. Die Untersuchung der

3 Siehe Czesław Madajczyk: Klerk czy intelektualista zaangażowany? Poznań 1999. 584 S.

4 Siehe Maria Hirszowicz: Pułapki zaangażowania. Intelektualiści w służbie komunizmu. Warszawa 2001. 290 S.

Motivationslagen einzelner dieser Gruppierungen läßt die Dramatik der Auseinandersetzungen dieser Zeit, aber auch persönliche Befindlichkeiten vieler international bekannter polnischer Intellektueller spürbar werden. Die Herausarbeitung eines von Madajczyk so bezeichneten »geopolitischen Pragmatismus« als eine solche Motivationslage einer großen Gruppe der neuen Macht im Prinzip ablehnend gegenüberstehender Intellektueller ist m. E. für das tiefere Verstehen des Geschehens in Polen sehr hilfreich.

*Drittens* schließlich ist eine für die hier in Rede stehenden Entwicklungen in Polen aus meiner Sicht besonders interessante Erscheinung festzuhalten: die Tatsache, daß es in Polen nicht gelungen ist, das, was einst von Lenin als eine der grundlegenden kulturpolitischen Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft postuliert worden ist, auch nur in Ansätzen zu realisieren, nämlich die Schaffung einer neuen, mit der Sache des sozialistischen Aufbaus in damaliger Sicht verbundenen Intelligenz. Sowohl was die soziale Rekrutierung als auch was die geistige Orientierung und politische Rolle der unter den Bedingungen der neuen Macht ausgebildeten Intelligenz betrifft, sind gravierende Unterschiede gegenüber den Verhältnissen in anderen mittel- und südosteuropäischen Ländern festzustellen. Dieser Problemkreis ist, soweit ich das überblicke, noch relativ wenig als eigenständiger Gegenstand untersucht worden, hat aber für die Analyse der Ursachen des Scheiterns des über Jahrzehnte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa bestehenden Gesellschafts-systems einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert.

Zusammenfassend sei festgestellt, daß es in Polen bereits nach relativ kurzer Zeit klar erkennbar war, daß die Mehrheit der polnischen Intelligenz sich den Bestrebungen, sie als »Bündnispartner« für den »sozialistischen Aufbau« zu gewinnen, verweigerte. Seit Mitte der fünfziger Jahre vergrößerte sich zunehmend die politische Distanz zwischen der Intelligenz und der »Macht«, die Intelligenz wurde schrittweise zu einem der entscheidenden Träger der sich herausbildenden und an Gewicht ständig gewinnenden Opposition.

Daß die Entwicklungen in Polen seit dem Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zugleich einen zunehmenden Einfluß auf die sich vertiefende Krise des Staatssozialismus in Osteuropa nahmen, steht außer Frage. Insofern bilden weitergehende Untersuchungen zu diesem speziellen Gegenstand für den an dem auf dieser Konferenz behandelten Problemkreis Interessierten ein noch viele offene Fragen enthaltendes Forschungsfeld.

MICHAEL BRIE

## **Der sowjetische Staatspartei Sozialismus im Lichte der Marx'schen Theorie »progressiver Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«**

Der sowjetische Staatspartei Sozialismus als Alternative zu den kapitaldominierten westlichen Gesellschaften ist 1989 untergegangen. Die Frage nach einer »anderen Welt« aber ist heute aktueller als vor fünfzehn Jahren. Sie bildet den Kern einer neuen globalen Bewegung, der Bewegung des Weltsozialforums, Tausender von sozialen Bewegungen, Initiativen, Organisationen, die die Vorherrschaft des Neoliberalismus und seiner Imperien herausfordern und intensiv an einem eigenen Selbstbewußtsein und an gesellschaftlichen Alternativen arbeiten.<sup>1</sup> Welches sind aber Kriterien für eine »andere Welt« heute? Was kann dabei gelernt werden von Experimenten der Vergangenheit? Kann die theoretische Reflexion der geschichtlichen Erfahrungen Bleibendes formulieren für Aufbrüche zu neuer Fahrt?

Vom Standpunkt der staatskommunistischen Parteien waren die Entstehung und der vermeintliche Siegeszug der staatspartei sozialistischen Gesellschaften immer mit Marxens Theorie von der progressiven Abfolge der Gesellschaftsformationen begründet worden. Was aber bleibt davon, nach dem Vergehen dieser Gesellschaften? Wird dadurch Marxens Theorie selbst ad absurdum geführt oder bleibt sie des »Aufhebens« wert?<sup>2</sup> Im folgenden will ich eine einzige Behauptung diskutieren, die ich für die Zukunft sozialistischer Bewegungen als entscheidend ansehe: *Der*

---

1 Siehe dazu u. a. Jai Sen/Anita Anand/Arturo Escobar/Peter Waterman: World Social Forum. Challenging Empires. New Delhi 2003. – William F. Fisher; Thomas Ponniah (eds.): Another World is Possible. Popular Alternatives to Globalization at the World Social Forum. Nova Scotia 2003.

2 Siehe dazu auch Michael Brie: Kollaps der Modernisierung oder globale Revolution der Modernisierungsweise. Wider den Pessimismus der Revolutionäre. In: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften. Hamburg, Berlin 36(1994)2. S. 171–184.

*sowjetische Staatspartei-sozialismus ist untergegangen, weil er gegenüber den kapitaldominierten Gesellschaften der USA, Westeuropas und Japans, wie sie nach 1945 existierten, unter formationstheoretischem Gesichtspunkt keine höhere Stufe der Verbindung von Freiheit und Solidarität darstellte.*

Der Ursachen der Implosion des sowjetisch dominierten Staatensystems und Gesellschaftstyps, im folgenden kurz Staatspartei-sozialismus<sup>3</sup> genannt, gibt es viele. Ein Überblick über die hierzu seit 1989 veröffentlichten Bücher und Artikel beweist — »zu viele«. Rückblickend erscheint das *Entstehen* des Staatspartei-sozialismus *unterdeterminiert*, nur erklärbar aus einer Überschneidung vieler Faktoren, die jeder für sich dieses Gesellschaftssystem nicht hervorgebracht hätten, und unter denen der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hervorzuheben ist.<sup>4</sup> Rosa Luxemburgs Alternative »Sozialismus oder Barbarei« gewann gerade vor diesem Hintergrund äußerste Aktualität. Die Schlachtfelder von Verdun schienen nicht nur ihr eine grundsätzliche gesellschaftliche Umgestaltung auf die Tagesordnung zu setzen, sondern großen Teilen der Zeitgenossen, so unterschiedlich auch im Einzelnen die Antworten sein mochten. Wie auch 1945 schien vielen nur der Staatspartei-sozialismus einen Ausweg aus dieser Barbarei von Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Militarismus zu versprechen. Der *Untergang* dieses Systems dagegen erscheint *überdeterminiert*, wird mit einer Vielzahl von Faktoren begründet, die jeder für sich ausgereicht hätten, jede beliebige Gesellschaft zum Untergang zu verdammen.<sup>5</sup>

Mit dieser These greife ich bewußt in eine Diskussion ein, die gerade marxistisch geprägte Geschichts- und Gesellschaftswissenschaftler bewegen sollte — die der weltgeschichtlichen Abfolge von Produktions-

---

3 Es wird dieser Terminus gewählt, weil die Führung der kommunistischen Staatspartei die Kontrolle über die gesamte politische, wirtschaftliche, geistige und militärische Macht besaß und die dadurch konstituierten Prinzipien von Herrschaft und Vergesellschaftung diesen Gesellschaftstyp prägten.

4 So mit Recht Helmut Bock auf dieser Konferenz.

5 Siehe u. a. eigene Positionen in Michael Brie: »Selbstaufhebung« des Realsozialismus. In: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.): Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich. Hamburg 1992. S. 57–100. – Michail Brie: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Helmut Wiesenthal (Hrsg.): Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt am Main, New York 1996. S. 39–104.

weisen und Gesellschaftsformationen. Vorausgesetzt, dieses große Erbe wird nicht einfach ad acta gelegt, dann steht die Frage, ob der sowjetische Staatspartei-Sozialismus ähnlich wie die italienischen Städte des Quattrocento und Cinquecento regionale Frühformen einer neuen Ordnung — wenn auch in ungleich größerem Ausmaß, zeitweise ein Drittel der Menschheit umfassend — darstellte, oder ob er der »richtige Versuch« am »falschen Ort« war und die Unreife des Kapitalismus in Rußland vor allem ihm entgegenstand, wie viele marxistische Kritiker der Oktoberrevolution schon 1917/1918 meinten<sup>6</sup> Eine dritte Möglichkeit wäre, daß sie im Vergleich zu den kapitaldominierten Gesellschaften des Westens, mit denen sie nach 1945 im Widerstreit stand, keine »höhere Ordnung« hervorzubringen vermochte. In dieser Diskussion beziehe ich die Position, daß die Oktoberrevolution eine Ordnung hervorbrachte, die sich zwar in Rußland selbst machtpolitisch durchsetzen und für fast 75 Jahre weit über Rußland hinaus behaupten konnte, die aber gemessen an jenen Maßstäben, die die marxistische Formationstheorie selbst formuliert hatte, dem weltgeschichtlichen Konkurrenten USA unterlegen war. Es war diese Unterlegenheit, die zur Niederlage im Kalten Krieg führte.

Die formationstheoretische Analyse des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus ist alles andere als neu. Schon prospektiv hatte Marx 1844 die Frage nach dem »rohen Kommunismus« als der »erste(n) positive(n) Aufhebung des Privateigentums«<sup>7</sup> gestellt, der »die notwendige Gestalt und das energische Prinzip der nächsten Zukunft« sei, aber »nicht als solcher das Ziel der menschlichen Entwicklung« — für das zu diesem Zeitpunkt noch der Begriff *Sozialismus* stand.<sup>8</sup> In der »Kritik des Gothaer Programms« wird dann eine Zwei-Phasen-Theorie des Kommunismus entwickelt, deren erste Phase noch mit den »Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt«,<sup>9</sup> behaftet sei. Die Entstehung des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus löste umfangreiche marxistisch inspirierte Analysen aus, die in einer eigenen Transformationstheorie (Bucharin) und Überlegungen zur »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation« (Preobraschenski, Trotzki) mündeten. Es wurde

---

6 Prominent vor allem Karl Kautsky und Georgi W. Plechanow.

7 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 40. S. 535.

8 Siehe ebenda. S. 546.

9 Siehe Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 19. S. 20.

auch versucht, Vorstellungen der sogenannten »asiatischen Produktionsweise« auf diesen Sozialismus anzuwenden.<sup>10</sup>

Im folgenden will ich vier Fragen nachgehen: (1) Inwieweit werden in der aktuellen marxistischen Diskussion Kriterien progressiver Abfolgen von Formationen aufgestellt? (2) Ist es möglich, aus Marxens Formationstheorie Maßstäbe zur Bewertung von Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt »niederer« und »höherer« Formationen zu gewinnen? (3) Wie ist der Staatspartei Sozialismus unter dem Gesichtspunkt solcher Maßstäbe im Vergleich zu den kapitaldominierten Gesellschaften des Westens zu qualifizieren, mit denen er im »Systemwettbewerb« stand? (4) Welche Bedeutung haben derartige Überlegungen für aktuelle sozialistische Programmatik und Politik?

## 1. DER VERZICHT AUF DIE FORMULIERUNG FORMATIONSTHEORETISCHER FORTSCHRITTSKRITERIEN<sup>11</sup>

Bevor ich mich Marxens Werk selbst zuwende, möchte ich ausgehend von Artikeln des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* aufzeigen, wie schwierig die Beantwortung der Frage nach marxistisch inspirierten formationstheoretischen Fortschrittskriterien im Vergleich zwischen unterschiedlichen Gesellschaftstypen offensichtlich ist. Es gehört zu den Merkwürdigkeiten der beiden Artikel zur Formationstheorie in Band vier des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus*

---

10 Es wäre zu prüfen, ob die Werke der »Häretiker« und »Ketzler« des Kommunismus nicht zumindest teilweise ungenutzte Potenziale einer kritischen formationstheoretischen Analyse des sowjetischen Sozialismus enthalten (siehe im Überblick Walter Euchner: *Klassiker des Sozialismus*. Bd. 1 und 2. München 1991. – Theodor Bergmann/Mario Keßler (Hrsg.): *Ketzler im Kommunismus*. 23 biographische Essays. Hamburg 2000).

11 Diese Darstellung nimmt das *Historisch-Kritische Wörterbuch des Marxismus* (im weiteren HKWM) als Ausdruck des *state of the art* des internationalen Marxismus und versucht in keiner Weise, der Breite der internationalen marxistischen Diskussion gerecht zu werden. Ich bin mir dessen bewußt, daß eine ganze Reihe von Marxisten diese Frage durchaus anders beantworten als dies in den einschlägigen Artikeln im genannten *Wörterbuch* getan wurde. Die folgende Analyse setzt sich deshalb nicht kritisch mit dem aktuellen Marxismus als solchem auseinander, sondern nur mit einer spezifischen Position innerhalb desselben, wie sie sich in den genannten Artikeln des HKWM ausdrückt. Dadurch werden auch weitergehenden Auffassungen der zitierten Autoren in anderen Zusammenhängen nicht berücksichtigt.

(*Formationenfolgen, vorkapitalistische Gesellschaftsformationen* von Joachim Herrmann und *Formationstheorie* von Wolfgang Küttler<sup>12</sup>), daß die Frage der Kriterien für die progressive Abfolge von Gesellschaftsformationen bewußt ausgeklammert wird.<sup>13</sup>

Joachim Herrmann verweist vor allem auf die Funktion des Begriffs Gesellschaftsformation »als Orientierungsbegriff, um die Eigentums- und die unter den Bedingungen der Herrschaft des Privateigentums damit verbundenen Ausbeutungsverhältnisse« zu charakterisieren<sup>14</sup> und verzichtet darauf zu bestimmen, unter welchen Bedingungen die Abfolge der vorkapitalistischen Formationen *Fortschritt* darstelle. Wolfgang Küttler schränkt die Formationstheorie primär auf eine »durch Parteibeschlüsse verbindlich gemachte Version der Auffassung von der progressiven Entwicklung ökonomischer Gesellschaftsformationen« ein, wodurch die Frage danach, ob Marx selbst solche Auffassungen und Kriterien der »Gerichtetheit« des historischen Prozesses der Abfolge von Gesellschaftstypen gehabt habe, nicht näher betrachtet werden mußte.<sup>15</sup>

Wenn der Leser des *Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* weder unter den Begriffen der Abfolge von Formationen und der Formationstheorie fündig geworden ist, so wird er sich dem mit gutem Grunde sehr umfangreichen Artikel *Fortschritt* von Wolfgang Fritz Haug und Tilman Reitz zuwenden. Dieser Artikel ist vor allem der Kritik des Fortschrittsbegriffs gewidmet und steht unter dem Leitgedanken: »Fortschritt war das eigentliche Parteiwort des liberalen Bürgertums im 19. Jahrhundert. [...] So ist es zu verstehen, das MARX ›den‹ politischen oder ökonomischen Fortschritt kaum je anders als ironisch oder mit einem dialektischen Widerspruch versehen lobt.«<sup>16</sup> Der Darstellung des

12 Siehe HKWM. Bd. 4. Berlin 1999. S. 655–680.

13 Nun ist aber Marxens materialistische Geschichtsauffassung neben anderem auch eine Evolutionstheorie, und diese, so Wolfgang Schluchter, »muß [...] ein Richtungskriterium formulieren, daß es erlaubt, Entwicklung und Fortschritt miteinander zu verbinden«. (Wolfgang Schluchter: *Die Entstehung des modernen Rationalismus. Eine Analyse von Max Webers Entwicklungsgeschichte des Okzidents*. Frankfurt am Main 1998. S. 26).

14 Siehe HKWM. Bd. 4. Berlin 1999. S. 662.

15 Siehe aber auch die Position in Wolfgang Küttler: *Formationsgeschichtliche Bemerkungen zur postkommunistischen Situation*. In: Christoph Kniest/Susanne Lettow/Teresa Orozco: *Eingreifendes Denken*. Wolfgang Fritz Haug zum 65. Geburtstag. Münster 2001. S. 159–170.

16 HKWM. Bd. 4. Berlin 1999. S. 716f.

historischen Prozesses »progressive(r) Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation« im Vorwort der Schrift »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« wird nur im »beschreibend-prozessualen Sinn« — vergleichbar mit den Begriffen *Entwicklung* und *Zunahme* — interpretiert und damit der eigenständige theoretische Gehalt abgesprochen.<sup>17</sup> Wie schon Hermann und Küttler, so sehen offensichtlich auch Haug und Reitz keine Möglichkeit, die Formationstheorie als Grundlage eines marxistischen Begriffs des weltgeschichtlichen Fortschritts aufrecht zu erhalten.

Wolfgang Fritz Haug und Tilman Reitz formulieren in ihrem Artikel zwar implizit den Anspruch einer formationstheoretischen Rekonstruktion des Fortschrittsbegriffs im Sinne von Emanzipation<sup>18</sup> und verweisen auf Marx Formulierung von der »transitorischen Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise«<sup>19</sup> sowie seinen prinzipiell zustimmenden Bezug auf Ricardos Produktivismus. Sie verzichten aber darauf, den Prozeß der Emanzipation und die »Notwendigkeit« von vorkapitalistischen und kapitalistischen Gesellschaften formationstheoretisch zu begründen. So wird der Fortschrittsbegriff als Ganzer verworfen, während zugleich die Formulierung von Fortschrittskriterien positiv beantwortet wird. Indem der Fortschrittsbegriff dem bürgerlichen Liberalismus überlassen und mit dem realen Fortschreiten der kapitaldominierten Globalisierung identifiziert wird, wie es gerade der Neoliberalismus tut,<sup>20</sup>

---

17 Ebenda. S. 721.

18 »Den ›Fortschritt‹ gibt es für MARX nicht; aber alles aktuell oder potenziell Allgemein-Emanzipatorische sowie alles, was dessen Mangel bewußt macht, ist ein Fortschritt. Der Begriff der Emanzipation ist dem des Fortschritts übergeordnet; doch wird diese Anordnung geschichtsmaterialistisch dadurch unterbaut, daß Emanzipation aus der moralisch-juristischen Abstraktion gelöst und im Hinblick auf Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse mit konkreten Bedingungen zusammengedacht wird.« (Ebenda. S. 725).

19 Karl Marx. Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 23. S. 618.

20 Der abschließende Absatz des Artikels *Fortschritt* im HKWM resümiert diese Position: »Sind derartige Fortschrittskriterien unerlässlich, so ist ›der Fortschritt‹ dagegen kein tragender Begriff für die Linke. Was gefragt ist, sind Fortschritte im Stoppen des Fortschrittsmechanismus, den der bürgerliche Zauberlehrling in Gang gesetzt hat, aber nicht mehr anzuhalten vermag. Dennoch wird man die Frage nach den Fortschrittskriterien nicht los. Nur mit ihrer Hilfe [warum nicht mit dem Begriff von Fortschritt als solchen? – M. B.] läßt sich der herrschende Zustand veränderungsorientiert beschreiben — als Fortschritt modo negativo, im Lichte dessen, was nicht der Fall ist: einerseits als Ensemble von objektiven Möglichkeiten, durch kontrol-

wird darauf verzichtet, diesen bürgerlichen Begriff sozialistisch oder marxistisch aufzuheben und Fortschritt und Emanzipation (formations-)theoretisch zusammenzudenken.

Man muß sich des Preises bewußt sein, der mit dem Verzicht auf die formationstheoretische Begründung der Möglichkeit einer gegenüber der kapitalistischen Produktionsweise überlegenen Produktionsweise und auf ihr gegründeten Gesellschaftsform verbunden wäre. Welche Bedeutung hätte die Marxsche Formationstheorie, wenn nicht die, die Möglichkeit und/oder Notwendigkeit einer derartigen Gesellschaftsform zu begründen? Was bliebe von *Sozialismus* als ein leeres Wort oder bestenfalls ein »kategorischer Imperativ« ohne geschichtstheoretischen Gehalt, wenn es nicht möglich wäre, Sozialismus auch als eine gegenüber dem Kapitalismus »höhere« Ordnung, als das »In-Möglichkeit-Seiende«, als »realistische Antizipation des Guten«<sup>21</sup> zu verstehen. Mit Ernst Bloch muß sich Marxismus als »*das Novum einer prozeßhaft-konkreten [Antizipation]*«<sup>22</sup> beweisen oder er würde dem Staatspartei Sozialismus nachfolgen und endgültig im Orkus der Geschichte verschwinden. Billiger sollte auch heute Marxismus nicht zu haben sein.

Wenn Formationstheorie nicht mehr zur Begründung nachkapitalistischer Ordnungen beiträgt, dann ist klar, wieso Wolfgang Küttler einschätzen kann: »In bezug auf den ›realen Sozialismus‹ wurde der Formationsbegriff statt von einer realistischen Formationsanalyse von der Systematisierung des Sein-Sollens nach Parteivorgaben bestimmt. Die Formationsfrage wurde für die Gesellschaften vom Typ 1917 im

---

lierte Nutzung der hochentwickelten Produktivkräfte die menschliche Existenz zu befriedigen und nachhaltige gesellschaftliche Naturverhältnisse zu etablieren; andererseits als Gesamtheit der Krisen und Zerstörungen [...], die der ›fortgeschrittene‹ [...] Kapitalismus über den Globus verhängt. Daher stehen marxistische Theorie und Praxis vor der Aufgabe, dem marxischen Primat der Emanzipation vor dem Fortschritt immer wieder erneut Geltung zu verschaffen.« (HKWM, Bd. 4, Berlin 1999, S. 742). Es fragt sich, warum die Autoren nicht ganz auf jeden positiven Bezug auf den Begriff des Fortschritts einschließlich des Begriffs der Fortschrittskriterien verzichten und sich nicht ausschließlich auf den Begriff der Emanzipation als dem einzigen normativen Begriff zurückziehen. Sie nehmen m. E. diese Inkonsistenz hin, weil sie einerseits theoretisch *Fortschritt* als liberale Apologie der Evolution kapitaldominierter Gesellschaft verstehen und deshalb normativ verwerfen und andererseits diskurspolitisch nicht ganz auf diesen Begriff verzichten wollen.

21 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung. In: Ernst Bloch: Gesamtausgabe. Bd. 5. Frankfurt am Main 1979. S. 727.

22 Ebenda.

MARXSchen Sinne so überhaupt nicht konsequent gestellt. Kritikansätze verblieben auf abstrakter Ebene oder wurden in Stellvertreterdebatten, zum Beispiel über die vorkapitalistischen Formationen und die asiatische Produktionsweise, aber auch in Forschungen und theoretischen Diskussionen über bürgerliche Revolution [...], frühere Epochen oder andere Regionen verpackt [...] Die Verflechtung von heuristischem Ansatz und Ideologie war so eng, daß die Formationstheorie auch in der ersteren Funktion den Zusammenbruch des Systems nicht überlebte.«<sup>23</sup> Die Frage ist nur, ob dieser Tod nicht vor der Zeit ausgerufen wurde.

So formuliert Wolfgang Küttler auch wenig später in dem Stichwort *Gesellschaftsformation* des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus abschließend: »Eine Überprüfung des Marxschen Ansatzes, Geschichte als Entwicklung von Gesellschaftsformationen zu begreifen, erscheint im Hinblick auf die soziale, ökonomische, ökologische und gesamt-kulturelle Komplexität und fortschreitende Differenzierung der Umbruchsprozesse seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts als besonders wichtig, denn eine unter diesen Aspekten entwickelte Formationstheorie steht noch aus ...«<sup>24</sup> Eine neue Runde kritischer Forschung hat zu beginnen.

## 2. DIE MARXSCHEN FORMATIONSFORSCHUNG UND FORTSCHRITTSKRITERIEN

Die Marxsche Formationsforschung hatte von ihrer Begründung in der »Deutschen Ideologie« 1845/1846 und ihrer Kurzdarstellung im Vorwort seines Werkes »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« von 1859 bis hin zu den Briefen an Vera Sassulitsch 1881 an immer das Ziel, synchron und diachron existierende Gesellschaften unter dem Aspekt der Abfolge »progressiver Epochen« innerhalb der »Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft«<sup>25</sup> zu analysieren *und* mit dem Nachweis einer spezifischen Gerichtetheit dieser Abfolge den Kommunismus zu begründen. Sie trat damit bewußt das Erbe der Fortschrittstheorien der Aufklärung und der

---

23 Wolfgang Küttler: Formationstheorie. In: HKWM. Bd. 4. Berlin 1999. S. 677.

24 Wolfgang Küttler: Gesellschaftsformation. In: HKWM. Bd. 5. Berlin 2001. S. 595.

25 Karl Marx: Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 13. S. 9.

ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, insbesondere Vicos, Condorcets und Hegels, an und suchte nach einer prinzipiell anderen Grundlage. Sie war zentraler Bestandteil einer historisch-materialistischen Begründung des Kommunismus.<sup>26</sup>

Die Marxsche Formationstheorie hatte zwei Fragestellungen miteinander zu verbinden: Wie kann die Ablösung von bestimmten Gesellschaftstypen mit der ihr eignen »besonderen Gesellschaftsorganisation«<sup>27</sup> materialistisch erklärt werden und hat diese sukzessive Ablösung der historischen Formationen mit ihren je unterschiedlichen Typen<sup>28</sup> eine Richtung, die über »eine ganze Reihe aufeinanderfolgender ökonomischer Revolutionen und Evolutionen« in der Tendenz zum Kommunismus führt, oder, wie Marx es für seine Gegenwart formuliert: »Die Völker, bei denen sie [die kapitalistische Produktion – M. B.] in Europa und Amerika den größten Aufschwung genommen hat, streben nur danach, ihre Ketten zu sprengen, indem sie die kapitalistische Produktion durch die genossenschaftliche Produktion und das kapitalistische Eigentum durch eine *höhere Form* des archaischen Eigentumstyps, d. h. durch das kommunistischen Eigentum, ersetzen wollen.«<sup>29</sup>

---

26 Siehe dazu auch die eigene Rekonstruktion in Michael Brie: Zur systematischen Darstellung der Kategorien im historischen Materialismus — Die Kategorien Arbeit und Produktionsweise. Dissertation an der Humboldt-Universität zu Berlin 1980.

27 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 23. S. 393.

28 Siehe Karl Marx: Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. Erster Entwurf. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 19. S. 386.

29 Karl Marx: Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. Zweiter Entwurf. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 19. S. 397f. – Marx weicht systematisch jeder genaueren Bestimmung kommunistischer Eigentumsverhältnisse aus. Einerseits leistet er damit staatssozialistischen Vorstellungen Vorschub, andererseits formuliert er immer auch Positionen, die davon ausgehen, daß Kommunismus genau darin bestünde, die Individuen zu den letztlich Subjekten des Eigentums und der Aneignung werden zu lassen. So heißt es an zentraler Stelle im Ersten Band des »Kapitals« mit Blick auf die »geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation«: »Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigene Negation. Es ist die Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten

Die historische Evolution von Gesellschaftstypen und ihre Verdrängung durch eine andere ist zunächst einmal eine historische Tatsache. Man kann zwar wie Francis Fukuyama davon ausgehen, daß dieser Prozeß zu einem Ende gekommen ist, da eine gegenüber dem liberalen Kapitalismus überlegene Ordnung weder denk- noch seismöglich ist<sup>30</sup> (was der theoretischen und mehr noch der praktischen Kritik harrt), doch für die Vergangenheit ist diese Tatsache der historischen Entwicklung zumindest im europäischen Diskurs unumstritten.

Im Jahr des realen Zusammenbruchs des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus, 1989, war wohl keine Darstellung eines Theoretikers so aktuell wie die von Marx aus dem »Manifest der Kommunistischen Partei«: »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.«<sup>31</sup>

Marx verweist in diesem Zusammenhang auf drei für die Darstellung relevante allgemeinere Sachverhalte: Erstens ist es die Globalisierung, die eine Art Verdrängungswettbewerb hervorbringt und nur zeitweise durch Isolation und Kontrolle der Interaktion gebremst werden kann. Zweitens: Dieser Verdrängungswettbewerb kann ökonomischer, sozialer, politischer, kultureller oder militärischer Art sein (und wird oft eine Mischung der verschiedenen Formen sein). Drittens besteht die erfolgreichste Strategie des Überlebens im Versuch, Vorsprung in ökonomischer, politi-

---

Produktionsmittel.« Siehe eine systematische Rekonstruktion dieser Position in: Michael Brie: Entwicklungsstufen des sozialistischen Eigentums. Dissertation B an der Humboldt-Universität zu Berlin 1985. – Michael Brie: Wer ist Eigentümer im Sozialismus? Berlin 1990.

30 Siehe Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

31 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 466. – Alle jene, die die Ursachen des Zusammenbruchs des Staatspartei-Sozialismus vor allem im Einwirken feindlicher westlicher Kräfte sehen, haben es schwer, dies im Einklang mit Marx zu tun.

scher, kultureller und militärischer Hinsicht zu erzielen bzw. sich die Errungenschaften der fortgeschrittenen Zivilisation anzueignen.<sup>32</sup>

Die Orientierung am westlichen Kapitalismus wurde in den achtziger und frühen neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts zum bestimmenden Zug der »Reform« des sowjetischen wie auch des asiatischen Staatspartei-Sozialismus und hat auch wirksamen Einfluß auf Kuba gewonnen — immer mit dem Ziel begründet, »nicht zugrunde gehen zu wollen«. Dort, wo überlegene militärische Macht nicht mit einer in anderen Feldern attraktiveren Zivilisation verbunden war, wie zum Beispiel nach der Eroberung Chinas durch die Mongolen oder die Mandschu, ist die errungene Herrschaft nur durch die Übernahme der sozialen und kulturellen Strukturen der Besiegten durch die Sieger zu bewahren. Andernfalls kommt es zur allgemeinen Degeneration, die nur dann möglich ist, wenn keine Wettbewerber in Sicht sind oder diese auf Zeit militärisch ferngehalten werden können.<sup>33</sup>

Die militärische Gewalt ist, wie auch die Kriege nach 1989 zeigen, im Wettbewerb von Gesellschaften bis heute die *unmittelbar* entscheidende Kraft. Sie ist ihrerseits zwar von der Fähigkeit zu einer bestimmten ökonomischen, politischen und kulturellen Machtentfaltung mittelbar abhängig, doch gilt dies nur insofern, wie diese auch militärisch relevant ist — und sei es bei der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Anwendung von Gewalt nach innen. Solange eine militärisch unterlegene Gesellschaft nicht über ein Vernichtungspotential verfügt, daß jeden Angriff unmöglich macht oder die Kosten unverhältnismäßig hoch steigen läßt, steht

---

32 Besonders anschaulich läßt sich dies für Rußland darstellen, einem immer bedrohten Staat, der sich nacheinander an Byzanz, an der »Goldenen Horde«, an Polen, den Niederlanden und Deutschland, Frankreich, Großbritannien und schließlich an den USA orientiert hat.

33 Es ist eine Eigentümlichkeit der chinesischen Zivilisation, daß ihre beeindruckende Kultur vor allem auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung (so spricht Jacques Gernet: *Die chinesische Welt*. Frankfurt am Main 1988 davon, daß es China gelungen sei, »die vollkommensten politischen Organisationsformen der Geschichte der menschlichen Gesellschaften entwickelt zu haben«) und der konsistenten Durchformung des öffentlichen und privaten Lebens nach den Prinzipien des Konfuzianismus (dies der Grundgedanke des mehrbändigen Werkes von Otto Franke: *Geschichte des chinesischen Reiches*. Bd. 1–5. Berlin, New York 2001) mit offensichtlicher militärischer Unterlegenheit gegenüber halbnomadischen Völkern verbunden war, so daß es immer wieder zu einer Symbiose dieser Kultur mit der dieser »Halbbarbaren« kam, wobei letztere vor allem ihre militärischen Fähigkeiten einbrachten.

und fällt ihr Überleben mit ihrer Bereitschaft zur Unterordnung bis Unterwerfung unter die jeweils überlegene Gesellschaft, die über die Potenz verfügt, ihr Gewaltmonopol in Form von kalten oder heißen Kriegen und von Rüstung auch extern durchzusetzen.<sup>34</sup>

Gesellschaftsordnungen werden sich dann gegenüber anderen durchsetzen, wenn jene Gesellschaften, die sie vertreten, eine überlegene Macht gegenüber anderen Gesellschaften geltend machen können und diese zur Anpassung an sich oder zur Unterordnung unter sich zwingen bzw. diese in der Übernahme ihrer Strukturen Vorteile für sich selbst versprechen, und sei es den Vorteil des einfachen Überlebens in einer veränderten historischen Umwelt. Die besondere Entwicklungsfähigkeit der europäischen Gesellschaften wird nicht zufällig mit einer kompetitiven Struktur des europäischen Raums verbunden, in dem sich nach den Römern niemals ein Imperium durchsetzen konnte, sich deshalb städtische Kulturen mit hoher Freiheit behaupteten und auch die weltliche und geistliche Macht nicht in einer Hand waren.<sup>35</sup> In einem solchen Umfeld bestand ein ständiger, militärisch zur Geltung gebrachter Druck zur Selbstveränderung als Bedingung der Erhaltung. Die Unfähigkeit der vorherrschenden Akteure Europas, eine imperiale Einheit durchzusetzen, wurde zur barbarischen Triebkraft von Zivilisationsentwicklung.

Die Durchsetzung einer Gesellschaft und ihres »Formationstyps« gegenüber anderen ist also vor allem durch jene Ressourcen bedingt, die eine Gesellschaft in den (ökonomischen, politisch, kulturellen, militärischen etc.) Wettbewerb mit anderen einbringen kann.<sup>36</sup> Brechts Satz »Fortschritt und Vorsprung sind nicht dasselbe«<sup>37</sup> ist zweifelsohne rich-

---

34 Insofern behält das schreckliche Wort von Herakleitos bis heute seine Gültigkeit: »Kampf ist der Vater von allem, der König von allem; die einen macht er zu Göttern, die anderen zu Menschen, die einen zu Sklaven, die anderen zu Freien.« (Philosophenlesebuch. Bd. 1. Berlin 1988. S. 117).

35 Siehe Christian Meier: Das »europäische Wunder«. Die Frage nach seinen Voraussetzungen. In: Merkur. Stuttgart 2000. S. 617f.

36 Wie Zbigniew Brzezinski deutlich macht, sind es das Zusammenspiel von vier Faktoren — der weltweiten Militärpräsenz, einem Anteil am globalen Bruttosozialprodukt von rd. 30 Prozent in den letzten 50 Jahren, ein Vorsprung bei der Beherrschung der modernsten Technologien sowie der kulturellen Anziehungskraft und Dominanz der USA — die heute »Amerika zu der einzigen globalen Supermacht im umfassenden Sinne« machen (siehe Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main 1999. S. 41).

37 Bertolt Brecht: Gesammelte Werke. Bd. 12. Frankfurt am Main 1967. S. 475.

tig. Richtig ist aber auch, daß Gesellschaften, die über einen Vorsprung auf den Feldern von Technologie, Wirtschaft, Kultur und Militär verfügen, über andere hinweg fortschreiten — oft auf die grausamste Weise. Es ist ein *Vorsprung in der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion*, der sie dazu befähigt, und er ist abhängig von den Triebkräften der jeweiligen Gesellschaftsordnung.

Marx war sich des Umstandes, daß Geschichte sich als derartiges Hinwegschieben über andere vollzieht, bewußt. Dies bildete den Kern seines Verständnisses eines antagonistischen Fortschritts, der letztendlich, so die Hoffnung, diesen Antagonismus durchbricht.<sup>38</sup> Mit hartem Realismus, der manchen neoliberalen Theoretiker hinter sich läßt, schrieb Marx: »Stellt man, wie Sismondi, das Wohl der einzelnen diesem Zweck (der Entwicklung der menschlichen Natur als Selbstzweck – M. B.) gegenüber, so behauptet man, daß die Entwicklung der Gattung *aufgehalten* werden muß, um das Wohl der einzelnen zu sichern, daß also zum Beispiel kein Krieg geführt werden dürfe, worin einzelne jedenfalls kaputtgehen [...] Daß diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung *Mensch*, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und ganzer Menschenklassen macht, schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, daß also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden, abgesehen von der Unfruchtbarkeit solcher erbaulichen Betrachtungen, da die Vorteile der Gattung im Menschenreich wie im Tier- und Pflanzenreich sich stets durchsetzen auf Kosten der Vorteile von Individuen, weil diese Gattungsvorteile zusammenfallen mit den *Vorteilen besonderer Individuen*, die zugleich die Kraft dieser Bevorzugten bilden.«<sup>39</sup> Die Vorsprünge von Gesellschaften gegenüber anderen beruhen nach Marx letztlich auf der

---

38 »Erst, wenn eine große soziale Revolution die Ergebnisse der bürgerlichen Epoche, den Weltmarkt und die modernen Produktivkräfte, gemeistert und sie der gemeinsamen Kontrolle der fortgeschrittenen [advanced] Völker unterworfen hat, erst dann wird der menschliche Fortschritt [progress] nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinkt.« (Karl Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 9. S. 226).

39 Karl Marx: Theorien über den Mehrwert (Vierter Band des »Kapitals«). Zweiter Teil. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 26.2. S. 111.

höheren Entwicklung von Gattungsfähigkeiten, die ihrerseits auf »höhere(r) Entwicklung von Individualität« beruhen. In antagonistischen Formationen sei dies die Entwicklung von Vorteilen besonderer Klassen von Individuen auf Kosten anderer Klassen.

Jahrzehnte früher hatte Marx diesen Prozeß auch als antagonistischen Prozeß von Befreiung dargestellt und geschrieben: »In der Wirklichkeit trug sich die Sache natürlich so zu, daß die Menschen sich jedes Mal so weit befreiten, als nicht ihr Ideal vom Menschen, sondern die existierenden Produktivkräfte ihnen vorschrieben und erlaubten. Allen bisherigen Befreiungen lagen indes beschränkte Produktivkräfte zugrunde, deren für die ganze Gesellschaft unzureichende Produktion nur dann eine Entwicklung möglich machte, wenn die Einen auf Kosten der Anderen ihre Bedürfnisse befriedigten und dadurch die Einen — die Minorität — das Monopol der Entwicklung erhielten, während die Andern — die Majorität — durch den fortgesetzten Kampf um die Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse einstweilen (d. h. bis zur Erzeugung neuer revolutionierender Produktivkräfte) von aller Entwicklung ausgeschlossen wurden.«<sup>40</sup> Für Marx war also nicht nur der Fortschritt, sondern auch die Emanzipation ein zutiefst durch Antagonismen geprägter Prozeß. Ganz anders als spätere »Marxisten« hat Marx selbst die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse immer auch zugleich als Entwicklungs- und/oder Stagnationsverhältnisse von Individuen bestimmter sozialer Gruppen gedacht. Prononciert heißt es: »Das Verhältnis der Produktivkräfte zur Verkehrsform ist das Verhältnis der Verkehrsform zur Tätigkeit oder Betätigung der Individuen.«<sup>41</sup>

Um die Argumentationskette abzuschließen, sei behauptet: Fortschritt von Gesellschaften (in antagonistischer oder nichtantagonistischer Form) und damit die Durchsetzung bestimmter Formationen gegenüber anderen basiert nach Marx auf der höheren Fähigkeit zur gesellschaftlichen Reichtumsproduktion. Diese ihrerseits ist abhängig von einer höheren Entwicklung von Individualität *und* der Fähigkeit, diese Entwicklung der Individuen in Vorteile der jeweiligen Gesellschaften, in reale Produktivkraftentwicklung, zu verwandeln. Fortschritt stellt sich dabei dar als Doppelprozeß von Befreiung *und* gesellschaftlicher Verwandlung wachsender Freiheit (und sei es zunächst in der antagonistischen Form der

---

40 Karl Marx/Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 3. S. 417.

41 Ebenda. S. 71.

Freiheit von Minderheiten auf Kosten von Mehrheiten) in gesellschaftliche Entwicklung. Unter dem Fortschrittsaspekt unterscheiden sich Formationen, so sei behauptet, durch den Typ der Vermittlung der beiden Seiten des gesellschaftlichen Prozesses. Er ist abhängig von den Eigentums- und Machtverhältnissen sowie Vergesellschaftungsformen, die individuelle in gesellschaftliche und gesellschaftliche in individuelle Entwicklung verwandeln. Ausbeutung ist die Monopolisierung dieser Entwicklung durch eine Gruppe auf Kosten und bei Ausschluß anderer sozialer Gruppen. Marx war davon überzeugt, daß diese Ausbeutung historisch an einem bestimmten Punkt nicht mehr mit überlegener Reichtumsproduktion und damit höherer Durchsetzungsfähigkeit von Gesellschaften gegenüber nichtantagonistischen Gesellschaften verbunden sein würde.<sup>42</sup>

Erfindungen bestehen in der Aufdeckung neuer Möglichkeiten, Innovationen in der Realisierung dieser Möglichkeiten in den verschiedenen gesellschaftlichen Sphären.<sup>43</sup> Dies gilt in Wirtschaft, Politik und Kultur gleichermaßen. Indem Maße, wie »Faktoren auf eine neue Art kombiniert«<sup>44</sup> und diese Kombinationen im Kampf um wirtschaftlichen, politischen, kulturellen oder außenpolitischen Einfluß als »Macht des Neuen« zur Geltung gebracht werden, in dem Maße wird Innovationsfähigkeit zur Bedingung der Überlebensfähigkeit. Denn durch diese Neukombination wird die Wirkung der vorhandenen Ressourcen erhöht, wird intensiv erweiterte Reproduktion möglich. Durch Erzeugung einer derartigen *neuen* Realität wird der alten die Basis entzogen, unterliegt sie »im ewigen Sturm der schöpferischen Zerstörung«,<sup>45</sup> der von innovativen Gesellschaften ausgeht und diesen eine ungeheure Machtausstrahlung und Durchsetzungsfähigkeit verleiht. Durch Innovation wird die Entwick-

---

42 Dies wird bei Marx vor allem mit dem Übergang von einer Reichtumsproduktion, die auf unmittelbarer Arbeit beruht, zu einer, die wesentlich durch allgemeine Arbeit gespeist wird, begründet (siehe Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 42. S. 600f.).

43 Der Begriff der Innovation wurde zuerst auf den Bereich des Kulturellen angewandt. Machiavelli benutzte den Terminus »innovatore« im Bereich des Politischen und erst Joseph A. Schumpeter hat ihn zum Zentralbegriff seiner Wirtschaftstheorie gemacht.

44 Joseph A. Schumpeter: Konjunkturzyklen. Bd. 1. Göttingen 1961. S. 95.

45 So Schumpeter mit direktem Verweis auf Marx in Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1987. S. 138.

lung der produktiven Kräfte von Individuen und Gruppen zur gesellschaftlichen Produktivkraftentwicklung.

Das Maß der Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft ist dadurch bedingt, in welchem Maße neben der Existenz der notwendigen Ressourcen (vor allem ein entsprechendes kulturelles Potential) das Interesse an Innovationen institutionell verankert ist und die Möglichkeiten zur Innovation institutionell gesichert werden. Kernbegriffe dafür sind erstens ein wirtschaftliches, politisches oder kulturelles Unternehmertum,<sup>46</sup> daß die relativ autonome (keinesfalls unbedingt private) und eigeninteressierte Verfügung über Ressourcen (Faktoren) zur Bedingung hat, und zweitens ein gesellschaftlicher Raum, der Innovationen zumindest zuläßt oder sogar dadurch fördert, daß er einen geregelten Wettbewerb institutionell schützt und dessen Ergebnisse in gesellschaftliche Entwicklung verwandelt.<sup>47</sup> Innovationsfördernde Vermittlungsformen von individueller und gesellschaftlicher Entwicklung bilden eine Grundbedingung von »Progressivität«. Darüber, ob sie einen realen Entwicklungsfortschritt darstellen, sind die Macht- und Eigentumsstrukturen, die die Innovationen selektieren und darüber entscheiden, welche sich wirklich durchsetzen.

Während Innovationen eine wesentliche Form der Verwandlung von individueller und kollektiver in gesellschaftliche Entwicklung darstellen, bildet die Erweiterung der Möglichkeiten realer Partizipation von Mitgliedern gesellschaftlicher Klassen und sozialer Gruppen die Grundlage der Verwandlung von gesellschaftlicher Entwicklung in individueller Entwicklung. Gesellschaften schreiten progressiv fort, wenn sie derartige

---

46 Unternehmertum ist keinesfalls mit privatkapitalistischer Wirtschaftsweise identisch. Weder sind alle privaten Betriebe unternehmerisch tätig (viele nutzen nur vorhandene Innovationen), noch ist Unternehmertum auf den Bereich der Wirtschaft reduziert. So war die »Partei neuen Typus« zweifelsohne eine historische Innovation, die vielen jener, die sich diesem Parteimodell verschrieben, auch zum Erfolg verhalfen. Innovationen können in verschiedenen Eigentums- bzw. Organisationsformen erbracht werden. Auch das *Weltsozialforum* gehört genauso in den Bereich der Innovationen wie die Sowjets oder das Phänomen des politischen Massenstreiks.

47 Douglass C. North und Robert Paul Thomas kommen in ihrer historischen Studie zu dem Schluß: »The industrial revolution was not the source of modern economic growth. It was the outcome of raising the private return on developing new techniques and applying them to the production process. Moreover, international competition provided a powerful incentive for other countries to adapt their institutional structures to provide equal incentives ...« (Douglass C. North/Robert Paul Thomas: *The Rise of the Western World. A New Economic History*. Cambridge 1973. S. 157).

Möglichkeiten in Gestalt der realen Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben der Gesellschaft auf immer weitere Gruppen ausdehnen und Privilegien in allgemeine Grundrechte verwandeln. Progressive Reformen und Revolutionen zeichnen sich vor allem durch die Durchsetzung der Forderung nach derart auf neue Klassen und Gruppen erweiterte Rechte aus, was ohne Veränderung der Eigentums- und Machtstrukturen unmöglich ist.

Gesellschaften, die gegenüber anderen überlegene Formen der Verwandlung von individueller in gesellschaftliche Entwicklung *und* gesellschaftlicher in individuelle Entwicklung ausbilden und in denen die dafür notwendigen Eigentums- und Machtstrukturen geschaffen wurden, haben — folgt man den bisherigen Überlegungen — höhere »Überlebenschancen« in einer Welt globalen »Verdrängungswettbewerbs«. Historisch scheint es so zu sein, daß Gesellschaften, die über sozial kontrollierte Märkte, partizipative Demokratien oder kulturelle Öffentlichkeiten verfügen *und* wesentliche soziale, politische und kulturelle Grundrechte durchsetzen, gegenüber anderen, die dessen entbehren, Entwicklungsvorteile haben.

Was Marx konzeptionell ausklammert, ist die theoretisch wichtige Differenz zwischen Eigentums- und Machtverhältnissen einerseits und Vergesellschaftungsformen andererseits.<sup>48</sup> Herrschaft *über* Menschen muß meines Erachtens aber analytisch unterschieden werden von Kooperation *zwischen* Menschen, auch wenn in der Realität das eine und das andere eng miteinander verschmelzen. Gleiche Eigentumsverhältnisse können mit unterschiedlichen Vergesellschaftungsformen verbunden

---

48 Siehe dazu ausführlicher in Michael Brie: Sozialismus: Ursprünge, Widersprüche, Wandlungen. In: André Brie/Michael Brie/Judith Dellheim/Thomas Falkner/Michael Schumann/Dietmar Wittich: Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar. Berlin 1997. S. 25–42. – Die fehlende Bereitschaft, diesen Unterschied formationstheoretisch ernst zu nehmen, ist übrigens auch der entscheidende Grund, warum die Rezeption der Modernetheorie durch die Gruppe »moderner Sozialisten« an der Humboldt-Universität zu Berlin vor 1989 als Verzicht auf sozialkritische Analyse mißinterpretiert werden kann (siehe dazu den Artikel *Formations-theorie* von Wolfgang Küttler im HKWM. Bd. 4. Berlin 1999. S. 677. – Siehe mit gleicher Intention Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Politik. Hamburg 2004. S. 51f.).

49 Dies gilt natürlich nicht beliebig, sondern nur innerhalb eines bestimmten Korridors. So können Marktverhältnisse, wenn auch unterschiedlich entwickelt, gesellschaftliche Prozesse von Sklavenhaltergesellschaften, Kapitalismus oder auch Staatspartei-Sozialismus vermitteln.

sein und umgekehrt.<sup>49</sup> Die durch Eigentum und Macht bedingte Konzentration von Ressourcen menschlicher Entwicklung wirkt völlig anders, wenn sie unilateral durch einen Monopolisten erfolgt, der sich jedem Wettbewerb mit Herausforderern entziehen kann bzw. dieses Monopol durch völlige Zentralisation aller gesellschaftlichen Ressourcen ausübt, oder wenn er gezwungen ist, seine Stellung durch Leistungen beim Fortschritt menschlicher Gattungskräfte durch gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung unter Beweis zu stellen. Dies unterscheidet parasitäre Herrschaft von jener, die zur Produktion menschlichen Reichtums — wenn auch in oft antagonistischer Form — beiträgt.<sup>50</sup> Letztere kann mit höherer Entscheidungsautonomie der Individuen und ihrer partikularen Selbstorganisation *und* sozialem Wettbewerb sowie Partizipation verbunden sein. Eine solche Entwicklung kann dazu führen, daß auch die unteren Klassen in wachsendem Maße am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben teilhaben können und nicht völlig davon ausgeschlossen werden. Oft war die Notwendigkeit einer breiten Mobilisierung für den Krieg der Ausgangspunkt breiter sozialer Bewegungen, die zu einer derartigen »Sozialisierung« oder sogar »Demokratisierung« der Teilhabe führten.<sup>51</sup>

Gesellschaftsformationen stellen entsprechend der hier entwickelten Sichtweise qualitativ unterschiedliche Typen der Verteilung von Potentialen gesellschaftlicher Entwicklung an unterschiedliche Gruppen von Individuen (z. B. Klassen) durch ihnen eigene Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse sowie qualitativ unterschiedliche Vermittlungsformen von individueller und gesellschaftlicher Entwicklung (bei Marx: Verhältnisse persönlicher bzw. sachlicher Abhängigkeit bzw. universeller Entwicklung) dar. Gesellschaften, die durch die Kombination von spezifischen Eigentums- und Machtstrukturen und gesellschaftlichen Vermittlungsverhältnissen einen Vorsprung bei der Reichtumsproduktion erzeugen und diesen in produktivkraftgestützte Wettbewerbsvorteile umwandeln kön-

---

50 Während die Modernisierungstheorien strukturell blind für Macht und Eigentum sind (und damit dem Zweck der Apologie von Privateigentum und Kapital angepaßt sind), ist der orthodoxe Marxismus unfähig, daß produktive Potential von Demokratie, Markt und Öffentlichkeit analytisch zu trennen von Machtverhältnissen, die sich dieser Vergesellschaftungsformen bedienen.

51 Dies gilt vor allem für die Entstehung der ersten Demokratien, wie am Beispiel von Athen genau untersucht worden ist. Siehe dazu Christian Meier: Athen. Ein Neubeginn der Weltgeschichte. Berlin 1993. S. 108ff. – Jochen Bleicke: Die athenische Demokratie. Paderborn 1995.

nen, setzen sich gegenüber anderen durch bzw. verwandeln diese in abhängige Gesellschaften. Formationsbestimmend sind also zugleich die Eigentums- und Machtstrukturen sowie die gesellschaftlichen Vermittlungsformen zwischen individueller und gesellschaftlicher Entwicklung.

Mit Marxens Sassulitsch-Briefen, seinen letzten systematischen Ausführungen zur Formationstheorie, können vier Formationstypen unterschieden werden — (1) die *archaischen oder primären Formationen*, die auf unterschiedlichen Stufen des Zerfalls des Gemeineigentums beruhen; (2) *sekundäre Formationen*, die durch Beziehungen persönlicher Abhängigkeit und Herrschaft einerseits und die Dominanz naturalwirtschaftlicher Austauschformen andererseits charakterisiert sind; (3) die *tertiären Formationen*, die durch eine kapitalistisch geprägte Produktionsweise und die Vorherrschaft sachlicher Austauschbeziehungen (modernisierungstheoretisch: der Ausdifferenzierung sozialer Teilsysteme) sowie die Dominanz der Kapitalverwertung über die Wirtschaft und einer solchen Wirtschaft über die Gesellschaft bestimmt sind; (4) *quartäre Formationen*, die Marx in den »Grundrissen« (wo er die primäre und sekundäre Formation noch zusammengefaßt hatte) so kennzeichnet: »Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens ...«<sup>52</sup> Es handelt sich um einen prozessierenden Widerspruch von unterschiedlichen Stufen individueller Befreiung und verschiedenen Typen der Regulation und Ausrichtung der gesellschaftlichen Kräfte, die aus dieser Befreiung hervorzunehmen, entsprechend sozialen Interessen der herrschenden gesellschaftlichen Klassen und Gruppen.

Die jeweils höhere Formation schreitet entsprechend dieser Geschichtsphilosophie deshalb über die vorhergehende fort, weil sie im Sinne von Marx »Befreiungen« darstellen, die zunehmend mehr von ihrem bornierten Charakter verlieren — borniert dadurch, daß es zunächst die Befreiung weniger auf Kosten vieler war, und borniert auch durch den Charakter der Vergesellschaftungsformen, die von Gemeinschaftlichkeit zu persönlicher und von dieser zu sachlicher Abhängigkeit fortschreiten, um dann, so Marxens Vision, im kommunistischen universellen Austausch zu münden.

---

52 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 42. S. 91.

Marx nahm an, daß in progressiver Abfolge gesellschaftsformierenden Strukturen (Eigentums- und Machtverhältnisse in Basis und Überbau sowie Vergesellschaftungsformen) entstehen können, die sich gegenüber vorhergehenden bzw. koexistierenden Verhältnissen durch zwei Eigenschaften auszeichnen: erstens durch einen höheren Grad von Freiheit (zumindest für einen privilegierten Teil der Bevölkerung) und zweitens durch einen höheren Grad der Verwandlung von individueller in gesellschaftliche Entwicklung und umgekehrt. Dies hieße: Bei einem gleichen Grad an Freiheit kann eine höhere Stufe der Vermittlung von individueller in gesellschaftliche Entwicklung einer Gesellschaft einen Vorteil verschaffen und umgekehrt kann sich höhere Freiheit bei gleichem Typ von Vergesellschaftung fördernd auswirken. Erst aus der Verbindung beider Kriterien des Fortschreitens entwickelt sich aber jene Sprengkraft, die zu formationellen Durchbrüchen führen kann.

Die Annahme einer solchen historischen Tendenz als *Potenz* ist auch nach Marx keinesfalls gleichzusetzen mit »Unvermeidlichkeit«. Da sich zudem ökonomische, politische, kulturelle und vor allem militärische Wettbewerbsvorteile keinesfalls eindimensional entsprechen und darüber hinaus intensive Entwicklung und extensive Anhäufung von Macht nicht identisch sind (formationell unterlegenen Gesellschaften können dies oft zeitweilig durch hohe Machtkonzentration kompensieren und ihre überlegenen Konkurrenten auch mit extensiver Gewalt ausschalten), gibt es keine Zwangsläufigkeit, daß sich Gesellschaften, die in der Mehrheit der Dimensionen von produktiver Entwicklung höher stehen, gegenüber anderen, oftmals zunächst militärisch stärkeren behaupten und gegenüber diesen durchsetzen können. Zumeist wurde das Entstehen von alternativen Möglichkeiten in der Geschichte schon im Entstehen mit Gewalt unterbunden, so daß sich Alternativen erst gar nicht ausbilden konnten oder im Ansatz vernichtet wurden. Neues entstand deshalb oft am Rand oder in den »Poren« der alten Gesellschaften und ihrer internationalen Systeme und verdankt sein Überleben günstigen Rahmenbedingungen. Die Entstehung von Gesellschaften höheren formationellen Typs ist im konkreten zufällig, ihre Behauptung davon abhängig, ob sie sich durch eigene Macht schützen können bzw. beginnen, eine Funktion für die noch machtvolleren Gesellschaften auszuüben und deshalb geduldet werden. Erst oberhalb einer kritischen Größe erzeugen sie in ihrem Umfeld einen Sog, dem sich andere Gesellschaften nur schwer entziehen können.

Von Marx ausgehend lassen sich zusammenfassend *zwei wesentliche formationstheoretische Kriterien* des Fortschritts bestimmen: Fortschritt-

lich sind Gesellschaften, die gegenüber anderen eine höhere Produktivität ermöglichen und/oder erzwingen, indem sie eine höhere Freiheit individueller Entwicklung und ein höheres Maß ihrer Verwandlung in gesellschaftliche Produktivkraftentwicklung herbeiführen. Dies ist *erstens* von den Eigentums- und Machtverhältnissen abhängig, die die Verteilung der gesellschaftlichen Funktionen der Produktion des menschlichen Reichtums definieren.<sup>53</sup> *Zweitens* ist dies durch die *Vergesellschaftungsformen* bedingt, die die Austauschform des Reichtums bestimmen. Bedingung ist jeweils, daß weder Vergesellschaftungs- noch Macht- und Eigentumsstrukturen die »Springquellen allen Reichtums [...]: die Erde und den Arbeiter«<sup>54</sup> untergraben. Marx wußte um den Zusammenhang von Nachhaltigkeit und Eigentumsordnung, als er formulierte: »Selbst alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie [...] haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«<sup>55</sup>

Die von Marx entwickelte Auffassung ist radikal *produktivistisch*, nur daß sie davon ausgeht, daß der Reichtumsproduktion letztlich alle bornierte Form abgestreift wird und sie zu nichts anderem wird »als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen«, die »volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte, die der sog. Natur wie der eigenen Natur«.<sup>56</sup> Und sie ist radikal *funktionalistisch*, indem sie die höhere Produktivität der Gesellschaft als Ganzer über die soziale Forderung gerechter Teilhabe der Einzelnen setzt; auch dies unter Annahme, daß dieser Antagonismus im Resultat höherer Produktivität

53 Produktionsverhältnisse als Eigentumsverhältnisse sind Verhältnisse der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Produktionsmittel. Wie Marx schreibt bezogen auf antagonistische Formationen: »Jene Verteilungsverhältnisse sind [...] die Grundlagen besonderer gesellschaftlicher Funktionen, welche innerhalb des Produktionsprozesses selbst bestimmten Agenten desselben zufallen im Gegensatz zu den unmittelbaren Produzenten.« (Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 25. S. 886).

54 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 23. S. 530.

55 Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 25. S. 784.

56 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 42. S. 396.

ein historisch verschwindender ist.<sup>57</sup> Die Grenze zu einer Apologie von aktuellem Imperialismus, Kolonialismus, Krieg und Ausbeutung ist scharf gezogen und wurde doch von manchen späteren Marxisten überschritten — sei es bezogen auf die westlichen Gesellschaften, sei es bezogen auf den Staatspartei Sozialismus.

Marx unterstellt also, daß unter produktivistischem wie unter funktionalistischem Gesichtspunkt sich letztlich eine Assoziation durchsetzt, »in der die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird«. Er will damit nicht mehr und nicht weniger geleistet haben als die historisch-materialistische Begründung des letztlich Zusammenfallens von Fortschritt und Emanzipation.<sup>58</sup> Die drei genannten formationstheoretischen Kriterien sollen nun auf den sowjetischen Staatspartei Sozialismus angewandt werden.

### 3. DER SOWJETISCHE STAATSPARTEISOZIALISMUS IM LICHT E MARXISTISCHER FORMATIONSTHEORIE

Als die Bolschewiki wie ihre Nachfolger Lösungen durchsetzten, die zur Entstehung verschiedener Formen eines Staatspartei Sozialismus führten,

---

57 Es wäre ein eigenständiges Forschungsproblem, die Modernisierungstheorien und Theorien des institutionellen Wandels unter diesem Gesichtspunkt zu untersuchen und ihnen mindestens jene Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die Marx zumindest jenen gegenüber zeigte, die er als »Vorgänger« auf den Feldern der Philosophie oder politischen Ökonomie ansah. Eine der fundiertesten theoretischen Begründungen der Durchsetzung des westlichen Kapitalismus durch die Schaffung einer spezifischen institutionellen Umwelt ökonomischen Handelns liefert Douglass C. North (siehe Douglass C. North: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge 1990). – Modernisierungstheoretische Darstellungen sind zusammengefaßt in Wolfgang Zapf (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*. Köln, Berlin 1971. – Sie wurden auch explizit auf den Zusammenbruch der DDR angewandt (siehe Wolfgang Zapf: *Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung*. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Discussion Paper. Köln (1992)4). Eine intelligente und empirisch gehaltvolle Apologie der »westlichen Siege« seit dem Sieg der Griechen über die Perser liefert Victor D. Hanson: *Why the West Has Won: Carnage and Culture from Salamis to Vietnam*. New York 2001. Er geht davon aus, daß freie Menschen auch die besseren Soldaten sind. Die (auch) militärische Durchsetzung des westlichen Kapitalismus sei deshalb die Folge seiner freieren Verfassung.

58 Marx steht gerade in dieser Beziehung ganz in der Tradition der französischen Aufklärung und der deutschen Geschichtsphilosophie.

dann taten sie dies nicht ausschließlich aus der praktischen Not heraus. Es waren die konkreten Nöte *und* das Leitbild einer sozialistischen Transformation unter Führung einer kommunistischen Partei, die zu meist in die gleiche Richtung zeigten — in die Richtung der Zentralisation von Eigentum, Macht und Bewußtsein. Die Neue Ökonomische Politik Lenins wurde durch die Mehrheit der Kommunisten im In- wie Ausland keinesfalls als Fortschritt gegenüber dem Kriegskommunismus, sondern als unerträgliche Abweichung von den sozialistischen Zielstellungen empfunden und stand nicht nur dem absoluten Machtanspruch der Staatspartei im Wege, sondern auch ideologisch auf schwachen Füßen. Die Bolschewiki gingen davon aus, daß ein Handeln entsprechend dem Leitbild des Staatspartei Sozialismus *letztlich* eine dem Kapitalismus überlegene und diesen verdrängende Ordnung hervorbringen würde.

Diese ideologische Tatsache ist nicht nur historisch von Bedeutung, sondern auch von aktueller Relevanz: Wenn es nämlich richtig wäre, daß die bolschewistischen Akteure zwar machtpolitisch allen Gegnern überlegen waren in politischer Strategie und Taktik und auch Entschlossenheit, sie aber an marxistischen Kriterien über kein Leitbild einer dem Kapitalismus formationstheoretisch *überlegenen* Ordnung verfügten, dann stellt dies unmittelbar die Frage danach, ob heutige sozialistische Kräfte über solche Leitbilder verfügen, Leitbilder, von denen entscheidend verantwortliche Politik abhängig ist.

Eine solche Frage ist daran interessiert, mit welchen Vorstellungen sozialistische und kommunistische Akteure der Vergangenheit Geschichte machten. Wenn Menschen unter vorgefundenen Bedingungen ihre Geschichte *selbst* machen, dann sollte man auch die Vorstellungen ernst nehmen, mit denen sie dies tun. Dies wäre nur dann fast völlig gleichgültig und von ausschließlich historiographischem Interesse, wenn Absichten und Ergebnisse in keinerlei Zusammenhang stehen. Dies aber muß gerade bei den Bolschewiki bezweifelt werden. Sie sahen sich immer als die eigentlichen Marxisten an, und Lenin hat einen großen Teil seines Werkes vor 1917 der Begründung des Zusammenhangs seiner Auffassungen mit dem Marxismus gewidmet. Noch im Herbst 1917, untergetaucht in Finnland, inmitten der unmittelbaren Vorbereitung der Machtübernahme, schrieb er »Staat und Revolution«, um im Augenblick der Vorbereitung der gewaltsamen Machtübernahme die Übereinstimmung der damit verbundenen Ziele mit dem Marxismus zu begründen.

In einer breiten sozialistischen und kommunistischen Tradition stehend, sahen sich Lenin und seine Genossen einem breiten Feld von Ide-

en gegenüber, wie eine zukünftige Gesellschaft zu gestalten sei. Vorstellungen einer direkten Demokratie des Volkes (Kommune), der Arbeiter und ihrer Räte, Überlegungen zu einer direkten ökonomischen Selbstverwaltung der Produzenten, wie sie z. B. von der Arbeiteropposition 1920/1921 vertreten wurden, waren durchaus lebendig. Stark und wirksam waren vor allem aber Ideen, daß Vergesellschaftung in der ersten, der sozialistischen Phase der neuen Ordnung vor allem eine umfassende Verstaatlichung und staatliche Kontrolle über alle gesellschaftlichen Lebensbereiche bedeutet. Es waren diese Ideen, die sich in der II. Internationale durchgesetzt hatten.<sup>59</sup> Eine solche Verstaatlichung schien den Bolschewiki nicht nur der Ausweg aus der akuten Krise von 1917,<sup>60</sup> sondern zugleich auch der Weg zu einer höheren Ordnung. Der zentralisierte Apparat der (deutschen) Post galt als »Muster sozialistischer Wirtschaft«.<sup>61</sup> Die zentralistisch-bürokratische Kriegswirtschaft wurde zum gesellschaftlichen Organisationsmodell der Bolschewiki.

59 Schon die Logik des »Manifest« hatte in diese Richtung gewiesen. Engels' Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« gab ihr eine umfassende Begründung, die später zum offiziellen Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie wurde und die II. Internationale beherrschte. So heißt es im Erfurter Programm der SPD von 1891: »Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.«

60 Siehe dazu W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 337ff.

61 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 439. – Gerade in der deutschen Sozialdemokratie war diese Vorstellung einer sozialistischen Staatswirtschaft weit verbreitet. Planung erschien als Prozeß demokratischer Anmeldung der Bedürfnisse und zentralistischer Festlegung der Verteilung der Ressourcen (siehe dazu August Bebel: Die Frau und der Sozialismus. Berlin 1922). Auch Rosa Luxemburg schien wie so viele andere die Überwindung der Anarchie des Kapitalismus als Übertragung der Organisationsformen der einzelnen kapitalistischen Fabrik mit ihrer »auf wissenschaftlicher Erkenntnis basierte(n) Planmäßigkeit« auf die ganze Gesellschaft zu denken (siehe Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 5. Berlin 1975. S. 579).

Diese Leitidee von einer sozialistischen Wirtschaft als Zentralverwaltungswirtschaft, die die Bolschewiki mit vielen ihrer sozialistischen Zeitgenossen teilten, wurde durch eine spezifische Vorstellung von politischer Macht ergänzt — nämlich die von einer »Partei neuen Typus«. Diese Kampfpartei wurde nach 1917 zu einer herrschenden Partei mit allumfassendem Machtanspruch in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Aus dem Staatssozialismus wurde der Staatspartei Sozialismus. Die Diktatur des Proletariats als »einer mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützende Macht«<sup>62</sup> wird ihrerseits unter die »mit niemand geteilte« Macht der bolschewistischen Partei gestellt. Die Forderung »Alle Macht den Sowjets!«<sup>63</sup> wird fast unmittelbar nach Eroberung der Macht durch einen Aufstand und die Wahl einer Koalitionsregierung von Bolschewiki und linken Sozialrevolutionären auf dem II. Allrussischen Sowjetkongreß abgelöst durch die Praxis der Ausgrenzung und Verfolgung aller ursprünglichen parteipolitischen Verbündeten, soweit sie sich nicht völlig unterordneten, die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung, in der man keine Mehrheit hatte, und die Errichtung einer Diktatur einer Partei, der sogenannten »Avantgarde«, innerhalb derer spätestens nach dem Fraktionsverbot von 1921 zuerst die Führung und dann der »Führer« ihre Diktatur durchsetzen konnten.<sup>64</sup>

---

62 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 416.

63 »Die Macht den Sowjets, das bedeutet den vollständigen Übergang der Verwaltung des Landes und der Kontrolle über seine Wirtschaft an die Arbeiter und Bauern, denen sich *niemand* zu widersetzen wage und die durch die Erfahrung *rasch lernen würden*, durch die eigne Praxis lernen würden, den Grund und Boden, die Produkte und das Brot richtig zu verteilen.« (W. I. Lenin: Eine der Kernfragen der Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 386).

64 Es war das bolschewistische Leitbild, daß es dafür legitim erschienen ließ, daß eine Partei und deren Allmacht nicht mehr »zur Wahl« gestellt werden mußte. Die Sicherung der »richtigen« Politik schien immer wichtiger als die Anwendung von Formen direkter oder indirekter Demokratie. Die Differenz zwischen Bolschewismus und dem von mir vertretenen demokratischen Sozialismus liegt nicht, wie Uwe-Jens Heuer auch auf dieser Konferenz wieder unterstellte, im negativen oder positiven Verhältnis zum »bürgerlichen Parlamentarismus«, sondern darin, ob eine sozialistische Entwicklung und Macht hervorwächst aus dem »aktive(n), ungehemmte(n), energische(n) Leben der breitesten Volksmassen« (Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 356), oder ob eine Ordnung schon sozialistisch ist, in der Kommunisten auf der Basis des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln Macht ausüben, wie Uwe-Jens Heuer anzunehmen scheint (siehe Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Politik. Hamburg 2004. S. 139 und 208).

Die »Erbauer« des sowjetischen Staatsparteisozialismus gingen davon aus, daß die von ihnen in Rußland und anderen Ländern vertretene Gesellschaftsordnung letztlich zu einer höheren Stufe der Arbeitsproduktivität und Reichtumsproduktion führen würde, weil sie auf höheren Triebkräften aufbauen würde. So schrieb Lenin im Wissen um die Probleme des Kriegskommunismus mit aller Deutlichkeit: »Der Kapitalismus kann endgültig besiegt werden und wird dadurch endgültig besiegt, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft.«<sup>65</sup> Wie aktuell diese Vorstellung auch Jahrzehnte später noch war, wird in einem Gespräch Mikojans, des damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten der UdSSR, 1961 mit Vertretern der SED deutlich, in der er die Erwartung äußerte, daß es der DDR mit Unterstützung der Sowjetunion möglich sein müsse, in den kommenden fünf bis zehn Jahren die Bundesrepublik einzuholen und zu überholen: Die DDR »ist der westliche Vorposten des sozialistischen Lagers [...] In der DDR wird sich unsere Weltanschauung, unsere marxistisch-leninistische Theorie beweisen müssen [...] Die DDR, Deutschland, ist das Land, in dem sich entscheiden muß, daß der Marxismus-Leninismus richtig ist, daß der Kommunismus auch für die Industriestaaten die höhere, bessere Gesellschaftsordnung ist. Und weil das so ist, deshalb ist die Bewahrung des Sozialismus in Deutschland nicht nur Eure Sache allein. [...] Und gegenüber Westdeutschland können und dürfen wir uns einen Bankrott nicht leisten. Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich nicht hier als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben *wir* (im Original hervorgehoben) nicht gesiegt.«<sup>66</sup>

Mit einer Nebenbemerkung bringt Uwe-Jens Heuer das gesamte marxistische Fortschrittskonzept, bezogen auf den Sozialismus, zum Einsturz, wenn er schreibt: »Es ist gerade die Einheit von zivilisatorischen Errungenschaften und Barbarei, die Marx und Engels in Bezug auf den Kapitalismus herausarbeiten [...] Insofern ist natürlich auch die Frage zu stellen, ob die Beseitigung des kapitalistischen Privateigentums nicht not-

---

65 W. I. Lenin: Die große Initiative. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 29. S. 416. – Schon 1917 hatte Lenin formuliert: »Der Krieg ist unerbittlich. er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder *auch ökonomisch* einholen und überholen« (W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 375).

66 Zitiert in Michael Lemke: Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1995. S. 161f.

wendig Triebkraftverluste mit sich bringt.«<sup>67</sup> Wenn dies richtig wäre, dann steht sofort die Frage, inwieweit es sich dann vom marxistischen Standpunkt bei einer derartigen Beseitigung der kapitalistischen Eigentumsordnung wirklich um einen *Formationsfortschritt* handeln kann. Natürlich ist es zumindest nicht, daß beim Übergang zu einer »höheren« Gesellschaftsordnung Verluste bestimmter gesellschaftlicher Triebkräfte entstehen, die nicht durch stärkere Gewinne von anderen Triebkräften mehr als aufgewogen werden.

Die Entstehung einer Ordnung, die von Ernstgert Kalbe auf dieser Konferenz charakterisiert wurde als »hierarchisch-absolutistische Herrschaftsstruktur« mit einer straff organisierten Parteiarmee und Staatsbürokratie sowie Kommandowirtschaft ist m. E. nicht das nichtintendierte Nebenprodukt eines rein durch die konkreten Umstände gebotenen Kampfes, sondern zumindest *auch* Verwirklichung klarer Leitideen über eine sozialistische Ordnung. Es waren Ideen, die sich gegenüber anderen Ideen durchsetzten, weil sie für den Kampf der Bolschewiki um die Macht und ihre Behauptung »funktional« waren bzw. zu sein schienen *und* in besonderem Maße sozialistisch zu sein schienen, den Bolschewiki also eine hohe ideologische Legitimation gaben. In immer neuen Machtkämpfen zwischen den Bolschewiki und ihren politischen Rivalen und innerhalb der bolschewistischen Partei setzten sich die Vertreter dieser Grundvorstellungen gegenüber anderen durch. Dies gilt für die Auseinandersetzung mit der »Arbeiteropposition« wie auch mit den Verfechtern der Neuen Ökonomischen Politik in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre.

Die Bolschewiki siegten auch deshalb, weil sie über solche Ideen verfügten und diese Ideen zur Macht wurden, mit deren Hilfe sie die russische Gesellschaft neu organisierten. Die Entstehung des Staatspartei-Sozialismus war folglich nicht nur durch die objektiven Bedingungen, sondern auch geistig bedingt. Umgekehrt gilt aber auch, daß nur unter den sehr spezifischen Bedingungen eines Landes an der Semiperipherie eines durch Weltkriege destabilisierten Weltsystems, geprägt durch hohe Rückständigkeit und ständige Kriege bzw. Kriegsbedrohungen sich diese spezifischen staatssozialistischen und staatspartei-sozialistischen Vorstellungen als »funktional« im Machtkampf erwiesen. In anderen Ländern konnten sie sich niemals umfassend durchsetzen.

---

67 Uwe-Jens Heuer: *Marxismus und Politik*. Hamburg 2004. S. 53.

Gerade die Oktoberrevolution hat gezeigt, wie wichtig politische Ideen und gesellschaftliche Leitbilder sind. Sie bestimmen die Auswahl legitimer Strategie und Taktik, entscheiden darüber, welche Ziele und Mittel unter den möglichen Zielen und Mitteln überhaupt in Erwägung gezogen werden und welche »Kosten« in Kauf genommen werden. Und da es sich bei den Bolschewiki um überzeugte Marxisten handelte, tut ihnen die Frage danach, ob jene Leitbilder, die sie mit dem Aufbau des Staatsparteisozialismus verwirklichten, formationstheoretisch denen einer kapitaldominierten Ordnung und repräsentativer Demokratie überlegen waren, keine Gewalt an, sondern mißt sie an Maßstäben, die ihnen gemäß waren.

Der Staatsparteisozialismus entstand (auch) aus dem Versuch der Bolschewiki und der Kommunisten, die Gewalten eines barbarisierten Kapitalismus, Militarismus, Imperialismus und Faschismus, wie er sich in zwei Weltkriegen entlud, dadurch zu bändigen, daß er jede einzelne gesellschaftliche Kraft entmachtete — schließlich auch die selbständigen Organisationen der Arbeiter —, und alle Macht in einer Hand zentralisierte. Er erwuchs (auch) aus dem Bemühen, die außer Kontrolle geratene Eigenlogik bestimmter moderner Vergesellschaftungsformen, insbesondere der Märkte, zu brechen, indem ideologische Vergemeinschaftung und Bürokratie als die dominanten Formen institutioneller Vermittlung gesetzt wurden.

Diese Versuche waren vor dem Hintergrund von Weltkriegen, Faschismus, Okkupation und Bürgerkrieg verständlich und durchaus in den Augen großer Bevölkerungsgruppen akzeptabel oder sogar legitim. Sie waren in Ländern der Semiperipherie der imperialistischen Weltgesellschaft, vor allem in Rußland und China, erfolgreich — dort, wo die herrschenden Eliten die Fähigkeit zur Kontrolle der Umbrüche unter der Wucht von Zerfall und Krieg verloren hatten und große Massenbewegungen auf der Suche nach Alternativen waren, die die Lösung der sozialen Fragen, nationale Selbständigkeit, Befriedung der inneren und äußeren Konflikte und gesellschaftlichen Neuanfang zugleich versprochen.

Das Leitbild, daß sich bei der Entstehung des sowjetischen Staatssozialismus durchsetzte und gesellschaftsformierend wurde, war die Zentralisation aller Typen von Verfügungsgewalt in einer Hand und die Unteilbarkeit dieser Macht. Die hierarchische Verteilung von Macht bildete das dominierende Prinzip sozialer Differenzierung. Alle weiteren gesellschaftlichen Differenzierungen waren dieser Elementarform politischer

Herrschaft subsumiert.<sup>68</sup> Eigentum, politische Macht und die Definitionsmacht lagen letztlich bei einer kleinen Gruppe von Personen, die zugleich sich selbst rekrutierten, bzw. bei einem Führer.

Diese Herrschaft konstituierte in ihrer idealtypischen Form drei Akteurguppen mit je eigener Position zu Macht und Eigentum:

(1) die *herrschende Elite* (die Top-Nomenklatura), formell konzentriert im Politbüro und dem Sekretariat des Zentralkomitees der Staatspartei und ausgestattet mit dem Verfügungsmonopol über alle wichtigen Ressourcen,

(2) die *Dienstklasse* (die politische und die Funktionselite bzw. Nomenklatura im weiteren Sinn), die die Partei in der Partei oder die »Struktur in der Struktur«<sup>69</sup> bildete, sich letztlich freiwillig an die Weisungen der Parteiführung band und deren Umsetzung durch das unmittelbare Kommando über die wesentlichen gesellschaftlichen Ressourcen garantierte, und

(3) das *Volk* (jene, die aus den Entscheidungsprozessen generell ausgeschlossen waren und über keine autonomen Organisationsressourcen verfügten).<sup>70</sup>

Für den Staatspartei-Sozialismus waren die offiziellen Macht- und Eigentumsstrukturen auf eine Monopolisierung der letztlichen Verfügung in den Händen einer kleinen Gruppe gerichtet und die Vergesellschaftungsformen am Vorbild einer Mischung von ideologischer Gemeinschaftlich-

68 Diese Grundstruktur wurde im späten Marxismus-Leninismus so dargestellt: »Die bisher bei der Gestaltung des Sozialismus gesammelten Erfahrungen ermöglichen eine Antwort auf die Frage, was den *Sozialismus* auszeichnet und welche *Wesenszüge* ihn charakterisieren: – Ausübung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und anderen Werktätigen; – Gesellschaftliches Eigentum in seinen beiden Formen, sozialistische Planwirtschaft und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, Einsatz von Wissenschaft und Technik zugunsten und zum Nutzen der Gesellschaft; ...« (Wissenschaftlicher Sozialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium. Berlin 1988. S. 276).

69 Dietmar Wittich: Mitglieder und Wähler der PDS. In: Michael Brie/Martin Herzig/Thomas Koch: Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen. Köln 1995.

70 Siehe dazu ausführlicher: Michael Brie: Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen. In: Helmut Wiesen-thal (Hrsg.): Einheit als Privileg: Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands. Frankfurt am Main, New York 1996. S. 39–104.

keit und bürokratischer Steuerung orientiert. Von einem Zentrum aus sollte die unmittelbare Steuerung der Mikroprozesse der Gesellschaft in ihren verschiedenen Feldern von Wirtschaft, Politik und Kultur vorgenommen werden, um deren Verselbständigung zu verhindern. Während liberale Theorien dazu tendieren, aus der »unsichtbaren Hand« eines ökonomischen, politischen und kulturellen Wettbewerbs atomisierter Akteure Gesamtfortschritte der Gesellschaft zu erwarten, basiert die staatssozialistische Konzeption umgekehrt auf der Annahme, daß nur die unmittelbare Unterordnung jedes einzelnen Akteurs unter einen Gesamtwillen solche Fortschritte ermöglichen können.<sup>71</sup>

Während die Macht- und Eigentumsstrukturen des Staatspartei- sozialismus alle einzelnen (bis auf die oberste Nomenklatura) im Namen »aller« enteigneten und entmachteten, verwandelten die Vergesellschaftungsformen alle einzelnen in subalterne Angestellte einer bürokratischen Megamaschine. Die Dysfunktionalitäten eines solchen Systems erzeugten Reformtendenzen, die sie durch Dezentralisierung und Elemente von marktwirtschaftlichem Wettbewerb zu mindern suchten und brachte zugleich ein Konglomerat von Schatten- und Gegengesellschaften hervor, die das System konterkarierten und von ihm zehrten.<sup>72</sup> In der offiziellen Gesellschaft wurden Unterordnung gegenüber Autonomie und Weisung gegenüber Wettbewerb präferiert.

Der sowjetische Staatspartei- sozialismus stellte gleichermaßen gegenüber seinen Vorgängergesellschaften wie gegenüber den westlichen kapitaldominierten Gesellschaften, mit denen er in Systemkonkurrenz stand,

---

71 Rainer Land spricht in diesem Zusammenhang von einer »*gesamgesellschaftlich gesteuerten Modernisierung*«: »Tatsächlich wurden die Grundstrukturen einer modernen Gesellschaft nicht beseitigt, sondern einer Meta-Organisation, der Herrschaft der Staatspartei, untergeordnet, deren Macht sich nicht auf den Staat [...] beschränkte, sondern alle Funktionssysteme durchdrang. [...] Der Kern der Partei- herrschaft war die Fähigkeit, in alle gesellschaftlichen Funktionssysteme intervenieren zu können.« (Rainer Land: Ostdeutschland — fragmentierte Entwicklung. In: Berliner Debatte Initial. Berlin (2003)6. S. 81).

72 Siehe dazu im Überblick Michael Brie: »Selbstaufhebung« des Realsozialismus. In: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.): Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich. Hamburg 1992. S. 57–100. – Zum unproduktiven Verhältnis dieser »Lebens-« und »Gegenwelten« zu den Systemwelten im Staatspartei- sozialismus siehe auch Rainer Land/Ewald Böhlke: Die Entstehung einer Gegengesellschaft — der Schatten des Staatssozialismus. In: Michael Brie/Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 85ff.

einen höheren Grad von Monopolisierung des Eigentums und der Macht dar und reduzierte die Vergesellschaftungsformen weitgehend auf ideologische Vergemeinschaftung und bürokratische Unterordnung einer Zentralverwaltung. Obwohl er in schärfstem äußerem Wettbewerb stand, war er aufgrund seiner eigenen Formationsweise der Gesellschaft gezwungen, Wettbewerb nach innen und individuelle Autonomie und kollektive Selbstorganisation weitgehend zu unterbinden oder gewaltsam in Ghettos einzubannen, von denen keine systemverändernde Wirkung ausgehen sollte.

Innerhalb einer solchen Formationsweise des Staatspartei Sozialismus war es möglich, drängende nationale Probleme zu lösen und eine spezifische Industrialisierung, Bildungsrevolution und Urbanisierung durchzuführen sowie moderne Armeen aufzubauen. Es wurden wesentliche Fortschritte der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Partizipation der Mehrheit der Bevölkerung unter Bedingungen beträchtlicher sozialer Sicherheit und hoher sozialer Integration erreicht. Dies war im Vergleich zum zaristischen Rußland und traditionellen China viel. Aber die Entwicklungsfähigkeit dieses Systems hing davon ab, daß es sich immer neue externe Ressourcen (der ländlichen Gesellschaft, der Auflösung der klein- und mittelbürgerlichen Bereiche, durch Naturausbeute usw.) einzuverleiben mochte. Als die Potentiale einer derartigen extensiven Entwicklung erschöpft waren, kam es zu einer Phase der Stagnation.

Das System des Staatspartei Sozialismus scheiterte in der Sowjetunion in dem Augenblick, wo es sich auf eigener Grundlage *intensiv* entwickeln mußte. Intensive Reproduktion basiert im Unterschied zur extensiven Reproduktion nicht auf der Zufuhr zusätzlicher Ressourcen, sondern auf deren neuartiger Verwendung durch die Verwandlung von Erfindungen in Innovationen. Die weitgehende Unterdrückung der innovationsfördernden Vergesellschaftungsformen (Märkte, Demokratien oder kultureller Öffentlichkeiten) in den Ländern des sowjetischen Staatspartei Sozialismus machte den Übergang zu einer auf Innovationen beruhenden intensiv erweiterten Reproduktion unmöglich und ließ sie den Systemwettbewerb wirtschaftlich, politisch, kulturell und sicherheitspolitisch verlieren. Gesellschaften, die nicht zugrunde gehen wollten, begannen, sich die Vergesellschaftungsformen des überlegenen Westens anzueignen. Diese Aneignung war zugleich mit der Durchsetzung von Eigentums- und Machtstrukturen verbunden, die durch Profit-

dominanz geprägt sind.<sup>73</sup> Innovationsfähigkeit schien der Mehrheit der Bevölkerung und vor allem den alten bzw. neuen Eliten zu diesem Zeitpunkt ohne Vorherrschaft kapitalistischer Tendenzen in der Wirtschaft und einer solchen Wirtschaft in der Gesellschaft nicht zu haben zu sein.<sup>74</sup> Für jede Sozialistin und jeden Sozialisten steht die Frage, ob theoretisch wie praktisch das Gegenteil bewiesen werden kann.

Ausgehend von Marx wurden am Ende von Abschnitt zwei formatio-  
nsthoretische Kriterien von Fortschritt formuliert, die bezogen auf den  
sowjetischen Staatspartei-Sozialismus ein eindeutiges Fazit ergeben: Er-  
stens waren die Eigentums- und Machtverhältnisse monopolistisch und  
zerstörten damit jeden Anreiz zur Innovation bei jenen, die überhaupt  
relativ autonom verfügen konnten. Zweitens wurden genau jene Verge-  
sellschaftungsformen weitgehend ausgeschaltet, die Bedingung von In-  
novation sind.<sup>75</sup> Drittens mußte unter dem Druck der Unterlegenheit auch  
dann noch zur extensiv erweiterten Reproduktion gegriffen werden, als  
dies mit maßloser Umweltzerstörung und Degeneration der Arbeits- und  
Produktionsbedingungen einherging und die Grundlagen einer nachhaltigen  
Entwicklung untergrub.

Der Staatspartei-Sozialismus war mehr und vor allem war er primär  
etwas anderes als nur eine spezifische Entwicklungsdiktatur für rück-  
ständige Länder der Semiperipherie. Er konnte vor allem in Ländern ent-  
stehen, wo zugleich Potentiale von Emanzipation massiv unterdrückt  
wurden *und* die herrschenden gesellschaftlichen Kräfte nicht in der Lage  
waren, Grundfunktionen sozialer Integration zu sichern und die von ih-  
nen kontrollierte Gesellschaft international zu behaupten. Militärische  
Niederlagen, halbkoloniale Abhängigkeit, Marginalisierung und Verelen-

---

73 Zu den sozialtheoretischen Grundlagen dieses Kapitalismusverständnisses siehe Michael Brie: *Sozialismus. Ursprünge, Widersprüche, Wandlungen*. In: André Brie/Michael Brie/Judith Dellheim/Thomas Falkner/Dieter Klein/Michael Schumann/Dietmar Wittich: *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*. Ein Kommentar. Berlin 1997. S. 33ff. – Michael Brie: *Freiheit und Sozialismus*. In: Michael Brie/Michael Chrapa/Dieter Klein: *Sozialismus als Tagesaufgabe*. Berlin 2002. S. 43ff.

74 Der Versuch der Konzipierung einer solchen Alternative für die DDR wurde unternommen u. a. in Rainer Land (Hrsg.): *Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung*. Berlin 1990.

75 Der Erfolg der VR China basiert vor allem auch darauf, in sozial und politisch kontrollierter Weise diese Vergesellschaftungsformen in der Wirtschaft »einzuführen« und damit das System einer Zentralverwaltungswirtschaft unter Führung der kommunistischen Staatspartei zu verlassen.

derung sowie das Zurückbleiben der Integration aufsteigender gesellschaftlicher Gruppen waren Merkmale, die gleichermaßen auf das zaristische Rußland, auf Jugoslawien, China, Vietnam oder Kuba (wichtige Orte der Entstehung weitgehend autonomer Typen dieses Sozialismus) zutrafen.

Der Staatspartei Sozialismus war sozialistisch, insofern er erstens ein Versuch war, durch die radikale Unterordnung aller gesellschaftlichen Kräfte unter ein Zentrum die Bedingungen für die soziale und individuelle Entwicklung zu schaffen, um, so die Annahme, dadurch perspektivisch auch die Freiheit jedes einzelnen als Bedingung der Freiheit aller zu ermöglichen. Er war zweitens sozialistisch, indem er ein sehr hohes Maß gleicher Teilhabe an der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sicherte und dafür die Grundbedingungen bereitstellte.

Beide Tendenzen haben mit unterschiedlichem Schwergewicht die gesamte Geschichte des sowjetischen Staatspartei Sozialismus begleitet und sich immer wieder gegenüber andern Tendenzen geltend gemacht. Insofern dieser spezifische Versuch von Sozialismus aber die Bedingungen von Freiheit und Innovation zerstörte, die Verwandlung von individueller Entwicklung in gesellschaftlichen Fortschritt weitgehend blockierte, war es ein Versuch, der die Probleme dadurch »löste«, indem er sie beseitigte und mit ihnen auch die ihnen zugrundeliegende Fähigkeit zu dynamischer Entwicklung selbst zerstörte. Auch die höhere gesellschaftliche Teilhabe konnte nicht in ein höheres Maß der Entwicklung der gesellschaftlichen Innovationskräfte transformiert werden. Es blieb bei einer »nachholenden« wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen »Modernisierung« mit sowjetischen Zügen. Zugleich wurden Gewalten einer unkontrollierten Macht von Staat, Partei und Führer freigesetzt. Mit deren nachstalinischer Pazifizierung blieb am Ende nur die Verwaltung von Stagnation.

Es ist verfehlt, den Staatspartei Sozialismus aus der Geschichte des Sozialismus als »Verirrung« zu streichen. Zugleich bleibt die Erfahrung, daß der Staatspartei Sozialismus die zu lösenden Aufgaben von höherer Freiheit und einem höheren Grad von Vermittlung individueller und gesellschaftlicher Entwicklung verfehlte, da seine Form der Verteilung von Macht und Eigentum sowie gesellschaftlicher Integration die Bedingungen innovativer Entwicklung beseitigte. Sozialismus ohne eine höhere Stufe von Freiheit der Individuen ist kein bleibender Sozialismus. Und höhere individuelle Freiheit, die nicht in ein höheres Maß der solidarischen Entwicklung aller verwandelt wird, ist nicht sozialistisch.

Diese Erkenntnis stellt nicht den sozialistischen Anspruch des Staatspartei Sozialismus in Frage. Der Versuch, gesellschaftliche Entwicklung an der Teilhabe der Mehrheit der Bevölkerung auszurichten, ist von bleibendem historischem Wert. Indem der Staatspartei Sozialismus aber dieser Teilhabe den Charakter von Freiheit nahm und auf die Erfüllung zugewiesener Rollen reduzierte, lösten seine »Erbauer« das vor ihnen gestellte Problem durch einfache Negation.

Gemessen an Marxens Fortschrittskriterien war der Staatspartei Sozialismus also formationstheoretisch zwar nicht seinen unmittelbaren Vorgängergesellschaften, aber zumindest jenen kapitaldominierten Gesellschaften unterlegen, die Kapitaldominanz durch ein bestimmtes Wirken sozialer Gegenkräfte und einer begrenzten Partizipation derselben an gesellschaftlicher Entwicklung zu relativieren vermochten.<sup>76</sup> Dieser Fortschrittsrückstand war zugleich ein Freiheitsrückstand, insofern die Macht- und Vergesellschaftungsformen des Staatspartei Sozialismus ein geringeres Maß an individueller Autonomie zuließen und förderten, als jene westlichen Gesellschaften, mit denen er nach 1945 vornehmlich im Wettbewerb stand. Auch die Vorstellung, durch Zentralisation aller Verfügungs- und Entscheidungsmacht ein höheres Maß an bewußter Unterordnung der gesellschaftlichen Produktivität als soziales Vermögen aller zu erreichen, scheiterte. Weder Freiheit im Sinne höherer freier Entwicklung der Individualität noch Freiheit im Sinne der höheren »Beherrschung« der sozialen Kräfte der Entwicklung aller konnte erreicht werden. Die kapitaldominierten Gesellschaften des Westens schritten deshalb unvermeidlich über den sowjetischen Staatspartei Sozialismus hinweg.

---

76 Diese Einschränkung ist zentral: Der Staatspartei Sozialismus entstand gerade dort, wo ein entfesselter Kapitalismus derartige Zerstörungspotenziale freisetzte, daß die »Fesselung« durch einen derartigen Sozialismus als relativer Fortschritt erscheinen konnte. Nach dem Verschwinden der Sowjetunion scheinen die herrschenden Klassen der Metropolen der Auffassung zu sein, daß sie nicht nur ein höheres Maß an Durchkapitalisierung der Gesellschaft brauchen, sondern sich auch national wie global leisten können, ohne machtpolitisch bedroht zu sein. Dieser Artikel stellt sich *nicht* die Aufgabe, die modernen kapitaldominierten Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt einer marxistischen Formationstheorie zu analysieren. Insofern bleibt die These von der relativen Überlegenheit dieser Gesellschaften gegenüber denen des Staatspartei Sozialismus eine hier nur unterstellte empirische Tatsache, die nicht theoretisch reflektiert wird.

Nach dem Untergang des sowjetischen Staatspartei-Sozialismus scheinen wesentliche Fraktionen der herrschenden Klassen der Auffassung zu sein, auf wichtige zivilisatorische Errungenschaften und Fortschrittspotentiale verzichten zu können. Die globale Hegemonie des Neoliberalismus, eine unilaterale Militärmacht, direkteste Formen von Abhängigkeit von den USA und ihnen verbündeter Regionalmächte, gesichert durch IWF und Weltbank, scheinen jede Alternative zu unterdrücken. Erstmals seit Jahrhunderten wäre der Wettbewerb um eine Überlegenheit, die mit Alternativität verbunden ist, ausgeschaltet. Der Wettstreit bezieht sich zunehmend nur noch auf Stufen des Gleichen, nicht aber mehr auf Differenzen in der Qualität des Fortschreitens.

Unter Hegemonie des Neoliberalismus werden bewußt wesentliche Formen der Verwandlung von gesellschaftlicher in individuelle Entwicklung zerstört, indem Grundrechte abgebaut werden, die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Teilhabe breiter Teile der Bevölkerung reduziert und für Teile ganz abgeschafft wird. Barbarischste Formen von Herrschaft werden reaktiviert, wie sich insbesondere nach dem 11. September 2001 zeigte. Gleichzeitig werden Innovationen auf jene Bereiche eingeschränkt, die den Interessen einer kleinen Minderheit dienen, so daß gesellschaftliche Entwicklung mehr als in den Jahrzehnten zuvor wieder zu einem Privileg von Minderheiten, zu Ausbeutung wird. Durch Privatisierung, Durchkapitalisierung und autoritäre Elitenherrschaft sowie umfassende Manipulierung der öffentlichen Meinung sollen diese Tendenzen zementiert werden. Fortschritt, wie er in aller Ungleichmäßigkeit nach 1945 in vielen Bereichen zu beobachten war, wird durch Reaktion abgelöst. Gegen diese Reaktion formiert sich heute eine neue globale Gegenbewegung.

#### 4. DIE AUSSTEHENDE THEORETISCHE UND PRAKTISCHE NEUBEGRÜNDUNG SOZIALISTISCHER POLITIK

Wenn die These richtig ist, daß sozialistische Politik nur dann eine Chance hat, wenn sie auf eine solche Transformation der gegenwärtigen Gesellschaften zielt, die zu einem höheren Maß von individueller Freiheit führt und diese durch eine höhere Stufe solidarischer und demokratischer Regulation in nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung verwandelt, dann stellt sich zugleich die Frage nach dem Verhältnis von Sozialistinnen und Sozialisten zu jenen Vergesellschaftungsformen dieser

Gesellschaften, die bisherige Bedingungen von Fortschritt und Befreiung waren.

Das Schicksal des Staatspartei Sozialismus hat bewiesen, daß die Innovationsfähigkeit moderner Gesellschaften zu den notwendigen Existenzbedingungen derselben gehört, sollen sie nicht durch den »Sturm schöpferischer Zerstörung« (Schumpeter) hinweggefegt und zur Aneignung »der Produktionsweise der Bourgeoisie« (Marx) gezwungen werden. Diese Innovationsfähigkeit ist nun ihrerseits gebunden an spezifische Vergesellschaftungsformen moderner Gesellschaften (Märkte, Demokratie, Öffentlichkeit), durch die Entwicklung der einzelnen in Entwicklung aller umgesetzt werden kann. Vor dem Hintergrund dieser Einsicht hatte die Arbeitsgruppe »Moderner Sozialismus« der Humboldt-Universität zu Berlin in den späten achtziger Jahren eine Position entwickelt, die in der Verbindung sozialistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse, die die Vorherrschaft der Soziallogik als solidarischer Regulation in Wirtschaft und Gesellschaft sichern sollen, mit den Vergesellschaftungsformen moderner Gesellschaften einen Ausweg aus der Existenzkrise des Staatspartei Sozialismus sah. Ein leistungsorientierter Wettbewerb, Recht, Demokratie und Öffentlichkeit wurden als notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingungen eines überlebensfähigen Sozialismus erkannt.<sup>77</sup> Nur jene, die die genannten Vergesellschaftungsformen mit Kapitalismus gleichsetzen, können in der Forderung nach Verbindung von Sozialismus und »Moderne« (sprich: den genannten modernen Vergesellschaftungsformen) eine Apologie des Kapitalismus erkennen, wo es sich in Wirklichkeit um die Formulierung einer an die Wurzel gehenden Kritik und die Suche nach der realen und dauerhaften Überwindung desselben handelt.

Wie Wolfgang Küttler aufzeigte, handelte es sich für Marx beim Übergang vom Kapitalismus zu Sozialismus oder Kommunismus nicht um einen Formationsübergang, »wo eine veraltete Produktionsweise selbst mitsamt den Produktions- und Eigentumsverhältnissen von neuen progressiven Produktivkräften und deren Trägern gesprengt werden mußte«, sondern um einen »Formationsumbruch *innerhalb* einer sich

---

77 So hieß es unter anderem: »Recht, Demokratie und Öffentlichkeit sind die inneren Formen des Bewußtwerdens und Austragens der Widersprüche des sozialistischen Eigentums.« (Michael Brie: *Wer ist Eigentümer im Sozialismus?* Berlin 1990. S. 177). Siehe vor allem auch Rainer Land (Hrsg.): *Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung.* Berlin 1990.

ständig selbst revolutionierenden Produktionsweise«. <sup>78</sup> Der Staatspartei-Sozialismus ist daran gescheitert. Er hat mit der Beseitigung der Profitdominanz über Wirtschaft und Gesellschaft zugleich die Fähigkeit zu einer innovativen Selbsterneuerung in Wirtschaft, Politik und Kultur beseitigt bzw. die Entstehung der dafür notwendigen Bedingungen dauerhaft blockiert.

Vor der Aufgabe der Formulierung einer Strategie nicht zu kapitulieren, die die Fähigkeit zur Selbsterneuerung moderner Gesellschaften erhält und sie den nichtkapitalistischen Kriterien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und der freien und solidarischen Entwicklung unterwirft, stellt die wohl größte Herausforderung der Alternativbewegungen der Gegenwart dar. Es war leicht und ist heute vielleicht noch leichter, die Ungerechtigkeit und die zerstörerische Kraft einer kapitaldominierten Entwicklung aufzuzeigen und sie damit moralisch zu negieren und ihrer ethischen Legitimation zu berauben. Die Kraft wirklicher Kritik, theoretisch wie praktisch, mißt sich aber daran, ob sie fähig ist, diesen Kapitalismus dialektisch aufzuheben und dem Fortschritts- und Freiheitspotential der gegenwärtigen Gesellschaften durch grundlegend veränderte Macht- und Eigentumsverhältnisse, die eine höhere Stufe von Freiheit und solidarischer Regulation sowie demokratischer Selbstverwaltung ermöglichen, eine neue Ausrichtung zu geben.

Marxens Fortschrittskonzeption, die ihren Kern in der Rekonstruktion der Menschheitsgeschichte als »große Epochen ökonomischer Gesellschaftsformation« findet, bietet keine fertigen Lösungen für die Neubegründung von Sozialismus. Sie erlaubt es aber, begründeter über Kriterien einer Transformation kapitaldominierter Gesellschaften nachzudenken und Leitbilder einer »überlegenen« Ordnung zu formulieren. Damit eine solche »andere Welt« möglich wird, sind solche Leitbilder unverzichtbar.

---

78 Wolfgang Küttler: Formationsgeschichtliche Bemerkungen zur postkommunistischen Situation. In: Christoph Kniest/Susanne Lettow/Teresa Orozco: Eingreifendes Denken. Wolfgang Fritz Haug zum 65. Geburtstag. Münster 2001. S. 161.



## **Berichte und Dokumentationen**



HELGA WATZIN-HEERDEGEN

## Die Wahlen in Rußland 2003/2004<sup>1</sup>

Die Duma-Wahlen im Dezember 2003 sind Anlaß, Auskunft über die gegenwärtigen Machtverhältnisse in der Russischen Föderation, über den Zustand gesellschaftlicher Strukturen zu geben. Grundlage dafür bilden die Programme und Erfolge bzw. Mißerfolge der staatlichen Leitung, der verschiedenen Parteien und Bewegungen.

In Ergänzung zu bisherigen Darlegungen über die politische Lage in Rußland versuche ich, diese aus Erfahrungen des konkreten Wahlkampfes zu ergänzen und ausführlicher den Zustand und die Aktivitäten der Parteien und Bewegungen zu beschreiben.

Ich werde mich zu vier Schwerpunkten äußern:

- die Lage des Landes 2003, die Hauptaktivitäten des Präsidenten und der Regierung, Prioritäten sowohl der Innen- wie der Außenpolitik;
- Vorbereitung und Durchführung der Dumawahlen im Dezember 2003, Probleme des Wahlkampfes, Standpunkte der wichtigsten Parteien und Bewegungen;
- die Ergebnisse der Duma-Wahlen;
- die Präsidentenwahlen im März 2004;

Wegen der Aktualität des Themas habe ich vor allem Quellen genutzt, die durch das Internet erreichbar sind. So die Internetseiten – des Präsidenten der Russischen Föderation ([president.kremlin.ru](http://president.kremlin.ru)), – der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation ([kprf.ru](http://kprf.ru)). Von anderen russischen Parteien standen keine Internetseiten zur Verfügung, – die Internetzeitung »gazeta« ([gazeta.ru](http://gazeta.ru)), – daneben Artikel aus der »Prawda«, den Zeitschriften »Itogi« und »Litsok« und natürlich entsprechende Angebote deutscher Zeitungen und Zeitschriften.

---

1 Überarbeiteter und aktualisierter Vortrag im Kolloquium »Osteuropa in Tradition und Wandel« vom 24. Januar 2004.

An Literatur habe ich den Band 5 der Leipziger Jahrbücher »Osteuropa in Tradition und Wandel« genutzt.<sup>2</sup> Er enthält eine Fülle interessanter Materialien zum Thema, an die ich direkt anschlieÙe. Daneben habe ich weitere einschlägige aktuelle Literatur genutzt.<sup>3</sup>

## I

Die wirtschaftliche und politische Situation des Landes ist nach wie vor kompliziert, wenn sich auch seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts die Lage zunehmend stabilisiert. Eine neue Situation war durch den Rücktritt Boris Jelzins und den Einsatz Wladimir Putins als amtierender Präsident im Dezember 1999 eingetreten. Große Erwartungen waren zunächst mit der Person Wladimir Putins nicht verbunden. Die nationale und internationale Presse stand im Wettbewerb um eine prägnante Bezeichnung für den neuen ersten Mann im russischen Staate: »Geheimdienstler«, »Apparatschik«, »Technokrat«, »Manager«, »rationeller Modernisierer« gehören dabei zu den sachlichsten Versuchen.<sup>4</sup>

Wladimir Ryshkow, ein demokratischer Abgeordneter, nannte Putin einen »rein technischen Premier«. Für Boris Nemzow vom »Bund rechter Kräfte« war seine Ernennung ein »Akt des Wahnsinns«<sup>5</sup> und Gennadi Sjuganow schließlich, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, hielt sie für einen »klinikreifen pathologischen Vorgang«.<sup>6</sup> Der Politologe A. Tseladse bezeichnete Putin als einen »vor Energie strotzenden Neuling unter den Beamten zweiten Ranges«.<sup>7</sup>

Das Ausland fragte »Who is Mister Putin?« und der Emigrant Roj Medwedjew schrieb vom »Rätsel Putin«. Von amerikanischen Journali-

---

2 Siehe Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt. Bd. 5. Leipzig 2003.

3 Siehe u. a. Margarete Mommsen: Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2003. – Alexander Rahr: Wladimir Putin — Der »Deutsche« im Kreml. München 2000. – Boris Reitschuster: Wladimir Putin. Wohin steuert er Rußland? Berlin 2004. – Wostok Newsletter — Aktuelle Hintergründe aus den Staaten der GUS (erscheint als Vierteljahrszeitschrift in Berlin).

4 Siehe Margarete Mommsen: Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2003. S. 10f.

5 Ebenda. S. 89.

6 Ebenda.

7 Ebenda. S. 96.

sten befragt, sah sich der neue russische Präsident weder als Ökonom noch als Politiker, eher als »Beamter« oder »Verwaltungsfachmann«. <sup>8</sup>

In Rußland geht ein komplizierter Prozeß vor sich, in dem unter angespannten wirtschaftlichen Bedingungen neue Strukturen des gesellschaftlichen Lebens entstehen. Die Privatisierung der Großindustrie ist im wesentlichen abgeschlossen; das Gesetz über den Kauf und Verkauf von Grund und Boden — eine nicht nur für Rußland zentrale Problematik — ist in Kraft getreten.

Die Raten des ökonomischen Wachstums sind beachtlich, auch wenn sie keine Garantie für eine ausgeglichene Entwicklung sowohl der Wirtschaftszweige wie der russischen Regionen sind. Das wiederum hat seine direkten Auswirkungen auf die sozialen Kennziffern, die eine sich fortsetzende Polarisierung demonstrieren. Fast 30% aller Geldeinnahmen gehen an nur zehn Prozent der Einwohner der Föderation, während zehn Prozent der Ärmsten sich mit zwei Prozent begnügen müssen. Als Durchschnittslohn wurde 2003 4.800,- Rubel (146 Euro) errechnet. Aber 54,8% der Berufstätigen reichen nicht an diese Grenze heran, die meisten liegen erheblich darunter. <sup>9</sup> Die Zahl der Einwohner Rußlands, die unterhalb der Armutsgrenze, des Existenzminimums, leben muß, ist rückläufig: im 1. Quartal 2001 = 36%, im 1. Quartal 2002 = 33%, im 3. Quartal 2002 = 27%. Aber zu Beginn des Jahres 2003 betrifft diese Einordnung noch immer über 35 Millionen Menschen. <sup>10</sup>

Bei einem vielseitigen Angebot an Lebensmitteln führt die Armut vieler Bürger zu einer verminderten Qualität der Ernährung. Der Konsum an Milch- und Milchprodukten halbierte sich in den letzten Jahren, bei Fleisch ging er auf 40%, bei Eiern auf 30% zurück. Diese Produkte werden vor allem durch Brot und Kartoffeln ersetzt. Ständig steigende Brotpreise lassen, nach Meinung des Ökonomen und Schriftstellers Antonow, erstmalig nach dem Krieg die Versorgung mit Brot zu einem Problem werden. <sup>11</sup> Kleine Schritte zur Verbesserung wurden per 1. Januar 2004 getan, indem die Regierung die Steuern für den Einzelhandel senkte und mit einer Weitergabe der Erleichterung an die Konsumenten rechnete, sowie mit der Erhöhung der Renten um 135,- Rubel im März 2004. <sup>12</sup>

8 Ebenda. S. 93.

9 Siehe Wostok Newsletter. Berlin (2003)2. S. 10.

10 Siehe ebenda. Berlin (2002)5. S. 7.

11 Siehe M. Antonow. In: <http://www.pravda.ru> vom 22. Dezember 2003.

12 Siehe <http://www.president.kremlin.ru> vom 22. Dezember 2003. – Siehe ebenda vom 14. April 2004.

Mit der Annahme der Verfassung (1993) sind die Regierenden Rußlands auf eine demokratische Ordnung verpflichtet. Über den tatsächlichen Charakter der ausgeübten Politik gibt es dagegen eine große Meinungsvielfalt. Sie reicht von »Oligarchie« über »Autokratie«, »Vorform der Demokratie« und »defekte Demokratie« bis hin zu »gelenkter Demokratie«, von Putin selbst gebraucht. Die »gelenkte Demokratie« steht aus der Sicht Wladimir Putins nicht im Widerspruch zu einem angestrebten starken Staat. Schon in seiner ersten Botschaft an das Parlament trat er auch öffentlich für einen starken Staat ein. In seiner Millenniumsbotschaft ging Wladimir Putin davon aus, daß — historisch gesehen — die Rolle des Staates in Rußland immer weit größer war als in westlichen Ländern und ein starker Staat für Rußland keine Anomalie sei.<sup>13</sup>

Das ökonomische Wachstum und die zunehmende Akzeptanz durch internationale Partner stützt sich vor allem auf die Förderung und den Handel mit den Energieträgern Erdgas und Erdöl, was relativ leicht zu verfolgen ist, sowie auf die Rüstungsindustrie, auf deren Verträge kein Zugriff besteht. Wladimir Putin stellte die Aufgabe, bis 2010 in Rußland die Bruttonproduktion zu verdoppeln. Wirtschaftsminister German Gref nannte Schritt für Schritt durchzuführende Reformen als unerläßliche Voraussetzungen dafür.

Die bereits in Kraft getretene Steuerreform soll jährlich das Steueraufkommen um über 30% steigern, und gleichzeitig die Steuerlast der Bevölkerung um einen bzw. anderthalb Prozent senken. Als Einkommenssteuern werden einheitlich 13% erhoben.

Rechtswirkung hat auch das Bodengesetzbuch erreicht. Nach Aussagen German Grefs haben darin weltweit bewährte Rechtsnormen ihren Niederschlag gefunden. Von besonderer Bedeutung sind die Festlegungen zu den landwirtschaftlichen Nutzflächen. Sie dürfen nicht an Ausländer verkauft werden. 40 Millionen Bürger der Russischen Föderation waren im Jahre 2003 bereits Bodeneigentümer.

Die russische Regierung hat den Mechanismus der Rentenakkumulation in Gang gesetzt und damit langfristig Investitionskapital für den Staat zur Verfügung gestellt. Der Wirtschaftsminister nannte für 2003 eine Summe von 1,5 Mrd. Dollar. Die Reform der so genannten »natürli-

---

13 Siehe Margarete Mommsen: Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2003. S. 98.

chen« Monopole (Energiesystem, Eisenbahn) steht genau so auf der Tagesordnung wie die Entbürokratisierung, z. B. bei der Erteilung von Lizenzen vor allem für kleine und mittlere Betriebe.

Gegenwärtig steht das Land vor einer Verwaltungsreform, einer Reform der gesamten Rechtsanwendung durch den Staat. Da sich die Veränderungen auf den Staat und die Verwaltung direkt beziehen, wird sie wohl zu Recht als die schwierigste Reform verstanden; steht doch dieser Apparat unter ständiger Kritik der verschiedenen Ebenen und politischen Kräfte. Als wichtigste Stichwörter sind hier »Zentralisierung« einerseits und »Verantwortung der Föderationssubjekte« andererseits zu nennen.<sup>14</sup>

In den neunziger Jahren hatte sich mit der stürmischen Privatisierung im russischen Wirtschaftsleben eine neue Hierarchie herausgebildet, in der eine kleine Gruppe von Oligarchen weitgehend die Entwicklung der Gesellschaft bestimmte. Das betraf vor allem die Förderung und den Handel mit Energieträgern, sowie die Banken und Massenmedien. Deren Spitzenmanager waren und sind zugleich die vermögendsten Leute Rußlands; sie haben ihren festen Platz unter den reichsten 400 Personen der Welt.<sup>15</sup> Ihre Verbindung zum Kreml, insbesondere zu Zeiten der Herrschaft der »Jelzin-Familie«, ist schwer einzuordnen, da meist nicht öffentlich.

Wladimir Putin setzte zunächst auf Kooperation mit den Mächtigen der Wirtschaft, wandte sich aber strikt gegen einen direkten Einfluß der Monopolisten auf die Politik. Im Mittelpunkt der ersten Auseinandersetzung dazu standen Wladimir Gussinski und Boris Beresowski, die private Massenmedien betrieben. Zuerst stand Boris Beresowski hinter Putin und förderte die Partei »Einheitliches Rußland«, geriet dann aber in Konflikt mit dem Staatschef. Wladimir Putin warf diesen Oligarchen vor, die »journalistische Freiheit« zum »leckeren Brocken für Politiker und große Finanzgruppen« gemacht zu haben, zum »bequemen Instrument für den Kampf zwischen den Clans«. Manchmal würden sie direkt der »Massendesinformation« dienen und zu einem »Instrument« zur Bekämpfung des Staates werden.<sup>16</sup>

---

14 Siehe <http://www.president.kremlin.ru> vom 14. April 2004.

15 Siehe T. Arslanow: Reiche und Superreiche in Rußland. In: Wostok Newsletter. Berlin (2002)5. S. 6.

16 Zitiert nach Margarete Mommsen: Wer herrscht in Rußland? Der Kreml und die Schatten der Macht. München 2003. S. 126.

Hinzu kam die Beschuldigung einer immensen Steuerhinterziehung seitens der Staatsanwaltschaft. Die Medienmogule wiederum bezeichneten das Verhalten der Staatsorgane als massiven Eingriff in die Pressefreiheit. Sie fanden damit im In- und Ausland breites Interesse der Massenmedien, die darin einen massiven Angriff des autoritären Staates auf die Pressefreiheit sahen. Beresowski und Gussinski verließen das Land. Beresowski versuchte mehrfach, aus dem Ausland eine Opposition im Lande zu organisieren; offensichtlich bisher ohne Erfolg.

Ende des Jahres 2003 stand der reichste Bürger Rußlands Michail Chodorkowski im Zentrum der Aufmerksamkeit. Er ist ein Mann mit einer unwahrscheinlichen Business-Biographie, zuletzt Chef der Jukos, eines der größten Erdölkonzerne nicht nur Rußlands, sondern der Welt. Die Regierung warf ihm Steuerschulden von 93 Mrd. Dollar vor, die Opposition dagegen hielt seinen beabsichtigten Schritt in die Politik für den Grund seiner Inhaftierung. Michail Chodorkowski gab seine Stellung an der Spitze von Jukos auf, das er zum bestgeführten Unternehmen Rußlands gemacht hatte und das außerdem der größte Steuerzahler des Landes war. Er gab die Absicht bekannt, sich einem neuen Anliegen zu widmen und schuf mit der Stiftung »Offenes Rußland« eine regionale und gesellschaftliche Organisation. Materiell gestützt durch einen von Jukos-Aktionären gestifteten Fonds, wollte er durch Bildung und Erziehung von Jugendlichen, durch die Förderung von Bürgerinitiativen den Aufbau einer »offenen und wirklich demokratischen Gesellschaft« beeinflussen. Kurz vor seiner Verhaftung äußerte er in einem »Spiegel«-Interview, daß der Kampf in Rußland heute zwischen zwei Positionen geführt werde, zwischen der, »die eine Marktwirtschaft ohne Zivilgesellschaft aufbauen« will und der, die einen freien Markt, »ohne wirtschaftliche Transparenz, politischen Pluralismus und unabhängige Medien« für undenkbar halte.<sup>17</sup>

Der »Spiegel« veröffentlichte Ende 2003 einen Artikel mit der Überschrift »Rußland giert nach Europa«.<sup>18</sup> Das ist wohl wahr, aber es ist im höchsten Maße unvollständig. Es geht Rußland um gute Beziehungen zu Europa, zur Europäischen Union und gleichermaßen zu den Vereinigten Staaten. Dafür war der Beitritt zu der von den USA geführten Antiterrorkoalition ebenso bedeutend wie die Bildung des NATO–Rußland-Rates,

17 Siehe Interview im »Spiegel«, Hamburg (2003)45. S. 132.

18 Siehe Fritjov Meyer: Putins Wahlkampf mit allen Mitteln. Spiegel online vom 8. Dezember 2003.

die Aufnahme Rußlands in den Kreis der Wirtschaftsriesen, der großen Sieben, aber auch die Kooperation zwischen den GUS-Staaten.

Natürlich wird das Näherrücken der EU-Außengrenzen und vor allem der Beitritt ehemaliger Teilrepubliken der UdSSR zur NATO mit großer Aufmerksamkeit und mit Bedenken durch Rußlands Regierende verfolgt. Der Unwillen über die Stationierung beispielsweise amerikanischer Militärs auch im Kaukasus wächst in russischen Bevölkerungskreisen zunehmend. Linke Kräfte des Landes, massiv die Führung der Kommunistischen Partei, nennen das Verrat an den Volks- und Landesinteressen. Die Duldung von USA-Militärs auf dem Territorium ehemaliger Sowjetrepubliken sei nur eine der zahlreichen Demütigungen, die das Volk durch die Schuld der Regierung und insbesondere des Präsidenten erdulden müsse.<sup>19</sup>

## II

Unter solchen Voraussetzungen begann die Kampagne zu den Duma-Wahlen. Als die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen der Wahlen nannte der Vorsitzende des Zentrale Wahlkomitees (ZWK), Aleksandr Wischnjakow:

- *erstens*: das Gesetz über die Wahlen,
- *zweitens*: das Gesetz über die politischen Parteien,
- *drittens*: das staatliche automatische System »Vybory«(Wahlen).<sup>20</sup>

Zusätzlich wurde ein Gesetz »Über die Arbeit der Medien während der Wahlkampagne« verabschiedet, das die Propagierung nur einer politischen Richtung oder einzelner Personen durch Massenmedien verbot.

Die in Rußland in der Gegenwart bestehenden Parteien bilden kein System, das mit dem westlichen vergleichbar wäre. Es gibt keine historisch gewachsenen demokratischen Parteien mit klar abgestecktem sozialen Hintergrund. Weder die Regierung noch die Präsidialverwaltung werden nach dem Parteienprinzip gebildet, sondern unterliegen der Verfügung durch den Präsidenten.

Welche Parteien standen sich im Wahlkampf 2003 gegenüber? Kann man sich der Meinung anschließen, daß es drei politische Lager gibt,

<sup>19</sup> Siehe <http://www.kprf.ru> vom 22. Dezember 2003.

<sup>20</sup> Siehe Galina Tschinarichina: Reformen und Realitäten — Wahlen und Parteien. In: Wostok Newsletter. Berlin (2000)4. S. 11.

nämlich Zentristen, Linke und Rechte? Bis zum 2. November mußten alle Parteien und Bündnisse registriert sein, die an den Wahlen teilnehmen wollten.

Zunächst zur Partei »Einheitliches Rußland«. Sie war unmittelbar vor den Wahlen 1999 entstanden. Mit der Feststellung, sie sei im wesentlichen geschaffen worden, um die Wiederwahl Boris Jelzins abzusichern, wurde sie als »Kreml-Partei«, als »Partei der Macht« oder auch als eine »Retortenpartei« bezeichnet. Ihr schlossen sich »Vaterland — ganz Rußland« mit Moskaus Oberbürgermeister Juri Lushkow sowie »Einheit — der Bär« an. Im Dezember 2001 bekannte sich die Vereinigung »Einiges Vaterland« zur vollen Unterstützung Putins. Im Februar 2003 schließlich lösten sich die einzelnen Parteien förmlich auf und bildeten »Einheitliches Rußland« (Jedinaja Rossija), auch übersetzt mit »Einheit Rußlands«, »Geeintes Rußland«. Sergej Schojgu (Katastrophenminister) und Boris Gryslow (Innenminister) sind Aktivisten dieser Partei.

Am Wahlparteitag 2003 von »Einiges Rußland« nahm Präsident Wladimir Putin teil, der, verpflichtet durch sein Amt, keiner Partei angehört. Das rief heftige Diskussionen in der Opposition hervor. Der Präsident habe seine Neutralität und damit die Verfassung verletzt. Die Kommunistische Partei wandte sich an das ZWK und an das Verfassungsgericht mit der Forderung nach Konsequenzen. Er habe, so die Rechtfertigung Wladimir Putins, nur der Partei, die ihn die ganze Zeit unterstützt habe, danken wollen. »Ich bin überzeugt, wenn wir von einer Balance der politischen Kräfte in der arbeitenden Duma sprechen, die bestimmte Resultate der Parlamentsarbeit erbracht hat, dann geschah das dank der Haltung der zentristischen Parteien, allen voran »Einheitliches Rußland«. Ihr gelang es, ein bestimmtes Niveau des Populismus zu überwinden [...] Sie faßte gute Beschlüsse, übernahm Verantwortung [...] und ich kam um zu danken.« Auch das Verfassungsgericht sah in dem Vorgang keine Gesetzesverletzung.<sup>21</sup>

In Vorbereitung der Wahlen beschlossen Vertreter aller Föderationsorganisationen dieser Partei auf einem Parteitag, *die Aufgaben* in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen, die Wladimir Putin in seinen Reden hervorgehoben hatte: Kampf gegen die Armut, Verdoppelung des Allgemeinen Bruttoproduktes, Modernisierung der Streitkräfte.

---

21 <http://www.gazeta.ru> vom 30. November 2003.

Die Parteilosung lautete: »Verantwortung der Macht — reale Aufgaben!«, und: »Mögen andere auf der Straße unverantwortliche und populistische Losungen schreien, wir machen uns an die Arbeit.«<sup>22</sup>

Die Funktionäre dieser Partei lehnten es ab, mit Kandidaten anderer Parteien an Fernsehdiskussionen teilzunehmen. Das wirbelte viel Staub auf, vor allem in den Medien. Moskaus Bürgermeister Juri Lushkow reagierte darauf mit der Frage, wessen Positionen nach vier Jahren Debatte in der Duma noch aufzuklären seien und wandte sich dagegen, mit einem durch Losentscheid bestimmten Partner vor der Fernsehkamera zu streiten. Andere entschieden sich anstelle dieser Diskussion für die Arbeit an der Basis. Es gab auf diesem Parteitag auch den Vorschlag — er wurde aber abgelehnt —, Bürgern, die drei Mal die Wahlteilnahme verweigerten, die Staatsbürgerschaft mit der Begründung abzuerkennen, das Schicksal des Landes sei ihnen gleichgültig.<sup>23</sup>

Hervorgerufen durch die Machtfülle des Präsidentenamtes stand dieses wiederholt zur Diskussion. In einer Wahlversammlung der Lomonossow-Universität nahm Boris Gryslow dazu Stellung. »Rußland zu einer parlamentarischen Republik zu machen, das ist der direkte Weg in den Untergang des Landes.«<sup>24</sup> Vier Jahre habe die Opposition in der Duma gegen den Präsidenten gekämpft, nun wähle sie eine andere Taktik und kämpfe direkt gegen die Institution des Präsidenten. Michail Chodorkowski wurde verdächtigt, gerade einen solchen Kurs zu befördern.<sup>25</sup>

Welchen Platz nimmt »Einheitliches Rußland« in der russischen Gesellschaft ein? Im Westen wäre die Partei vergleichbar mit einer Regierungspartei. Besser kann man sie aber als regierungnahe Partei bezeichnen. Sie hebt sich in ihrem Programm und ihrer Rhetorik klar von anderen Parteien durch ihr Verhältnis zur Regierung und zum Präsidenten ab. In der letzten Phase der Wahlvorbereitung verkündeten Plakate klar und deutlich »Mit dem Präsidenten!«

Hauptopponent in der Duma sowie im Wahlkampf war die KPRF, die im »Volksbund patriotischer Kräfte« mit anderen linken Parteien auftrat, aber sehr oft als Partei gesondert agierte. Die im September 2003 beschlossene Plattform stellte die Losung »Für die Macht des werktätigen Volkes« als strategisches Ziel voran und strebte die Mehrheit in der

---

22 Ebenda vom 21. November 2003.

23 Siehe ebenda.

24 <http://www.AgenturRIA.ru> vom November 2003.

25 Siehe ebenda.

Duma sowie einen Sieg bei den Präsidentenwahlen an. Die Lage Rußlands zum Zeitpunkt der Wahl beschreibt das Dokument so:

»Die räuberische Oligarchie triumphierte im Lande durch Verrat, Käuflichkeit und Betrug. Ein volksfeindliches Regime wurde errichtet. Heuchelei und Lüge, Verachtung gegenüber den arbeitenden Menschen und Russophobie sind dessen Ideologie. Wir haben uns unter dem Banner der KPRF vereint, weil wir überzeugt sind: Volkspatriotismus heute ist untrennbar mit den Zielen und Idealen der Kommunisten verbunden, mit dem Kampf für den Sozialismus, für die Errichtung der Sowjetmacht, für die Wiedergeburt des Unionsstaates.« »Die KPRF ist die richtige (nastojaschtschaja) Partei.«

Vier Forderungen, die bereits 2002 Inhalt eines von den Kommunisten geforderten Referendums waren, konkretisieren deren Vorstellungen:

*Erstens:* Nationalisierung von Grund und Boden, von Wald, Bodenschätzen und anderen Naturreichtümern; Landkauf und -verkauf (außer für Garten, Datsche, Garage) ist verboten.

*Zweitens:* Die Kosten für Wohnen, Energie und kommunale Leistungen dürfen 10% des Bruttoeinkommens der Familie nicht überschreiten.

*Drittens:* Löhne und Renten dürfen nicht unter dem durch Gesetz festgelegtem Existenzminimum liegen.

*Viertens:* Betriebe der Energiegewinnung und der Verteidigungsindustrie sowie die Eisenbahnen, die die nationale Sicherheit und ein würdiges Leben der Bürger sichern, müssen Staatseigentum sein.

Gelänge die Partei an die Macht, so versprach sie, viele akute Probleme zu lösen, bediente sich dabei stark populistischer, im Grunde genommen historisch rückwärts gerichteter Aussagen. Der »Selbstherrschaft« des Präsidenten wurde die sowjetische Volksmacht entgegengesetzt, das Recht auf Arbeit, Erholung, Bildung und medizinische Versorgung usw. eingefordert und garantiert und die Lösung der Probleme aller gesellschaftlichen Bereiche in Aussicht gestellt. Außenpolitisch solle alles getan werden, um Rußland als Großmacht wiedererstehen zu lassen. Abschließend heißt es: »Wir wollen nicht mehr im fremden Geiste leben. Rußland ging immer seinen eigenen Weg [...] Heute gibt es nur einen Weg voran, den Weg zum Sozialismus.«<sup>26</sup>

Im Wahlkampf rief die KP zum Sturz der Regierung auf. Großen Raum nahmen in jenen wenigen Wochen in der Agitation der Partei die

---

26 <http://www.kprf.ru> vom 12. September 2003.

tatsächlich ungleichen Voraussetzungen (z. B. des Wahlkampfes in den Massenmedien) und eine mögliche Wahlfälschung ein. So wurden im ersten Programm des staatlichen Fernsehens Kommunisten und ihre Partei nur in ausgesprochen kritischen Beiträgen behandelt. Dazu gehörte die Behauptung, die Kommunistische Partei arbeite mit dem Exilanten Boris Beresowski zur Vorbereitung eines Putsches zusammen. »Einheitliches Rußland« dagegen — so hatten Beobachter registriert, wurde zwischen dem 3. Oktober und dem 9. November 2003 ausschließlich im positiven Licht gezeigt. Empört konstatierte Gennadi Sjuganow: »Staatliche Fernsehkanäle bieten pausenlos ›Einheitliches Rußland‹ wie faule Ware an und führen eine Verleumdungskampagne gegen die einzige Partei, die als Konkurrent der Partei der Macht auftritt.«<sup>27</sup>

Ein spürbarer Verlust für die KP, wie sich später herausstellen sollte, war die Bildung eines neuen Wahlblockes aus der Partei heraus. Sergej Glasjew, ursprünglich in Jelzins Diensten, trat zu den Kommunisten über und wurde schnell zu einer kritischen Stimme im Föderationsmaßstab. Er war auch Kovorsitzender des Wahlbündnisses »Volkspatriotische Union«. Zweimal hatte Sergej Glasjew bereits als Kandidat des »Kongresses Russischer Gemeinden« an der Dumawahl teilgenommen, ohne daß diese die 5% überschreiten konnte. Nun trat er gemeinsam mit Dmitri Rogosin im Wahlbündnis »Rodina« (Heimat) an, das 30 verschiedene Organisationen erfaßte. Dazu gehörten auch die »Partei der russischen Regionen«, die »Sozialistische Einheitspartei Rußlands«, »Volkswille« und »Eurasia«. Ein Manifest mit dem Titel »Gewinnen wir Rußland zurück!« stellte das Ziel, in der Duma eine patriotisch gesinnte Mehrheit zu bilden und mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die »Partei der Arbeit Rußlands« sagte in letzter Minute wegen innerer Streitigkeiten eine ursprünglich geplante Mitarbeit ab.<sup>28</sup>

»Rodina« stellte sich nach eigenen Worten den Wählern mit einem sozialdemokratischen Programm, in dem die Verantwortung der Macht vor der Gesellschaft hervorgehoben wurde. Außerdem kündigte »Rodina« konkrete Gesetzesentwürfe an, die die Verdoppelung der Arbeitseinkommen beinhalteten, um für alle Berufstätigen mindestens das Existenzminimum zu erreichen; sie forderte die Rückgabe der Naturrente an den Staat und die Belegung von Superprofiten mit Sondersteuern.<sup>29</sup>

27 Ebenda vom 28. November 2003.

28 Siehe Maria Zwetkowa in <http://www.gazeta.ru> vom 30. Dezember 2003.

29 Siehe <http://www.gazeta.ru> vom 14. September 2003.

Der »Bund rechter Kräfte« und die Jawlinski-Partei »Jabloko«, verbunden mit den Namen Boris Nemzow, Jegor Gajdar, Anatoli Tschubajs, die als rechter Flügel bezeichnet werden — m. E. sind sie eher liberal zu nennen —, befanden sich zu den Wahlen in einer ungünstigen Ausgangsposition. Einerseits schrieben sie sich die Tatsache zugute, daß Reformen überhaupt realisiert werden, andererseits wurden sie von der Bevölkerung für deren negative Folgen verantwortlich gemacht. Der Streit zwischen den beiden Parteien ging um die Bereitschaft, Verantwortung dafür zu übernehmen. Boris Nemzow (Union der rechten Kräfte – SPS, und zeitweilig Ministerpräsident der Föderation), benannte den Unterschied seiner Partei zu »Jabloko« so: »Wir arbeiteten für ein neues Rußland und fürchteten die Verantwortung nicht; aber sie haben ständig kritisiert.« Die Konservativen seien schuld, daß die Reformen von Tschubajs und Gaidar nicht zu Ende geführt werden konnten. »Jabloko« dagegen distanzierte sich von diesen Reformern und glaubte nach wie vor, eine Reform nach Jawlinski hätte weniger schmerzhaft positive Resultate bringen können.<sup>30</sup> Irina Chakamada (SPS), die sich später der Präsidentschaftskandidatur stellte, sah bei Versagen ihrer Partei die Gefahr, daß Nationalsozialisten und Faschisten an die Macht kommen könnten.<sup>31</sup>

Im Kampf gegen »Einheitliches Rußland«, die Boris Nemzow als »die Partei der russischen Beamten« bezeichnete, die »ihre Hauptaufgabe darin sieht, die Interessen der Bürokratie zu schützen«, nannte er als Wahlkampfziele: eine unabhängige Presse, die politische Lösung der Tschetschenien-Frage, Finanzgarantien für die Regionen und die kommunalen Selbstverwaltungen, den Umbau der Armee zu einer Berufarmee.

Obwohl die Vorsitzenden beider Parteien am 7. November(!) auf einem Meeting die Notwendigkeit unterstrichen, ihre Anstrengungen zu vereinen, kam kein Wahlbündnis zustande. Was blieb, war die Aufforderung beider, unbedingt zur Wahl zu gehen.

Sowohl in Programmdokumenten wie im Wahlkampf direkt wurden die politischen Gegner immer wieder als Nationalisten beschimpft, bzw. »faschistisch« und »Faschismus« als extreme Charakteristika gebraucht. Durch den historischen Bezug ist »Faschist« immer noch ein schlimmes Schimpfwort in Rußland. Nun ist es offensichtlich zu einem Mittel geworden, drastisch Zustände zu beschreiben. In keinem Fall sollen hier

---

30 Siehe G. Mamedow: Die russische Staatsduma nach den Wahlen. In: Wostok Newsletter. Berlin (2004)1. S. 3.

31 Siehe <http://www.gazeta.ru> vom 3. Dezember 2003.

echte Probleme beschönigt werden. Die Gefahr extremer Entwicklungen in einem so gebeutelten Lande ist nicht zu bestreiten. Die verschiedenen gesellschaftlichen Erscheinungen bedürfen der ständigen sorgsam Analyse. Der zumeist simplifizierte und undifferenzierte Umgang mit diesen Begriffen läßt eine reale Einschätzung der Lage nicht zu, gefährdet mögliche Bündnisse, auch zeitweilige, und erschwert letztlich auch die Isolierung tatsächlich nationalistischer und extrem rechter Kräfte.

Auf einem Außordentlichen Parteitag der KPRF 2002 gebrauchte Gennadi Sjaganow in seinem Bericht — wie er selbst unterstrich — »wohl überlegt« den Begriff des »liberalen Faschismus«. <sup>32</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Kommunistische Partei in der Wahlkampagne 2003 diese Zuspitzung kaum gebrauchte, gleichwohl ist die Rede vom »volksfeindlichen Regime«. Auf einer Demonstration für Pressefreiheit waren aber auch Losungen zu lesen, wie »Gegen den Info-Terror« und »Weg mit dem Telefaschismus«.

Die Partei, die sich »liberal« nennt und an deren Spitze Wladimir Shirinowski steht, machte immer wieder durch Skandalchen auf sich aufmerksam. Shirinowski wollte am 5. Dezember 2003 im Privatsender NTW gegen eine Bezahlung von sieben Millionen Rubel auftreten. Der Sender ließ ihn aber mit der Begründung nicht zu Worte kommen, er habe das geschlossene Abkommen verletzt, seine Opponenten beschimpft und schließlich eine Schlägerei ausgelöst. Die ZWK lehnte es ab, zu schlichten und verwies die Klage Shirinowskis an das Gericht. Das ist eine Episode, die für den Vorsitzenden der »Liberaldemokratischen Partei Rußlands« typisch ist. Er ist tatsächlich Vertreter einer rechten Bewegung. Manche seiner Opponenten nennen ihn »poststalinistisch«, andere »chaotisch«. Trotzdem sammelte er über elf Prozent der Stimmen.

Unmittelbar vor der Wahl verlangte er, die Kommunistische Partei wegen Veruntreuung staatlicher Gelder und der Verunglimpfung der Staatsflagge — Kommunisten zeigten die rote Fahne mit Hammer und Sichel — zu zerschlagen. »Alle Kommunisten gehören ins Gefängnis« schrie er im Plenum der Duma. Als man ihm das Wort entziehen wollte, kam es wieder zu Handgreiflichkeiten. <sup>33</sup> Da Shirinowski und seine Anhänger — allen Widersprüchen gegenüber der Regierung zum Trotz —

---

32 Zitiert nach Ernst Laboor: Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Bd. 5. Leipzig 2003. S. 64.

33 Siehe <http://www.gazeta.ru> vom 1. Dezember 2003.

bei den Gesetzesabstimmungen die Regierung stützte, wird diese Partei z. B. wiederholt dem »Kreml-Block« zugeordnet.

### III

Die Tatsache, daß die Orientierung auf Wahl-Boykott immer wieder heiß diskutiert wurde, führte nicht zu einer breiten Verweigerung der Stimmabgabe. Die Leitung der KPRF verunsicherte eher ihre Wähler, und die Liberalen mußten sich mit ihrem relativ geringen politischen Einfluß abfinden. Warum die Wahlbeteiligung relativ gering war, hat ganz verschiedene Ursachen. In den Städten stellt sich insbesondere die Frage nach der Beteiligung der Intellektuellen sowie der kleinen und mittleren Unternehmer am politischen Geschehen. Die Wahlbeteiligung in den ländlichen Wahlkreisen war in der Regel höher als in den Städten.

Die Wahlergebnisse lagen bei »Einheitliches Rußland« dicht an den Prognosen, die Kommunisten büßten mehr Stimmen ein, als von ihnen befürchtet. »Rodina« schaffte es auf Anhieb auf neun Prozent, »Jabloko« und SPS blieben unter fünf Prozent des Stimmenanteils. Das größte Problem liegt wohl darin, daß die liberalen Kräfte — nicht ohne eigene Schuld — außerhalb des Parlamentes blieben, die rechtsextremen Shirinowski-Leute aber elf Prozent erreichten. In Moskau und Petersburg erreichten die Liberalen gegen zehn Prozent, in Nishni Nowgorod, der Heimat Boris Nemzows nur 6,9%.

#### Ergebnisse der Dumawahlen nach Parteilisten<sup>34</sup>

Dumawahlen 1999	in %	Dumawahlen 2003	in %
KPRF	24,10	Einheitliches Rußland	37,40
Einheit	23,30	KPRF	12,65
Vaterland	13,30	LDPR	11,49
SPS	8,50	Rodina	9,04
Bündnis Shirinowski	5,98	Jabloko	4,30
Jabloko	5,93	SPS	3,97

---

34 Außer den genannten Parteien hatten sich noch andere für die Wahlen registrieren lassen: Demokratische Partei Rußlands, Für eine heilige Rus, Rußland, SLON, Volksrepublikanische Partei; außerdem 18 Wahlbündnisse. Die Konservative Partei, die Islamische Partei und die Sozialdemokratische Partei Rußlands nahmen nicht an der Wahl teil.

Wenn auch in den einzelnen Gebieten unterschiedlich, erreichte »Einheitliches Rußland« einen hohen Anteil. Schwächer war der Anteil dort, wo prominente Direktkandidaten bzw. »Regionalfürsten« erfolgreich mit dem Präsidenten konkurrierten. »Rodina« und Shirinowski zogen zweifellos Protestwähler auf sich. Grigori Jawlinski sah darin das Aufleben nationalistischer und imperialistischer Ideologie. Es fiel auch der Begriff der »rot-braunen« Koalition.<sup>35</sup>

Eindeutiges Ergebnis war die Festigung der regierungsnahen Parteien, damit die Festigung der Position Wladimir Putins und eine faktische Vorentscheidung für die Präsidentenwahlen.

Da nur die Hälfte der Abgeordneten über Parteilisten in die Duma gewählt wird, spielen die Direktmandate für die politische Zusammensetzung der Duma eine große Rolle. Bei den Wahlen 1999 errangen vor allem Parteilose diese Mandate. Dieses Bild hat sich 2003 gründlich geändert. Von 225 Direktmandaten erlangten Mitglieder des »Einheitlichen Rußland« allein 109. Mit großem Abstand folgten die »Volkspartei«, die mit der Liste die 5%-Grenze nicht erreichte, mit 18, und die KPRF mit zwölf Plätzen. Die LDPR dagegen brachte keinen einzigen Direktkandidaten in das Parlament.<sup>36</sup>

Die Kommunisten waren schockiert vom Wahlergebnis und konzentrierten ihre Aktivitäten darauf, Wahlfälschung nachzuweisen. Sie forderten ihre örtlichen Parteiorganisationen auf, die Stimmen parallel zu zählen. Gennadi Sjuganow nannte die Wahlen undemokratisch und erklärte sie zu einer »widerlichen Farce«. Er griff wieder auf seine Formulierung von der möglichen Herausbildung eines faschistischen Regimes zurück. In seinen Augen bieten die Regierenden dem Lande lediglich die Wahl zwischen Monarchie, Bonapartismus oder einem Polizeistaat an. »Gegenüber einer unverschämten und hilflosen Regierung ist unsere Partei die einzige, die der Gesellschaft eine Alternative bietet.«<sup>37</sup>

Die Beobachtergruppe der OSZE kam zu dem Urteil: »Die Wahlen waren durchaus frei aber nicht fair.« Kritisch wurde der massive Ge-

35 Siehe Wostok Newsletter. Berlin (2004)1. S. 2.

36 Siehe ebenda. S. 3.

37 <http://www.kprf.ru> vom 11. Dezember 2003. Gennadi Sjuganow forderte, in Tatarstan, Baschkortostan, in der Mordwinischen Republik, in Dagestan und Kabardino-Balkarien die Stimmen erneut — ohne Technik — zu zählen. Was die Parallelzählung betrifft, so konnte sie flächendeckend nicht durchgeführt werden. Sie brachte in den entscheidenden Bereichen kaum Abweichungen vom offiziellen Ergebnis (siehe I. Wolkowa in »Neues Deutschland«. Berlin vom 9. Dezember 2003. S. 2).

brauch des Staatsapparates im Wahlkampf genannt und ein Rückschritt bei der Demokratisierung des Landes konstatiert.<sup>38</sup> Shirinowskis Fazit lautete: »Die Russen wollen eben keine Demokratie und schon gar keine westliche und sie fühlen sich als Untertanen des neuen Zaren Putin wohler denn als mündige Bürger. Ohne eine starke Hand würde der Vielvölkerstaat Rußland auseinanderbrechen und im Chaos versinken.«<sup>39</sup>

St. Belkowski, Direktor des Rates für nationale Strategie der Russischen Föderation, vertrat den Standpunkt, die Niederlage nütze den Liberalen, da sie sich nun für das Leben im Lande und für einen Generationswechsel interessieren müßten.<sup>40</sup> Wladimir Putin sprach von einem angestrebten Mehrparteiensystem, das in Rußland entstehen müsse. Den jetzigen Zustand verglich er mit einem Vogel, dessen linker Flügel geschwächt und der den rechten Flügel faktisch verloren habe — »Ein solcher Vogel kann nicht fliegen.«<sup>41</sup>

Der Vorsitzende der KPRF, Gennadi Sjuganow, der auch eigene Fehler einräumte, bezeichnete die Wahlen lediglich als eine Episode, aus der man Lehren ziehen und vorwärts gehen muß. Er richtete ein Schreiben an das Europaparlament und an die Europäische Sicherheitskonferenz und berichtete von »grober und mehrfacher Verletzung der geltenden Wahlgesetze, so daß die echten Ergebnisse nicht ermittelt werden können«. Trotz der wachsenden Erosion der Kommunistischen Partei hielt ihr Vorsitzender daran fest, daß sie auch in Zukunft die führende Rolle in der Opposition spielen werde. Als Voraussetzungen nannte er dazu:

– »Wir müssen dort sein, wo unsere Menschen leiden und kämpfen.« Das Schicksal der Partei entscheide sich nicht in den »Büros eines willen- und rechtlosen Parlamentes«, sondern »an der Basis, in den Streikkomitees, in den frostigen Werkhallen, in Schulen und Krankenhäusern«.

– Er beschwor die Formierung einer neuen »jungen Garde der Partei«, die sich vor allem in der Kampagne »Parallelzählung« herausgebildet habe. Sie sei der »ideologischen Knute« nicht erlegen und kämpfe aufopferungsvoll für die Partei.<sup>42</sup>

---

38 Siehe Wostok Newsletter. Berlin (2004)1. S. 4.

39 Ebenda.

40 Siehe St. Belkowski in einer Umfrage der »Komsomol'skaja pravda«. Moskau vom 17. Dezember 2003. S. 6.

41 M. Fišman: Nacionalizacija mandatov. In: <http://www.gazeta.ru> vom 25. Dezember 2003.

42 Siehe <http://www.kprf.ru> vom 10. Dezember 2003.

Der folgende Sonderparteitag folgte dieser Orientierung nur sehr bedingt und sprach nicht mit einer einheitlichen Stimme. Nach einem Plenum des ZK der KPRF tagte das Gremium des Parteitages am 28. Dezember 2003. Neben den Vorschlägen des Präsidiums zur Tagesordnung machte eine Gruppe den Vorschlag, Leitung und Präsidium abzulösen und bei der Neuwahl die leitenden Organe zu verjüngen. Gennadi Sjuganow sollte nicht wieder als Vorsitzender kandidieren, wohl aber die Duma-Fraktion leiten und sich voll auf diese Arbeit konzentrieren.

Von 231 Delegierten waren es 62, die sich für eine solche Regelung einsetzten und zu bedenken gaben, daß Gennadi Sjuganow bereits drei Mal bei der Präsidentenwahl besiegt wurde. Der Vorschlag fand keine Mehrheit. Statt dessen einigte man sich, die Präsidentenwahlen nicht zu boykottieren und wählte fünf mögliche Kandidaten aus, zu denen Sjuganow nicht zählte. Unter den Vorgeschlagenen war auch der Unternehmer Semigin, von dem Sjuganow sagte, daß er auf keinen Fall mit ihm in einer Partei sein wolle. Der Stellvertreter des Vorsitzenden, Kondradenko, zog seine Kandidatur zurück, da er prinzipiell gegen die Teilnahme an den Wahlen war. So siegte schließlich Nikolaj Charitonow mit 128 Stimmen, gegen Semigin, der 105 Stimmen erhielt.<sup>43</sup> Charitonow selbst ist nicht Mitglied der KPRF, sondern des »Agrarbundes« und trat dort bei Auseinandersetzungen für eine gemeinsame Wahlliste mit den Kommunisten ein.

Wiederholt findet sich beim Studium der verschiedenen Materialien der Gedanke eines eigenen russischen Weges oder einer »russischen Idee«. Noch ist es schwer einzuschätzen, wie breit dieser Eingang in breitere Bevölkerungsschichten gefunden hat. Tatsache ist, daß der Einfluß der orthodoxen Kirche zugenommen hat, stark getragen von der Hoffnung, einen Ausweg aus der Lage des Landes bzw. der eigenen Familie und Person zu finden. Erstmals seit Jahrzehnten kommentierte mit Metropolit Kirill ein Kirchenoberer im Fernsehen die Wahlergebnisse und gab zugleich eine Wertung der letzten 150 Jahre russischer Geschichte: Schädlicher Liberalismus führte danach zur Revolution und schließlich zu einer westlichen Orientierung. Die »schwächelnde westliche ›Freiheit‹ muß durch die vaterländische wieder ins Gleichgewicht gebracht werden [...]«. »Aber das Wichtigste ist, ein Gleichheitszeichen zu setzen zwischen unserem Volk, unserer Kirche und unserem Staat.«

---

43 Siehe ebenda vom 27. Dezember 2003.

Er forderte dazu auf, »Nowye Wechy« (neue Meilensteine) zu setzen, mit dem historischen Bezug auf die sogenannte Bewegung nach der ersten russischen Revolution 1905–1907<sup>44</sup>

#### IV

Russische wie internationale Medien sahen im Ausgang der Duma-Wahlen eine Vorentscheidung der Präsidentenwahlen zugunsten Wladimir Putins. Bei allen offenen und komplizierten Problemen der russischen Entwicklung blieb er der bestimmende Hoffnungsträger. 75% der Bevölkerung Rußlands, so besagt eine Umfrage von WZIOM-A, glauben daran, daß das Jahr 2004 besser sein wird als das Vorhergehende. So titelte »Die Welt«: »Wahl ohne Wahl«. <sup>45</sup> In den oppositionellen Parteien wurde wieder die Frage eines Wahlboykotts diskutiert. Karl Bildt, der bekannte schwedische Politiker, verband die Frage, wie es in Rußland weitergehen werde, mit inhaltlichen Voraussetzungen der Regierungsarbeit:

- wird Rußland den Weg der Reformen fortsetzen?
- das Bekenntnis zur Herrschaft des Gesetzes muß realisiert werden; entwickelt sich Rußland stärker zu einem demokratischen und weniger autoritären System?
- wird sich eine offene, konkurrierende Wirtschaft herausbilden?

Die positive Beantwortung dieser Fragen sei die Voraussetzung für eine stabile Zusammenarbeit zwischen Europa und Rußland. <sup>46</sup>

Die Ereignisse um Jukos, für den einfachen Bürger schon bald wieder in den Hintergrund getreten, sind für die europäische Wirtschaft, und nicht nur für sie, nach wie vor von großer Bedeutung. Geht es doch hier vor allem um Öl und Gas, um Investitionen im großen Maßstab und um die Öffnung des russischen Binnenmarktes. Die vieldiskutierte Frage nach der Aufnahme Rußland in die WTO steht gerade damit im direkten Zusammenhang. Auch Karl Bildt unterstrich: »Rußland muß auf seine protektionistischen Interessen verzichten; sie behindern seine Integration in die Weltwirtschaft. Eine Lösung muß für marktadäquate Preise für Erdgas im Inland gefunden werden.« Laut werdende Rufe der linken

---

44 Siehe K. Lesnikov: Kto rasstavit »Vechi«? In: <http://www.gazeta.ru> vom 31. Dezember 2003.

45 <http://www.welt.de> vom 12. Januar 2004.

46 Siehe Karl Bildt in ebenda.

Opposition nach staatlicher Kontrolle oder gar nach Nationalisierung hindern seiner nach Meinung den Import von Kapital und moderner Technologie.<sup>47</sup>

Bereits am 18. Dezember 2003 erklärte Wladimir Putin seine Kandidatur als Präsident Rußlands für eine zweite Wahlperiode. Die vor ihm liegende Amtszeit unterscheidet sich von der ersten dadurch, daß die Staatsfinanzen nunmehr saniert sind, die Wirtschaft hohe Wachstumsraten aufweist und keine Abhängigkeit von westlichen Krediten mehr besteht. Statt Saudi-Arabien nimmt heute Rußland den ersten Platz bei den Öllieferungen ein. Auf den Rüstungsmärkten hat es den zweiten Platz hinter den USA wieder besetzt und der russische Markt zieht wieder Investitionen an.<sup>48</sup>

Eine Rede zum Jahrestag der Verfassung nutzte der russische Präsident, um einige Grundpositionen seiner Politik vorzutragen. Zunächst wandte er sich gegen jegliche Verletzung oder Änderung der Verfassung. Diese Aussage hatte deshalb besonderes Gewicht, da ihm politische Gegner unterstellten, er könnte mit der nun bestehenden Zweidrittelmehrheit in der Duma auch die Verfassung ändern und damit z. B. die Amtszeit des Präsidenten beliebig ausdehnen. »Konsequent der Verfassung folgen, das ist die Grundlage der erfolgreichen Entwicklung des Staates und der Zivilgesellschaft. Die Ressourcen der Verfassung sind bei weitem nicht ausgeschöpft. [...] Unsere Pflicht ist es, sorgsam mit der Verfassung umzugehen, sie zu achten, wie wir unser Land, seine Geschichte und seine Errungenschaften achten.« In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückte er die Verdoppelung der Bruttoproduktion in den nächsten zehn Jahren und den Kampf gegen die Massenarmut. Die Tatsache, daß 31 Mio. Bürger Rußlands unter der Armutsgrenze leben, nannte Wladimir Putin für das Land beschämend. Weitere Maßnahmen sollten sein:

- höhere Steuern für verschiedene Branchen (z. B. Erdöl). Es geht hier um die Überschüsse, um Superprofite, nicht um die Strangulierung der Industrie durch Steuern;
- bessere Bedingungen für Investitionen. Anfang 2003 kam mehr Kapital ins Land als abfloß, im 3. Quartal aber drehte sich das Verhältnis um; durch bessere Voraussetzungen soll dem legalen wie auch dem kriminellen Kapitalabfluß entgegengewirkt werden.

---

47 Siehe ebenda.

48 Siehe O Siehe O finansach s ministrom finansov. In: <http://www.itogi.ru> vom 15. Februar 2004.

Außenpolitisch bekräftigte Wladimir Putin den gemeinsamen Kampf mit den USA gegen den Terrorismus. Kritisch äußerte er sich zur amerikanischen Irakpolitik und warnte vor imperialistischer Politik. »Länder, die den Imperialismus anstreben, sind einer Reihe von Problemen ausgesetzt, die ihre Lage verschlechtern — um es milde auszudrücken, dem Gefühl der Unbesiegbarkeit, der Größe und der Unfehlbarkeit.« Und er schloß: »Das möge unseren amerikanischen Partnern nicht widerfahren.«<sup>49</sup>

SPS und »Jabloko« schwankten zwischen Boykott und Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen und benannten schließlich keinen offiziellen Kandidaten. Wladimir Putin bedauerte das, weil durch die mögliche Aufstellung zweitrangiger Funktionäre seine eigene Position auf keinen Fall aufgewertet würde. Irina Chakamada verkündete später ihre Einzelbewerbung und die SPS unterstützte sie nun bei der Sammlung von Unterschriften. »Jabloko« verbot seinen Anhängern wenige Tage später, sich für Irina Chakamadas Kandidatur einzusetzen. Die einzige Frau unter den Kandidaten begründete ihre Teilnahme mit der Notwendigkeit, gegen einen Wiederaufbau der Sowjetunion zu kämpfen. Im Gegensatz zu Putin habe sie einen klaren politischen Kurs: »Freiheit, ein normales Auskommen und das Gesetz.«<sup>50</sup>

Als weitere Kandidaten fungierten von der LDPR Malyschkin, der Stellvertreter Shirinowskis, Glasjew von »Rodina« und der Linksliberale Rybkin, der mit seinem seltsamen Verschwinden vor der Wahl Aufsehen erregte und später seine Kandidatur zurückzog. S. Mironow, Vorsitzender des Föderationsrates, trat mit der erklärten Absicht an, die Wahl Wladimir Putins zu legitimieren, damit dieser nicht nur »gegen Seifenblasen ...« antreten müsse.<sup>51</sup>

Während die Opposition noch über Verhaltensfragen diskutierte, steckte Wladimir Putin bereits die nächsten Schritte seiner Politik ab. Außerdem bildete er noch vor dem Wahltag, am 24. Februar 2004, zur großen Überraschung der russischen Öffentlichkeit die Regierung um. Hatten viele mit weiteren Ernennungen aus der »Petersburger Familie« gerechnet, wählte der Präsident eher nach professionellen Gesichtspunkten aus: Michail Fradkow, früherer Chef der Steuerpolizei und bis zu seiner Ernennung Vertreter Rußlands bei der Europäischen Union.

---

49 <http://www.president.kremlin.ru> vom 12. Dezember 2003.

50 <http://www.welt.de> vom 10. Februar 2004.

51 Siehe <http://www.gazeta.ru> vom 10. Januar 2004.

Politische Beobachter mußten zur Kenntnis nehmen, daß Kassjanow abgelöst wurde. Warum? Er opponierte innerhalb der Regierung wegen der Untersuchungen gegen den Monopolisten Jukos und verfolgte entgegen der Putinschen Linie den Schutz des Großeigentums und der Oligarchen. Als neuer und einziger Stellvertreter des Ministerpräsidenten wurde mit W. Christenko ein Mann eingesetzt, der als Beamter mit liberalen Ansichten bekannt ist. Er tritt für eine allmähliche Ausdehnung der Marktgrenzen ein, für eine »weiche ökonomische Expansion im Rahmen des traditionellen russischen Einflußgebietes«. <sup>52</sup> Im Vorfeld der Erweiterung der EU erlangten einige Probleme für Rußland außerordentliche Dringlichkeit. Das betrifft den erleichterten Zugang russischer Bürger zur Region Kaliningrad, aber auch die Ausdehnung der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen Rußlands mit den Ländern der EU auf deren neue Mitgliedstaaten. Eine entsprechende Vereinbarung sollte am 27. April 2004 unterzeichnet werden.

Die negative Haltung Rußlands zum militärischen Eingriff der USA im Irak — gemeinsam mit Frankreich und Deutschland —, wurde innenpolitisch fast durchweg begrüßt. Wenn Condoleezza Rice, die Beraterin des US-Präsidenten, sich darüber auch »besorgt« zeigte, so schadete das keineswegs den Gesprächen auf gleicher Augenhöhe zwischen den USA und Rußland.

Einen weiteren Akzent setzte die russische Staatsführung mit dem im Februar 2004 durchgeführten Manöver »Sicherheit 2004«, dessen Ausmaß seit 1982 nicht mehr erreicht wurde. Westliche Medien berichteten mit offener Häme über verschiedene Fehlschläge und Mängel der Vorführungen, nahmen aber auch zur Kenntnis, daß Fragen der Auf- bzw. der Abrüstung nicht unter Ausschluß Rußlands zu verhandeln sind.

Innenpolitisch orientierte Präsident Putin weiter auf die Verdoppelung der Bruttoproduktion als Grundlage des Kampfes gegen die Armut. Im Programm der Regierung nimmt dabei die Wohnungspolitik und die Sicherung kommunaler Dienste einen bedeutenden Platz ein. Die breit angelegte Privatisierung des Wohnraumes in den neunziger Jahren ließ viele Probleme ungelöst (Instandhaltung, Rekonstruktion usw.). Das bereits im Mai 2003 dazu verabschiedete Gesetz wurde nicht systematisch und in viel zu geringem Tempo realisiert. Als Haupthindernis erwiesen sich die Föderationssubjekte selbst, die ihren finanziellen Anteil nicht er-

---

52 K. Rogov: Rokirovocki po putinskij. In: <http://www.gazeta.ru> vom 24. Februar 2004.

brachten.<sup>53</sup> Ein anderer Schwerpunkt ist die Arbeit an der Modernisierung des Steuersystems. Wiederholt wurde dabei auf die Erfahrungen Kasachstans verwiesen, die nicht nur in dieser Hinsicht für Rußland wertvoll sein könnten.<sup>54</sup>

Der Wahntag des 14. März 2004 brachte keine Überraschungen. Es kam so, wie es viele vorausgesagt hatten. Wladimir Putin gewann mit großem Abstand die meisten Stimmen (71,3%). Diejenigen, die zum Boykott der Wahlen aufgerufen hatten, wurden enttäuscht. Nur der Kandidat der Kommunisten, Nikolaj Charitonow erreichte mit 13,7% ein achtbares Resultat; die anderen Bewerber blieben im einstelligen Bereich ihres Stimmenanteils.<sup>55</sup> Die Macht des Präsidenten wurde gefestigt. Die Opposition wäre gut beraten, würde sie das alte und neue Staatsoberhaupt beim Wort nehmen und Kooperation versuchen, anstatt Konfrontation als einzigen Weg einzuschlagen. Vor der Föderationsversammlung äußerte sich Wladimir Putin so: »Die zahlenmäßige Mehrheit im Parlament darf für eine ständige Konkurrenz der Programme und Ideen kein Hindernis sein [...] Ich bin überzeugt, das intellektuelle Potential der Machtstrukturen, der Zivilgesellschaft, der Parteien macht es möglich, die geplanten Projekte zur Bildung, zum Gesundheitswesen und zum sozialen Schutz der Bevölkerung zu verwirklichen [...]«<sup>56</sup>

Der persönliche Opponent des Präsidenten, der seit Monaten inhaftierte ehemalige Jukos-Chef Michail Chodorowski, kam zu einem interessanten Ergebnis, das in einem offenen Brief seinen Niederschlag fand. Auf welchem Wege er an die Öffentlichkeit gelangte, ist umstritten, m. E. hier aber zweitrangig. Chodorkowski gibt sich darin auch selbst die Schuld, daß in Rußland die Begriffe »Liberalismus« und »Demokratie« fast zu Schimpfworten wurden. »Wir haben viele Fehler aus Dummheit, unserer Ambitionen wegen gemacht, aus unserem Unverständnis heraus für das, was im Lande in der komplizierten Gesamtheit der sozialen und regionalen Besonderheiten vor sich geht — das sind unsere Fehler und nicht das natürliche Resultat der liberaldemokratischen Reformen [...] Es gibt noch eine Sache — unangenehm, aber wahr: die einzige, vom Volke anerkannte Institution der Macht ist der Präsident. Heute ist das

53 <http://www.president.kremlin.ru> vom 22. April 2004.

54 Siehe Botschaft des Präsidenten Kasachstans an das Volk vom 19. März 2004. In: Wostok Newsletter. Berlin (2004)2. S. 6–16.

55 Siehe <http://www.Russiavotes.org>/Presideal Elektion.Final Result.

56 <http://www.president.Kremlin.ru> vom 8. April 2004.

so! Evtl. das Ergebnis unserer Fehler [...] Wir müssen lernen, miteinander zu sprechen. Das ist kein Verzicht auf Kritik, schon gar nicht auf eine demokratische Struktur der Gesellschaft. Das ist das Verständnis unserer Verantwortung für die Erhaltung der Stabilität im Lande, die so schwer erreicht wurde und die historisch und politisch noch nicht garantiert ist.«<sup>57</sup>

Eine andere Reaktion auf die politische Lage nach der Präsidentenwahl zeigte die KPRF. Sie rief dazu auf, den politischen Kurs im Lande zu verändern und sieht sich dabei inhaltlich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der russischen Bevölkerung. Gleichzeitig beklagt sie die mangelnde Bereitschaft, dafür aktiv zu kämpfen.<sup>58</sup> Gennadi Sjuganow hält es für notwendig, den »Volkspatriotischen Bund« zu erweitern, läßt aber kaum eine Rede oder ein Dokument aus, ohne den Führungsanspruch der Kommunisten zu betonen. Trotz der Opposition in den eigenen Reihen ist keinerlei Entwicklung in seinen Ansichten zu bemerken.

Nach den Wahlen 2003/2004 geht der Prozeß der Umgestaltung in Rußland weiter. In welchen Formen die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Gruppen erfolgt, hängt wesentlich davon ab, wie schnell es gelingt, die Armut in breiten Kreisen der russischen Bevölkerung zu überwinden und die konstruktiven Kräfte in die allgemeine Stabilisierung des Landes einzubeziehen.

---

57 <http://www.gazeta.ru> vom 14. April 2004.

58 Siehe <http://www.kprf.ru> vom 18. März 2004.



ERNSTGERT KALBE

## **Einführung in das Dokument »Entwurf des Statuts des Informationsbüros Kommunistischer Parteien« und weitere Dokumente**

Der nachstehende »*Entwurf des Statuts des Informationsbüros Kommunistischer Parteien*«, das der historischen Forschung bislang nicht zur Verfügung stand, wurde vom Institut »Slawjanowedenie« der Russischen Akademie der Wissenschaften (RAN) als Dokument Nr. 42 in der Quellenedition »Osteuropa in Dokumenten rußländischer Archive«, Band II, gemeinsam mit einem ersten Textentwurf von Jacques Duclos sowie mit einem Begleitbrief von M. A. Suslow, W. G. Grigorjan, B. N. Ponomarjow und L. S. Baranow vom 6. Juni 1949 an J. W. Stalin veröffentlicht.<sup>1</sup>

Die Übermittlung an Stalin erfolgte mit der Bitte um Durchsicht, weil der Statutenentwurf am 15. Juni 1949 in der Sekretariatsitzung des Informbüros als dem Vollzugsorgan des Kominformbüros zur Diskussion und Beschlußfassung für die nachfolgende III. Tagung des Kominformbüros vom 16.–19. November 1949 in Budapest unterbreitet werden sollte. Der hier veröffentlichten Fassung folgten mehrere Bearbeitungsgänge nach, weshalb das Statut am 19. November 1949 in einer zwar inhaltlich wesensgleichen, jedoch in einer in zehn fortlaufende Punkte gegliederten und redaktionell modifizierten Fassung beschlossen, jedoch nicht veröffentlicht wurde.<sup>2</sup>

Die Annahme des hier vorgestellten Textes des Statutenentwurfs hat eine Vor- und Nachgeschichte.

---

1 Siehe Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953. Bd. II: 1949–1953. Moskau 1998. Dok. 42. S. 132–136.

2 Siehe Rešenje sekretariata Kominforma, 15. Juni 1949. In: RGASPI. Fonds 575. Bestand 1. Mappe 80. Blatt 82. – Den Text dieser letzten Fassung siehe in Grant M. Adibekov: Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein und Jürgen Mothes, in Verbindung mit Olaf Kirchner. Frankfurt am Main 2002. S. 260–262.

Schon im erwähnten Begleitschreiben an Stalin vermerken Suslow und die genannten drei weiteren Absender der Außenpolitischen Kommission des ZK der KPdSU, daß ihrer Fassung ein kurzer Entwurf von Jacques Duclos zugrunde liegt, nachdem bereits die II. Kominform-Tagung von Ende Juni 1948 in Rumänien (Ploesti) eine Kommission zur Vorbereitung eines Statutenentwurfs gebildet hatte, der Jacques Duclos (Vorsitzender), M. A. Suslow, Theohari Georgescu und Jakub Berman angehörten. Der hier gleichfalls nachgedruckte Entwurf von Jacques Duclos war jedoch sehr knapp und bezog sich im wesentlichen auf die Argumente für die Gründung des Kominformbüros im September 1947 in Polen (Sklarska Poręba), das nach dem bekannten Referat A. A. Shdanows zur »internationalen Lage« in einer speziellen »Resolution« »die Notwendigkeit eines Austauschs der Erfahrungen und der freiwilligen Koordinierung der Handlungen der Parteien« festschrieb.

Wenngleich der Brief Suslows und anderer an Stalin vorgab, dem Duclos-Entwurf im wesentlichen zu folgen, handelt es sich bei dem zweiten, faktischen KPdSU-Entwurf um ein detailliertes, wesentlich verändertes Statut einer *internationalen Partei* in fünf römischen Abschnitten, das Ziele, Mitgliedschaft, Rechte und Pflichten, Leitungsorgane und Finanzmittel fixiert. Der Entwurf verlangt »die Reinhaltung der Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin« (Punkt III/2a), »die Bewahrung der Einheit der Reihen seiner Parteien auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes gegen Opportunismus, Doppelzüngigkeit, Fraktionismus und kleinbürgerlichen Nationalismus« (Punkt III/2b) und basiert auf der Grundlage des »demokratischen Zentralismus«, was »die Erfüllung der Beschlüsse des Kominformbüros« für alle Mitgliedsparteien vorschreibt (Punkt III/2c).

Nach diesen Korrekturen wurde der Text Duclos, Berman und Georgescu zugeleitet und am 14. Juni 1949 im Sekretariat des Kominformbüros diskutiert. Nach einem Referat von Duclos sprachen sieben Vertreter der Mitgliedsparteien (Jakub Berman – PVAP, Luigi Longo – KPI, Wylko Tschewenkow – BKP, M. A. Suslow – KPdSU, Marie Švermová – KPTsch, István Kovács – PdUW, Theohari Georgescu – RAP) zustimmend bzw. mit einzelnen Ergänzungsvorschlägen. Auf der III. Kominform-Tagung im November 1949 in Budapest begründete Jacques Duclos nochmals den endgültigen Textentwurf des Statuts, der am 19. November 1949 einstimmig beschlossen, jedoch nicht veröffentlicht wurde.

Die Textfassung des Statuts verdeutlicht, daß das Kominformbüro, das in Sklarska Poreba von Vertretern aus neun Kommunistischen und Arbeiterparteien im September 1947 gegründet wurde und ab Herbst 1947 bis Frühjahr 1948 seinen Sitz sogar in Belgrad hatte, nach dem Bruch mit der KP Jugoslawiens seit Mitte 1948 die Rolle eines Organisators der antijugoslawischen Kampagne spielen mußte. Als de facto *internationale Partei* erfüllte es die Funktion eines Katalysators für die Disziplinierung der kommunistischen Parteien der Volksdemokratien gemäß den Weisungen der KPdSU und Stalins persönlich. Erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und dessen Kritik am Personenkult um Stalin wurde es im April 1956 aufgelöst und das Erscheinen seines Presseorgans »Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!« eingestellt

Nachfolgend werden weitere Dokumente nachgedruckt, deren erstes unmittelbar mit der Geschichte des Kominformbüros zusammenhängt, während letztere die materielle Unterstützung ausländischer Linksparteien durch kommunistische Parteien sozialistischer Länder zum Gegenstand hat

Das Dokument Nr. 89 aus dem zweiten Band von »Osteuropa in Dokumenten rußländischer Archive« verdeutlicht im Kontext mit der Tätigkeit des Kominformbüros am Beispiel der »Führung von Dossiers« über Mitgliedsparteien dieses Informbüros, daß es sich in der Tat um eine internationale Partei handelte, die genaue Informationen über ihre Gliederungen abforderte und sammelte, gewissermaßen politische Buchführung und Kontrolle betrieb.

Die »Dokumentation über die Einrichtung und Tätigkeit eines internationalen Fonds zur Unterstützung ausländischer Linksparteien« aus der Zeitschrift »Istotschnik« klärt darüber auf, daß finanzielle Hilfen für Parteien und Gewerkschaften westlicher Länder seitens der kommunistischen Parteien sozialistischer Länder von 1950 an über die Existenzzeit des Kominformbüros hinaus bis zum Vorabend der Implosion des Staatssozialismus Ende 1989 geleistet wurden.



## DOKUMENTE

[132] Nr. 42<sup>1</sup>

INFORMATIONSBRIEF VON M. A. SUSLOW, W. G. GRIGORJAN,  
B. N. PONOMARJOW, L. S. BARANOW AN I. W. STALIN  
MIT DER BITTE, DIE ENTWÜRFE UND VORSCHLÄGE  
DER SOWJETISCHEN SEITE ZUR TAGESORDNUNG  
DER BEVORSTEHENDEN SITZUNG DER SEKRETARIATS  
DES INFORMBÜROS ZU PRÜFEN<sup>2</sup>

Moskau

6. Juni 1949  
streng geheim

An Genossen Stalin

Am 14.–17. Juni findet in Bukarest die Sitzung des Sekretariats des Informbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien statt.

In die Tagesordnung des Sekretariats des Informbüros sind folgende Fragen aufgenommen worden: 1. Über den Entwurf des Statuts des Informbüros (Referat der Kommission unter dem Vorsitz des Gen. Duclos; 2. Mitteilungen der Vertreter der Parteien über Maßnahmen zur weiteren Entfaltung der Friedensbewegung nach dem Weltkongreß; 3. Mitteilungen der Vertreter der Parteien über Maßnahmen zur Aktivierung des Kampfes der kommunistischen und Arbeiterparteien gegen die Tito-Clique; 4. Über den Arbeitsplan der Redaktion der Zeitung »Für dauer-

- 
- 1 Die Dokumente wurden entnommen aus Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg. Dokumenty. Redakcionnaja kollegija: G. P. Muraško (otv. red.) u. a. Bd. 2: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1998. – Die Seitenangaben in eckigen Klammern und redaktionelle Hinweise in Fußnoten beziehen sich auf diese Veröffentlichung. Die Originalquelle befindet sich im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI). Fonds 575. Bestand 1. Akte 84. Blatt 128, 138 und 6–8 (jeweils Kopie im Original).
  - 2 Versandt an W. Molotow, L. Berija, G. Malenkow, A. Mikojkan, L. Kaganowitsch, N. Bulganin, A. Kossygin. Auf dem Dokument befindet sich der Vermerk »14. Juni 1949 (be[stätigt] nur das Statut« – die Redaktion.

haften Frieden, für Volksdemokratie!« für die nächsten Monate; 5. Laufende Fragen.

Die Kommission aus den Genossen Suslow, Grigorjan, Ponomarjow und Baranow hat in Übereinstimmung mit dem Beschluß des ZK Entwürfe für Vorschläge zu diesen Fragen erarbeitet (sind beigelegt).<sup>3</sup>

[133] Bei der Ausarbeitung der Vorschläge ließ sich die Kommission davon leiten, daß das Sekretariat des Informbüros ein ausführendes Organ des Informbüros ist. Deshalb enthalten die Entwürfe für Vorschläge hauptsächlich praktische Maßnahmen.

Der Entwurf des Statuts des Informbüros wurde von Genossen Duclos erarbeitet, der Vorsitzender der von der Tagung des Informbüros gebildeten Kommission zur Vorbereitung des Statuts ist. Der Entwurf von Duclos (ist beigelegt) ist im wesentlichen beibehalten worden, aber etwas erweitert und detaillierter gestaltet. Wir meinen, daß der Entwurf des Statuts des Informbüros dem Sekretariat des Informbüros in dieser Form zur Prüfung vorgelegt werden kann, wonach der Entwurf des Statuts einer Bestätigung durch die Tagung des Informbüros unterliegt.

Der Entwurf eines Beschlusses des ZK der WKP(B) ist beigelegt.<sup>4</sup>

Wir bitten um Prüfung.

Suslow  
Grigorjan  
Ponomarjow  
Baranow

Von Genossen Duclos zusammengestellt

*Entwurf für ein Statut des Informationsbüros  
der kommunistischen Parteien*

Das Informationsbüro der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien, das im September 1947 zum Erfahrungsaustausch und bei Notwendigkeit zur Koordinierung der Tätigkeit der kommunistischen Parteien auf der Grundlage des freiwilligen Einverständnisses gegründet wurde, gibt sich folgendes Statut:

---

3 Werden nicht veröffentlicht – die Redaktion.

4 Wird nicht veröffentlicht – die Redaktion.

1. Das Informationsbüro setzt sich aus den Vertretern der Zentralkomitees zusammen, — jeweils zwei aus jedem Komitee. Die Delegierten der Zentralkomitees werden von den entsprechenden Zentralkomitees ernannt und abberufen.

2. Jede zum Informationsbüro gehörende Partei erkennt das Recht der anderen Parteien auf Kritik ihrer Tätigkeit an; jede Partei hält es für ihre Pflicht Selbstkritik zu üben, wenn dies notwendig ist.

3. Das Informationsbüro tagt zweimal im Jahr, aber jede angehörige Partei kann eine außerordentliche Tagung und die [Tages]ordnung<sup>5</sup> einer solchen Tagung vorschlagen.

4. Zwischen den Plenarsitzungen des Informationsbüros ist das aus jeweils einem Vertreter von jeder dem Informationsbüro angehörenden Partei zusammengesetzte Sekretariat befugt:

a) Mitteilungen von jeder Partei zu erhalten und die gesamte nützliche Information den zum Informationsbüro gehörenden Parteien zu übermitteln;

[134] b) die Kontrolle der Zeitung des Informationsbüros zu gewährleisten.

5. Vor einer Tagung des Informationsbüros schickt jede Partei einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit an das Sekretariat zwecks Mitteilung an die anderen Parteien.

6. Jede Partei ist verpflichtet, die vom Informationsbüro gefaßten Beschlüsse anzuwenden.

Übersetzung aus dem Französischen

Entwurf

*Statut des Informationsbüros der kommunistischen Parteien*

I.

Ziele und Aufgaben des Informbüros

Das Informationsbüro ist eine freiwillige internationale Vereinigung von kommunistischen und Arbeiterparteien, die den Erfahrungsaustausch zwischen den Parteien organisiert und bei Notwendigkeit ihre Aktionen im Interesse der Festigung der einheitlichen sozialistischen Front und eines erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus, im Interesse des weiteren

---

5 Das Original enthält hier einen Tippfehler – die Redaktion.

Zusammenschlusses der antiimperialistischen Kräfte in den ganzen Welt im Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und des Imperialismus koordiniert.

## II.

### Die Mitgliedschaft des Informbüros

Mitglied des Informbüros kann eine kommunistische [Partei] (Arbeiterpartei oder Partei der Werktätigen) sein, die auf den Positionen des Marxismus-Leninismus steht, den Prinzipien des Internationalismus ergeben ist, und aktiv für die Sache der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für die Sache des Kommunismus kämpft.

## III.

### Rechte und Pflichten der Mitglieder des Informbüros

#### 1. Die zum Informbüro gehörenden Parteien haben das Recht:

- a) an den Tagungen des Informbüros und seiner Leitungsorgane auf gleichberechtigter Grundlage teilzunehmen;
- b) die Tätigkeit jeder beliebigen Bruderpartei auf den Tagungen des Informbüros und in der Presse des Informbüros zu kritisieren;
- c) die persönliche Anwesenheit ihrer Vertreter in den entsprechenden Organen des Informbüros in allen Fällen zu fordern, wenn im Informbüro die Tätigkeit der jeweiligen Partei behandelt wird;
- d) ihre Fragen in die Tagesordnung der Tagung des Informbüros einzubringen und ihre Vorschläge zur praktischen Tätigkeit des Sekretariats und der Tagung des Informbüros zu unterbreiten.

#### 2. Die zum Informbüro gehörenden Parteien sind verpflichtet:

- [135] a) unermüdlich für die Reinheit der Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin zu kämpfen;
- b) die Einheit der Reihen ihrer Partei auf der Grundlage des unveröhnlichen Kampfes gegen den Opportunismus, Doppelzüngigkeit, Fraktionismus und kleinbürgerlichen Nationalismus zu erhalten;
  - c) das Statut des Informbüros zu befolgen und die Beschlüsse des Informbüros zu verwirklichen;
  - d) das Sekretariat des Informbüros systematisch über die laufende Tätigkeit der Partei zu informieren;
  - e) die Verbreitung und Popularisierung des Presseorgans des Informbüros zu fördern;
  - f) Mitgliedsbeiträge in festgelegter Höhe zu entrichten.

#### IV.

Die Leitungsorgane des Informbüros

1. Höchstes Organ des Informbüros ist die Tagung der Vertreter der ZK der zum Informbüro gehörenden Parteien. Jede Parteidelegation hat auf der Tagung eine Stimme.

Die Tagung des Informbüros:

a) diskutiert laufende programmatische und praktische Fragen der zum Informbüro gehörenden kommunistischen Parteien und faßt zu ihnen abgestimmte Beschlüsse;

b) bestätigt das Statut des Informbüros und bringt Änderungen in das Statut ein;

c) behandelt Erklärungen über den Beitritt neuer Parteien zum Informbüro;

d) bestätigt den Chefredakteur und die Redaktion des Presseorgans des Informbüros;

e) bestätigt das Budget des Informbüros;

f) bestimmt den Aufenthaltsort des Sekretariats und des Presseorgans des Informbüros.

Eine Tagung des Informbüros wird nicht weniger als einmal im Jahr einberufen. Außerordentliche Tagungen können auf Initiative des Sekretariats oder auf Forderung einer der zum Informbüro gehörenden Parteien einberufen werden.

Das Sekretariat des Informbüros:

Ständig handelnde Organ des Informbüros ist das Sekretariat des Informbüros, das aus jeweils einem Vertreter aller zum Informbüro gehörenden Parteien besteht. Das Sekretariat des Informbüros gewährleistet:

a) regelmäßige Verbindungen zwischen den zum Informbüro gehörenden Parteien;

b) die Kontrolle über die Arbeit der Redaktion des Presseorgans und der gesamten Publikationstätigkeit des Informbüros;

Sitzungen des Sekretariats finden je nach Notwendigkeit, mindestens jedoch einmal in drei Monaten unter dem abwechselnden Vorsitz einer seiner Sekretäre statt.

[136] Zur Erledigung der laufenden praktischen Arbeit des Informbüros wird beim Sekretariat eine Kanzlei mit einem Leiter der Kanzlei an der Spitze eingerichtet.

V.

Die Finanzmittel des Informbüros

Die Finanzmittel des Informbüros setzen sich aus den Beiträgen der zum Informbüro gehörenden Parteien, den Einnahmen aus der Publikationsstätigkeit und anderen Einnahmen zusammen.

Der Umfang und die Zahlungsweise der Mitgliedsbeiträge werden von der Tagung des Informbüros festgelegt.

[278] Nr. 89<sup>6</sup>

BEISPIELSCHEMATA ZUR FÜHRUNG VON DOSSIERS  
ZU KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN  
DER LÄNDER DER VOLKSDEMOKRATIE UND  
ZUR AUFTEILUNG DER MATERIALIEN ZU  
DEN LÄNDERN DER VOLKSDEMOKRATIE IN DER KANZLEI  
DES SEKRETARIATS DES INFORMBÜROS

Bukarest

1949<sup>7</sup>

streng geheim

*Beispielschema zur Führung von Dossiers zu kommunistischen  
und Arbeiterparteien der Länder der Volksdemokratie*

1. Kurze historische Auskunft über die kommunistische Partei:

Statut und Programm der Partei. Zusammensetzung der höchsten Leitungsorgane der Partei. Zahlenmäßige und soziale Zusammensetzung der Partei. Finanzielle Lage der Partei.

2. Materialien über Parteitage, Plena des ZK und andere Beschlüsse des ZK.

3. Beschlüsse des Informbüros über die Tätigkeit der Partei.

4. Organisatorische Arbeit der Partei:

Kampf der Partei um die Leninschen Organisationsprinzipien einer marxistischen Partei. Auswahl, Nominierung und Aufstellung [279] der

---

6 Entnommen aus Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg. Dokumenty. Redakcionnaja kollegija: G. P. Muraško (otv. red.) u. a. Bd. 2: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1998. S. 278–282. – Die Originalquelle befindet sich im Russischen Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI). Fonds 575. Bestand 1. Akte 258. Blatt 21–22 und 27–28 (jeweils Kopie im Original).

7 Die Datierung erfolgt entsprechend des Inhaltes des Dokuments – die Redaktion.

Parteikader. Kontrolle und Überprüfung der Erfüllung gefaßter Beschlüsse. Arbeit mit dem Parteiaktiv. Materialien zur Charakterisierung der Durchführung von Plena der Gebietskomitees, Stadt- und Kreiskomitees der Partei. Niveau der Kritik und Selbstkritik in der Partei. Anleitung der Arbeit in den Basisorganisationen der Partei. Niveau der Parteiversammlungen. Zustand der Begleichung von Parteibeiträgen.

5. Ideologische Arbeit der Partei:

Propaganda des Marxismus-Leninismus in der Partei. Studium der leitenden Parteikader. Studium der marxistisch-leninistischen Theorie durch alle Kommunisten. Agitatorische Partearbeit unter den Massen. Propaganda der Errungenschaften der UdSSR und der Länder der Volkdemokratie. Organisation der ideologischen Arbeit in den Schulen, Technika, Hochschulen und in wissenschaftlichen Einrichtungen. Führung der Partei auf den Gebieten der Literatur und Kunst.

Presse: Liste der im Land erscheinenden zentralen Zeitungen und Zeitschriften mit Verweis auf die Periodizität und die Auflage. Kurzcharakteristik jeder Zeitung und jeder Zeitschrift.

6. Führung der Massenorganisationen des Landes durch die Partei:

Gewerkschaften. Jugendverband. Volksdemokratische Front. Frauenorganisationen. Friedenskomitee u. a.

7. Partei und sozialistischer Aufbau in der Stadt:

Industrie. Materialien, die das Industrialisierungstempo des Landes charakterisieren. Anteiliges Gewicht der staatlichen Industrie. Transport.

8. Partei und sozialistische Umgestaltung des Dorfes:

Leitung der Landwirtschaft durch die Partei. Partei- und Regierungsbeschlüsse zu Fragen der Landwirtschaft: Feld- und Viehwirtschaft, Maschinen-Traktoren-Stationen und staatliche Landgüter, einheitliche landwirtschaftliche Genossenschaften, Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe, Tempo der Kollektivierung der Landwirtschaft, Partei und Klassenkampf auf dem Dorf.

9. Maßnahmen von Partei und Regierung zur Verbesserung des Wohlstandes der Werktätigen:

Entwicklung der Leicht- und Nahrungsgüterindustrie. Handel. Soziale Sicherung. Bildung. Gesundheitswesen.

[280] 10. Staatsaufbau

Verfassung und ihre Änderungen. Schema des Staatsaufbaus. Kreiseinteilung. Karte der Republik.

11. Allgemeine Angaben über das Land:

*Bevölkerung:* Zahl, nationale Zusammensetzung, städtische und ländliche Bevölkerung, Beschäftigung der Bevölkerung in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Handel und dem Transportwesen, Alphabetisierung der Bevölkerung

*Finanzen:* Etat und seine Struktur, Steuern, Anleihen.

12. Die Regierung und ihre Politik:

- a) Zusammensetzung der Regierung;
- b) Innenpolitik der Regierung, Regierungsbeschlüsse, Erklärungen und Mitteilungen der Regierung;
- c) Außenpolitik der Regierung: diplomatische Beziehungen, Noten, Verlegung von Diplomaten usw.

13. Angaben über staatliche, politische, Partei- und andere Funktionäre des Landes.

14. Bibliographie der vorhandenen Literatur zum Land.

*Beispielschema<sup>8</sup> zur Aufteilung der Materialien<sup>9</sup> zu den Ländern der Volksdemokratie*

1. Bevölkerung:

Zahl. Nationale Zusammensetzung. Städtische und ländliche Bevölkerung. Beschäftigung der Bevölkerung in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Handel und dem Transportwesen. Alphabetisierung der Bevölkerung.

2. Staatsaufbau:

Verfassung (wird im Original aufbewahrt) und ihre Änderungen. Schema des Staatsaufbaus. Kreiseinteilung. Karte der Republik.

3. Regierung und ihre Politik:

- a) Zusammensetzung der Regierung;
- b) Innenpolitik der Regierung, Regierungsbeschlüsse, Erklärungen und Mitteilungen der Regierung;
- c) Außenpolitik der Regierung: diplomatische Beziehungen, Noten, Verlegung von Diplomaten usw.;
- d) Beziehungen zur Sowjetunion.

---

8 Handschriftlich ergänzt: »Entwurf« – die Redaktion.

9 Die letzten drei Worte sind im Original durchgestrichen und handschriftlich ersetzt worden mit »Führung von Dossiers« – die Redaktion.

[281] 4. Kommunistische Partei:<sup>10</sup>

a) kurze historische Auskunft über die Partei, Programm und Statut der Partei (im Original), ihre Änderungen, Schema des Aufbaus der Partei, zahlenmäßige und soziale Zusammensetzung der Partei;

b) organisatorische Parteiarbeit, Auswahl, Aufstellung und Erziehung der Kader, Arbeit der Kreis- und Stadtkomitees sowie der Basisorganisationen. Parteibeschlüsse zu organisatorischen Fragen.

c) Propaganda und Agitation.

*Presse:* Liste der im Land erscheinenden zentralen Zeitungen und Zeitschriften mit Verweis auf das Organ, die Periodizität und die Auflage. Kurzcharakteristik jeder Zeitung und jeder Zeitschrift;

d) *Beziehungen der Partei zum Informbüro.*<sup>11</sup> Beschlüsse des Informbüros zur Arbeit der Partei.

5. Industrie und Transport:

a) Schwer[industrie];

b) Leicht[industrie];

c) Transport.

Die Leitung von Industrie und Transport durch Partei und Regierung. Parteibeschlüsse zur Fragen der Industrie und des Transports. Anteiliges Gewicht der staatlichen Industrie, Produktionskapazitäten, Charakterisierung der hergestellten Produktion und der wichtigsten Industriezweige.

6. Landwirtschaft

Leitung der Landwirtschaft durch die Partei. Partei- und Regierungsbeschlüsse zu Fragen der Landwirtschaft:

a) Feld- und Viehwirtschaft;

b) Maschinen-Traktoren-Stationen und staatliche Landgüter;

c) einheitliche landwirtschaftliche Genossenschaften;

d) Bereitstellung landwirtschaftlicher Produkte und Rohstoffe.

7. Handel:

a) Außen[handel];

b) Binnen[handel].

8. Finanzen:

Etat und seine Struktur, Steuern, Anleihen.

[282] 9. Gewerkschaften.

---

10 Handschriftlich ergänzt: »Akte Nr. 6s« – die Redaktion.

11 Das Hervorgehobene ist im Original durchgestrichen worden – die Redaktion.

10. Jugendverband, Frauenorganisationen.<sup>12</sup>
11. Friedensbewegung.
12. Tätigkeit der Freundschaftsgesellschaft zur UdSSR.
13. Genossenschaftsorganisationen.
14. Wissenschaft, Literatur und Kunst.<sup>13</sup>
15. Volksbildung, Gesundheitswesen.
16. Kleinbürgerliche und andere Parteien:  
einzeln zu jeder Partei.
17. Kirche und ihre Tätigkeit.
18. Angaben über staatliche, politische, Partei- und gesellschaftliche

#### Funktionäre

(alphabetische Kartothek).

19. Informations- und andere Materialien, das Land in Vergangenheit und Gegenwart charakterisierende Literatur

(Listen erstellen).

Die Mappe zum Land wird mit Materialien von TASS, »Agerpress«, der ausländischen und sowjetischen Presse, Literatur, Informationsbulletins, Notizen und Auskünften von Referenten aufgefüllt.

---

12 Handschriftlich ergänzt: »Vaterländische Front« – die Redaktion.

13 Handschriftlich ergänzt: »? in den Unterpunkt c) des Punktes 4« – die Redaktion.

**»Zwecks materieller Unterstützung ausländischer  
Linksparteien ...«.  
Dokumentation über die Einrichtung und Tätigkeit  
eines internationalen Fonds (Nachdruck aus »Istočnik«)<sup>1</sup>**

Die finanzielle Unterstützung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion für kommunistische und Arbeiterparteien kapitalistischer Länder ist eines der wenig bekannten Themen aus der Geschichte der KPdSU. Diese Seite des Wirkens der KPdSU war mit dem Schleier des Geheimnisses umgeben. Daher sind die aus der Geheimhaltung freigegebenen Dokumente über die Bildung und Tätigkeit des Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen, über den die finanzielle Unterstützung für die Bruderparteien abgewickelt wurde, von außerordentlichem Interesse. Der Internationale Hilfsfonds wurde 1950 unter direkter Leitung von J. W. Stalin eingerichtet und bestand vier Jahrzehnte. Der Hilfsfonds wurde aus Beiträgen der KPdSU und einiger kommunistischer Parteien sozialistischer Länder gebildet. Seit der Gründung des Fonds entfiel der größte Beitrag auf die KPdSU, Ende der achtziger Jahre setzte sich der Hilfsfonds dann ausschließlich aus Mitteln zusammen, die die Kommunistische Partei der Sowjetunion bereitstellte.

Der Fonds hatte einen Vorstand, gebildet aus Vertretern der kommunistischen Parteien, die am Internationalen Hilfsfonds beteiligt waren. Gemäß einer Übereinkunft zwischen diesen Parteien war die KPdSU unmittelbar für den Fonds verantwortlich. Der Internationale Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen wurde für jedes Jahr aufgestellt und jährlich wurde die Verwendung der Mittel festgelegt. Die Mittel, die die Parteien aus diesem Fonds bekamen, haben sie nach eigenem Ermessen für die hauptsächlichsten Bereiche der parteipolitischen Arbeit eingesetzt. Dokumente aus dem Staatsarchiv Rußlands für neueste Geschichte belegen überzeugend, welche Parteien Teilnehmer des Hilfsfonds waren, ihren Anteil an den Beiträgen und welche Parteien in welchem Umfang

---

<sup>1</sup> Kommentar und Dokumente wurden veröffentlicht in Istočnik. Moskau (2000)4. S. 68-72. Für den Druck wurden sie von Tatjana Kusmitschewa vorbereitet. Die Übersetzung besorgte mit freundlicher Genehmigung Sonja Striegnitz.

über den Internationalen Hilfsfonds finanzielle Unterstützung bekamen. Wir veröffentlichen einzelne Dokumente über die Bildung und Tätigkeit des Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen.

Dokument Nr. 1<sup>2</sup>

NOTIZ VON W. G. GRIGORJAN AN J. W. STALIN  
VOM 24. JUNI 1950

Streng geheim

An Genossen Stalin

Ich unterbreite Ihnen den Entwurf für einen Beschluß des ZK der KPdSU(B) über die Einrichtung eines »Internationalen Gewerkschaftsfonds für die Unterstützung linker Arbeiterorganisationen«<sup>3</sup> zwecks materieller Hilfeleistung für Linksparteien, progressive Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen.

Ich bitte um Prüfung.

Der Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission  
des ZK der KPdSU(B)

W. Grigorjan

24. Juni 1950

Kopien an die Genossen:

Malenkov

Molotow

Berija

Mikojan

Kaganowitsch

Bulganin

---

2 Siehe Staatsarchiv Rußlands für neueste Geschichte. Fonds 89. Bestand 38. Akte 23. Blatt 2 (maschinenschriftliches Original, handschriftliche Unterschrift).  
3 Der Beschlußentwurf des ZK der KPdSU(B) wird nicht veröffentlicht (Anmerkung in »Istočnik«).

Dokument Nr. 2<sup>4</sup>

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL NR. 76 DER SITZUNG  
DES POLITBÜROS DES ZK DER KPDSU(B) VOM 19. JULI 1950

Nr. P 76/122

An die Genossen Molotow, Malenkow, Grigorjan

20. Juli 1950

Auszug aus dem Protokoll Nr. 76 der Sitzung des Politbüros des ZK  
vom

19<sup>5</sup>

Beschluß vom 19. Juli 1950

122. – *Über die Einrichtung eines »Internationalen Gewerkschafts-  
fonds für die Unterstützung linker Arbeiterorganisationen«*

1. Zwecks materieller Hilfeleistung für ausländische Linksparteien, progressive Gewerkschaften und gesellschaftliche Organisationen wird beim Rumänischen Gewerkschaftsrat in Bukarest ein »Internationaler Gewerkschaftsfonds für die Unterstützung linker Arbeiterorganisationen« eingerichtet.

2. Der Umfang der Geldsummen des »Internationalen Gewerkschaftsfonds für die Unterstützung linker Arbeiterorganisationen« wird in Höhe von 2 Millionen Dollar aus folgenden Zuweisungen festgesetzt: von der KPdSU(B) – 1 Million Dollar oder 50 Prozent des Fonds, von der Kommunistischen Partei Chinas – 200.000 Dollar oder 10 Prozent, von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, der Rumänischen Arbeiterpartei, der Ungarischen Partei der Werktätigen – jeweils 160.000 Dollar oder je 8 Prozent.

3. Die materielle Hilfeleistung erfolgt auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes des »Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisatio-

---

4 Siehe Staatsarchiv Rußlands für neueste Geschichte. Fonds 89. Bestand 38. Akte 23. Blatt 1 (maschinenschriftliche Kopie).

5 In der Vorlage fehlen Datum und vollständige Jahreszahl – die Übersetzerin.

nen«, dessen personelle Zusammensetzung jährlich in Absprache zwischen den unter Punkt 2 dieses Beschlusses genannten Parteien bestimmt wird.

4. Für das Jahr 1950 wird der Vorstand des »Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen« aus Vertretern der KPdSU(B), der Rumänischen Arbeiterpartei und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei benannt.

5. Für die Direktverhandlungen mit den Führern der kommunistischen Parteien über die Bildung des »Internationalen Gewerkschaftsfonds für die Unterstützung linker Arbeiterorganisationen« wird Genosse B. N. Ponomarjow (Außenpolitische Kommission des ZK) bestellt.

Der Sekretär des ZK

Dokument Nr. 3<sup>6</sup>

NOTIZ VON W. G. GRIGORJAN AN J. W. STALIN  
VOM 16. AUGUST 1950

Streng geheim

An Genossen Stalin

In Übereinstimmung mit dem Beschluß des ZK der KPdSU(B) vom 19. Juli d. J. über die Bildung eines »Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen« beim Rumänischen Gewerkschaftsrat ist der Stellvertretende Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission, Gen. Ponomarjow, zwecks Absprachen über diesen Vorschlag mit den Genossen Gheorghiu-Dej, Rákosi, Gottwald, Pieck und Bierut entsandt worden.

---

6 Siehe Staatsarchiv Rußlands für neueste Geschichte. Fonds 89. Bestand 38. Akte 23. Blatt 4–5 (maschinenschriftliches Original, handschriftliche Unterschrift). – Die Anmerkungen der »Istočnik«-Redaktion zu den im Dokument genannten Personen (Gheorghiu-Dej, Rákosi, Gottwald, Pieck, Bierut, Mao Zedong) wurden nicht übersetzt, sie beziehen sich auf deren Lebensdaten, Partei- und Staatsfunktionen – die Übersetzerin.

Alle genannten Führungspersonen der kommunistischen und Arbeiterparteien haben in einem Gespräch mit dem Gen. Ponomarjow ihre volle Übereinstimmung mit dem Vorschlag bekundet, daß es notwendig und zeitgemäß sei, einen »Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen« einzurichten, und haben zugleich jener Form zugestimmt, die das ZK der KPdSU(B) für die Gewährung dieser Hilfe vorgeschlagen hat (Umfang des Fonds und Beitragssumme für den Fonds von jeder Partei, Einrichtung des Fonds beim Gewerkschaftsrat Rumäniens, Aufbau des Fondsvorstands, Regeln für seine Tätigkeit).

Im Verlauf des Gesprächs teilte Gen. Rákosi mit, daß die Ungarische Partei der Werktätigen in den letzten Jahren einigen kommunistischen Parteien finanzielle Unterstützung gewährt habe. 1950 seien der Französischen Kommunistischen Partei rund 150.000 Dollar übergeben worden.

Gen. Bierut berichtete ebenfalls davon und hob hervor, daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei der Französischen KP systematisch Hilfe zukommen ließ. 1950 seien an diese Partei etwa 100.000 Dollar übergeben worden.

Gen. Gottwald bekundete sein Einverständnis mit der Beteiligung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei an der Einrichtung eines Hilfsfonds für die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder, wobei er im Verlauf des Gesprächs jedoch mehrfach unterstrich, daß die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei der Französischen Kommunistischen Partei derzeit bereits Hilfe in Höhe von 100.000 Dollar geleistet habe, daß zur Zeit 50 Mitarbeiter der KP Frankreichs und fünf bis sieben Funktionäre der KP Englands in der Tschechoslowakei zur Erholung weilen, daß es hier eine Parteischule der italienischen KP gebe und daß in der Tschechoslowakei ständig 4.000 griechische Kinder leben würden. Außerdem sei — wie sich Gen. Gottwald ausdrückte — »Prag zur Brücke nach Moskau geworden«, da über die Stadt eine große Anzahl von Delegationen und einzelne Funktionäre von kommunistischen Parteien nach und von Moskau reisten. Er hob hervor, daß gegenwärtig in Prag gleichzeitig mehrere internationale Kongresse und Beratungen stattfänden: der Internationale Studentenkongreß, die Sitzung des Büros des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses, die Sitzung der Jury dieses Komitees und mehrere andere Beratungen. All dies erfordere seitens der KP der Tschechoslowakei große Aufwendungen. Am Schluß des Gesprächs erklärte Gen. Gottwald, daß die KP der Tschechoslowakei, wenn sie ihren Beitrag für den Internationalen Hilfsfonds für linke

Arbeiterorganisationen in Höhe von 160.000 Dollar zahlte, im laufenden Jahr kommunistischen Parteien anderer Länder keine materielle Unterstützung mehr erweisen könne. Außerdem, so konnten die Fragen und Bemerkungen des Gen. Gottwald aufgefaßt werden, müßte man für die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei einen höheren Beitrag als für die KP der Tschechoslowakei festzusetzen.

Im ganzen ist der Vorschlag über die Bildung des Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen und über die Einzahlung von 160.000 Dollar in diesen Fonds vom Gen. Gottwald weniger günstig aufgenommen worden, als von den Führern der anderen kommunistischen Parteien.

Der Vorschlag über die Einrichtung eines Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen und über die Beteiligung der KP Chinas daran ist am 28. Juli d. J. über Gen. Judin an Gen. Mao Zedong übermittelt worden, eine Antwort steht noch aus.

Der Vorsitzende der Außenpolitischen Kommission  
des ZK der KPdSU(B)

W. Grigorjan

16. August 1950

Kopien an die Genossen:

G. M. Malenkow

W. M. Molotow

Dokument Nr. 4<sup>7</sup>

NOTIZ VON V. M. FALIN FÜR DAS ZK DER KPDSU  
VOM 5. DEZEMBER 1989

Sondermappe  
Streng geheim

An das ZK der KPdSU

Frage der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU

Der Internationale Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen ist im Verlauf von vielen Jahren aus freiwilligen Beiträgen der KPdSU und einiger anderer kommunistischer Parteien sozialistischer Länder gebildet worden. Doch seit Ende der siebziger Jahre haben die polnischen und rumänischen Genossen, sowie seit 1987 auch die ungarischen unter Hinweis auf Valuta- und Finanzschwierigkeiten ihre Beteiligung an dem Fonds eingestellt. 1988 und 1989 haben sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei und die Bulgarische Kommunistische Partei ohne Nennung von Gründen von ihnen erwarteten Beitragszahlungen an den Fonds entzogen, und der Fonds wurde vollständig aus Mitteln gespeist, die die KPdSU bereitstellte. Die Beitragsanteile der drei genannten Parteien beliefen sich 1987 auf 2,3 Millionen Dollar, d. h. etwa 13 Prozent des Gesamtumfangs der in ihn eingezahlten Mittel.

Der Beitrag der KPdSU für den Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen war für 1989 in einem Umfang von 13,5 Millionen Devisenrubeln festgelegt worden (P[rotokoll] 144/129 vom 28. Dezember 1989<sup>8</sup>), was nach offiziellem Kurs 22.044.673 Dollar ergab.

1989 ist aus dem Fonds an 73 kommunistische, Arbeiter- und revolutionär-demokratische Parteien und Organisationen Unterstützung gewährt worden. Die Gesamtsumme der bereitgestellten Mittel betrug 21,2 Millionen Dollar, davon sind bis zum jetzigen Zeitpunkt 20,5 Millionen Dollar an die Parteien überwiesen worden.

---

7 Siehe Staatsarchiv Rußlands für neueste Geschichte. Fonds 89. Bestand 38. Akte 56. Blatt 3–5 (maschinenschriftliches Original, handschriftliche Unterschrift).

8 Offensichtlich muß es 1988 heißen – die Übersetzerin.

Die Parteien, die im Verlauf einer langen Periode aus dem Fonds regelmäßig bestimmte Summen erhalten, schätzen diese Form der internationalen Solidarität hoch ein, und sind der Meinung, daß man sie durch keinerlei andere Art von Hilfe ersetzen könne. Bis jetzt liegen von den meisten dieser Parteien entsprechend begründete Hilfsersuchen für 1990 vor, von einigen mit der Bitte um eine beträchtliche Aufstockung der Hilfe.

Es wird für zweckmäßig erachtet, den Beitrag der KPdSU für den Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen 1990 etwa auf dem Niveau dieses Jahres, d. h. 22 Millionen Dollar, zu belassen.

Ein Beschlußentwurf des ZK der KPdSU wird beigelegt.<sup>9</sup>

Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU

V. Falin

5. Dezember 1989

Sondermappe

Bei einer Stabilisierung der Lage in der SED, KPTsch und BKP könnte man sie (die Parteien – die Übersetzerin) über die im Fonds entstandene Situation und über die Verwendung seiner Mittel in den Jahren 1988–1989 informieren, sowie die Meinungen über eine mögliche Fortsetzung des Zusammenwirkens im Rahmen des Fonds austauschen.

---

9 Ein Beschlußentwurf wurde nicht veröffentlicht – die Übersetzerin.

Dokument Nr. 5<sup>10</sup>

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL NR. 175 DER SITZUNG  
DES POLITBÜROS DES ZK DER KPDSU VOM 11. DEZEMBER 1989

Streng geheim  
Sondermappe

Nr. P 175/3

An die Genossen Falin und Geraschtschenko

Auszug aus dem Protokoll Nr. 175 der Sitzung des Politbüros des  
ZK der KPdSU vom 11. Dezember 1989

Frage der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU

1. Der Vorschlag der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, den Beitragsanteil der KPdSU für den Internationalen Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen für das Jahr 1990 in Höhe von 22.000.000 Dollar festzusetzen, wird angenommen.

2. Der Vorstand der Staatsbank der UdSSR (Gen. W. W. Geraschtschenko) hat an den Gen. V. M. Falin 22.000.000 Dollar für spezielle Zwecke auszuzahlen.

Der Sekretär des ZK

---

10 Siehe Staatsarchiv Rußlands für neueste Geschichte. Fonds 89. Bestand 38. Akte 56. Blatt 1 (maschinenschriftliche Kopie).



## **Kritik und Information**



WOLFGANG GRABOWSKI

## **Rußland, die Europäische Union und der Kaukasus<sup>1</sup>**

In Vorbereitung auf dieses Thema habe ich Dokumente des Europäischen Parlamentes gelesen, die den Kaukasus betreffen. Ebenso nutzte ich Konsultationen und Gespräche mit Mitarbeitern des Europa-Parlamentes und des Deutschen Fonds für Wissenschaft und Politik, die Regierungsstrukturen zuarbeiten, sowie anderer Einrichtungen.

Die Bewertungen und Schlußfolgerungen unserer früheren Konferenz in Wladikawkas noch in Erinnerung, stellte ich Vergleiche an in der starken Hoffnung auf Fortschritte in der Entwicklung der »Southern Dimension Policy« der Europäischen Union. Es ist doch eine beträchtliche Zeit vergangen. Die Ausführungen des konservativen Abgeordneten Ooslander, der in seinem Initiativvortrag vom 3. Oktober 2000 eine eigene strategische Konzeption der EU zum Kaukasus forderte, die Aktivierung des »Alten Europa« in dieser Region und die Anerkennung der Rolle Rußlands als wichtiger und gleichberechtigter Partner, fanden in Wladikawkas eine beachtliche positive Resonanz und haben bis heute nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil, der Verlauf der Ereignisse in den kaukasischen Staaten selbst, wie auch jenseits ihrer Grenzen, im Nahen Osten, im Irak, in Afghanistan, im Iran und um ihn herum — unterstreicht weiter deren Aktualität. Fortschritte sind in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu beobachten. Rußland kehrt beharrlich in die südlichen und mittelasiatischen Regionen zurück. Auch die tiefen Antagonismen mit den USA hinterlassen Spuren.

Aber im Westen — genauer gesagt, in Westeuropa — fast nichts Neues. Einige meiner Beobachtungen möchte ich mitteilen:

*Erstens.* Zunächst wird eine gewisse Einseitigkeit sichtbar. Man gewinnt den Eindruck, als sei der Kaukasus vor allem Georgien. Es gibt wenig zu anderen Ländern, obwohl sie — wie wir wissen — viele Pro-

---

1 Beitrag zur Internationalen Konferenz »Kaukasus, EU und Rußland — Probleme der Sicherheit und Stabilität« in Maikop am 1.–2. November 2003. Die Übersetzung aus dem Russischen besorgte Helga Watzin-Heerdegen.

bleme und ihre eigenen Interessen haben. Besucher und Delegationen gibt es in Georgien viele, und lange Dokumente werden produziert. Ausländische Vertretungen, Fonds und nichtstaatliche Organisationen konzentrieren sich auf Georgien. Die Schönheit des Landes allein, die selbst unter dem Regime Schewardnadses kaum in Zweifel gezogen wurde, kann das verstärkte Interesse nicht erklären. Die Gesprächspartner haben recht offen das Wichtigste ausgesprochen: Der jetzige Präsident ist bereit, dem Westen weit entgegenzukommen. Das ruft auch in der EU Beifall hervor. Er öffnet jedoch die Tore des Landes in erster Linie für die USA, ungeachtet dessen, daß beispielsweise die deutschen Eliten ihn bis heute wie einen Abgott feiern.

Das Eindringen der Amerikaner nach Georgien, in den Kaukasus, paßt freilich den Westeuropäern nicht, und sie denken angestrengt darüber nach, wie man dem entgegenwirken kann. Es wäre logisch, wenn sich die wohlgesonnenen Blicke auf Rußland richten würden. Natürlich versteht man in Brüssel wie auch in anderen westeuropäischen Hauptstädten genau, welche Rolle Rußland im Kaukasus spielt, welche Interessen und welchen Einfluß es hat.

*Zweitens.* Damit komme ich zu meinem zweiten, wichtigeren Gedanken. Der Aufruf Ooslanders vor drei Jahren, ein neues Kapitel in der Zusammenarbeit mit Rußland zur kaukasischen Frage zu beginnen, hat bis heute kein ernsthaftes Echo gefunden, das zumindest den eigenen Interessen Westeuropas entsprechen würde. Bestimmte Kräfte waren bisher nicht bereit, Realpolitik in dieser Frage zu betreiben, d. h. konstruktiv und strategisch heranzugehen, und die russischen Interessen anzuerkennen. Oftmals kann man dagegen nutzlose, agitatorische Vorwürfe wegen imperialer Allüren Rußlands hören. Vor dem Hintergrund unhaltbarer Ansprüche der amerikanischen Administrationen, die den Kaukasus zur besonderen amerikanischen Interessen- und Einflußsphäre erklären, ja auch vor dem Hintergrund eigener unverhohlener Ambitionen klingt eine solche »Anschuldigung« einfach lächerlich oder genauer gesagt — heuchlerisch. Es offenbart sich die alte unbrauchbare »Politik der zwei Maßstäbe«. In den Dokumenten zu Abchasien oder Südossetien wiederholen sich die einseitigen Vorwürfe, Rußland mische sich zugunsten Abchasiens und Südossetiens ein. Dafür wird in der Regel nur die georgische Seite zitiert,<sup>2</sup> ohne einen einzigen Beweis anzuführen. All

---

2 Siehe der Bericht einer Ad-hoc-Delegation in Abchasien und Georgien vom 4. April 2003.

das riecht nach Voreingenommenheit. Nach wie vor wird unter Kaukasus nur der Südkaukasus verstanden. Unermüdlich wird wiederholt, daß der Grund dafür in der angeblich andauernden mangelnden Bereitschaft Rußlands liege, Gespräche über die Probleme des Nordkaukasus zu führen. Dabei wird auch nicht verschwiegen, daß es um eine Internationalisierung gehen müsse. Die Idee eines Stabilitätspaktes, ähnlich dem für den Balkan, ist noch immer im Gespräch, obwohl Rußland einen solchen Pakt, soweit mir bekannt ist, seit langem und definitiv ablehnt und ihn als Einmischung in innere Angelegenheiten betrachtet.

Die Praxis, sich mit dem Kaukasus unter Umgehung Rußlands zu beschäftigen, wird fortgesetzt. Unverständnis ruft die Position zu Tschetschenien hervor. Natürlich ist zu unterstreichen, daß die tschetschenischen Probleme nicht mit Gewalt zu lösen sind. Man darf aber auch nicht übersehen, daß sich in Tschetschenien viel verändert hat, daß die Versuche einer politischen Lösung — bei aller vorsichtigen Bewertung — offensichtlich sind. Bei entsprechendem politischem Willen könnte man etwas Konstruktives in Angriff nehmen — natürlich gemeinsam mit und nicht ohne Rußland. Offensichtlich aber gibt es in Westeuropa, darunter auch in Deutschland, noch viele Dilettanten, die die Schwierigkeiten Rußlands instrumentalisieren wollen, wann und wo immer ihnen das möglich erscheint. Einer der führenden und einflußreichsten Wissenschaftler des bereits genannten Fonds nannte eine solche »Politik« »den Finger in die Wunde Rußlands legen«. Insbesondere den Deutschen mußte klar sein, daß ein solches Herangehen zum Mißerfolg verurteilt ist. Um so mehr heute, da die Vertreter der Europäischen Union selbst feststellen, man müsse mit dem heutigen Rußland ernsthaft verhandeln.

*Drittens.* Meines Erachtens gibt es keine neuen mobilisierenden Ideen, wie man mit Konfliktsituationen umgehen soll; insbesondere betrifft das nach wie vor die ökonomischen und sozialen Aspekte. Deshalb erlaube ich mir zu wiederholen:

– Die Ursachen fast aller Konflikte im postsowjetischen Raum sind in den inneren Prozessen zu suchen. Einmischung von außen, Unterstützung für nur eine Seite sind unzulässig. Die andere Seite würde zu Recht darin den Versuch sehen, den Konflikt zu instrumentalisieren, und würde mit der Verhinderung einer Lösung oder mit Gewalt antworten. Die Spirale der Konfrontation würde sich immer weiter drehen. Anstrengungen zur Deeskalation von außen können nur begleitendes Element sein, das das Einverständnis beider Seiten voraussetzt. Äußere Aktivitäten nützen nur dann, wenn mit ihrer Hilfe die politischen, insbesondere aber die

sozialen und ökonomischen Triebfedern des Konfliktes entspannt werden. Selbst zielgerichtete Anstrengungen, z. B. Friedensmissionen, führen oft nicht zu positiven Ergebnissen oder bringen nur begrenzten Erfolg, weil die zerstörerischen Folgen der Konflikte ein Klima der vollständigen gesellschaftlichen Anarchie schaffen.

– Konflikte innerhalb der Gesellschaft haben unter den Bedingungen der Systemtransformation eine eigene Spezifik. Ihr Kern besteht darin, daß die Transformation, die mit relativ einschneidenden Schritten begonnen wurde, nahezu unausweichlich zu inneren Konflikten führt. Diese offenbaren nach ihrem Entstehen die Tendenz einer gesellschaftlichen Kettenreaktion hin zur Anwendung von Gewalt. Die Gesellschaft verliert ihre »natürliche« Fähigkeit zur zivilen Problemlösung. Diese Spezifik entwickelt sich vor allem durch das Ausmaß der Systemtransformation, die die gesamte Gesellschaft erfaßt, mobilisiert und politisiert. Deshalb muß bei der Verhütung und Regulierung solcher Konflikte unbedingt die soziale Handlungsfähigkeit der Gesellschaft erhalten bleiben. Die Festigung staatlicher Funktionen darf nicht nur nicht in Zweifel gezogen, sondern sie muß allseitig unterstützt werden.

– Es gibt ein offensichtliches Defizit im Dialog zwischen West und Ost bezüglich der Frage, auf welche Weise es möglich wäre, die Herausbildung eines solchen Konfliktpotentials friedlich zu verhindern und die gesellschaftlichen Widersprüche konstruktiv zu regulieren. Bis heute gibt es kein Konzept dafür, wie man an die mit der Transformation verbundenen Krisen vom Standpunkt der Politik und der Sicherheit herangehen kann. Der Dialog zu dieser Thematik sollte schnell aufgenommen werden. Inhaltlich gesehen hätte dieser Dialog außerdem das Potential, die zivile, präventive, an kausalen Beziehungen orientierte Sicherheitspolitik zwischen Ost und West im euroasiatischen Raum zu stärken.

– Die EU müßte sich gemeinsam mit Rußland und anderen kaukasischen Staaten ernsthaft mit der Erarbeitung eines umfassenden, komplexen Planes zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Gesundung der Region befassen — einer Art europäischem Marshall-Plan.

*Viertens.* Die Gewohnheit, anderen die eigene Sicht, die eigenen Werte aufzudrängen, ist noch nicht überwunden. Hin und wieder muß man sich fragen, woher das Selbstbewußtsein kommt, die allgemeingültige Wahrheit zu besitzen, woher die für eine zivilisierte Außenpolitik unzulässige Überheblichkeit rührt. In diesem Zusammenhang zurück zu Georgien. Ungeachtet dessen, daß viele westeuropäische Politiker bereit sind, Georgien unter der Herrschaft Schewardnadses dem zivilisierten Westen

fast zuzurechnen, machen sie in ihren Appellen kein großes Federlesen. Offensichtlich ist es schwer, mit der Gewohnheit zu brechen, anderen sagen zu wollen, wie sie leben sollen. So wird in der Erklärung des parlamentarischen Ausschusses der Europäischen Union für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Georgien »Anerkennung und ständige Verwirklichung westlicher Werte auf allen Gebieten der zivilen Gesellschaft« verlangt. Ebenfalls wird gefordert, die »Gesetzgebung den Rechtsnormen der EU« anzugleichen und dafür »Beweise der georgischen Regierung« vorzuweisen. Im Dokument wird sogar »geraten«, wie die Georgier ihre örtlichen Organe gestalten sollten. Wäre es nicht besser, Georgien als gleichberechtigten und souveränen Staat zu betrachten? Wäre es nicht besser, die bemerkenswerten kulturellen Ererungenschaften und geistigen Werte des georgischen und anderer kaukasischer Völker, ihre Gastfreundschaft anzuerkennen und zu achten? Und wenn wir z. B. die georgischen Tischsitten mit dem bayrischen Oktoberfest vergleichen, könnte man noch darüber streiten, wo der Begriff »kulturvoll« eher angebracht ist. Die Achtung des Anderen, die Bereitschaft, vom Anderen etwas Interessantes, etwas Neues anzunehmen — das ist unabdingbare Voraussetzung für eine zivilisierte Außenpolitik.

*Fünftens.* Das bisher Gesagte zeichnet ein recht trauriges Bild. Sollten die Farben etwas zu dunkel gewählt sein, so hoffe ich doch, daß mein gutes Verhältnis zu den russischen Freunden mich nicht daran gehindert hat, die Haltung der Westeuropäer objektiv zu bewerten. Es bleiben Zweifel an einer kompetenten und selbständigen, einheitlichen Außenpolitik der EU gegenüber dem Kaukasus, gegenüber einer Region, die trotz allem sehr große geostrategische Bedeutung hat. Abschließend deshalb einige optimistische Aspekte: In einem kürzlichen Gespräch mit Vertretern des Berliner Fonds für Wissenschaft und Politik, die sich dort mit Rußland beschäftigen, fand ich viel Gemeinsames, was zum Beispiel das komplexe Herangehen und die Rolle Rußlands betrifft. Wir einigten uns über eine Zusammenarbeit zu Fragen des Kaukasus und auch Mittelasiens. Aufmerksamkeit verdienen solche Aussagen der bereits zitierten Erklärung des Ausschusses des Europa-Parlamentes zur Zusammenarbeit EU–Georgien wie: Der Ausschuß »anerkennt die Interessen Rußlands an der Sicherheit im Südkaukasus« und »begrüßt die Zusammenarbeit zwischen den Präsidenten Georgiens und Rußlands wie auch die Anstrengungen zum Abschluß eines neuen umfassenden russisch-georgischen Rahmenvertrages«.



WOLFGANG GRABOWSKI

## Zur russischen Asienpolitik<sup>1</sup>

Die *Asien-Dimension* russischer Außenpolitik bereitet der Kremelführung mehr Kopfzerbrechen als die westliche Richtung, vor allem die hinsichtlich der EU (hier ist die Interessenlage beider Seiten recht übersichtlich und trotz aller Probleme eine gute Grundlage für nachhaltige Zusammenarbeit; hier ist das Gewicht Rußlands auch größer). Präsident Putin und sein Expertenstab sind sich sehr wohl der realen Kräfte- und Interessenlage sowie des gewaltigen Konfliktpotentials im asiatischen Raum bewußt, von dem heute keiner sagen kann, wie und wohin es sich entwickeln wird. Wird China den Riesenspagat zwischen Marktwirtschaft und sozialem/sozialistischem Anspruch auf Dauer aushalten? Wird die politische Demokratisierung Chinas unter Leitung und Kontrolle der KP nachhaltig gelingen? Wird China beim möglichen Aufstieg zur Supermacht (schon 2020 könnten die USA eingeholt sein, befürchten US-amerikanische Politologen und Wirtschaftswissenschaftler) auch weiterhin den Ausgleich suchen, oder andere Töne als Reich der Mitte anschlagen? Wie werden die USA mit ihrer übermächtigen Kriegsmaschine reagieren, sollten ihnen die Fälle davonschwimmen, wie ernstzunehmende Politikwissenschaftler prognostizieren? Kann Japan die Abhängigkeit von den USA abschütteln, oder wird es die latente Krisenlage nicht überwinden können? Werden Indien und China die Bevölkerungsexplosion tatsächlich in den Griff bekommen? Wird eine strategische Triangelbeziehung zwischen China, Indien und Rußland Realität werden können, von der Rajiv Gandhi in seinem letzten Jahr geträumt hatte, als schon klar wurde, daß die Sowjetunion sich nicht mehr halten würde?

Die Hauptsorge Moskaus ist gegenwärtig jedoch viel irdischer ausgelegt: den gigantischen, sehr unterschiedlichen und widersprüchlichen Herausforderungen stehen die mit dem Zusammenbruch der Sowjetuni-

---

1 Beitrag zum wissenschaftlichen Seminar »Gastarbeiter in Rußland — Brücken über den Amur? Migration und Immigration in der zentralasiatischen und sibirischen Region«, das im Dezember 2003 in Irkutsk stattfand.

on drastisch reduzierten Einflußmöglichkeiten Rußlands gegenüber. Der riesige asiatische Teil Rußlands ist äußerst dünn besiedelt. So leben im Fernen Osten lediglich vier Millionen Einwohner, im chinesischen Gegenüber 200 Millionen. Der chinesische Markt dort boomt und platzt aus allen Nähten. Der harte Winter im vergangenen Jahr hat den russischen Teil fast zum kollabieren gebracht, hat alle Schwächen des Niedergangs in Wirtschaft und sozialer Lebenssphäre seit der Wende offenbart. Die geschrumpften und verschlissenen Streitkräfte in der Region sind kaum noch in der Lage, das Minimum des Nötigen an der riesenlangen Grenze zu schultern. Hinzu kommt, daß die regionale Elite dort die Aufforderung Jelzins Anfang der neunziger Jahre, »nehmt Euch so viel Freiheit, wie Ihr verdauen könnt«, besonders ernst genommen und ihr Heil in vielen sehr eigenständigen Aktionen auch auf dem internationalen Parkett gesucht hat. Das hat nicht nur die Beziehungen mit der Zentrale überstrapaziert, sondern die Lage vor Ort noch weiter verschlechtert. Rußland kann sich derartige Extravaganzen nicht leisten, die nur jenen Wasser auf die Mühle gießen, die von einer Zerstückelung Rußlands träumen und ernsthaft Gedankenspiele darüber anstellen (das betrifft nicht nur Brzezinski).

Asien ist Aktionsfeld hauptsächlicher »global player« — der Supermacht USA, der aufstrebenden Großmacht China und Japan. Zwischen ihnen hat sich ein gewaltiges Spannungsfeld von Rivalität und Zusammenarbeit entwickelt. Die Gefahr ist groß, dem nicht gewachsen zu sein. Aber es bietet Rußland trotz aller Schwäche ebenso Raum zum Manövrieren. Präsident Putin hat im vergangenen Jahr viel Kraft darauf verwandt, den gegebenen Spielraum nüchtern auszuloten und auszuschöpfen.

Und Rußland hat dafür einiges Interessante zu bieten, vor allem die riesigen Energieressourcen und andere natürliche Reichtümer, die in Japan fast vollständig fehlen und in China immer knapper werden. Aber auch die Qualität der Rüstungsgüter und die in ihnen steckenden wissenschaftlich-technischen Hochleistungen, sowie der gewaltige, fast menschenleere, potente Siedlungs- und Investitionsraum sind attraktiv.

Das kommt besonders in den Beziehungen mit *China* zur Geltung, denen in Moskau ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wenn auch vieles im Verhältnis für die Zukunft unbestimmt bleibt — trotz von beiden Seiten erklärter strategischer Partnerschaft, so fällt doch die Zielstrebigkeit auf, mit der beide Seiten ihre Beziehungen konstruktiv ausgestalten wollen. Präsident Putin kann sich darauf stützen,

daß man in Peking an einem weiteren Auflösungsprozeß des nördlichen Nachbarn — mit dem Blick auf die Bewahrung seiner eigenen staatlichen Einheit und Stabilität — kein Interesse hat und daß seit 1989 (Gorbatschow hatte mit dem Abbau der »drei Hindernisse« — Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, der vietnamesischen aus Kambodscha und Verringerung der sowjetischen Militärpräsenz an den nördlichen Grenzen — die Wende in den Beziehungen eingeleitet) über Jahre ein Niveau der Beziehungen erreicht wurde, das Jiang Zemin schon 1997 als »neuen Typ zwischenstaatlicher Beziehungen«,<sup>2</sup> bezeichnet hatte. Die neue Qualität unter Putin besteht darin, daß die chinesischen Pragmatiker einen ähnlich pragmatisch Gesinnten nun vorfinden, der ebenso wie sie berechenbar und konsequent die Interessen des eigenen Landes vertritt und wohlwollend die Beziehungen ausgestalten will, ohne daß Probleme unter den Teppich gekehrt werden. Peinlichkeiten, wie die plumpen und nichtssagenden Jelzinschen Kernwaffendrohungen an die Adresse der USA während eines chinesisch-russischen Gipfels werden sie nicht mehr ertragen müssen.

Die Übereinstimmung bzw. Parallelität der Interessen ist beeindruckend.

Auch wenn der Außenhandelsumsatz Rußland–China auf Grund der Schwäche der russischen Wirtschaft sich im Vergleich zu jenem, den China mit den USA (100 Mrd. US-\$), mit Japan (60 Mrd. US-\$) und mit Deutschland (52 Mrd. DM), oder insgesamt (474 Mrd. US-\$) im vergangenen Jahr realisiert hat, mit seinen 6,3 Mrd. US-\$ eher bescheiden ausnimmt, ist das Interesse beider Seiten an den Wirtschaftsbeziehungen ausgeprägt. Überdies gehen die Partner davon aus, daß mittelfristig 20 Mrd. US-\$ möglich sein müßten.

Bei dem Wirtschaftsboom ist für China ein Riesenproblem entstanden — die eigenen Energieressourcen reichen bei weitem nicht mehr, China ist in wachsendem Maße auf den Import von Energieträgern angewiesen. Was liegt da näher als der russische Osten mit seinen immensen Ressourcen. Im November 1997 wurde ein 12-Mrd.-Dollar-Vertrag über eine Erdgasleitung in die Provinz Shandong sowie ein 3-Mrd.-Dollar-Vertrag über den Bau des Kernkraftwerkes Lianyungang unterzeichnet. Eine Erdölleitung aus Ostsibirien nach Nordostchina ist geplant (hier sind in letzter Zeit durch die Konkurrenz mit Japan und das Zögern der

---

2 Beijing-Rundschau. Peking (1997)34.

russischen Seite jedoch erhebliche Probleme entstanden). Hervorzuheben ist die russische Beteiligung am Drei-Schluchten-Staudamm.

Die Entwicklung der Wirtschaftszusammenarbeit beinhaltet die Gründung von gemeinsamen Unternehmen, die Schaffung von gemeinsamen Wirtschaftssondergebieten, Projekte in der Landwirtschaft und im Transportwesen, chinesische Handelshäuser in verschiedenen russischen Städten, sowie die Teilnahme an multilateralen Projekten in Ost- und Nordostasien. Der russische Beitritt zum Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum (APEC) fand die Unterstützung Pekings. Der »kleine Grenzhandel« hat ein beträchtliches Ausmaß angenommen. Erzeugnisse der chinesischen Leicht- und Lebensmittelindustrie spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen im Fernen Osten und in Sibirien insgesamt. Der riesige chinesische Markt nimmt russische Waren auf, die auf anderen Märkten nur schwer Absatz finden, und das stabil in großen Mengen.

Von großer Bedeutung für beide Seiten ist die wachsende wissenschaftlich-technische Kooperation von Maschinenbau bis Raumfahrt.

Eine zentrale Frage in der Annäherung betrifft den militärischen Sektor — für Rußland eine wichtige Valutaquelle, für China sicherer Zugang zu moderner und wenig störanfälliger Technik und zu wissenschaftlichem Know-how. China erhält moderne Kampfflugzeuge, Kriegsschiffe und Panzer; an eine Fabrik zur Montage russischer Kampfflugzeuge ist gedacht. Dies ist aber auch zweischneidig für Rußland. Zum einen sind bei den erreichten Ausmaßen Nachbarländer (u. a. Japan) beunruhigt, mit denen Rußland ebenfalls die Beziehungen dauerhaft ausbauen will. Zum anderen muß man natürlich aufpassen, daß eingedenk der wissenschaftlich-technischen Potenzen Chinas, die rasch anwachsen, der Vorsprung und damit das Interesse nicht verloren geht. Ähnliches gilt für die Raumfahrttechnik und andere High-Tech-Bereiche, für die natürlich auch westliche Konkurrenten — ebenso wie bei der Militärtechnik — um den Zuschlag kämpfen. In Moskau betrachtet man dies unaufgeregt und investiert seit dem Präsidentenwechsel wieder in diesen Bereich — und das in Größenordnungen.

Ein wichtiger Stabilisator ist die einvernehmliche Regelung des Grenzverlaufs (zu 99%) und des Grenzregimes. Was zu Sowjetzeiten nicht für möglich gehalten wurde und nicht gelang, ist — bis auf wenige Ausnahmen (Abgabe einiger Flußinseln an China und deshalb nicht geregelter Grenzverlauf an diesem verhältnismäßig sehr kleinen Abschnitt; die mit Japan strittige Frage der Kurilen-Inseln engt den Handlungsspiel-

raum Rußlands hier stark ein) — gelöst. Eine strategisch neue Lage ist entstanden. Die etwa 4.300 Kilometer lange Grenze bedeutete — als gute Nachbarschaft fehlte — einen immensen Aufwand für ein zuverlässiges Grenzregime, die Konzentration von Streitkräften. Der Wegfall dieser Belastungen hat für Rußland beträchtliche Erleichterungen gebracht.

Von großer Bedeutung ist auch, daß die neuen Nachbarstaaten Chinas — Kasachstan, Kyrgystan und Tadschikistan in die Grenzregelung einbezogen sind, und daß die fünf Staaten die Shanghaier Gruppe zum Schutz ihrer gemeinsamen Interessen in der Region gebildet haben. Mit dem letzten Treffen der zunächst »Shanghaier Fünfergruppe« genannten Vereinigung — kurz vor dem Gipfel Putin–Bush Mitte Juni 2002 — entstand eine Regionalorganisation mit Zukunft, die weit über die Regelung von Grenzfragen Bedeutung erlangt. Usbekistan hat sich als Vollmitglied angeschlossen. Indien und die Mongolei haben begonnen, als Beobachter aktiv mitzuarbeiten. Dieser Zusammenschluß wurde für Rußland eine Säule in der Auseinandersetzung mit den moslemischen Fundamentalisten und Terroristen in Zentralasien und im Kaukasus, und mit deren ausländischen Sponsoren, für die Stabilisierung der Zentralgewalt in Rußland generell (Moskau hat sich damit auseinanderzusetzen, daß diese Gefahr nicht nur von der südlichen Peripherie droht, sondern Nährboden ebenso im Zentrum hat, in Tatarstan und Baschkortostan vor allem). In Moskau betrachtet man die Abwehr dieser Gefahr, die ja außerdem mit Rauschgifthandel und organisierter Kriminalität in gewaltigen Dimensionen daherkommt, als prioritär in der Asienpolitik. Rußland kommt entgegen, daß China durch eigene separatistische Probleme in Tibet, im Nordosten und durch die Taiwan-Frage sicher für lange Zeit an der Kooperation mit Rußland interessiert ist und es auch künftig international unterstützen wird, z. B. im Vorgehen in Tschetschenien, und gegenüber Afghanistan. In Moskau weiß man zu schätzen, daß China die russischen Bemühungen, seine staatliche Einheit und territoriale Integrität zu sichern und den Staat zu stärken, begrüßt, und in Peking, daß Rußland mit Jelzin-Ukas von 1992 sich verpflichtet hat, keine offiziellen Beziehungen mit Taiwan herzustellen und China in der sogenannten Menschenrechtsfrage zur Seite steht.

Rußland und China treten nachdrücklich für eine multipolare Welt ein und weisen die hegemonialen Ansprüche der USA zurück. Sie wenden sich konsequent gegen die USA-Pläne zur Schaffung eines neuen Antiraketensystems. Die russische Kritik an der NATO-Osterweiterung wird mitgetragen; gemeinsam engagierte man sich gegen den NATO-

Krieg in Jugoslawien und die Verletzung des Völkerrechts und der UNO-Charta, sowie gegen den Krieg der USA im Irak. Gemeinsam will man die Stärkung der UNO und in jedem Fall die Beibehaltung des Vetorechts im Sicherheitsrat.

Das russische Streben nach Akzeptanz seines Status als einer Weltmacht seitens der westlichen Länder erfährt durch das chinesische Agieren Auftrieb. Die Partnerschaft erhöht das Gewicht Rußlands gegenüber Japan und den USA, aber auch in Europa.

Die heutige gegenseitige Interessenlage ist für den überschaubaren Zeitraum eine solide Grundlage, die eine weitere Ausgestaltung der Beziehungen möglich macht. Und beide Partner wollen das. Die Bedingungen dafür sind durch die Präsidentschaft Putins noch besser geworden.

Aber es gibt auch eine andere Seite: teilweise gravierende Unterschiedlichkeiten und anders geartete Interessenlagen, wodurch Probleme, gar Konfliktsituationen gegeben sind oder entstehen können.

Allein ein Blick auf die geographische und demographische Situation vermittelt eine ungefähre Vorstellung davon. Auf der einen Seite rasanter Wirtschaftsaufschwung mit Zuwachsraten, die dem Westen Furcht einflößen, auf der anderen Seite hat man gerade erst den freien Fall in Zerstörung und Chaos gestoppt, und erste Anzeichen für eine Stabilisierung erreicht. Die Entwicklungsschere, selbst bei optimistischer Prognose für das Durchsetzungsvermögen der russischen Führung, wird noch längere Zeit weiter auseinandergehen.

Wird es auch künftig gelingen, das gewaltige demographische Übergewicht Chinas in dieser Region unter Kontrolle zu behalten? Schon gegenwärtig sind etwa zwei Millionen Chinesen im Fernen Osten Rußlands, und die »wilde« Migration setzt sich fort. Unter der russischen Bevölkerung gibt es im Prinzip Verständnis dafür, daß gute Beziehungen mit China für Rußland lebensnotwendig sind. Aber der Alltag ist komplizierter. Alte, tief sitzende Ressentiments kommen wieder zum Vorschein und vergällen die Atmosphäre. Regionalpolitiker, auch hohe Militärs, waren versucht, dies aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus zu instrumentalisieren. Das wird unter Putin schwieriger, aber das Problem bleibt ernst. Wichtig für Moskau ist, daß auch die chinesische Seite sich für Beruhigung und Ausgleich stark macht. Aber was passiert, wenn infolge der gerade beschlossenen umfangreichen Privatisierungsmaßnahmen in China die Zahl der Arbeitssuchenden drastisch wächst und Gegenmaßnahmen nicht ausreichend greifen. Wird die Interessenübereinstimmung auch künftig so stark sein, daß vielleicht sogar ein visionelles Jahrhun-

dertprojekt einer gemeinsamen, friedlichen Nutzung des riesigen, jetzt fast menschenleeren ostsibirischen Raumes verwirklicht werden kann, die Umsiedlung einer großen Zahl chinesischer Bürger eingeschlossen?

Chinas Interessen leiten sich vor allem aus asiatisch-pazifischen Gegebenheiten ab, Rußland ist auch ein asiatisches Land (und wird es auch bleiben), aber vor allem ein europäisches. Die konsequente Befolgung eines realpolitischen, pragmatischen Kurses führte dazu, daß unter Putin (vorher schon mit Primakow) Europa, das Verhältnis zur EU/Deutschland erste Priorität erlangt hat.

Und auch in Asien bestehen unterschiedliche Interessen.

Natürlich ist Peking nicht entgangen, daß Rußland gute Beziehungen zu *Japan* nicht nur zur Stärkung Rußlands, zum Ausbau des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentials, vor allem im Fernen Osten braucht, sondern auch zum Ausbalancieren des Schwergewichts China. Nicht entgangen ist natürlich ebenso das russische Dilemma in der Inselfrage (hier Kurilen, dort Inseln im noch nicht geregelten russisch-chinesischen Grenzbereich), was es Rußland im überschaubaren Zeitraum nicht gestattet, mit Japan eine Lösung für die Kurilenfrage auszuhandeln. Aber das ist die Voraussetzung für den an und für sich von beiden Seiten angestrebten Durchbruch in den Beziehungen, der als Nebenprodukt Japan größeren Spielraum gegenüber den USA geben würde (was nun wiederum ebenso China entgegenkommen könnte).

China dürfte mit großer Wachsamkeit verfolgen, daß die neue russische Führung auch in den Beziehungen mit *Indien, Vietnam, den beiden koreanischen Staaten und der Mongolei* sehr aktiv geworden ist, also in besonderen Interessensphären Chinas.

Die Beziehungen zu *Indien*, die sich in beiden Ländern auf traditionell freundschaftliches Wohlwollen stützen können, sind das zweite Standbein russischer Asienpolitik. »Der Staatsbesuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 2. bis 5. Oktober 2000 in Indien könnte den bilateralen Beziehungen durch die vereinbarte strategische Partnerschaft zwischen Moskau und New Delhi eine qualitativ neue Dimension hinzufügen.«<sup>3</sup>

Indien, das einmal der wichtigste Partner der Sowjetunion war, hatte nach deren Zerfall beträchtliche Mühe, die erforderliche radikale Kurskorrektur zu vollziehen. Mit dem Rußland unter Jelzin kam es zu einem

---

3 Dr. Voll, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Delhi, am 9. Oktober 2000.

sehr ambivalenten, störungsanfälligen Verhältnis. Beide Seiten waren in den neunziger Jahren gezwungen, sich vor allem auf den Abbau der Erblasten und die belastende Verrechnung von Ansprüchen zu konzentrieren, die insbesondere Rußland geltend zu machen hatte. Und das waren keine »peanuts«.

Putin hat nun eine neue Seite im russisch-indischen Verhältnis aufgeschlagen. Er betonte, daß das Abkommen über strategische Partnerschaft die Basis für eine umfassende Entwicklung der bilateralen Beziehungen bildet und nicht gegen dritte Staaten gerichtet ist: »Strategisch heißt nicht militärisch, noch suggeriert es die Schaffung einer militärischen Allianz. Es reflektiert nationale Interessen als Reaktion auf Globalisierung und wachsenden Wettbewerb in wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Sphären.«

Das Abkommen ist vor allem auf gemeinsame Interessen in Zentralasien, auf die verstärkte Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung gerichtet. Putin sieht in Indien einen Mitstreiter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Fundamentalismus und betonte die russische Anerkennung der Line of Control in Kaschmir. Die indische Seite unterstrich, daß Rußlands Probleme in Tschetschenien und diejenigen Indiens in Kaschmir sich aus derselben Quelle speisen, daß gemeinsame militärische Aktionen in Afghanistan aber nicht vorgesehen seien. Beide Seiten gehen davon aus, daß die Intensivierung der russisch-indischen Beziehungen weder die wachsende Annäherung zwischen Indien und den USA noch die Arbeitskontakte zwischen Moskau und Islamabad, die den Wandel der russischen Politik gegenüber Südasien insgesamt verdeutlichen, beeinträchtigen. Zugleich sind sich beide Länder einig gegen eine unilaterale, für eine multipolare Weltordnung. Übereinstimmung besteht in der Ablehnung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien und der Verletzung von Völkerrecht und UN-Charta. Rußland unterstützt Indiens Wunsch, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden.

Während des Besuchs des russischen Präsidenten wurde das bislang größte russisch-indische Waffengeschäft abgeschlossen. Das betrifft drei Milliarden US-\$, seit etwa 40 Jahren insgesamt 30 Mrd. US-\$; die indische Ausrüstung kann nicht kurzfristig umgerüstet werden. Indien erhält vier TU-22 (strategische Bomber), den Flugzeugträger »Admiral Gorschkow«, MIG 2K und Suchoi-30-MKI Kampfflugzeuge, T-90 Panzer und S-333 Antiflugzeugraketen. Geplant ist die gemeinsame Waffenproduktion, so des Suchoi-30 Kampfflugzeugs.

Der Putin-Besuch sollte auch der zivilwirtschaftlichen Entwicklung neue Impulse verleihen. Zwar wurde im ersten Halbjahr 2000 im Handelsaustausch ein Zuwachs von 19,8% erreicht, aber wertmäßig wurden lediglich bescheidene 732 Mio. US-\$ erreicht. Am 12. September 2000 unterzeichneten Rußland, Indien und Iran (Oman schloß sich später an) ein Zehnjahresabkommen über einen Nord-Süd-Transportkorridor, mit dem im Vergleich zur Suezkanal-Route 21 bis 23 Tage eingespart werden sollen.

In Tamil Nadu wird mit russischer Hilfe ein Atomkraftwerk mit 2.000 MW gebaut.

Es sollen Gemeinschaftsunternehmen in den Bereichen Informatik, Mikroelektronik, Wasserkohlenstoff- und Ölerforschung, Thermalenergie, Metallurgie, Pharmazie und Biotechnologie geschaffen und gefördert werden.

Neue Akzente wurden unlängst beim Besuch des indischen Premierministers in Moskau gesetzt. So scheint sicher, daß Indien Vollmitglied der »Schanghaier Gruppe« wird. Damit wäre eine Dreierbeziehung China–Rußland–Indien faktisch völkerrechtlich geregelt.

Präsident Putin versucht, unter Jelzin abgebrochene bzw. vernachlässigte Verbindungen zu reaktivieren. Dabei beeindruckt Moskau wenig, daß sich darunter auch von den USA als »Schurkenstaaten«/»Problemstaaten« denunzierte Länder befinden. Der Besuch Putins in Nordkorea, die Vereinbarungen mit dem *iranischen Präsidenten Chatami* anläßlich des Gipfeltreffens in Moskau (12.–15. März 2001), die konsequente Zurückweisung des Vorgehens der USA gegen den Irak sind treffliche Beispiele dafür.

Wenige Wochen vor dem ersten russisch-amerikanischen Gipfel nach dem Präsidentenwechsel in Washington wurden mit dem »Erzfeind« der USA — Iran — Waffenlieferungen im Werte von jährlich 300 Mio. US-\$ vereinbart. Den Protest des Weißen Hauses wies Außenminister Iwanow postwendend zurück. Angeboten wurde der Bau weiterer Kernkraftwerke. Präsident Putin unterstrich dieses Vorgehen beim Besuch der iranischen Nuklearspezialisten in Moskau.

Sehr wichtig ist, daß das Einvernehmen hinsichtlich der Kaspi-Problematik vertieft wurde; Moskau kam der iranischen Führung in der Frage der endgültigen Grenzziehung (faktisch Aufteilung der Erdölgründe; Aufschiebung bis zu einer völkerrechtlich verbindlichen Regelung) entgegen, beide Seiten sprachen sich klar und deutlich gegen die militärische Präsenz von Nichtanrainerstaaten, also gegen entsprechende Ambitionen

und Aktivitäten der USA und NATO aus. Putin sprach gar von einem »zweiten Frühling« in den Beziehungen mit dem Iran.

Mit dem Besuch des russischen Präsidenten wurden den Beziehungen mit *Vietnam* starke Impulse vermittelt. Die Auslandsschulden sollen nicht zurückgezahlt, sondern in Form von Beteiligungen russischer Firmen an Industrieprojekten umgesetzt werden, so im gemeinsamen Unternehmen »Vietsawpetro«, das 80% der Erdölförderung Vietnams bringt und dem russischen Budget jährlich etwa 300 Mio. US-\$ zuführen soll. Vorgesehen ist der Bau eines Erdölverarbeitungswerkes. In diesem pragmatischen Sinne wurde in Vietnam eine »Deklaration über strategische Partnerschaft« unterzeichnet. Vietnam als Mitglied der ASEAN kann für Rußland zum Mittler in der Region werden, wobei vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Unternehmen aus diesen Ländern gefördert werden kann.

Putin hob hervor, daß den etwa 200.000 Absolventen sowjetischer/russischer Hochschulen, die gegenwärtig in Vietnam, Laos und Kambodscha leben, große Bedeutung bei der Vertiefung der Beziehungen zukommt.

ERNSTGERT KALBE

## **Abgründe: Die Autobiographie Alexander Jakowlews<sup>1</sup>**

Ein wahrhaft erregendes Buch: Die das Sowjetsystem anklagende Lebensbeichte des Insiders Alexander Jakowlew liest sich mit Bedrückung. Jakowlew war ein führender sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär der vierten Nomenklatura-Generation, die auf Lenin, Trotzki und Bucharin, auf Stalin, Molotow und Mikojan, auf Chruschtschow, Breshnew und Kossygin mit Gorbatschow, Ryshkow und Schewardnadse folgte. Als Sektor- und Abteilungsleiter für Propaganda im ZK der KPdSU (1953–1973 und 1985/1986), als Diplomat und Botschafter in Kanada (1973–1983) als Absolvent der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU (1960), habilitierter Historiker und Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1983/1985), Mitglied des ZK und des Politbüros der KPdSU seit 1986 bzw. 1987 sowie enger Vertrauter Gorbatschows in der Perestroika-Zeit gehörte er zur obersten Nomenklatura. Schon als Redenschreiber von Chruschtschow über Breshnew bis Gorbatschow, der bereits Gast auf dem XX. Parteitag (1956) und sodann ordentlicher Delegierter des XXIII. (1966), XXIV. (1971) und XXVII. (1986) Parteitages wie der XIX. Unionskonferenz (1988) der KPdSU war, kannte Jakowlew die Interna sowjetischer Politik wie nur wenige seiner Generation. Das schließt freilich auch Mitverantwortung dafür ein, bedingt schon für die sechziger und siebziger Jahre, uneingeschränkt für die Zeit von Perestroika und Glasnost seit 1986. Seine Memoiren freilich vermitteln den Anschein eines distanziernten Beobachters, der mit all dem wenig zu tun hatte.

Tatsächlich war Jakowlew als Ideologie-Sekretär des ZK (März 1986), Vorsitzender der ZK-Kommission zur Rehabilitierung der Opfer

---

1 Siehe Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie. Leipzig: Faber & Faber 2003. 912 S. – Die Besprechung wurde zuerst veröffentlicht unter dem Titel »Ein Insider des Sowjetsystems sieht es wie ein Außenseiter« in »Leipzigs Neue« vom 20. Februar 2004, S. 8f.

politischer Repressionen (1987), der ZK-Kommission für internationale Politik (1988) sowie der Untersuchungskommission des Ersten Volksdeputierten-Kongresses zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 (1989) einer der Hauptakteure der Perestroika-Politik. Gemeinsam mit Gromyko sieht er sich im Frühjahr 1985 sogar als Königsmacher und dann als Architekt der Perestroika, einer Reformation der Sowjetunion, die »ihrem Inhalt nach« eine »Revolution evolutionären Charakters« (S. 483) darstellen sollte. Es ging um eine gesellschaftliche Wende (wohin?), deren Antriebskraft »Glasnost« sein sollte. Ihr Wesen bezeichnete Gorbatschow anfangs als »Vervollkommnung« und »Erneuerung« des Sozialismus.

Jakowlew zufolge agierten dabei drei Richtungen, erstens die *fundamentalistische Mehrheit* in der Parteiführung, die für eine Befreiung des Systems von offensichtlichen Deformationen bei Bewahrung der gegebenen Macht- und Eigentumsverhältnisse eintrat, zweitens eine *zentristische Richtung* der »Vervollkommnung des Sozialismus« in neuerlicher Anknüpfung an die Ideen der NÖP und Bucharins, d. h. berechnet auf Rücknahme der zentralistischen Planung und Zulassung eines privaten Unternehmertums bei staatlicher Regulierung, und drittens eine Richtung des *sozialen, liberalen und sozialdemokratischen Denkens*, die grundlegende Reformen des politischen Systems und der sozialen Marktwirtschaft verfolgte (S. 485f).

Zu Letzterer gehörte A. J. Jakowlew, der Gorbatschow die Idee des Mehrparteiensystems, einer »Bewegung für Demokratische Reformen« als Alternative zur KPdSU und den Übergang zu einem System des pluralistischen Parlamentarismus nahelegte (S. 494).

»Es drängte sich geradezu auf, eine Partei oder Bewegung zu organisieren, die zu jener kritischen Zeit zur KPdSU in Konkurrenz hätte treten können. Bei normalem Ablauf der Ereignisse hätte eine derartige Organisation den reformatorischen Kräften eine Heimstatt gegeben, bei Wahlen die Spitzen des Apparats der KPdSU aus der Macht verdrängt und eine Regierung der demokratischen Mehrheit ermöglicht.« (S. 509)

Jakowlew spricht in aller Deutlichkeit aus, daß sich hinter der Perestroika verschiedene Ambitionen und Zielhorizonte verbargen. Gorbatschow glaubte an die Konzeption des *demokratischen Sozialismus* (S. 552), und — obwohl auch er bereit war, sich zur Begründung der »fälligen Modernisierung« des Landes der politischen List zu bedienen — hing er noch lange der Idee an, die Geschichte habe ihm die Mission auferlegt, die durch die stalinistische Praxis deformierte sozialistische

Theorie zu erneuern, wobei er dann und wann auch Lenin »zu Rate zog« (S. 551f.). Dagegen setzten die »demokratischen Reformer«, die alsbald den Marxismus und Leninismus für »gleichermaßen unproduktiv und prinzipienlos« hielten, schon bald auf die Einführung der Marktwirtschaft, der pluralistischen Demokratie und eine bürgerliche Zivilgesellschaft. Nach Jakowlew »wäre alles gut geworden, hätte er (Gorbatschow) das Endziel nicht im Triumph der erneuerten sozialistischen Idee gesehen, sondern im entschlossenen Bruch mit dem System und im realen Aufbau einer Zivilgesellschaft«. (S. 559)

Jakowlew räumt unzweideutig ein, daß die Reformatoren des Jahres 1985 anfangs versucht hätten, »die bolschewistische Kirche im Namen der wahren Religion und des echten Jesus zu zerstören. Wir begriffen nicht, daß auch unsere Religion verlogen und unser Jesus ein Ersatzmessias waren. Es stellte sich heraus, daß es in der Sowjetunion keinen Sozialismus gab, sondern nur die Macht einer ordinären, despotischen Diktatur.« (S. 46)

Als Jakowlew seit Sommer 1990 wiederholt zum offenen Systembruch riet und vor der Gefahr »eines Umsturzes durch die sozialistische Reaktion« warnte, verdrängte Gorbatschow seinen Gefolgsmann bedingt aus dem inneren Führungskreis. Angesichts des restaurativen Kurses der »Kräfte der sozialen Revanche«, die im August 1991 einen halbherzigen Putsch unternahmen, erklärte Jakowlew seinen Austritt aus der KPdSU, weil er in ihrem Rahmen keine Möglichkeit des Wirkens für eine grundlegende demokratische Umgestaltung der Gesellschaft mehr sehe.

In diesem Lichte reflektiert Alexander Jakowlew auf über 750 Seiten Text die gesamte Entwicklung der Sowjetordnung und Sowjetunion als Insider über lange Jahrzehnte, der das Geschehen dennoch wie ein Außenseiter schildert, eine subjektive Betrachtungsweise, die Zweifel an ihrer Objektivität erlaubt.

Freilich enthüllen viele seiner faktenfesten Darstellungen — über Verfolgungen von Genossen und Mitstreitern, von Gefolgsleuten wie Opponenten in den eigenen Reihen, Repressalien gegen vermeintliche »Volksfeinde«, inquisitorische Gewaltmaßnahmen gegen bestimmte soziale Schichten und Berufsgruppen, Umsiedlung und Vertreibung ganzer nationaler Bevölkerungen — das stalinistische Regime als terroristisch und verbrecherisch.

Jakowlew rechnet vor, »daß die Zahl der aus politischen Gründen Ermordeten, der in Gefängnissen und Lagern Umgekommenen in den Jahren der Sowjetmacht insgesamt 20 bis 25 Millionen Menschen be-

traf« (S. 270). Dabei grenzt der Autor weder die Opfer der Intervention und des Bürgerkrieges, die nun kaum den Bolschewiki allein anzulasten sind, weder die Hungertoten der Bürgerkriegs- und der dreißiger Jahre nach der Kollektivierung, noch die Periode nach dem XX. Parteitag der KPdSU aus, in der schrittweise die Praktiken des Stalinismus überwunden wurden. Ohne sich auf widersprechende Zahlenspiele einzulassen, bleibt die Bilanz unvermeidlicher wie willkürlicher Opfer bedrückend. Jakowlew macht auch keinen Unterschied zwischen den Herrschaftsmethoden unter Lenin und Stalin aus, die abgeschwächt bei Chruschtschow und Breshnew nachgewirkt hätten. So beurteilt er die Oktoberrevolution als Konterrevolution, als »die destruktivste, permanente Konterrevolution der Weltgeschichte« (S. 146) und bezeichnet das 20. Jahrhundert für Rußland als »das schrecklichste und blutigste Jahrhundert seiner Geschichte, angereichert mit Haß und Intoleranz« (S. 282).

In dieser Sicht lobpreist er die Februarrevolution 1917 als Versuch, das »autokratische Paradigma zu ändern und Rußland aufs Gleis der Demokratie zu setzen« (S. 124), ein m. E. subjektiv wegen Unfähigkeit der »Provisorischen Regierung«, objektiv wegen des Fehlens jeglicher Demokratietradition gescheitertes Unterfangen. Dagegen verurteilt Jakowlew die Oktoberrevolution als »Tragödie des Oktober«, die Rußland »den Bolschewiki zum Fraß vorwarf«, und das Land »in den Abgrund einer uneingeschränkten Herrschaft, der totalitären Macht und der totalitären Ideologie« stürzten (S. 131). Unter Berufung auf Zeugnisse der Nobelpreisträger Iwan Pawlow und Lew Landau charakterisiert Jakowlew den Schöpfer des Sowjetstaates Lenin schließlich als »Begründer des Faschismus«, als »Revolutionsterrorist« (eine *interdictio in anjecto*), der im Bunde mit dem Kriegsfeind Deutschland und mit deutschem Gelde die bolschewistische Machtergreifung vorbereitete und durch die Verbindung von Apparat und Straforganen von Anbeginn die Faschisierung des Landes betrieb, die bei Stalin im »Nomenklaturafaschismus« endete (S. 165 und 167).

Abgesehen von der uralten story, die den »deutschen Agenten« Lenin des käuflichen Landesverrats bezichtigt — diesen Vorwurf erhebt nicht einmal der britische Oxford-Professor für russische Geschichte, Robert Service, bei seiner ausführlichen Schilderung von Lenins Zugreise quer durch Deutschland<sup>2</sup> — läßt sich Jakowlew soweit von der

---

2 Siehe Robert Service: Lenin. Eine Biographie. München 2000. S. 337–357.

Totalitarismus-Doktrin einfangen, daß er jede Frage nach den sozialpolitischen und sozialökonomischen Grundlagen des Faschismus vergißt und schlicht Faschismus und Sozialismus gleichsetzt.

Keineswegs sei gelehnet, daß der sowjetische Staatssozialismus viele Merkmale der absolutistischen, bürokratisch-etatistischen Herrschaftsstruktur des russischen Zarismus adaptiert hat, der sich — wie die Generalsekretäre der KPdSU — einer quasi militärisch subordinierten und disziplinierten Dienstklasse (Dienstadel bzw. Nomenklatura) bediente, was Jakowlew — schon eher zutreffend — als »Staatsfeudalismus« bezeichnet.

Eine derartige Einschätzung aber verbietet umgekehrt eine naive, von historischen Traditionen abstrahierende Sozialismusvorstellung. Gerade weil der historische Weg quasi ungebrochen von der Selbstherrschaft des Zaren zur Alleinherrschaft des Generalsekretärs verlief, stellte Rußland den denkbar ungünstigsten Boden für ein demokratisches Modell des Sozialismus dar. Vielmehr setzte die Sowjetunion auf dem Wege aus sozialer und ökonomischer Rückständigkeit in die »Moderne« die Methoden etatistischer Reformen von oben fort, wobei sie sich — ganz in der Tradition Petrinischer oder Katharinischer Reformen — generell außerökonomischer Zwangsmittel bediente, Instrumentarien politischer Repression eingeschlossen: dienstverpflichtete Bauern und Soldaten, strafgefängene Häftlinge bzw. sibirische Lagerinsassen.

Der unbestreitbare Weg der Sowjetunion zu einer industrialisierten Großmacht verkörpert wohl eher das Modell einer staatskapitalistischen Entwicklungsdiktatur um vermeintliche oder reale Integrationsfiguren, wie sie für viele rückständige Länder in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika gestern wie heute typisch waren und sind (Stalin und Mao, Tito und Sukarno, Perón und Nasser), die im Prozeß einer nachholenden ursprünglichen Akkumulation des Kapitals auf etatistische Reformeingriffe von oben setzten und sich dabei bürokratisch-zentralistischer Herrschaftsmethoden bedienten.

Freilich bleibt die Frage offen, ob dafür die Kennzeichnung als »Sozialismus« oder besser »Staatskapitalismus« zutrifft, zumal bei diesem Wettlauf des »Einholens und Überholens«, den die Zurückgebliebenen gegen die Fortgeschrittenen aufnahmen, sich die Entwicklungspotentiale Ersterer häufig gerade dann erschöpften, wenn der Übergang von extensiven zu intensiven Faktoren des Wirtschaftswachstums auf die Tagesordnung rückte.

Aber über diese historisch-politisch relevante Frage reflektiert Jakowlew nicht, wie überhaupt die gesellschaftspolitische Realität zweier Lebenswelten nebeneinander — der Enthusiasmus des sozialistischen Aufbaus und die Bedrückung durch repressive Gewalt — weitgehend außerhalb der Betrachtungen bleibt.

Gewiß hat die außenpolitische Konfrontation zweier Systeme, die Jakowlew als sowjetisches Handeln zwischen »messianischer Idee von der Weltrevolution« und »schroffem Pragmatismus« des Regimes für sein Überleben (S. 287) wahrnimmt, wesentlich auf die innenpolitische Disziplinierung und Militarisierung des Landes zurückgewirkt. Übrigens liest man bei Jakowlew erstmals, daß Rüstungsproduktion und Militärhaushalt über 70 Prozent am Bruttosozialprodukt des Landes verschlang, eine Last, die die Kraft jeder Volkswirtschaft bei weitem übersteigt (S. 296).

Als Wendepunkt in der Evolution sowjetischer Außenpolitik vom »Messianismus« zum »Imperialismus« sieht Jakowlew den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1939 samt der »schändlichen Geheimprotokolle zum Pakt Molotow–Ribbentrop«, ohne freilich die außenpolitischen Alternativen nach dem gleichfalls schändlichen Münchener Abkommen zu benennen. Die politische Blindheit aber, die Stalin gegenüber Hitlerdeutschland nach Abschluß der deutsch-sowjetischen Verträge an den Tag legte, habe dazu geführt, daß »die Armee auf mustergültige Weise auf ihre Niederlage präpariert« wurde, ein persönlicher Verrat, ein Verbrechen Stalins, das »nur ein abgrundtief bössartiger Feind Rußlands« verüben konnte (S. 246). Gewiß war Stalin *vieles, das* wohl aber nicht.

Die Entstehung des sozialistischen Lagers habe die »Erben Lenins und Stalins« sodann ebenso munter gemacht wie die Revolution in China und der Zusammenbruch des Kolonialsystems. Das habe die Erwartung genährt, den Sieg über den Kapitalismus — wenn schon nicht durch die Weltrevolution, so doch im friedlichen Wettbewerb — zu erreichen.

Zur Außenpolitik des heutigen Rußland erfährt man vergleichsweise wenig. Nach einer moderaten Kritik an den selbstgerechten Mythen auch der amerikanischen Außenpolitik bekennt sich Jakowlew zu dem Credo: »Wie man auch immer zu diesem Lande stehen mag, der Gerechtigkeit halber sollte anerkannt werden, daß die USA in unserer unruhigen Welt ein effektiver Stabilisator sind, obgleich sie ärgerliche Fehler begehen.« (S. 404) Letztere Einschränkung bezieht sich auf die »demonstrierte

Überlegenheit« nach dem 11. September 2001, die wohl nicht nach der Zukunft und den eigenen realen Reserven frage.

Ein Wort noch zur Beurteilung der Sowjetführer Chruschtschow und Breshnew, zu deren Ablösung (des ersteren) wie zur Inthronisation (des letzteren) Jakowlew damals selbst die kommentierenden Presseartikel schrieb: Während Chruschtschow vergleichsweise versöhnlich wegkommt, dessen Persönlichkeit er als »klüger und dämlicher, bösertiger und barmherziger, selbstbewußter und furchtsamer, artistischer und politisch niederträchtiger« sieht, »als man zu seiner Zeit über ihn dachte und heute schreibt« (S. 302), der jedoch immerhin den Prozeß der Entstalinisierung eingeleitet hat, aber als »Utopist« und »Wirrkopf« zugleich der lebenden Generation den Kommunismus versprach, steht Breshnew, der »Abgott der Nomenklatura« und »Protege des Militär-Industrie-Komplexes« für die Restauration des Apparatschik-Systems, das »abstoßend auf alles Neue« wirkte, »konzentrierten sich doch alle Anstrengungen darauf, den Mechanismus der totalitären Macht zu perfektionieren« (S. 361).

Was den Untergang der UdSSR angeht, so verbindet ihn Jakowlew mit dem Putsch der restaurativen Führung der KPdSU am 18. August 1991. Der russische Präsident Jelzin agierte vor dem Weißen Haus, auf einem Panzer stehend, gegen die Putschisten, gegen die »Partei der sozialen Revanche«, während der sowjetische Präsident Gorbatschow, aus dem Urlaubsort Foros zurückgeholt, vor dem Obersten Sowjet der RSFSR kläglich Rede und Antwort auf Jelzins Fragen gibt. Gorbatschow habe sein Urteil selbst gefällt, indem er sich mit Leuten wie Krjutschkow, Janajew, Baklanow und Schenin umgab. Jelzin wäre jedoch mit der Reformpolitik besser gefahren, wenn er das Verbot der Kommunistischen Partei dauerhaft durchgesetzt hätte. Nicht die Vereinbarungen von Beloweshk der drei Präsidenten Rußlands, Belarus und Ukraine — Jelzin, Schuschkjewitsch und Krawtschuk — vom 8. Dezember 1991 habe die Union zur Strecke gebracht, sondern der »militär-bolschewistische Putsch« vom August. Beloweshk habe nur eine schon eingetretene Lage fixiert (S. 704).

Nach Jakowlews Meinung strauchelte die Perestroika 1990 deshalb, weil die »Kräfte der Gegenreformation« die wachsende Enttäuschung in der Gesellschaft über deren Verlauf für eine Gegenattacke nutzten, während Gorbatschow sich nicht dazu entschließen konnte, »die erste Stufe des Wandels mit Namen Perestroika zu verlassen und die nächste, Reformation genannt, zu besteigen, das heißt, jetzt die Reform der Macht

und der Wirtschaft in Angriff zu nehmen« (S. 669). Deshalb drängte Jakowlew nunmehr Präsident Jelzin wiederholt, vor den Oktoberereignissen 1993, (den Schüssen auf die Duma, was Jelzin durch restaurative Kräfte quasi aufgezwungen worden sei) und erneut 1994 und 1996, den Prozeß der Konsolidierung der demokratischen Kräfte zu forcieren, wofür eine »Sozial-Demokratische Partei« oder eine »Partei der Sozialen Demokratie« erforderlich sei.

*Mir scheint*, daß dafür in der russischen Gesellschaft jedoch überhaupt kein sozialer Boden besteht.

Als Hauptleistung Boris Jelzins betrachtet Jakowlew die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung Rußlands, die sich auf die Traditionen des internationalen Verfassungsrechtes stützt. Jelzins Mission habe darin bestanden, »dem sozialistischen Feudalismus den Garaus zu machen«. Dabei sei einiges, nicht alles erreicht worden. Jelzin habe dann die Bürde auf Putins Schultern gehievt. Man werde sehen, »wohin das Rad rollt« (S. 735).

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Dokumente, die dem Text teilweise eingefügt, teilweise im Anhang veröffentlicht werden. Zu ersteren gehören erschütternde Resümees Stalinistischer Repressionen gegen Funktionäre, Militärs und ganze soziale Schichten, zu letzteren Stenogramme des Volksdeputiertenkongresses zur Bewertung des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes 1939 sowie des 28. Parteitages der KPdSU, beide aus den Jahren 1989/1990, Briefe Jakowlews an Gorbatschow, Jelzin und Putin, ein Stenogramm des Verfassungsgerichts in Sachen KPdSU von 1992 sowie der Beschluß über die Einstellung eines gegen Jakowlew verhängten Strafverfahrens von 1993, schließlich Reden Jakowlews aus verschiedenen aktuellen Anlässen. Dem Buch sind Anmerkungen, Quellenhinweise und ein Personenverzeichnis beigelegt, die seine Lesbarkeit erleichtern.

Insgesamt bleibt dem Leser — bei aller Fakten- und Materialfülle — der Eindruck einer sehr subjektiven, westgläubigen Sicht des Autors sowie ein Gefühl quälender Bedrückung.

Abschließend ein Wort zum Übersetzer der russischen Originalausgabe, die in Moskau 2002/2003 erschienen ist,<sup>3</sup> zu Friedrich Hitzer, geboren 1935, der in den USA, der UdSSR und der Bundesrepublik sowohl Amerikanistik als auch Russistik und osteuropäische Geschichte

---

3 Siehe Aleksandr Jakovlev: Omut pamjati. Ot Stolypina do Putina. Moskau 2002.

studierte und als freier Schriftsteller und Übersetzer, Herausgeber und Chefredakteur des »kürbiskern« wirkte. Hitzer bietet eine sprachlich beeindruckende Übersetzung eines Werkes von summa über 850 Seiten an, dem er ein Geleitwort (»Beim Übersetzen von einem Ufer zum anderen«) mit Gedanken zu Alternativen und Beziehungen im deutsch-russischen Verhältnis seit 1917 voranstellt, die die tragische Verstrickung der Geschichte beider Völker thematisiert.

Aber das erforderte bereits eine eigene Betrachtung.



ERNSTGERT KALBE

## **Gleichschaltung unter Stalin. Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa<sup>1</sup>**

In ihrer Einleitung geben die beiden Herausgeber den Grundtenor zu dem Sammelband vor, mit dem 14 deutsche und ausländische Autoren in 13 Beiträgen ihre Sicht auf die Entwicklung von Parteien, Bündnissen und Spaltungen in Parteien wie ihrer Transformation in Nationalen Fronten im Gefolge des zweiten Weltkrieges in den osteuropäischen Ländern vorstellen.

»Die ›Gleichschaltung‹ der Parteien und die ›Sowjetisierung‹ der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in den Gebieten, die im Verlauf des Zweiten Weltkrieges von der Roten Armee besetzt worden waren, trugen maßgeblich zur Expansion des sowjetischen Einflußbereiches und zur Konsolidierung des Kommunismus bei. Zugleich bewirkten sie aber auch eine Intensivierung der Ost-West-Spannungen und führten zur Entstehung des Kalten Krieges, der erst mit dem Zerfall des Kommunismus und dem Niedergang der Sowjetmacht im Zuge der ›Wende‹ von 1989/1990 zu Ende ging.« (S. 7, Einleitung)

Die Autoren, zumeist Absolventen westlicher Universitäten oder Graduierte anglo-amerikanischer »Fellow-Studies« stammen nur im Ausnahmefällen aus den osteuropäischen Ländern selbst oder haben sich nach 1990 dort etabliert.

Demgemäß schöpfen sie vorrangig aus westlichen Quellen, aber auch aus jüngsten russischen Dokumenteneditionen, z. B. des Moskauer Akademie-Instituts »Slawjanowedenie«,<sup>2</sup> die jedoch nur partiell ausgeschöpft werden.

- 
- 1 Siehe Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Hrsg. Stefan Kreuzberger/Manfred Görtemaker. Paderborn, München, Wien, Zürich 2002. 468 S. – Die Besprechung wurde zuerst veröffentlicht in Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin (2004)3 (September).
  - 2 Sovetskij faktor v Vostočnoj Evrope 1944–1953 gg. Dokumenty. Redakcionnaja kollegija: T. V. Volokitina (otv. red.) u. a. Bd. 1: 1944–1948. – Bd. 2: 1949–1953.

Namentlich folgen sie mehrheitlich nicht dem durch diese russischen Quellenpublikationen geführten Nachweis, daß die sowjetische Osteuropapolitik zwei durch einen außenpolitischen Paradigmenwechsel deutlich unterschiedene Etappen kennt, deren *erste* durch einen Kurs auf eine sowjetfreundliche Sicherheitszone volksdemokratischer Nationale-Front-Regimes, die innenpolitisch auf Konsensdemokratie orientiert waren, und deren *zweite* — erst im Zusammenhang mit dem Übergang zum Kalten Krieg — nunmehr auf prosowjetische Blockbildung, Disziplinierung und Übernahme des Sowjetsystems charakterisiert wurde.

Diese Aussage bezieht sich — trotz aller Differenzierung im Einzelnen — sowohl auf den quasi resümierenden Beitrag der Herausgeber Creuzberger und Görtemaker über die »Gleichschaltung der osteuropäischen Parteien« (S. 419–434) als auch auf die profilprägenden Beiträge von Gerhard Wettig (Stalins Deutschlandpolitik vor dem Hintergrund seines Vorgehens im Osten Europas, S. 15–44) sowie von Donald O’Sullivan (»Wer immer ein Gebiet besetzt ...« Sowjetische Osteuropapolitik 1943–1947/1948, S. 45–83).

In dem vergleichenden Schlußbeitrag der beiden Herausgeber wird die auf der Totalitarismus-Konzeption fußende Betrachtung der Nachkriegsentwicklung in den osteuropäischen Ländern besonders deutlich. Creuzberger/Görtemaker gehen davon aus, daß Osteuropa die einzige Region des Kontinents sei, die als »Versuchsobjekt für alle drei großen ideologischen Elemente des 20. Jahrhunderts diene«: das »liberaldemokratische Intermezzo« der Siegermächte von 1918, die mit der Expansionspolitik Hitlerdeutschlands verbundenen »nationalsozialistischen Ordnungsvorstellungen« und die mit dem Vormarsch der Roten Armee eingeleitete »Unterwerfung unter den diktatorischen Kommunismus sowjetischer Prägung«.

Dabei erscheinen die »nationalsozialistischen Ordnungsvorstellungen« einer kriegerischen Expansion und Okkupation in Osteuropa insofern offenbar weniger kritikwürdig als die nach dem Sieg über den Faschismus mit »der Übertragung des sowjetischen Modells verbundenen Veränderungen«, schon weil erstere das traditionelle nationale Parteien-

---

Moskau 1999 und 2002. – Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg. Dokumenty. Redakcionnaja kollegija: G. P. Muraško (otv. red.) u. a. Bd. 1: 1944–1948. – Bd. 2: 1949–1953. Moskau, Nowosibirsk 1997 und 1998.

system tolerierten, während letztere »zu einer grundlegenden Transformation des jeweiligen nationalen Parteiensystems« führten (S. 419).

Fraglos eine Problem der sozialpolitischen und sozialökonomischen Grundlagen der beiden diametralen, aber gleichgesetzten »totalitären Systeme«.

Ohne die Übertragung sowjetischer Machtstrukturen auf Osteuropa generell relativieren zu wollen, räumen die Autoren indessen ein, daß inzwischen erschlossene östliche Archivalien dazu zwingen, Korrekturen vorzunehmen, »wenn es darum geht, den Weg dieser Staaten in die ›Volksdemokratie‹ zu beschreiben«. (S. 421)

Wettig, der von Land zu Land — je nach ihrem geopolitischen Stellenwert auf einer von Moskau anvisierten Ost-West-Magistrale — differenzierte Methoden sowjetischer Osteuropapolitik einräumt, folgert zugleich generalisierend, »daß im Osten Europas genau so wie im eigenen Lande der Sozialismus einzuführen war. Bezüglich des Zieles war somit von vornherein kein Kompromiß vorgesehen. Die Entwicklung der ›Volksdemokratien‹ sollte sich von den Vorgängen in der Sowjetunion seit 1917/1918 nur durch den Wegfall des Bürgerkriegs und des damit einhergehenden Gewaltgebrauchs unterscheiden, den Lenin zur Durchsetzung seines Regimes benötigt hatte. Das allein war gemeint, wenn von ›nationalen Wegen zum Sozialismus‹ die Rede war.« (S. 25)

Die angekündigte »Deutschlandpolitik« der Sowjetunion steht in dem Beitrag nur insofern im Vordergrund, als Wettig ihre Zielstellung vor dem generellen Hintergrund sowjetischer Osteuropapolitik in »Moskaus Willen« erblickt, »das sowjetische Herrschaftssystem auf Deutschland« — gemeint ist ganz Deutschland — »auszudehnen. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Hindernisse durfte dies nicht in einem einzigen Anlauf versucht werden. Erst im Laufe eines längeren Prozesses würde es möglich sein, zum Ziel zu gelangen.« (S. 29) Da Moskau eines einheitlichen deutschen Zentralstaates bedürfe, der den Entscheidungen in Berlin unterlägen hätte, ging man gemäß zentralistischen Staatsmodell-Denkens und sowjetischer Herrschaftspraxis davon aus, daß »die Macht im administrativ-politischen Zentrum Berlin entscheidend« war, und man »von dort aus die Vorgänge in den Westzonen steuern könne«. (S. 30) In dieser Sicht folgt dann eine Beschreibung sowjetischer Deutschland-Politik, deren Mittel, »mit denen der Kreml die Herrschaft über ganz Deutschland anstrebte, [...] sich trotz teilweiser Wirksamkeit als insgesamt kontraproduktiv« erwiesen (S. 41).

Hier kann keine Besprechung der sowjetischen Deutschlandpolitik erfolgen, die nur im Kontext mit der Deutschlandpolitik der Westmächte möglich wäre, was den hier gegebenen Rahmen der Osteuropapolitik sprengen würde.

Freilich sind Einwände gegen die recht zeitferne Sicht auf die *Ausgangslage* in Deutschland gerechtfertigt, wonach »von vornherein« zu bezweifeln sei, daß Stalin, der »Härte beim Verfolgen seiner Herrschafts- und Systemziele in geopolitisch zentralen Gebieten« verfolgte, »in einem so bedeutsamen Land wie Deutschland Kompromisse zulassen könnte, die dort eine demokratische Ordnung erlaubten. Dort setzte sich jene entscheidende europäische Ost-West-Magistrale fort, die [...] ihm in Polen die Errichtung eines kommunistischen Regimes als oberste Priorität erscheinen ließ.« (S. 26)

Mir scheint, ein merkwürdig verkürztes Geschichtsverständnis für eine Zeit, in der die Sowjetunion selbst noch 1944 auf eine zweite Front im Westen drängte, als sie Hitlerdeutschland bereits allein hätte besiegen können, als der antifaschistische Konsens der Antihitlerkoalition noch lebendig war.

O'Sullivan schließlich, durch sein aktuelles Buch »Challenge und Response« über die sowjetische Osteuropapolitik 1939–1949 bekannt geworden, spricht kurzerhand von einem sowjetischen »Reichsbildungsprozeß«, mit dem die UdSSR Ende der vierziger Jahre »ein eigenes System von abhängigen Staaten geschaffen« habe. »Die nach außen hin vertretene Zielsetzung hob indes nicht den Zugewinn von Territorium zugunsten der UdSSR, sondern die Niederschlagung des ›Hitlerfaschismus‹ und den gemeinsamen Sieg mit den westlichen Verbündeten [...] hervor.« (S. 45)

Gleichsam Antifaschismus als Mimikry für sowjetische Expansionspolitik und geplante Blockbildung — unter Beschwörung des »Schreckensbildes des deutschen Revanchismus« (S. 80). Dieses Szenario geht indessen völlig an damaligen politischen Realitäten wie am historischen Zeitgeist vorbei. Immerhin räumt O'Sullivan angesichts der neuen Dokumente aus russischen Archiven ein, daß die sowjetische Nachkriegs- und Osteuropapolitik unterschiedliche Phasen kennt, deren erste »im Jahre 1947 mit der Verkündung der Truman-Doktrin, der Verabschiedung des Marshall-Planes und der Gründung des Kommunistischen Informationsbüros« endete, d. h. »mit politischen Ereignissen, die den institutionellen Rahmen des Kalten Krieges markierten und eine Neuori-

entierung der sowjetischen Osteuropapolitik hin zu einer forcierten Übernahme des sowjetischen ›Modells‹ einleiteten«. (S. 45f.)

Dem soll nicht widersprochen werden, wohl aber der Behauptung, daß die sowjetische Osteuropastrategie, eine »Strategie des vorsichtigen Opportunismus« mit Rücksicht auf die Westmächte, die sich »zwischen Plan und Zufall« bewegt habe, a priori dem »Konzept sukzessiver Expansion« folgte (S. 47). Damit wird die Aussage über den *zäsurbildenden Einschnitt* des »Kalten Krieges« in der sowjetischen Osteuropapolitik entwertet. Diese Politik folgte zunächst einer Strategie, die auf die Schaffung einer internationalen Sicherheitszone, eines loyalen *cordon sanitaire*, hinauslief, und wurde erst mit dem Umschwung in der internationalen Großwetterlage durch eine Strategie sowjetischer Blockbildung und Disziplinierung der Anrainerstaaten ersetzt. Dieser außenpolitische Paradigmenwechsel löste nunmehr innenpolitische Konsequenzen einer Sowjetisierung der Volksdemokratien aus.

Nicht einer solchen differenzierten Sicht, sondern der oben benannten Linie der erwähnten zentralen Beiträge folgen in mehr oder weniger deutlichem Gleichklang die nachfolgenden Studien über »Parteienentwicklung« und gesellschaftliche »Gleichschaltung« der einzelnen Länder Osteuropas. Dabei ist anzumerken, daß umfangreiches Quellenmaterial vermittelt und unsere Detailkenntnisse über den historischen Prozeß bereichert werden.

Indessen folgen alle Beiträge einer antikommunistischen Diktion in der Beurteilung der nationalen kommunistischen Parteien, die — ungeachtet ihres gravierenden Beitrags im antifaschistischen Widerstand — lediglich als Helfershelfer sowjetischer Politik erscheinen, während bürgerliche und sogenannte »historische Parteien« — unbeschadet ihrer vielfach zwiespältigen Rolle zwischen Opposition, Attentismus und Kollaboration in den faschistisch okkupierten und Satellitenländern — als Hüter demokratischer Traditionen vorgestellt werden, welche in Osteuropa indessen ohnehin rar gesät waren.

Da eine Besprechung der Länderbeiträge aus Platzgründen hier nicht möglich ist, seien zumindest die Autoren mit den von ihnen behandelten Themen genannt, die alle den Zeitraum von 1943/1944–1948/1949 betreffen:

Harald Moldenhauer (Hamburg) untersucht facettenreich »Kommunistische Blockpolitik und Gleichschaltung der Parteien in Polen« (S. 85 bis 122), Ulrich Burger (z. Zt. Bistrita) referiert »die Strategie der Kom-

munisten in Rumänien zur Gleichschaltung des Parteiensystems« (S. 123 bis 165), Marietta Stankova (z. Zt. London) stellt »das parteipolitische System in Bulgarien« vor, Jerca Starić (Maribor) handelt von »Stalinismus und Selbst-Sowjetisierung in Jugoslawien« (S. 219–237), Peter Danylow (Köln) beschreibt »die Sowjetisierung der Kommunistischen Partei in Albanien«, Monika Kaiser (Berlin) reflektiert über »Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands« (S. 265–299), Jiří Kočian (Prag) verfolgt »die Entwicklung der politischen Parteien in der Tschechoslowakei« (S. 301 bis 317) und Janos Rainer (Budapest) beleuchtet »das Mehrparteiensystem und seine Beseitigung« auf dem »Weg der ungarischen Volksdemokratie« (S. 319–352).

Quasi als untypische Gegenpole zur angeblich unumgänglichen Sowjetisierung von Ländern im sowjetischen Einflußbereich beschäftigen sich Oliver Rathkolb (Wien) mit dem »Sonderfall Österreich?« (S. 353 bis 373) und Ruth Büttner (Hamburg, z. Zt. Tartu) mit dem »Sonderfall Finnland« (S. 375–418), ersterer als »Neutralisierungsfall«, letzterer als angeblich geplatzter sowjetischer »Versuchsballon«.

Keineswegs soll bestritten werden, daß die Sowjetunion seit dem Scheitern früher messianischer Illusionen von einer Weltrevolution schon seit den dreißiger Jahren einen außenpolitischen Paradigmenwechsel zur Großmachtpolitik gemäß ihrer Staatsraison nach nationalen Interessen vollzog, die sich in der Politik der kollektiven Sicherheit 1933/1935, dem strittigen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 nach dem Appeasement-Debakel von München 1938, der Politik der Antihitlerkoalition seit 1941, der Politik eines nationalen Sicherheitsgürtels (cordon sanitaire) seit 1943/1944 und der politischen Blocklogik des Lagerdenkens seit dem Übergang zum Kalten Krieg 1947/1948 offenbarte. Welche Alternative aber hätte angesichts der Realitäten wechselnder Kräftekonstellationen als Großmacht unter konträren bzw. konkurrierenden Großmächten bestanden?

Unter diesem Aspekt sollte man auch die außenpolitischen Dokumente der Sowjetunion als Ausdruck realer Interessen lesen, die unter wechselnden historischen Bedingungen entstanden, nicht nach moralischen Maßstäben einer angeblich ewigen politischen Ethik. Das in unserem Zusammenhang vielzitierte Maiski-Memorandum vom Januar 1945 über die sowjetischen Nachkriegsziele war Reflektion realer sowjetischer

Staatsraison, nicht virtuelle Vorspiegelung vermeintlich hintergründig anderer Absichten.<sup>3</sup>

Insgesamt entsteht der Eindruck, daß sich manche Autoren eher vom aktuellen Zeitgeist des Antikommunismus und der Totalitarismus-Doktrin als von den damaligen Zeitumständen, ihren Bedingungen und Kämpfen, leiten lassen, in deren Mittelpunkt zunächst die Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antifaschismus stand. Dabei hatten sowohl die Sowjetunion wie die nationalen kommunistischen Parteien, die entscheidende Beiträge zum Sieg über die faschistischen Achsenmächte leisteten, großes Ansehen erlangt, das nicht nur in Osteuropa gesellschaftliche Diskurse über »Wege zum Sozialismus« auslöste. Auch insofern war die Nachkriegsdiskussion über »nationale, demokratische Wege zum Sozialismus« Ausdruck realer Möglichkeiten in der damaligen Situation, nicht taktischer Vorwand für geplante Sowjetisierung. Überhaupt fällt auf, daß die osteuropäischen Völker, die besonders in den von der faschistischen Achse okkupierten Ländern einen wirksamen antifaschistischen Widerstandskampf leisteten, weniger als Subjekte des historischen Geschehens, als handelnde Politiker, Parteien und Interessengruppen, sondern vielmehr als Objekte der Politik von Großmächten, namentlich der Sowjetunion erscheinen.

Gerade der antifaschistische Widerstand, der in sozialpolitischer Spannweite von kommunistisch dominierten nationalen Fronten bis zu bürgerlich geprägten Widerstandsformen reichte — man denke an die dualistische Struktur des polnischen Widerstands — bot die Chance für eine differenzierte volksdemokratische, indessen keinesfalls konfliktfreie Entwicklung.

Dafür nur zwei exemplarische Beispiele:

In Polen war die nach ihrer Auflösung 1938 und stalinistischen Verfolgungen dezimierte KPP erst Anfang 1942 wiedererstanden und als Polnische Arbeiterpartei (PPR) zum Zentrum des linken Flügels der antifaschistischen Widerstandsbewegung gereift, die am 1. Januar 1944 den Landesnationalrat (KRN) und am 22. Juli 1944 das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) auf befreitem Gebiet bei Lublin gründete und sich auf eine »Volksarmee« (AL) stützte. Dagegen schufen sich

---

3 Siehe das vollständige russischsprachige Dokument mit einer Einführung von Eckart Mehl in Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher. Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt. Leipzig 2003. S. 163ff. und 169ff.

die Londoner Exilregierung, gestützt auf vier »historische Parteien« und ihre »Delegatur« im Lande, eine starke »Landesarmee« (AL), die am 1. August 1944 den opferreichen Warschauer Aufstand auslöste.

Nach Umbildung der Provisorischen Lubliner Regierung (1. Januar 1945) in die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit (28. Juni 1945) unter Osobka-Morawski (PPS), in die als Vizepremiers sowohl W. Gomułka (PPR) als auch S. Mikołajczyk (Polnische Bauernpartei; PSL) aus dem Londoner Lager aufgenommen wurden, spitzte sich die Auseinandersetzung um den Weg Polens zu. In einem Gespräch mit führenden polnischen Politikern der Linken bezeichnete Stalin am 24. Mai 1946 die polnische Nachkriegsordnung als einen »neuen Typ der Demokratie« ohne jeden Präzedenzfall. Im Hinblick auf das bevorstehende Referendum über Nationalisierungen, Beseitigung des Senats und die Westgrenzen Polens (30. Juni 1946) und die nachfolgenden Parlamentswahlen (19. Januar 1947) meinte Stalin, daß »das polnische demokratische Lager um eine Opposition nicht herumkommt, aber dieses Lager braucht eine legale, gezähmte Opposition, [...], die die Regierung mit legalen Mitteln kritisiert, nicht aber für deren Sturz kämpft«. Man solle ein Kompromißabkommen mit Mikołajczyk suchen, aber nicht um jeden Preis, sondern auf der Basis einer Mandatsverteilung im Block demokratischer Parteien, wobei Mikołajczyk evtl. 25 Prozent und Kowalski (Unabhängige PSL) 15 Prozent erhalten könnten.<sup>4</sup>

Während PPR und PPS seit Herbst 1946 zunehmend einen Kurs auf linke Einheitsfront im Block verfolgten, lehnte die PSL Mikołajczyks einen solchen Kompromiß ab und steuerte einen konfrontativen Oppositionskurs, für den sie bei den — sicher reglementierten — Januarwahlen 1947 eine herbe Niederlage quittierte. Während Mikołajczyk danach ins Exil ging, war die Machtfrage mit Annahme der »Kleinen Verfassung« vom Februar 1947 prinzipiell geklärt.

Harald Moldenhauer schlußfolgert, daß sich das polnische Parteiensystem nach dem Kriege endgültig im Rahmen des dominanten Abkommens zur Aktionseinheit der Arbeiterparteien PPR und PPS (28. November 1946) gegen die Opposition ausformte. »Eine im voraus detailliert geplante und systematisch umgesetzte politische Sowjetisierung läßt sich

---

4 Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953 gg. Bd. 1: 1944–1948. Dokumenty. Redakcionnaja kolegija: G. P. Muraško (otv. red.) u. a. Moskau, Nowosibirsk 1997. S. 458ff.

jedoch zumindest für die Entwicklung des Parteiensystems nicht erkennen.« Vielmehr habe die sowjetische Führung ihre Politik »jeweils nach der Lage Polens im internationalen Kontext« neu bemessen und nach »aktuellen Staatsinteressen« gehandelt (S. 122).

Anders war die Lage im kapitalistisch rückständigen Bulgarien, bis zum Aufstand vom 9. September 1944 ein profaschistischer Satellitenstaat, in dem traditionell eine starke kommunistische Bewegung sowie eine breite, aber politisch differenzierte Bauernbewegung agierten, die bürgerlichen Parteien bzw. heterogenen politischen Sammlungsbewegungen jedoch vergleichsweise schwach waren. Überhaupt waren demokratische Traditionen im erst seit 1878 selbständigen Bulgarien nur gering ausgeprägt, was sich auch in wiederholten Staatsstreichern vom Juni 1923 oder Mai 1934 offenbarte, bei denen militärisch-monarchistische Kreise eine dominierende Rolle spielten. So entstand 1942/1943 die antifaschistische »Vaterländische Front« als ein Links-Mitte-Bündnis der starken Bulgarischen Arbeiterpartei (Kommunisten), der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, des linken Flügels des Bulgarischen Bauern-Volksbundes (BZNS) — von Marietta Stankova recht ungewöhnlich als Bulgarische Agrar-National-Union (BANU) bezeichnet — und dem militärischen Volksbund ZVENO, während sich die »historischen« bürgerlichen Parteien (Demokraten, Radikale, Nationalliberale und rechter BZNS-Flügel) im Kriege auf attentistische Positionen zurückzogen und bestenfalls auf eine Landung der westlichen Alliierten hofften.

Die erste Regierung der Vaterländischen Front, der je vier Vertreter der BAP(K), des Bulgarischen Bauernbundes, des Zveno-Bundes und je zwei Sozialdemokraten und Parteilose angehörten, verfolgte einen Kurs der aktiven Teilnahme am Anti-Hitler-Krieg, der harten Bestrafung profaschistischer Politiker und Kollaborateure durch Volksgerichte sowie weitreichender sozialökonomischer Reformen.

In seiner Wahlrede vom 6. November 1945 erklärte Georgi Dimitroff, daß das Volk sein Wort frei sprechen müsse: »Die Wahlen müssen und werden die Grundlagen unserer bulgarischen Demokratie festigen. Das ist keine sowjetische sozialistische Demokratie, aber es ist auch nicht die falsche, verlogene Demokratie Muschanoffs. Sie ist, sie muß und wird eine Volksdemokratie, die Demokratie der Vaterländischen Front sein.«<sup>5</sup>

---

5 Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. Bd. 3: 1935–1948. Berlin 1958. S. 256.

Bei den Wahlen vom 18. November 1945, die von der Opposition in der Hoffnung auf Einmischung der Westmächte boykottiert wurden, erreichte die Vaterländische Front bei einer Wahlbeteiligung von 85,5 Prozent 88,18 Prozent der Stimmen, womit sich die Opposition selbst von der Macht ausgeschlossen hatte. Nachträgliche Verhandlungen zur Einbeziehung der Opposition in die Regierung scheiterten an gestellten Bedingungen.

Die nachfolgenden Wahlen zur Großen, d. h. Verfassungsgebenden Nationalversammlung vom 27. Oktober 1946 erbrachten — bei einer Wahlbeteiligung von 94,4 Prozent — für die Vaterländische Front, die diesmal mit verschiedenfarbigen Parteilisten antrat, 70,1 Prozent der Stimmen, darunter für die BAP(K) 53,1 Prozent, den BZNS 13,2 und die übrigen Partner 3,6 Prozent. Dagegen erlangte die Vereinigte Opposition 28,8 Prozent der Stimmen, davon der rechte Flügel des BNZS (Nikola Petkov) 27,8 und die Demokratische Partei 0,5 Prozent der Stimmen. Von den 465 Mandaten erhielt die Vaterländische Front 366, darunter die BAP(K) 275, der BZNS 69 und die SDAPB 9 Sitze, während die Opposition auf 99, darunter der BZNS (Nikola Petkov) auf 90 und die rechte SDAPB auf 8 Sitze kam.<sup>6</sup>

Der deutlich ablesbaren Polarisierung der politischen Kräfte gingen scharfe Auseinandersetzungen voraus und folgten ihr nach, die in die Verurteilung oppositioneller Politiker mündeten, auch in die Anwendung ungesetzlicher Repressionen, darunter das Todesurteil gegen Nikola Petkov wegen »nationalen Verrats«, das am 23. September 1947 vollstreckt wurde.

Diese Polarisierung wird am Beispiel des BZNS besonders deutlich, dessen Führungsfiguren von Gemeto zu Petkov und über Obbov zu Trajkov von rechts nach links mutierten.

Marietta Stankova unterscheidet drei unterschiedliche Phasen der »Evolution der Vaterländischen Front von einer kurzlebigen Union gleichgesinnter Parteien über die Stärkung der Hegemonie ihres radikalsten und aggressivsten Mitglieds bis zu ihrer endgültigen Transformation in ein monolithisches Regime« (S. 216). Gewiß muß man einräumen, daß angesichts der Stärke der Kommunisten nicht alle Bündnismöglichkeiten mit realen oder potentiellen Partnern ausgeschöpft wurden; zugleich

---

6 Siehe Wolfgang Höpken: Politisches System. In: Bulgarien. Südosteuropa-Handbuch Bd. VI. Hrsg. von Klaus-Detlev Grothusen. Göttingen 1990. S. 212.

zeugt diese Entwicklung aber auch von objektiven Prozessen sozialer wie politischer Umgruppierungen in der bulgarischen Gesellschaft.

Der Vergleich des Parteiensystems in der Zwischenkriegs- und Kriegsperiode mit dem in der Nachkriegsperiode, den Marietta Stankova zum Nachweis einer von Anbeginn »offensichtlichen totalitären Tendenz« bemüht, geht jedoch von der Illusion unveränderter politischer Strukturen in gesellschaftlichen Transformationsperioden aus.

Letztlich wurde jedoch mit der zwar variierten, aber weitgehenden Adaption des Sowjetsystems, darunter repressiver Gewalt gegen die Opposition, die Möglichkeit eines demokratischen Sozialismus vertan.

Diese Chance wurde erst mit dem Übergang zum Kalten Krieg verspielt, der mit der Fulton-Rede Churchills (5. März 1946), der Byrnes-Rede in Stuttgart (6. September 1946) und der Truman-Doktrin (12. März 1947) eingeleitet wurde und mit dem Scheitern der gemeinsamen Deutschlandkonferenz der Außenminister im Frühjahr und der Londoner Separatkonferenz der Westmächte im August 1947, dem für Osteuropa an Bedingungen geknüpften Marshallplan (Juni 1947) und der Gründung des Kominformbüros (September 1947) zur offenen Blockkonfrontation eskalierte. Fortan dominierte das »Lagerdenken« und die Disziplinierung der jeweiligen Einflußzonen, die keinen Spielraum für eigenständige nationale Entwicklungswege und Entwicklungsmodelle mehr ließ. Das gilt für das westliche Eingreifen in den griechischen Bürgerkrieg und die Eliminierung kommunistischer Minister in Italien und Frankreich ebenso wie für repressive Maßnahmen in den Volksdemokratien gegen die bürgerliche Opposition und für den sowjetischen Druck auf vermeintlichen Nationalismus und Revisionismus im eigenen »Lager«.

Für den eskalierenden Ost-West-Konflikt tragen beide Seiten Verantwortung. Damit waren auch die Chancen für die Entwicklung demokratischer Sozialismusmodelle verwirkt.

Die Konsequenz für die osteuropäischen Länder der Volksdemokratie bestand im Überstülpen des sowjetischen Sozialismusmodells, an dessen Übernahme die kommunistischen Parteien dieser Länder aktiv mitwirkten und dabei auch Unterstützung aus den Reihen sich wandelnder Bündnispartner fanden.

Die Vorstellung, daß das überkommene Parteiensystem der Zwischenkriegszeit für die Nachkriegsperiode einfach hätte übernommen werden können, geht indessen an den Realitäten der tiefen Erschütterungen der Kriegszeit und der damit verbundenen sozialpolitischen Konflikte vorbei.

Die Bewahrung des Status quo ante war Illusion. Die vermeintliche Alternative des Sowjetsystems jedoch erwies sich als nicht tragfähig.

Adaption des Sowjetmodells bedeutete die Etablierung einer absolutistischen Herrschaftsstruktur einer Partei- und Staatsbürokratie ohne demokratische Kontrolle, die mittels etatistischer Instrumente und geplanter Kommandowirtschaft den Übergang aus weitgehend vorbürgerlicher Rückständigkeit in eine nachbürgerliche Gesellschaft sozialer Gleichheit vollziehen wollte.

Das Sowjetsystem verkörpert insofern das Modell einer Entwicklungsdiktatur, das mit Methoden des außerökonomischen Zwangs den Weg aus sozialökonomischer Rückständigkeit — unter weitgehender Umgehung des Kapitalismus — in eine fortgeschrittene Gesellschaft bewältigen wollte.

Das aber ist ein anderes, in der vorliegenden Publikation nicht berührtes Thema. Man kann Kreuzberger/Görtemaker folgen, daß »von einem sowjetischen ›Masterplan‹ für Osteuropa [...] jedenfalls keine Rede sein« kann, »zumal sich auch die Entwicklung der internationalen Politik — vor allem des Verhältnisses zu den Alliierten — oft direkt auf die Intensität der sowjetischen Bemühungen um eine Gleichschaltung der Parteien in Osteuropa auswirkte«. (S. 422)

Dazu wäre nur anzumerken, daß die Vertreter von Parteien in den Volksdemokratien *handelnde Akteure* mit eigenen Ambitionen und Zielen waren, *nicht manipulierte Objekte*, die, dem damaligen Zeitgeist entsprechend, legitime antifaschistische Umwälzungen vollzogen und dabei ihre jeweils eigenen Vorstellungen von Sozialismus und von Demokratie verfochten.

# Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen

## Osteuropa in Tradition und Wandel

*Heft 1:* Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S. – *Heft 5:* Revolution und/oder Modernisierung in Rußland. Chancen — Grenzen — Irrwege. Leipzig 1998. 151 S.

## Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher Hrsg. von Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

*Band 1(6): Leipzig 1999. 297 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Die Osterweiterung der Europäischen Union: Zur Vorgeschichte und zu Problemen des wirtschaftlichen Anschlusses Ostmitteleuropas an den Westen. S. 7–33. – Sarkis Latchinian: Die Osterweiterung der NATO im Interessenwiderstreit der Betroffenen. S. 35–56. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkirchen. S. 57–88. – Holger Politt: Die polnische Freiheitsauffassung im historischen Rückblick. S. 89–101. – Ernstgert Kalbe: Nochmals zu Nationwerdung oder nationaler Wiedergeburt in Südosteuropa. S. 103–136. – Eckart Mehls: Der 21. August 1968. Persönliche Betrachtungen zur Vorgeschichte, Geschichte und Folgen einer interventionistischen »Hilfsaktion«. S. 137–167. – Dokument I: Zweitausend Worte an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Wissenschaftler, Künstler und an alle. S. 169–176. – Dokument II: Über den Verlauf der Beratungen des Oktober-, Dezember- und Januarplenums des Zentralkomitees der KPTsch. S. 177–209. – Werner Röhr: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997. S. 211–246. – Dokumentation: Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung sowie der dazu ergangene Briefwechsel. S. 247–254. – Waltraud Bayer: Kunstsammeln unter Stalin, 1928–1953. S. 255–271. – Olaf Kirchner/Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 273–286.]. – *Band 2(7): Leipzig 2000. 348 S.* [Enthält unter anderem Ernstgert Kalbe: Ein Balkan-Domino. Vom Zerfall Jugoslawiens über die Kosovo-Krise zur NATO-Aggression. S. 7–52. – Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Fokus der Interessen Rußlands und der NATO. S. 53–88. – Eugen Faude: Zum Stand und zu den weiteren Perspektiven der Reformpolitik in Rußland (Thesen). S. 89–107. – Eckart Mehls: Der »Runde Tisch« in Polen 1989. Seine nationale und internationale Dimension. S. 109–136. – Wolfgang Geier: Zur gegenwärtigen Lage in einigen Ostkir-

chen (Teil II). S. 137–155. – Willi Beitz: Neue Einblicke in die Literaturpolitik und in Biographien russischer Schriftsteller der Stalinzeit. S. 157–178. – Holger Politt: Ungelebte Volksrepublik. Anmerkungen zu einer polnischen Geschichtsdebatte. S. 179–197. – Ernstgert Kalbe/Dietmar Endler: Einleitung zum »Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste« (SANU), Belgrad, Herbst 1986. S. 199–207. – Dokument: Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Übersetzt aus dem Serbo-Kroatischen von Dietmar Endler). S. 209–272. – Horst Schützler/Sonja Striegnitz: Die gegenwärtige russische Historiographie zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion: methodologische Aspekte, Rahmenbedingungen, ausgewählte Probleme. S. 273–329. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 331–336.]. – *Band 3(1): Leipzig 2001. 362 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzig — Sachsen — Osteuropa. S. 9–30. – Peter Hoffmann: »Ich blicke über ein Jahrhundert hinaus ...«: Raditschschews Zukunftsvision. S. 31–49. – Erhard Hexelschneider: Michail Bakunin in Sachsen. S. 51–87. – Wolfgang Geier: Iwan Schischmanow (1862–1928): Student in Leipzig — Gelehrter — Politiker. S. 89–98. – Adelheid Latchinian: Leipzig und Armenien. Zu kulturellen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. S. 99–125. – Holger Politt: Messianistisches aus Dresden. S. 127–138. – Hilmar Walter: Der »Aufruf« Iwan Bogorows aus der ersten bulgarischen Zeitung »Bulgarischer Adler«. S. 139–150. – Dokument: Iwan Bogorow: Aufruf. S. 151–155. – Volker Hölzer: Georg Sacke und sein Literaturbericht von 1934 zur Geschichtsschreibung über Rußland. S. 157–186. – Dokument: Georg Sacke: Geschichte Rußlands in russischer und deutscher historischer Literatur der Nachkriegszeit. S. 187–215. – Ernstgert Kalbe: Zum Bericht des Leipziger US-amerikanischen Konsuls Ralph C. Busser über den Reichstagsbrandprozeß 1933 und zu Dimitroffs »Dnevnik«. Nachtrag zu Georgi Dimitroffs Rolle für den Antifaschismus. S. 217–247. – Dokument: Political Report: The Riddle of the Revolution. Political Aspects of the Reichstag Fire Trial (from Ralph C. Busser). S. 249–283. – Dietmar Endler: Leipzig und die Bulgaren. Kulturhistorische Miniaturen. S. 285–324. – Jürgen Kunze/Herbert Schmidt: Das Deutsch-Russische Zentrum in Leipzig. Die Integration von Aussiedlern aus den Nachfolgestaaten der UdSSR. S. 325–343. – Holger Politt: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 345–347.]. – *Band 3/2 (9): Leipzig 2001. 379 S.* [Enthält u. a. Jörg Roesler: Gorbatschows, Jelzins und Putins Reformen. S. 9–35. – Wolfgang Geier: Auf der Suche nach Identität. Der Eurasismus in den zwanziger Jahren. S. 37–51. – Erhard Hexelschneider: Rosa Luxemburg und Wladimir Korolenko über die russische Revolution. S. 53–78. – Eckart Mehls: Der Rigaer Frieden und seine Verlierer: Piłsudski und Lenin. S. 79–103. – Sonja Striegnitz: Die Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und die nationale Frage: programmatische Standortbestimmung. S. 105–127. – Dieter Segert: Grundlagen und Grenzen des Interesses an Demokratie in Osteuropa. S. 129–150. – Volker Hölzer: Georg Sackes erste Haft 1934/1935 und ihre brieflichen Reflexionen. S. 151–169. – Willi Beitz: Ein Zeitdokument mit verborgener Tragik. S. 171–177. – Dokument: Andrej Platonow: Auf der Suche nach der Zukunft (Reise zur Papierfabrik von Kamenka). S. 179–191. – Erwin Lewin: Eine Originalquelle zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der KP Albanien. S. 193–218. – Dokument: Koço Tashko: Bericht an die Komintern. S. 219–250. – Horst Schützler: Die nationale Problematik in der Sowjetunion — in der postsowjetischen Geschichtsschreibung Rußlands. S. 251–284. – Dietmar Endler: Zwischen Apologie und Kritik. Kiril Christow und Deutschland. S. 285–306. – Hilmar Walter: Dositej Obradović und Johann Christoph Adelung. S. 307–316. – Helmut Meier: Ost- und Südosteuropa in den Mittel-

europa-Plänen von Constantin Frantz. S. 317–327. – Ernstgert Kalbe: Betrachtungen zur Balkandiplomatie gestern und heute. Zu Walter Markova »Grundzügen der Balkandiplomatie« und Hannes Hofbauers »Balkankrieg«. S. 329–353.]. – *Band 4: Leipzig 2002. 374 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa. S. 9–54. – Eckart Mehls: Unterschiedliche Positionen zu Staat und Nation in den Konzeptionen der polnischen und tschechischen nationalen Unabhängigkeitsbewegung. S. 55–61. – Erwin Lewin: Nation als Idee und Religion in Albanien aus historischer Sicht. S. 63–83. – Sonja Striegnitz: »Beträchtliche Meinungsverschiedenheiten«. Zur Debatte über die national-kulturelle Autonomie unter den Narodniki Rußlands (1907/1908). S. 85–94. – Wolfgang Geier: Vergleichende Kulturgeschichte Südost-, Ost- und Ostmitteleuropas. S. 95–127. – Achim Engelberg: Das Erdbeben vor dem Krieg. Eine Reise nach Montenegro. S. 129–136. – Jörg Roesler: Zur Spezifik sozioökonomischer Transformationsprozesse in Osteuropa. S. 137–168. – Jens Becker: Der Balkan — eine Region des Bösen? Der Stabilitätspakt für Südosteuropa als Katalysator für ein tolerantes und multiethnisches Europa. S. 169 bis 178. – Erhard Crome: Wohin geht Osteuropa? Herrschaftsverhältnisse im Kommunismus und ihre Transformation. S. 179–230. – Karl-Heinz Gräfe: Zur Transformation kommunistischer Parteien Osteuropas am Beispiel Polens. S. 231–246. – Holger Politt: Störenfriede. Über den letzten östlichen Intellektuellen in Polen. S. 247–262. – Achim Beinsen: Islamismus und »Muslimanstvo« als Elemente bosnisch-muslimischen Partikularismus. S. 263–304. – Dokument: Alija Izetbegović: The Islamic Declaration. S. 305 bis 351. – Holger Politt: »Brückenland Sachsen. Chancen und Defizite der EU-Osterweiterung«. Bericht über die II. Rosa-Luxemburg-Konferenz (Bautzen, 7./8. Juni 2002). S. 353–357.]. – *Band 5: Leipzig 2003. 297 S.* [Enthält u. a. Eckhart Mehls: Weltrepublik der Sowjets oder sozialistische Staatengemeinschaft? Visionen und Realitäten des »Sozialismus im Weltmaßstab«. S. 11–41. – Ernst Laboor: Rechtsradikalismus und Neonazismus in Rußland. Gennadi Sjuganows These vom »liberalen Faschismus«. S. 43–68. – Hannes Hofbauer: Osterweiterung: Grenzenlose Marktvergrößerung und periphere Integration. S. 69–85. – Borisa Melnikas: Transformationen in den baltischen Ländern. Die nationalen Beziehungen, politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung (mit einem statistischen Anhang von Bernd Reichelt). S. 88–125. – Holger Politt: Polens »Rückkehr nach Europa«. Ein Rückblick als Ausblick. S. 127–145. – Manfred Jähnichen: Die deutsche Spätromantik — ein Beispiel für die deutsch-serbischen Kulturbeziehungen auch in unserer Zeit. S. 147–160. – Eckart Mehls: Einführung in die Maiski-Denkschrift »zum künftigen Frieden und zur Nachkriegsordnung« vom 10. Januar 1944. S. 163–168. – Dokument: Aufzeichnung des Leiters der Kommission des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur »Wiedergutmachung der der Sowjetunion durch Hitlerdeutschland und seine Verbündeten zugefügten Schäden« (in Originalsprache). S. 169 bis 202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu Politik und Programm der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation. S. 203–229. – Achim Engelberg: Essayistische Impressionen vom Balkan. S. 231–254. – Ernstgert Kalbe: Internationale Konferenzen zur Eröffnung des Büros der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13./14. Mai 2003 in Moskau. S. 257–270. – Julian Orwicz: In Warschau eröffnete das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung für den ostmitteleuropäischen Raum. S. 271–274. – Hannes Hofbauer: Rewriting history in a period of transformation. Contemporary history in the Balkans and its impacts on Europe. S. 275–282.]

## **Texte zur politischen Bildung**

*Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht — eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche — eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

## **Texte zur Philosophie**

*Heft 3:* Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

## **Texte zur Literatur**

*Heft 4:* »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

## **Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte**

*Heft 2:* Rosa Luxemburg: Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution. Textkritische Ausgabe. Manuskriptdruck. Leipzig 2001. o. S.

## **Diskurs**

### **Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus**

*Heft 1:* Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. – *Heft 4:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (I). Leipzig 1999. 66 S. – *Heft 5:* Linkes Denken im 20. Jahrhundert. Eine Auswahl (II). Leipzig 2000. 122 S. – *Heft 8:* Ernstgert Kalbe: Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs. Leipzig 2001. 48 S. – *Heft 12:* Helmut Bock: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden. Leipzig 2002. 105 S.

## **Monographien**

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

Fünf Jahre in Speziallagern des NKWD und das Leben danach. Ein Lebensbericht von Wolfgang Kretschmar. Leipzig 1998. 174 S.

Ernstgert Kalbe: Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan. Leipzig 1999. 52 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von Klaus Kinner in Verbindung mit Willi Beitz. Leipzig 1999. 196 S.

Von Dostojewski bis Kundera. Beiträge zum europäischen Roman und zur Romantheorie. Hrsg. von Willi Beitz unter Mitwirkung von Christiane Chulz und Silke Waber. Leipzig 1999. 239 S.

Sarkis Latchinian: Der kaspische Raum im Brennpunkt strategischer Interessen Rußlands und der USA. Leipzig 1999. 64 S. (Flugschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen).

Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes. Hrsg. von Klaus Kinner und Helmut Seidel. Berlin 2002. 335 S. (Reihe Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Band III).

Achim Beinsen: Die bosnischen Muslime im Zerfallsprozeß Jugoslawiens. Dispositive »ethnischer« und »ethnonationaler« Differenzierung. Leipzig 2002. 315 S. (Reihe Hochschulschriften. Band 2).

Ralf Schröder (1927–2001). Das schwierige Leben eines bedeutenden Slawisten. Bd. 1: Erinnerungen. Beiträge zu seinem Werk. Bibliographie. Leipzig 2003. 115 S.

## Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

### »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

*1. Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält unter anderem Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Katrin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65 bis 77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146. – Polina Giaourowa: Rezension zu Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch. Bd. I–VI. Göttingen 1975ff. S. 152 bis 155. – Lutz-Dieter Behrendt: Rezension zu Manfred Hellmann/GottfriedSchramm/Klaus Zernack (Hrsg.). Handbuch der Geschichte Rußlands. Bd. 1–3. Stuttgart 1981ff.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126–127.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barberkerson: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus — Nationalitäten — Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postso-wjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Kolloquia der Sektion Osteuropaforschung. S. 76–79.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.*

[Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

**»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.**  
**Wissenschaftliche Halbjahreshefte.**  
**Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe**

*4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen — Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija — »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129–144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830 bis 1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198 bis 203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa — ein Jahrtausenthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej

Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]. – 7. Jahrgang: Heft 2. Berlin 1998. 244 S. [Enthält u. a. Annegret Haase: Kleine Minderheiten mit großen Problemen? Zur gegenwärtigen Lage der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Polen. S. 126–145. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 182–194.]. – 8. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1999. 195 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Polen in der europäischen Geschichte. S. 7–28. – Anke Heynoldt: Die polnische Kulturgeschichtsschreibung und das Problem Sarmatismus. S. 29 bis 68. – Holger Politt: 1918 — Polens Abschied vom 19. Jahrhundert. S. 69–88. – Annegret Haase: Koexistenz zwischen Versöhnung und Austausch, Abgrenzung und Konflikt. Polnisch-ukrainische Beziehungen in Südostpolen vor dem Hintergrund der Demokratisierung und geopolitischen Neuordnung in Ostmitteleuropa. S. 89–154. – Viorel Roman: Imperium & Limes '99. S. 155–171. – Besprechungen. S. 173–191.]. – 8. Jahrgang: Heft 2. Berlin 1999. 218 S. [Enthält u. a. Sylvia Meierewert: Tschechische Kulturstandards aus der Sicht österreichischer Manager. S. 149–172.]. – 9. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2000. 194 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Tausend Jahre Ungarn in der europäischen Geschichte. Anmerkungen zu einem Millenium und zu einer Publikation. S. 9 bis 44. – Erhard Crome: Der »Gulasch-Kommunismus« als sozio-kulturelles Gefüge. S. 45 bis 55. – Sylvia Meyerewert/Katalin Topcu: Kulturstandards im österreichischen Zentral- und Osteuropa-Management: Österreich und Ungarn. S. 57–69. – Christian Gracza: Rückblick eines Einsichtigen. Der ungarische Pavillon auf der 51. Frankfurter Buchmesse 1999. S. 71–78. – Annegret Haase: Brücke zwischen Ost und West oder neuer »Limes des Westens«? Strukturen, Kontakte und Interessen an der polnischen Ostgrenze als zukünftiger Außengrenze der Europäischen Union. S. 79–112. – Bálint Balla: Die Zeit aus knappheitssoziologischer Sicht — allgemein und im Sowjetsystem. S. 113–131. – Besprechungen. S. 151–191.]. – 9. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2000. 194 S. [Enthält u. a. Lucia Nicolau: Die Transsilvanische Schule (Școala Ardeleană) im europäischen Kontext. S. 43 bis 56. – Willi Beitz: Ost und West, Revolution und Evolution, Raum und Zeit bei Andrej Platonow. S. 83–110. – Besprechungen. S. 161–180.]. – 10. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2001. 225 S. [Enthält u. a. Anne Schnirch: Rußlandberichte aus drei Jahrhunderten. Herberstein, Olearius und Weber im Vergleich. S. 9–72. – Eckart Mehls: Kleine Staaten — Große Mächte. Zur Entwicklung von Vorstellungen T. G. Masaryks zur tschechoslowakischen Eigenstaatlichkeit im Schwerefeld der Mächte in Ostmitteleuropa. S. 73–94. Holger Politt: Schwarze Vision trotz gewonnener Schlacht gegen den »Bolschewismus«. Florian Znanieckis Sorge um den Bestand der abendländischen Zivilisation. S. 95–114. Andreas Wust: Grenzen und Grenzregionen im östlichen Europa. Aktuelle Fragen der Forschung. S. 115–138. – Sylvia Meyerewert/Claudia Feichtinger/Josef Langer: Österreichs Wirtschaftsbeziehungen zu Slowenien. Begegnungen mit einer anderen Kultur? S. 139–162. – Erhard Crome: Der »Gentry«-Faktor. S. 163–176. – Hannes Hofbauer: Transformationsprozesse in Osteuropa. Eine sozio-ökonomische Bilanz. S. 177 bis 194. – Besprechungen. S. 195–223.]. – 10. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2001. 240 S. [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Auf der Suche nach der russischen Identität: Der Eurasismus zwischen 1920 und 1935. Kulturhistorische und kulturosoziologische Befunde. S. 97

bis 118. Lutz-Dieter Behrendt: Institute der Roten Professur und sowjetische Nationalitätenpolitik. Zu den Chancen nichtrussischer Kader zwischen 1921 und 1938. Einige kulturosoziologische Gesichtspunkte. S. 119–156. – Helmut Steiner: Privatization and the Emergence of New Business Elites in Russia. S. 157–202. – Ernstgert Kalbe: Anmerkungen zu »Social Studies on Eastern Europe«. Bd. 1: Rußland — wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. S. 203–220.]. – *11. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2002. 248 S.* [Enthält u. a. Christian E. Gracza: Das magyarische Christentum unter Großfürst Géyza (Géza) und König Stephan (István) I. zwischen Byzanz und Rom. S. 27–108. – Friedbert Ficker: Bartholomäus Kopitar, Franz von Miklošić, Vuk Karadžić und die Berliner Akademie. S. 175–184.]. – *12. Jahrgang: Heft 1. Berlin 2003. 188 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Historische Streiflichter aus Montenegro, dem Land der Schwarzen Berge, serbischen Crna Gora, venezianischen Montagna Negro. S. 107–124. – Besprechungen. S. 172–186.]. – *12. Jahrgang: Heft 2. Berlin 2003. 1708 S.* [Enthält u. a. Julia Schatte: Die Russische Orthodoxe Kirche und andere Konfessionen in der Rußländischen Föderation. S. 99–117.].

Wolfgang Geier: *Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen.* Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: *Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis.* Wiesbaden 1996. IX, 208 S.

Wolfgang Geier: *Bulgarien zwischen West und Ost vom 7. bis 20. Jahrhundert. Sozial- und kulturhistorisch bedeutsame Epochen, Ereignisse und Gestalten.* Wiesbaden 2001. X, 276 S.

Wolfgang Geier: *Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten: Sigmund von Heyberstein, Adam Olearius, Friedrich Christian Weber, August von Haxthausen.* Wiesbaden 2004. X, 208 S.

## Zu den Autoren dieses Bandes

*Prof. Dr. phil. habil. Helmut Bock* (geb. 1928); Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. Zunächst Soldat, Kriegsgefangenschaft, Arbeiter, Polizist und Lehrer, studierte er von 1948 bis 1951 Germanistik und Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1951 bis 1953 war er Lektor bzw. Prorektor an der DHFK Leipzig, 1953–1960 Aspirant und Assistent am Institut für deutsche Geschichte der Philosophischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig. Dort promovierte er 1960 über den »deutsch-jüdischen Schriftsteller Ludwig Börne«. 1970 Habilitation an der Humboldt-Universität über »konservative Rebellen in der preußisch-deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts«. 1960 bis 1970 war er Wissenschaftlicher Sekretär und stellvertretender Abteilungsleiter am Institut für deutsche Geschichte der Akademie der Wissenschaften zu Berlin; 1971 Ernennung zum Akademie-Professor; 1971–1977 Leiter der Abteilung Kulturgeschichte am Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR, danach 1978–1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Geschichte von 1789–1917 und Mitherausgeber der »Deutschen Geschichte in 12 Bänden« (6 Bände). 1971–1990 Vorsitzender der Sektion Geschichte beim Präsidium der Urania. 1992/1993 Mitarbeit im Wissenschaftlichen Integrationsprogramm für ostdeutsche Bundesländer (WIB). Heute ist Bock Rentner. Seine wichtigsten Publikationen sind: »Ludwig Börne. Vom Gettojuden zum Nationalschriftsteller« (1962); »Die Illusion der Freiheit. Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution« (1980); »Die bürgerlichen Reformen und der Kampf gegen die napoleonische Fremdherrschaft (1807–1815)« sowie »Die Klassenkämpfe unter dem Einfluß der französischen Julirevolution (1830–1832)« (1984, beide im Band 4 der »Deutsche Geschichte«), »Wir haben erst den Anfang gesehen. Selbstdokumentation eines DDR-Historikers« (2002), sowie »Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden« (2002). Bock ist Herausgeber von »Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart« (1989), »Napoleon und nationale Unabhängigkeit. Der Widerspruch des Fortschritts« (1990) und »Aufbruch in die Bürgerwelt. Lebensbilder aus Vormärz und Biedermeier« (1994).

*Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz* (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkriegs, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht« (Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht,

Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

*Prof. Dr. jur. habil. Uwe-Jens Heuer* (geb. 1927); korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR bzw. Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. 1945 Abitur in Kiel, 1946–1951 Studium der Rechtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1951–1967 war er Hochschullehrer an der Humboldt-Universität zu Berlin, zuletzt Direktor des Instituts für Staatsrecht, sowie 1959/1960 Richter am Staatlichen Vertragsgericht. 1956 Promotion über das »Preußische Allgemeine Landrecht«. 1961 bis 1964 absolvierte er ein Fernstudium an der Hochschule für Ökonomie Berlin, 1964 Habilitation zum Dr. jur. habil. über »Demokratie und Recht im Neuen Ökonomischen System«, 1965 Berufung zum Professor. Von 1967 bis 1981 war Heuer am Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung tätig, 1982–1990 Bereichsleiter am Institut für Rechtswissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR. Seine Spezialgebiete sind Politische Wissenschaft und Wirtschaftsrecht. Von März bis Oktober 1990 war er Mitglied der Volkskammer der DDR und 1990–1998 Mitglied des 12. und 13. Deutschen Bundestages für die PDS, Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestags. Heuer ist Vizepräsident des ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V. sowie Initiator und Sprecher des »Marxistischen Forums« (seit 1995) in und bei der PDS. Er publizierte u. a. »Gesellschaftliche Gesetze und politische Organisation« (1974), »Recht und Wirtschaftsleitung im Sozialismus« (1982), »Marxismus und Demokratie« (1989), »Der Rechtsstaat — eine Legende?« (1990, zusammen mit Gerhard Riege), »In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum« (1995, im Autorenkollektiv), »Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten« (2002), »Marxismus und Politik« (2004).

*Prof. Dr. sc. Horst Schützler* (geb. 1935); studierte von 1954 bis 1958 Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1956 spezialisierte er sich auf das Fachgebiet Geschichte der UdSSR. Von 1958 bis Ende 1992 war er an der Fachrichtung bzw. Sektion Geschichte bzw. am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität in Lehre, Forschung und Wissenschaftsorganisation als Oberassistent, ab 1971 als Dozent (1963 Promotion A, 1978 Promotion B) und ab 1981 als ordentlicher Professor sowie 1979–1990 als Leiter des Bereichs Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems tätig und forschte insbesondere zur Geschichte Rußlands, der Sowjetunion, Osteuropas und der deutsch-russischen/sowjetischen Beziehungen. Darüber hinaus arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien sowie ehrenamtlich in gesellschaftlichen Funktionen, so von 1980 bis 1990 als Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der Humboldt-Universität. Schützler ist Autor, Mitautor bzw. Mitherausgeber zahlreicher Publikationen, u. a. »Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriss von 1917 bis zur Gegenwart« (Berlin 1975), »Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart« (Berlin 1976), »Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917–1983« (Berlin 1985, zusammen mit Günter Rosenfeld), »Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen: 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918« (Berlin 1987, zusammen mit Sonja Striegnitz), »Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940« (Berlin 1991, zusammen mit Michael Rosenbusch und Sonja Striegnitz), »Aufstieg und Zerfall einer Weltmacht. Die Sowjetunion von 1917 bis 1991« (Bamberg 1994, zusammen mit Mar-

tin Hoffmann und Florian Osburg), »Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?« (Berlin 1997, zusammen mit Wladislaw Hedeler und Sonja Striegnitz).

*Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe* (geb. 1931); Mitglied der Leibniz-Sozietät zu Berlin. 1951–1955 Studium der Geschichte und Bulgaristik an der Leipziger Universität, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa; 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum Ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen. Als Assistent, Oberassistent und beauftragter Dozent für südosteuropäische Geschichte am Institut für Geschichte der volksdemokratischen Länder Europas an der Philosophischen Fakultät tätig (1955–1968), danach Hochschullehrer am Franz-Mehring-Institut (1969–1974) der Karl-Marx-Universität Leipzig. Lehrstuhlinhaber und Wissenschaftsbereichsleiter für Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Sektion Geschichte der Leipziger Universität (1974 bis zur Abwicklung 1990/1991). Mitherausgeber der »Jahrbücher für Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas« (1959–1990). Mitglied des Nationalkomitees der DDR für Balkanistik (1965–1990), das der »Association Internationale d'Etudes Sud-Est-Europeen« angehörte. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kultursoziologie e. V., die seit 1994 als Osteuropa-Arbeitskreis zugleich der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. angehört. Kalbe legte zahlreiche Monographien bzw. monographische Studien vor, darunter »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (1963), »Beiträge zur Entwicklung der Balkanzivilisation« (1966), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (1974), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (1993), »Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien« (in »Kultursoziologie« (1998)1), »Nationwerdung oder nationale Wiedergeburt in Südosteuropa« (in »Das lange 19. Jahrhundert. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät«, 1999), »Von der Kosovo-Krise zur NATO-Aggression auf dem Balkan« (1999), »Die Zerstörung Jugoslawiens. Vom Zerfall der südslawischen Föderation zum NATO-Krieg« (in »Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät« 44(2001)1), »Streit um Georgi Dimitroff. Zum Erscheinen der Tagebücher Georgi Dimitroffs« (in »Diskurs« (2001)8), »Methodologisches und Historisches zu Nationwerdung und nationalen Konflikten in Osteuropa« (in »Osteuropa in Tradition und Wandel«, 2002), »Anmerkungen zu Politik und Programm der KPRF« (in ebenda, 2003), »Sowjetische Osteuropa-Politik 1944–1953 in Dokumenten russischer Archive« (in »Kultursoziologie«, (2004)1). Kalbe ist Mitherausgeber von »Kultursoziologie. Aspekte — Analysen — Argumente« (1995ff.) und verantwortlicher Herausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« (1994ff.).

*Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang Geier* (geb. 1937); studierte Philosophie, Soziologie und Kulturgeschichte in Jena und Leipzig. Nach Promotion (1974) und Habilitation (1980) war er bis 1981 in der jugend- und kultursoziologischen Forschung tätig, danach bis An-

fang 2001 Hochschullehrer am Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig. Seit Oktober 2000 ist Geier Gastprofessor an der Universität Klagenfurt (Österreich). Seine Lehr- und Forschungsgebiete sind Vergleichende Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas, Geschichte der Kulturauffassungen und Kulturwissenschaften (Propädeutik) sowie Religionen, Konfessionen und Kirchen in der Kulturgeschichte des östlichen Europas. Geier ist Begründer und Präsident der »Gesellschaft für Kultursoziologie« e. V. Leipzig, verantwortlicher Herausgeber der wissenschaftlichen Hefte (seit 1992) und wissenschaftlichen Halbjahresbände (seit 1995) von »Kultursoziologie. Aspekte — Analysen — Argumente« und Mitherausgeber von »Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipziger Jahrbücher« (seit 1994 Hefte, seit 1999 Jahrbücher). Im letzten Jahrzehnt veröffentlichte er u. a. »Zur Soziologie des Postkommunismus« (1994) »Geschichte und Kultur Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas« (in »Wieser-Enzyklopädie des Europäischen Ostens«, 1999); »Zeitbrüche im Osten« (1995), »Rußland und Europa« (1996), »Bulgarien zwischen Ost und West« (2001) und »Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reiseberichten aus vier Jahrhunderten. Herberstein, Olearius, Weber, Haxthausen« (2004). Geier ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V., Leipzig.

*Prof. Dr. sc. phil. Eckart Mehls* (geb. 1935); studierte von 1953 bis 1959 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin und war danach bis 1961 als Lehrer an der Erweiterten Oberschule Wolgast tätig. 1961 bis 1979 arbeitete er in der Universitätsleitung der Humboldt-Universität, seit 1969 als Direktor für internationale Beziehungen. Nach planmäßiger Aspirantur von 1979 bis 1982 und Promotion zum Dr. sc. phil. wurde er 1983 zum Dozenten für Geschichte des sozialistischen Weltsystems und 1986 zum a. o. Professor für osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität berufen. Im Zuge der »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft wurde er 1993 »betriebsbedingt« aus der Humboldt-Universität entlassen. Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit war die Geschichte Polens und der Beziehungen zwischen DDR und der Volksrepublik Polen. 1990 gehörte er zu den Gründern der Gesellschaft für gute Nachbarschaft zu Polen und war bis 1992 deren Vizepräsident. Außer zahlreichen Veröffentlichungen zur Geschichte der UdSSR, Polens und der Tschechoslowakei legte er 1998 das autobiographische Buch »Unzumutbar. Ein Leben in der DDR« vor.

*Prof. Dr. phil. habil. Michael Brie* (geb. 1954); studierte Philosophie an der Staatlichen Universität Leningrad und an der Humboldt-Universität zu Berlin (Abschluß 1979); 1980 Dissertation zur kritischen Rekonstruktion des historischen Materialismus, 1985 Habilitation zu Entwicklungsstufen des Staatssozialismus und der Reform seiner Eigentumsverhältnisse. Von 1980 bis 1990 wissenschaftliche Tätigkeit an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR. 1990–1994 Professor für Sozialphilosophie am Fachbereich Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität, anschließend Gastwissenschaftler in der Arbeitsgruppe »Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern« der Max-Planck-Gesellschaft an der Humboldt-Universität und beim Präsidenten des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung Berlin; 1997 bis 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH Berlin. Seit 1999 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und Leiter des Bereichs Politikanalyse; Sekretär der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Mitglied der Grundsatzkommis-

sion der PDS und Koautor des Parteiprogramms der PDS von 2003. Brie publizierte u. a. »Wer ist Eigentümer im Sozialismus?« (1990), »Selbstaufhebung des Staatssozialismus« (in »Zwischen den Zeiten«, 1992, herausgegeben zusammen mit Dieter Klein), »Rußland wieder im Dunkeln« (1992, zusammen mit Ewald Böhlke), »Michail Gorbatschow — heroische Illusionen und naive Selbstdemontage der Macht« (in »Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus«, 1993), »Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage« (1993, zusammen mit Dieter Klein), »Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich.« (in »Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands«, 1996), »Von der Unmöglichkeit, Befreiung als Freiheit zu denken. Bertolt Brechts politische Philosophie einer entfremdeten Emanzipation« (in »Brechts Glaube«, 2002), »Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS in der Diskussion« (in »Sozialismus als Tagesaufgabe«, 2002, zusammen mit Michael Chrapa und Dieter Klein), »Rosa-Luxemburg und Alexandra Kollontai — Parteinahme für einen demokratischen Sozialismus« (in »Utopie kreativ« (2004)162).

*Prof. Dr. sc. phil. Helga Watzin-Heerdegen* (geb. 1932); nach dem Besuch der ABF in Berlin studierte sie von 1953 bis 1958 Geschichte an der Lomonossow-Universität in Moskau und spezialisierte sich auf Geschichte der UdSSR und KPdSU. Danach arbeitete sie als Assistentin und Oberassistentin am Institut für Geschichte der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg. Sie promovierte 1964 und habilitierte sich 1981 jeweils zu Themen der sowjetischen Innenpolitik in der Nachkriegszeit. 1968 zum Dozenten und 1977 zum Professor für Geschichte der UdSSR berufen, lehrte sie am Bereich Geschichte der UdSSR an der Sektion Geschichte/Staatsbürgerkunde der Martin-Luther-Universität über Geschichte der Sowjetunion und der KPdSU. Sie publizierte zu innen- und außenpolitischen Themen der Entwicklung der Sowjetunion. Nach ihrer Abwicklung 1991 arbeitet sie im Osteuropa-Arbeitskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. mit und legte u. a. Studien über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 und über die russischen Duma- und Präsidentenwahlen 2003/2004 vor.

*Dr. Wolfgang Grabowski* (geb. 1937); studierte bis 1961 am Institut für Internationale Beziehungen in Moskau. 1973–1977 war er Leiter der Abteilung Sowjetunion im Ministerium für Auswärtigen Angelegenheiten der DDR, 1977–1984 Gesandter der Botschaft der DDR in der UdSSR, 1985–1988 Botschafter der DDR in Syrien und Jordanien und 1988–1990 Botschafter der DDR in Indien. Seit Juli 1992 ist er Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und seit Januar 2003 Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Russischen Föderation in Moskau.

